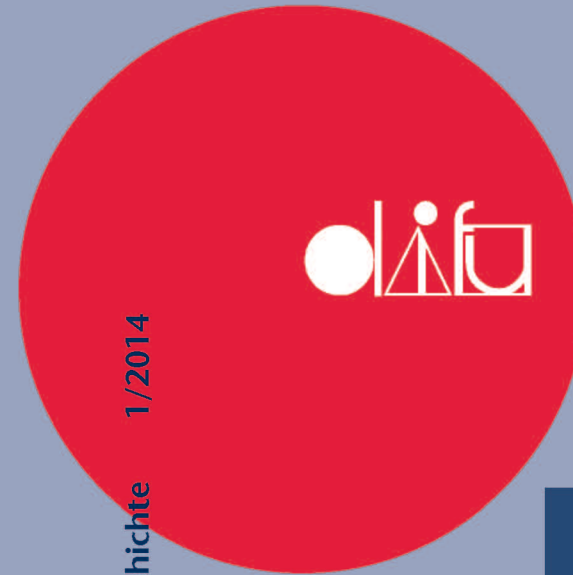




Informationen
zur modernen
Stadtgeschichte

Themenschwerpunkt

Die Reform
der Großstadt



1/2014

1/2014

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMS

ISSN 0340-1774

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2014
Verlagsort: Berlin

1.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Gisela Mettele, Susanne Rau, Jürgen Reulecke,
Ralf Roth, Axel Schildt, Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Die Reform der Großstadt

Verantwortliche Herausgeber:
Dirk Schubert, Jörg Seifert, Thomas Völlmar

LEITARTIKEL

Dirk Schubert

Sozialer Städtebau zwischen Ansprüchen und Realitäten..... 5

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Celina Kress

Gemeinschaft als Leitmotiv im Wohnungsbau der Großstadt..... 17

Thomas Völlmar

Englisches Haus und Gartenstadt - Geistige Strömungen im Städtebau
um 1900..... 28

<i>Hans Günther Burkhardt</i>	
Konrad Adenauer und Fritz Schumacher - Wege zur Großstadtreform in Köln.....	38
<i>Jörg Seifert</i>	
Vom künstlerischen Despotismus zum städtebaulichen Dirigieren. Individuum und Kollektiv im Hamburger Städtebau der 1920er Jahre.....	52
<i>Hartmut Frank</i>	
Volkspark und Stadtlandschaft.....	65
<i>Carola Hein</i>	
Das <i>Museum of Modern Art</i> (MoMA) in New York und die Einführung europäischer Wohnungs-, Nachbarschafts- und Städtebaukonzepte in die USA.....	87

LEITREZENSION

<i>Paul Sigel</i>	
Dirk Hempel / Ingrid Schröder (Hg.), Andocken. Hamburgs Kulturgeschichte 1848 bis 1933, Hamburg 2012.....	99

FORUM

<i>Jan Andreas Kaufhold</i>	
Innerstädtische Mobilität im Kontext des Siedlungsprogramms „vorstädtische Kleinsiedlung“	104
<i>Petra Spona</i>	
Kulturelles Gedächtnis zwischen Herrschaftspolitik und Orientierungs- praxis. Das Stadtprofil Hannovers im Nationalsozialismus.....	123

ALLGEMEINE BERICHTE

<i>Eleonore Harmel/Tabea Hilse</i>	
Towards a Sustainable and Just City Region – Looking at Berlin, London and Paris (Tagungsbericht).....	137

<i>Heidi Hein-Kircher</i>	
Infrastrukturen der Versorgung. Ein Workshop zur Geschichte kommunaler Wirtschaftspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Tagungsbericht).....	141
<i>Stephan Sander-Faes</i>	
Städte im Krieg. Erlebnis, Inszenierung und Erinnerung des Ersten Weltkriegs. 52. Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung (Tagungsbericht).....	145
<i>Tanja Vahtikari</i>	
(Re)constructing communities in Europe, 1918-1968. A Venture into the discursive practices of community building (Tagungsbericht)	149
<i>Elke Beyer/Sylvia Necker</i>	
Planung und Aneignung urbaner Freiräume im deutsch-deutschen Vergleich (1945-1990) (Tagungsbericht).....	153
<i>Kai Drewes</i>	
Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte (Tagungsbericht).....	156
<i>Celina Kress</i>	
Gemischt Wohnen? Integration oder Segregation der Stadt (Tagungsbericht).....	161
<i>Timo Luks</i>	
Herrschaft vor Ort – Kommunalverwaltungen im 19. und 20. Jahrhundert (Tagungsbericht).....	163
<i>Michael Toyka-Seid</i>	
„Urbanization of Nature“, Exploratory Workshop der European Science Foundation (Tagungsbericht).....	167
MITTEILUNGEN	171

Sozialer Städtebau zwischen Ansprüchen und Realitäten

Seit dem 19. Jahrhundert bietet die Stadt mit ihren Problemen für die Planung ein relevantes Interventionsfeld, das einen ordnenden, gestaltenden Zugriff herausfordert. Ein (fiktives) Gemeinwohl stand dabei hinter den planerischen Interventionen und Handlungskonzepten. Städtebau und Stadtplanung galten als Signal für Fortschritt, wenngleich vielfach mit paternalistischen Ideologien verbunden und überhöhten Hoffungen überfrachtet.¹ Die planerische Aufgabe der Optimierung und Modernisierung von Stadtstrukturen und Lebensverhältnissen war durchweg positiv konnotiert, zukunfts- und wachstumsorientiert angelegt und mit sozialen und reformerischen Visionen der Plan- und Machbarkeit durchsetzt.

Die rasche Industrialisierung und Ver(groß)städterung im 19. Jahrhundert implizierte vielfältige und miteinander vernetzte neue Probleme der Wohnungsversorgung, der Stadthygiene, der Infrastruktur, der Stadttechnik und des Verkehrswesens. Während einerseits die städtebaulichen, sozialen und technischen Herausforderungen zunahmen, wurden andererseits in den (Groß-)Städten zugleich neue innovative Lösungen gefunden, um die Probleme anzugehen und zumindest partiell zu lösen. Nationaler und internationaler Austausch mittels Tagungen, Fachbesuchen und Ausstellungen beförderte die zeitnahe Umsetzung neuer Lösungen. Aber nicht nur die realen Umbrüche und Verwerfungen bildeten Schwierigkeiten, auch der mentale Umgang der meist vom Lande kürzlich Zugewanderten und auf dem Lande sozialisierten Neustädter und Neustädterinnen mit dem neuen Phänomen „Großstadt“ bildete eine Herausforderung.² In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Großstadtentwicklung zu einem Sujet wissenschaftlicher und öffentlicher Kontroversen, das auch die städtische Lebensform als „Urbanität“ einbe-

¹ Städtebau und Stadtplanung werden hier synonym benutzt. Bis zum Ersten Weltkrieg war der Begriff Städtebau üblicher.

² Vgl. Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt am Main 1985; Walter Kieß, *Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City*, Berlin 1991; Clemens Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung*, Frankfurt am Main 1996.

zog. Bald sollten dabei, unterschiedlich fokussiert, stark polarisierende Positionen die Debatte dominieren.

Städte waren immer Gegenstand widersprüchlicher Wahrnehmungen, die zwischen Bewunderung und Euphorie sowie Kritik und Ablehnung oszillierten. Otto Borst hat dies mittels der Konfrontierung von Babel und Jerusalem nachgezeichnet, die auch noch aktuelle Wirkungsmacht entfaltet. Babel gilt als Inbegriff der sündigen Überheblichkeit, von Ehrgeiz, Eitelkeit und Herrschsucht, die mittels der Stadtarchitektur und des Turmbaus ihren sinnlosen, vermessenen, ehrgeizigen und überheblichen Ausdruck fand. Jerusalem dagegen – nicht ohne visionäre, himmlische Züge – ist die Stadt der ewigen Schönheit und Herrlichkeit, ein Gemeinwesen des Schönen und Guten.³

Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts sich herausbildende Ideologie der Agrarromantik und Großstadtfeindschaft war dabei kein deutsches Phänomen.⁴ Sie war zudem eingebettet in kulturpessimistische Strömungen, die eine Zersetzung der Gemeinschaft beklagten. Der Begriff der Gesellschaft wurde vermieden, da damit nach Meinung der konservativen Kritiker eine künstliche, entwurzelte und rationale Lebensform verbunden war. Baulich manifestierten sich diese großstadtfeindlichen Vorstellungen in dörflich-kleinstädtischen Strukturen, die ideologisch mit Begriffen wie sozialer Harmonie, organisch Gewachsenem und bodenständigem, einfachen Leben konnotiert waren.

Der moralisierenden Kritik der Moderne und ihrer Manifestation in der Großstadt stand eine positive Überhöhung der Großstadt gegenüber. Landleben-Idylle wurde mit der Lust am „Alten“ verbunden, die Großstädte dagegen seien „vom Teufel“, wobei die kapitalistische Wirtschaftsordnung das städtische Chaos generiere. Lotterleben und Verderbnis der Stadt wurden mit ländlicher Bodenständigkeit und trauten Dörfern kontrastiert. Wenn auch soziale Aufsteiger im 21. Jahrhundert

³ Vgl. Otto Borst, *Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984, S. 15-124. Ähnlich der Titel des Bandes von Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke, *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstadt um 1900*, Basel/Boston/Berlin 1999; Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim am Glan 1970; Steffen Krämer, *Entartung und Urbanität. Großstadtkritik im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Forum Stadt - Die alte Stadt H. 3/2012*, S. 225-254, Dirk Schubert, *Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion*, in: *Die alte Stadt H. 1/1986*, S. 22-41. Eine vergleichende Studie des internationalen Antiurbanismus, die auch die Ungleichzeitigkeiten des Verstädterungsprozesses reflektiert und Quellen aus Belletristik, Musik, Film etc. einbezieht, ist noch ein Forschungsdesiderat.

⁴ Vgl. Andrew Lees, *Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought, 1820-1940*, Manchester 1985; Morton G. White, *The Intellectual versus the City, From Thomas Jefferson To Frank Lloyd Wright*, Cambridge, Mass. 1962.

nicht mehr aus der Stadt fortziehen, sondern in der Stadt bleiben, hat das bis heute wenig an den hartnäckigen Vorurteilen gegenüber der Großstadt geändert.⁵

Am Städtebau und der Produktion der modernen Stadt war ein breites, arbeitsteiliges Spektrum von Akteuren beteiligt. Innerhalb dieser Akteurskonstellation (Stadt, Planungsämter, Bauherren, Grundeigentümer, Kreditinstitute, Terrainentwickler, Architekten etc.) verschoben sich sowohl der Stellenwert der diversen Beteiligten als auch die Vorstellungen und Leitbilder von Stadt. Diesen Paradigmenwechseln soll hier nachgespürt, auf den internationalen Kontext eingegangen und einige Forschungslücken erörtert werden.

Reform der Großstadt

Als „Entzauberung der Welt“ beschrieb Max Weber 1917 in seinem Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ den raschen gesellschaftlichen Wandel sowie die damit einhergehende zunehmende Rationalisierung und Berechenbarkeit der Lebenswelt. Paradoxerweise wurden besonders von Stadtplanern die vorgeblich negativen Züge der Stadt herausgestellt, auch um die Reformnotwendigkeiten zu unterstreichen. Agrarromantik und Großstadtfeindschaft bildeten somit vielfach implizit die Hintergrundfolie für die Disziplin, die diese Stadt zu planen hatte. Ländliche Bodenständigkeit wurde großstadtverseuchtem Zerfall gegenübergestellt und die Gartenstadt schien sich als Stein der Weisen zu entpuppen. Bis heute verbergen sich hinter neuen Schlagworten häufig alte Leitbilder.

Der künstlerischen, praxis-, handlungs- und umsetzungsbezogenen Literatur zur Stadtplanung wurde ab der Wende zum 20. Jahrhundert, vor allem aber nach dem Ersten Weltkrieg, ein weiteres Element hinzugefügt: Parks und städtische Freiflächen sollten nicht nur einen Rückzugsraum für das Bürgertum in eine scheinbar „heile Welt“ bilden, sondern einen sozialen und sanitären Beitrag auch für die unteren Einkommensgruppen leisten. Nicht rückwärts gerichtete Utopien, sondern eine pragmatische Großstadtreform wurde zum Ziel von Planern. Es galt die Natur in die Stadt zu bringen und sichtbare Verschönerungen mit praktischem Nutzen zu verbinden. Damit wurde eine gebrauchswertorientierte Freiraumplanung begründet, die sich von nur ästhetisch-gestalterisch orientierten Ansätzen abhob. Schon Camillo Sitte hatte 1889 zwischen „sanitärem Grün“ und „dekorativem Grün“ unterschieden. Martin Wagner konkretisierte 1915 in seiner Dissertation das Ziel: „Die Bedeutung des ‚sanitären Grüns‘ für die Großstadtbevölkerung liegt weniger in ih-

⁵ Zur Wirkungsmacht sei auf das sonntägliche Fernsehabendprogramm verwiesen, wo das Gute immer auf dem Lande und das Böse immer in der (Groß-)Stadt beheimatet ist.

rem Daseins- als in ihrem Nutzwert [...]. Die großstädtischen Gesundheitsverhältnisse drängen mit aller Macht auf die Erweiterung des sanitären Lebensraumes.“⁶

Grüngürtel, Grünzüge und Grünkeile wurden vielerorts erörtert, um Natur in die Stadt zu bringen und die Reinheit der Luft zu verbessern.⁷ Die Grünflächen sollten der Kompensation der unhygienischen Lebens- und Wohnbedingungen in den dicht überbauten Arbeitervierteln dienen, der Volkspark zur Annäherung aller Stände und Gruppen der Gesellschaft beitragen. Die Kultur- und Lebensreform beinhaltete sozial-humanistische Ideale, die in der Volksparkbewegung mündeten. Das „Naturschöne“ verkörperte die Antithese zur Unwirtlichkeit der industriell-großstädtisch geprägten Umwelt, und Natur stand synonym für Einfachheit, Natürlichkeit, Harmonie, Wahrheit und Ruhe. Es galt, dem naturentfremdeten Großstädter im Kontext kommunaler Grünpolitik ruhebetonte Erholung zu ermöglichen.

Die „Lösung der Wohnungsfrage“ – zentraler Bestandteil der sozialen Probleme – nahm bis zum Ersten Weltkrieg einen wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte ein. Auf dem Papier war sie bereits vielfach erfolgt. Eine Vielzahl von empirischen Studien und Enqueten hatte die Wohnungsversorgung bis in die letzten Winkel ausgeleuchtet. Die Flut engagierter Beschreibungen der Wohnverhältnisse korrespondierte mit einer Vielzahl von „Lösungsvorschlägen“, die sich nur im Grad des Veränderungswillens und der Reformbereitschaft unterschieden.⁸

Kurzfristig sollte der Erste Weltkrieg antistädtische Ideologien der Auflockerung und Dezentralisierung sowie Ideen der Innenkolonisation und Kriegerheimstätten befördern. Umgehend aber wurden durch den Krieg soziale Reformen auch im Bereich der Wohnungsversorgung und des Städtebaus ausgelöst. In den Siedlungen des Neuen Bauens sollte die „neue Gesellschaft“ beheimatet werden. Die Modernisierung des Alltagslebens ging mit seiner Individualisierung einher. Licht, Luft und Locus waren in die Wohnungen einbezogen und komplementär waren großzügige Freiflächen und Spielplätze in die Siedlungen integriert.

Wohnungsreform bildete in vielen Städten den Ausgangspunkt für Interventionen gegen die Missstände des gründerzeitlichen Städtebaus. War der Pfad für Handlungsnotwendigkeiten der Boden-, Lebens-, Wohnungs- und Gartenstadtreform pu-

⁶ Martin Wagner, *Das sanitäre Grün der Städte. Ein Beitrag zur Freiflächentheorie*, Diss., Berlin 1915, S. 1 und S. 92. Vgl. auch Fritz Schumacher, *Ein Volkspark. Dargestellt am Hamburger Stadtpark*, München 1928: „Mit einem Worte. Aus dem repräsentativen Park früherer Zeiten ist der soziale Park unserer Zeit geworden, aus dem Fürstenpark der Volkspark“.

⁷ Vgl. Katia Frey, *Der grüne Ring um die Stadt*, in: Vittorio Magnago Lampugnani/Katia Frey/Eliana Perotti (Hrsg.), *Stadt & Text. Zur Ideengeschichte des Städtebaus im Spiegel theoretischer Schriften seit dem 18. Jahrhundert*, Berlin 2011, S. 80-98.

⁸ Vgl. Clemens Wischermann, *Wohnen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1983; Clemens Zimmermann, *Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik*, Göttingen 1991.

blizistisch bereits gelegt, so beförderten die politischen Umbrüche nach 1918 ihre Umsetzung.⁹ Die eher noch problematischeren Wohnverhältnisse auf dem Lande blieben dagegen – nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Quellenlage – kaum erforscht.

Die folgenden Wandlungen im Disziplinverständnis der Stadtplanung gingen einher mit Schulbildung und Spezialisierungen und waren auch durch ausländische Beispiele inspiriert. Suchten viele Stadtplaner die Auflösung der Großstädte auf den Weg zu bringen, ging es anderen dagegen um die „Reform der Großstadt“. So strebte Fritz Schumacher 1917 in Hamburg nicht die Zerschlagung der Großstädte an, sondern vielmehr das Ziel „ihr reformierend zu Leibe zu rücken“.¹⁰

Nach 1933 mutierten die sozialen Bewegungen für zweckmäßige Volksparks zu Zielen des rückständigen Heimatschutzes, der Landschaftspflege im Kontext nationalistisch-völkischer Ideologie und der „völkischen Selbsterhaltung“. Die „verdorbene Stadt“ wurde mit Asphaltliteratur und -kultur, mit „Entseelung, Entinnerlichung, Unstetigkeit und Vermassung“ allen Lebens verknüpft. Den neuen NS-Machthabern galten die Großstädte vor allem als Orte des Marxismus, den es auch mittels baulich-räumlicher Maßnahmen auszuradieren galt.¹¹

Stadt(planungs)geschichte

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Planungsgeschichte ist seit den 1970er Jahren ein relativ neues Forschungsfeld, mit anglophoner Dominanz. In Deutschland bildet die Stadt(planungs)geschichte dagegen noch ein Forschungsdesiderat.¹² Zwar liegen inzwischen Untersuchungen für einige Schlüsselpersonen vor,

⁹ Die Wohnungsfrage kann als am Gründlichsten untersucht gelten. Neben diversen (komparativen) Fallstudien sind auch gute Überblicksdarstellungen verfügbar. Hier nur wenige Belege: Lutz Niethammer (Hrsg.), *Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft*, Wuppertal 1979; Adelheid von Saldern, *Zur Geschichte des städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995; Clemens Zimmermann, *Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik*, Göttingen 1991; Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*, Weinheim/München 1996; Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens 1800-1918. Das bürgerliche Zeitalter*, Stuttgart 1997 und Gert Kähler (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens 1918-1945. Reform, Reaktion, Zerstörung*, Stuttgart 1996; zu Hamburg vgl. Clemens Wischermann, *Wohnen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1983.

¹⁰ Fritz Schumacher, *Die Kleinwohnung. Studien zur Wohnungsfrage*, Leipzig 1917, S. 17.

¹¹ Vgl. Dirk Schubert, *Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung*, Braunschweig/Wiesbaden 1997, S. 377.

¹² Vgl. Harald Kegler, *Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung - ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte*, Diss. Weimar 1987; Gerd Albers, *Entwicklungslinien im Städtebau. Ideen, Thesen, Aussagen 1875-1945: Texte und Interpretationen*, Düsseldorf 1975.

eine breiter angelegte Disziplinengese mit Periodisierungen und Paradigmenwechseln steht aber noch aus. Die ersten, gegen Ende des 19. Jahrhunderts publizierten Fachbücher werden üblicherweise als Beginn der Disziplinengeschichte angegeben. Mit Fokussierung auf Stadterweiterungen – der damals wichtigsten Planungsaufgabe – bei Reinhard Baumeister, mit Orientierung auf Stadtbaukunst bei Camillo Sitte und breiter angelegten Beispielen und instrumentellen Vorgehensweisen bei Josef Stübben liefern sie handlungsorientierte „best practices“.¹³ Schon Ende des 19. Jahrhunderts zeichnete sich dabei ein Theoriedefizit ab, zumal sich die neue Disziplin aus anderen, bereits stärker etablierten Wissenschaften (Hygiene, Statistik, Bautechnik, Ökonomie) speisen musste. Die weitere Verwissenschaftlichung der Stadtplanung suchte dieses Dilemma zu umschiffen und sich als Handlungswissenschaft zu etablieren. Dabei galt es für die Stadtplaner, zwischen behördlichen Vorgaben und privaten Gewinninteressen zu manövrieren. Die Bedeutung der unterschiedlichen lokalen (Grundeigentümer-)Eliten sowie der Bauordnungen und ihrer städtebaulichen Manifestationen bilden ein wichtiges Distinktionsmerkmal, das bisher kaum (komparativ) untersucht worden ist.¹⁴

Mittels Fachzeitschriften, Tagungen, Ausstellungen und konkreter Planungen etablierte sich die neue Disziplin und setzte sich von Architektur, Bauingenieurwesen und Stadttechnik ab. In Ansätzen waren auch bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein fachlicher Austausch und eine Internationalisierung eingeleitet.¹⁵

Die vorliegenden Biographien erhellen zwar das Wirken einzelner wichtiger Akteure, wie beispielweise die Publikationen über die Planungsamtsleiter einzelner deutscher Großstädte.¹⁶ Die Wirkungsmacht „großer“ Planer wird dabei allerdings

¹³ Vgl. Reinhard Baumeister, *Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung*, Berlin 1876; Joseph Stübben, *Der Städtebau*, 1890, (Reprint 1980), Camillo Sitte, *der Städtebau nach seinen künstlerischen Gesichtspunkten*, Wien 1899.

¹⁴ Vgl. Albert Buff, *Bauordnung im Wandel. Historisch-politische, soziologische und technische Aspekte*, München 1971; Juan Rodriguez-Lores/Gerhard Fehl (Hrsg.), *Städtebaureform 1865-1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit*, Bd. II, Hamburg 1985.

¹⁵ Vgl. Gerd Albers, *Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen, Einflüsse, Verflechtungen*, Braunschweig/Wiesbaden 1977; Gordon Cherry, *Shaping an Urban World. Planning in the Twentieth Century*, London 1980; Anthony Sutcliffe, *Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France*, New York 1981; Ders., *Urban Planning in Europe and North America before 1914. International Aspects of a Prophetic Movement*, in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte*, Köln/Wien 1983, S. 441-474.

¹⁶ Vgl. z.B. zu relevanten Akteuren die biographischen Darstellungen: George R. Collins/Christiane Crasemann Collins, *Camillo Sitte: The Birth of Modern City Planning*, New York 1986; Caroline Flick, *Werner Hegemann (1881-1936). Stadtplanung, Architektur, Politik. Ein Arbeitsleben in Europa und den USA*, Bd. 1 und 2, München 2005; Christine Crasemann Collins, *Werner Hegemann and the Search for Universal Urbanism*, New York/London 2005; Oliver Karnau, *Hermann Josef Stübben. Städtebau 1876-1930*, Wiesbaden 1996.

vielfach überschätzt und Wirkungsabsichten sowie paternalistisches Handeln werden überbewertet.¹⁷ Meist wird dabei auf relevante Projekte und Planungen eingegangen oder sektorale Aspekte (Freiflächen- und Wohnungsbauplanungen) werden untersucht. Auch sind Events wie Olympische Spiele, Expos oder Kulturhauptstädte Gegenstand planungsgeschichtlicher Studien geworden.¹⁸ Die Vielzahl von nicht implementierten Plänen und die Frage, warum sie nicht umgesetzt werden konnten, wurden dabei nur selten untersucht. Diese Methode korrespondiert mit der bau- und architekturgeschichtlichen Fokussierung auf Stararchitekten, „Leuchttürme“ und ikonische Bauten bei häufiger Ausblendung des Implementierungs- und Aneignungskontextes.

Das noch junge Genre der Stadtplanungsgeschichte beinhaltet vorwiegend Studien zu Organisationen und Verbänden, biographische Zugänge, Untersuchungen zu Quartieren und Siedlungen sowie Studien zu städtebaulichen Interventionen und Großprojekten.¹⁹ Internationale Beziehungen und wechselseitige Beeinflussung planerischer Konzepte sind als neue Schwerpunkte hinzugekommen²⁰, wie auch Infrastruktur- und Umweltgeschichte.²¹

Der reformerische Eifer der Disziplin der Stadtplaner – so ein häufiger Vorwurf – wird dabei hinter der Fassade eines arroganten Modernismus versteckt. Auch hat die Zeit der Gewissheiten und Eindeutigkeiten, das Zeitalter der „starken Planer“, inzwischen einer wirtschaftspolitischen Deregulierung, der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“²² und neuen, partizipativen Planungskulturen Platz gemacht. Dennoch bleibt die Disziplin der Stadtplanung seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit einer aufklärerischen, humanistischen Gesellschaftsperspektive verbunden, die es

¹⁷ Auch schränkt die problematische Quellenlage die Forschung ein, da viele Unterlagen „teilprivatisiert“ sind und nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen, vgl. Sylvia Necker, Konstanty Gutschow (1902-1978), Hamburg 2012. Dies ist u. a. ein Grund, weshalb es bis heute noch keine Biographie von Patrick Abercrombie (1879-1957), wohl einem der weltweit einflussreichsten Stadtplaner, gibt.

¹⁸ Vgl. John R. Gold/Margaret Gold (Hrsg.), *Olympic Cities. City Agendas, Planning and the World Games, 1896-1912*, London/New York 2007.

¹⁹ Stephen V. Ward/Robert Freestone/Christopher Silver, Centenary paper: The ‚new‘ planning history: reflections, issues and directions, in: *Town Planning Review* H. 3/2011, S. 231-261.

²⁰ Vgl. Daniel T. Rodgers, *Atlantic Crossings: Social Politics in a Progressive Age*, Cambridge, MA 1968; Stephen V. Ward, *Re-Examining the International Diffusion of Planning*, in: Robert Freestone (Hrsg.), *Urban Planning in a Changing World*, London 2000, S. 40-60.

²¹ Themen wie Wasserversorgung und -verschmutzung sowie Kanalisation sind im sozial- und kulturgeschichtlichen Kontext von Umwelt und Gesundheit bisher kaum untersucht worden, vgl. Christoph Bernhardt (Hrsg.), *Environmental Problems in European Cities in the 19th and 20th Century = Umweltprobleme in europäischen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts*, 2. verb. Aufl., Münster 2004 sowie Christoph Bernhardt, *Stadt am Wasser*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* H. 2/2003, S. 4-13.

²² Ernst Bloch, *Erbschaft dieser Zeit*, Erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1962, S. 113.

vor dem Hintergrund sich wandelnder dominanter städtischer Akteurskonstellationen und stadtreionaler Entwicklungspfade zu kontextualisieren gilt.

Forschungsperspektiven

Die vorliegenden Studien sind bisher weitgehend auf (westeuropäische) Großstädte bezogen. Kleinere und mittlere Städte und ihre „Eigenlogik“ wurden kaum in Augenschein genommen. Hier scheint sich inzwischen ein Wandel abzuzeichnen²³, zumal die Stadt(planungs)geschichte der Metropolen wie Paris, Wien, London und Berlin als bereits gut erforscht gelten kann.

Für die moderne Stadt(planungs)geschichte müssen auch innovative, neue theoretische Ansätze ins Blickfeld genommen werden. Bisher basierten Studien weitgehend auf neuen Archivalien und Sekundärliteratur. Die unterschiedlichen Zugänge, wie individualisierend, mikroanalytisch oder vorrangig empirisch-phänomenorientiert, können mit generalisierenden, strukturalistischen und theoretisch-problemorientierten Ansätzen kombiniert werden. Es gilt dann längere Zeiträume einzubeziehen, transdisziplinär und komparativ zu arbeiten und fruchtbare Ansätze aus anderen Disziplinen zu nutzen.

So kann eine Verbindung der Stadtgeschichte mit der „Eigenlogik der Städte“²⁴ hilfreich sein, zumal bisher der Einfluss der Stadtplanung nicht selten überschätzt wird und topographische Gegebenheiten, lokale Macht- und Akteurskonstellationen sowie Bodenpreismechanismen meist ausgeblendet bleiben. Das Konzept der Eigenlogik der Städte setzt auf die Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale von Städten. Es geht um besondere Identitäten und das Herausstellen von Differenz.²⁵ Wechselbeziehungen zwischen subjektiven Präferenzen oder Optionen von relevanten Stakeholdern („choices“) und objektiven, ökonomischen, rechtlichen und politischen Umständen („circumstances“) bilden jeweils die Hintergrundfolie für einen Kontext von institutionellen und organisatorischen Strukturen und Zuständigkeiten und konstituieren jeweils unterschiedliche Entwicklungspfade.

²³ Vgl. z.B. neuere Studien: Jerome I. Hodos, *Second Cities. Globalization and Local Politics in Manchester and Philadelphia*, Philadelphia 2011; Sebastian Haumann, „Schade, daß Beton nicht brennt ...“ - Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940-1990, Stuttgart 2011; Suvi Talij, *Sport, Recreation and Space in Urban Policy. Helsinki and Dublin from the 1940s to the 1980s*, Helsinki 2013.

²⁴ Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte*, München 2013; vgl. auch: Dieter Schott, *Eigenlogik der Städte: Abkehr von der Urbanisierungsforschung*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* H. 2/2012, S. 76-85; sowie: Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung - Entwicklung - Erosion*, Köln/Weimar/Wien 2006.

²⁵ Vgl. Martina Löw, *Soziologie der Städte*, Frankfurt a. M. 2008.

Hier gibt es eine Anschlussfähigkeit an die Actor-Network-Theory (ANT), die als analytisches Instrument das Handeln einzelner Akteure in Zusammenhänge stellt und auch Machtpositionen relativiert.²⁶ Planungsgeschichte sollte nicht nur aus der Perspektive „großer“ Planer „von oben“ betrachtet werden, sondern das Wechselspiel von Initiativen und Forderungen „von unten“ einbeziehen. Die vorliegenden Studien beziehen sich weitgehend auf den Wandel von Institutionen und sektorale Politikmuster.²⁷ Studien zur Planungsgeschichte ermöglichen dabei zudem, auf publizierte Pläne wie auch nicht implementierte Vorhaben als unentbehrliche Quellen zurückzugreifen.

Städtebau und Architekturen aus diktatorischen Kontexten wurden dabei bisher vielfach als „nicht untersuchungswürdig“, da direkt politisch (undemokratisch) indoktriniert, diffamiert.²⁸ Die Fokussierung auf das Produkt des vorgeblich „geschmacklosen Städtebaus“ negiert die Entstehungs- und Produktionskontexte. Es sind vielmehr die vernetzten Dimensionen der „geplante[n], gebaute[n], genutzte[n], interpretierte[n] und reflektierte[n] ‘Stadt’ einschließlich der beteiligten Akteure und beeinflussenden Rahmenbedingungen“ wie Kontinuitäten und Brüche von Akteuren, Leitbilder, Planungskulturen und politische Kontexte einzu-beziehen.²⁹

Auch sind andere Formen der Verstärkung in den „Ländern des globalen Südens“, in China, Süd- und Lateinamerika bisher nur selten Gegenstand der Forschung gewesen.³⁰ Die vorliegenden Arbeiten sind meist Fallstudien und häufig auf architektonische „Leuchttürme“ bezogen, ohne die ökonomischen und politischen Entstehungskontexte einzubeziehen. Bei der Dynamik und Vielfalt von „Turbo-Urbanisierungen“ in diversen polit-ökonomischen Kontexten wie etwa in der arabi-

²⁶ Vgl. John Law/John Hassard (Hrsg.), *Actor Network Theory and After*, Malden 1999; Andrea Bellinger/David J. Krieger (Hrsg.), *Anthologie. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*, Bielefeld 2006.

²⁷ Vgl. Brigitta Gomez Nielsen, *Is Breaking Up Still Hard To Do? - Policy Retrenchment and Housing Policy Change in a Path Dependency Context*, in: *Housing, Theory and Society*, 27:3, 2010, S. 241-257; Philip Booth, *Culture, planning and path dependence: some reflections on the problems of comparison*, in: *Town Planning Review* 82:1, 2011, S. 13-28.

²⁸ Vgl. dazu das letzte von Harald Bodenschatz und Max Welch Guerra herausgegebene Heft: *Forum Stadt - Die alte Stadt H. 1/2014* mit dem Titel: *Städtebau und Diktatur in Europa: Sowjetunion, Italien, Deutschland, Portugal, Spanien*. Bezogen auf faschistische Architekturen ist der Forschungsstand deutlich weiter entwickelt. Vgl. den viele relevante Fragen thematisierenden „Klassiker“: Hartmut Frank (Hrsg.), *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945*, Hamburg 1985.

²⁹ Harald Bodenschatz, *Städtebau und Diktatur: Denkräume erweitern!*, in: *Forum Stadt - Die alte Stadt H. 1/2014*, S. 24.

³⁰ Vgl. Wolfgang Schwentker, *Megastädte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.

sehen Welt³¹, in China oder Lateinamerika sind typisierende Skizzen hilfreich. Da die rasche Verstädterung meist erst nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, mag das Thema auch (noch) zu gegenwartsnah sein, um Gegenstand historischer Forschung zu werden.

Komparative Studien zu Fragen konvergenter und divergenter Entwicklungen, zu inter- und intrakommunalen Unterschieden sind in diesem Kontext erhellend.³² Diskurse um funktionale Stadttypen und Pfadabhängigkeit³³ aus der Wirtschaftsgeographie bilden einen relevanten Referenzrahmen. Auch machen Arbeiten zur räumlichen Entwicklung meist an der Stadtgrenze halt, ohne die suburbanen und stadtregionalen Bezüge einzubeziehen. Die vielfach als Ödnis diskreditierte „Zwischenstadt“ und der „Urban Sprawl“ sind jedoch zunehmend wichtigere Siedlungsformen.³⁴

Robert A. Beauregard hat unlängst gefordert, die amerikanische Planungsgeschichte zu „entprovinzialisieren“.³⁵ Er bezog sich dabei auf ältere Klassiker der US-amerikanischen Stadtplanungsliteratur. Diese Kritik mag überzogen sein, liefert aber Belege für den inzwischen erkannten Nutzen im Feld von komparativen Studien. In letzter Zeit sind viele transnationale und -atlantische Studien zur Planungsgeschichte entstanden, die den bisher dominierenden Fokus auf biographische Einzelschicksale prominenter Architekten- und Persönlichkeiten überwinden und weitere Themenfelder wie internationale Tagungen, postkoloniale Netzwerke und auch „second-tier“-Planer einbeziehen.³⁶ Global verbreitete Planungsideen wie die Gartenstadt

³¹ Vgl. Yasser Elsheshtawy (Hrsg.), *The Evolving Arab City. Tradition, Modernity & Urban Development*, London/New York 2008.

³² Vgl. James Mahony/Dietrich Rueschemeyer (Hrsg.), *Comparative Historical Analyses in the Social Sciences*, Cambridge 2003.

³³ Vgl. Georg Schreyögg/Jörg Sydow (Hrsg.), *The Hidden Dynamics of Path Dependence, Institutions and Organizations*, Houndmills 2010; Martin V. Melosi, *Path Dependence and Urban History: Is a Marriage Possible?*, in: Dieter Schott/Bill Luckin/Geneviève Massard-Guilbaud, *Resources of the City. Contributions to an Environmental History of Modern Europe*, Aldershot 2005; Kenneth J. Arrow, *Increasing returns: historiographic issues and path dependence*, in: *The European Journal of the History of Economic Thought*, 2/2005, S. 171-180; André Sorensen, *Taking Path Dependency Seriously. A Historical institutionalist research agenda in planning history*, in: *Planning Perspectives* H. 1/2014 (forthcoming).

³⁴ Vgl. Thomas Sieverts, *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Braunschweig/Wiesbaden 1998 und Klaus Brake/Günter Herfert (Hrsg.), *Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland*, Wiesbaden 2012.

³⁵ Robert Beauregard, *Writing Transnational Histories*, in: *Journal of Planning History*, H. 4/2005, S. 392-401.

³⁶ Andrew Harris, Susan Moore, *Planning Histories and Practices of Circulating Urban Knowledge*, *International Journal of Urban and Regional Research* H. 37/2013, S. 1499-1509; Carola Hein, *The exchange of planning ideas from Europe to the USA after the Second World War: introductory thoughts and a call for further research*, in: *Planning Perspectives* 2004, 2/2014, S. 143-151.

können fruchtbar mit lokalen Kontexten und Implementierungen vernetzt werden.

Die Herausstellung von turns (spatial, pictural, cultural, gender, linguistic, iconic etc.) in vielen neueren Untersuchungen und behaupteten Paradigmenwechseln verbleibt auf der Ebene radikal-rhetorischer (häufig uneingelöster) Postulate. Auch die Postulierung der Inter- oder Transdisziplinarität bleibt vielfach ein vager Wunsch, der bei der weiterhin disziplinar strukturierten Wissenschaftsorganisation als „fremdgehen“ eher abgestraft als belohnt wird. Gleichwohl wird das Theoriedefizit der Stadtplanungsgeschichte nur durch Beiträge aus anderen Fachrichtungen und transdisziplinärer Forschung zu beheben sein.

Zu den Beiträgen

Das planerische Leitbild der Gemeinschaft im Wohnungsbau wird in dem Beitrag von Celina Kress analysiert. Die Autorin untersucht unterschiedliche Maßstabsebenen und die Umsetzung in baulich-räumliche Strukturen der Wohnung und des Wohnungsumfeldes. Damit verbunden seien, so die Argumentation, häufig hoch gesteckte Wirkungsabsichten der Planer und Architekten, über Städte- und Wohnungsbau Ziele der Vergemeinschaftung zu erreichen. Auch gescheiterte Vorhaben in diesem Reformkontext werden evaluiert.

Thomas Völlmar reflektiert die weltanschaulichen Kontexte von Städtebau und Baukunst zwischen Tradition und Moderne um die Jahrhundertwende. So habe sich im Städtebau der Aufbruch in Bestrebungen der Erneuerung der Lebenskultur und im Aufkeimen neuer Siedlungskonzepte manifestiert. Der Bau der Garten(vor)stadt Hellerau spiegele exemplarisch die verschiedenen sozialen Reformkonzeptionen und ihre künstlerische Ausformung zwischen Funktion und Gestaltung.

Die gestalterische wird vielfach mit sozialpolitischer Moderne gleichgesetzt. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich ein komplexeres Bild. Konservative Politiker bevorzugten die Architektursprache der Moderne und umgekehrt gab es fortschrittliche Akteure, die mit traditionalistischen Formensprachen sympathisierten. Der Artikel von Hans Günther Burkhardt liefert hier einen aufschlussreichen Beitrag. Fritz Schumacher wechselte 1920 nach einem gewonnenen Wettbewerb zur Umlegung des Festungsrayons vom sozialdemokratisch dominierten Hamburg nach Köln und arbeitete drei Jahre „auf Augenhöhe“ mit Konrad Adenauer, bevor er nach Hamburg zurückkehrte. In Köln und Hamburg hätte er der Großstadt mittels seiner Pläne eine positive Zukunft einzuhauchen versucht.

Den Mythos des „starken Planers“ sucht Jörg Seifert in seinem Beitrag zu relativieren. Er analysiert einen Wandel im Wechselspiel zwischen individueller und kollektiver Dimension in Planungsprozessen. Die Wirkmächtigkeit der „großen Pläne“

erweise sich bei genauerer Betrachtung als ein Prozess mit komplexem Wechselspiel zwischen einer Vielzahl von Mitarbeitern und Akteuren, letztlich einer Teamarbeit und dem – als Verfasser angegebenen – Unterzeichner des finalen Plans. Zudem seien bei der Implementierung der Pläne noch weitere Akteure beteiligt, die Wirkungsabsichten modifizieren können.

Den Paradigmenwechsel vom Zierpark zum Volkspark und die damit verbundenen ideologischen Auseinandersetzungen erörtert Hartmut Frank. Exemplarisch werden am Beispiel der Planung und Realisierung des Hamburger Stadtparks die kontroversen Positionen nachgezeichnet. Parks würden - so der Autor - zu integralen Bestandteilen der durchgrüneten, aufgelockerten Großstadtplanungen. Als Vorbilder könnten dabei Park-Systeme aus Nordamerika gelten, die vor allem durch Werner Hegemann in Deutschland auf den Städtebau-Ausstellungen in Berlin und Düsseldorf bekannt gemacht wurden.

Carola Hein stellt in ihrem Beitrag diese deutschen Diskurse in einen internationalen Kontext. Sie untersucht dabei die Ausstellungen des Museum of Modern Art (MoMA) in New York sowie die Wirkungsmacht, die sie in den USA und schließlich transatlantisch entfalteten. Das MoMA suchte durch Bekanntmachung der deutschen und europäischen Stadt- und Siedlungsplanungsbeispiele positive Referenzen für sozial orientierte und ästhetisch ambitionierte Projekte in den USA zu liefern. Nach Meinung der Verfasserin gelte es den Stellenwert der Arbeit von Immigranten zu reflektieren, ihre Vernetzungen zu erörtern und die pädagogischen Intentionen des MoMA auszuleuchten. Die Aktivitäten der elitären Kunst- und Kulturinstitution hätten sich dabei zur Verbreitung modernistischer Architektur und von Nachbarschaftsplanungen als sehr wirkungsmächtig erwiesen.

**Prof. Dr. Dirk Schubert, HafenCity Universität Hamburg,
dirk.schubert@hcu-hamburg.de**

Gemeinschaft als Leitmotiv im Wohnungsbau der Großstadt

In Zeiten beschleunigten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandels erhält der Begriff *Gemeinschaft* besondere Aufmerksamkeit. Dem Verlust traditioneller Ordnungssysteme wird die Suche nach neuen Formen und Möglichkeiten der Vergemeinschaftung entgegeng gehalten. Der Begriff Gemeinschaft ist dabei in seinem Bedeutungsgehalt nicht statisch, sondern wird, vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Szenarien, immer wieder neu mit Bedeutung aufgeladen. Im allgemeinen Verständnis ist er positiv konnotiert. Gemeinschaft ruft Vorstellungen von Zusammengehörigkeit, Beheimatung, Schutz, Sicherheit und Geborgenheit auf. Im deutschen Sprachgebrauch hat der Begriff allerdings durch seine nationalsozialistische Indienstnahme im Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ seine politische Unschuld verloren. Er galt in der wissenschaftlichen Debatte nach 1945 als nachhaltig kontaminiert und wird bis heute – vor dem Hintergrund eines verstärkten globalen Austauschs – weiterhin gern durch Anglizismen ersetzt.¹ Die tiefgreifenden strukturellen Wandlungsprozesse im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts haben Vergemeinschaftungskonzepte jedoch auch in Deutschland wieder in den Fokus des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt.²

Der Gemeinschaftsbegriff im modernen Sinn hat sich in direktem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Wandlungserfahrungen der Industrialisierung und Urbanisierung ausgeprägt. War Gemeinschaft als politischer Begriff bis ins 19. Jahrhundert hinein fest verbunden mit Vorstellungen von Gesellschaft – die beiden Begriffe wurden praktisch synonym verwendet³ – führten die umfassenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu einem Auseinandertreten

¹ So wurde beispielsweise im Wohnungs- und Siedlungsbau der 1950er und 1960er Jahre das Konzept der „neighborhoods“ stark diskutiert. Gegenwärtig findet der Begriff der Gemein(schafts)-güter in den „commons“ seine zeitgemäße Erweiterung, vgl. Silke Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons. Für eine Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012.

² Zum Wandel des Gemeinschaftsbegriffs vgl. Überblicksdarstellung bei Hartmut Rosa u.a., Theorien der Gemeinschaft, Hamburg 2010, S. 45, 58.

³ Vgl. Rosa, S. 30.

beider Begriffe. Phänomene der sich allmählich durchsetzenden modernen Gesellschaft wurden im Spannungsfeld der räumlichen und persönlichen Nähe des Dorflebens und der anonymen Distanz in der Großstadt wahrgenommen. Dies fand seinen theoretischen Niederschlag in der kategorischen Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft.⁴

In den zu Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzenden Diskussionen um eine Reform der Großstadtkultur wurde nach Möglichkeiten und Konzepten neuer Formen von Gemeinschaft gesucht. Ihren sichtbarsten Ausdruck im gebauten Raum der Stadt fand diese moderne Suchbewegung in vielfältigen Formationen und Experimenten des Wohnungsbaus insbesondere des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts. Ihre inhaltliche Orientierung und Wirkungsgeschichte lassen sich in den räumlichen Arrangements von Villen, Siedlungen und Miethäusern bis in die Gegenwart nachzeichnen. Im Folgenden werden Aspekte der Vergemeinschaftung an Teilbereichen und auf jeweils unterschiedlichen Maßstabsebenen von Wohnungsbaubeispielen der Jahrhundertwende und des frühen 20. Jahrhunderts diskutiert. Sie vermitteln auf vielfältige Weise Eindrücke von der Ambivalenz moderner Großstadterfahrungen und ihrer Verarbeitung in neuartigen Wohnformen.

Am Schluss stehen zwei gescheiterte Experimente: zum einen das Emanzipationsprojekt des Einküchenhauses, in dem sich der paradoxe Versuch spiegelt, die Unabhängigkeit und den Handlungsspielraum der Frau im Rückgriff auf traditionelle Formen häuslicher Gemeinschaft zu erweitern. Zum anderen die Großsiedlung der 1960er Jahre: ein Experiment des Städtebaus, in dem das Dilemma von Individualität und Vermassung besonders deutlich wird. Beide Projekte markieren auf signifikante Weise den Anfang und das verlängerte Ende des Reformprojekts der Großstadt, in dessen Wohnformen sich das Ringen um die Wiedergewinnung von Gemeinschaft spiegeln.

Die Halle: Vergemeinschaftung in der Wohnung

„Sobald der Mensch jedoch die Heimatlosigkeit *bedenkt*, ist sie bereits kein Elend mehr. Sie ist, recht bedacht und gut behalten, der einzige Zuspruch, der die Sterblichen in das Wohnen *ruft*.“⁵

⁴ Vgl. Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft* (1887), in: Ders., *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*, hrsg. von Klaus Lichblau, S. 231-256. Vgl. auch Übersicht der begrifflichen Kategorien bei Tönnies in: Hans Lorenz Stoltenberg, *Wegweiser durch Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft*, Berlin 1919, S. 14f. sowie die soziologischen Grundbegriffe in: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* [1922], Tübingen 1972, S. 21-23.

⁵ Martin Heidegger, *Gesamtausgabe*, I. Abteilung: *Veröffentlichte Schriften 1910-1976*, Bd. 7 *Vorträge und Aufsätze*, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 2000, S. 163f.



Abb. 1: Halle mit Blick in die Kaminnische im Hause von Gahlen in Düsseldorf.

Mit der Industrialisierung änderten sich Wirtschafts- und Produktionsweisen grundlegend. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts berührten die radikalen Transformationen, die damit verbunden waren, nahezu alle Lebensbereiche. Der strukturelle Wandel betraf zuerst die Produktion, die Teilprodukte und den Prozess ihrer Herstellung: So manifestierte sich die durch die Eisenbahn ausgelöste Veränderung von Raum- und Zeitstrukturen zuerst im Warentransport. Im entschiedenen räumlichen Auseinandertreten von Produktionsort und Konsumtionsort wird die Ware „heimatlos“. Das Produkt verliert mit der räumlichen Entfernung zwischen Herstellungsort und Markt seine lokale Identität, seine konkret-sinnlichen Eigenschaften.⁶ Zugleich zergliederten Mechanisierung und Rationalisierung den Arbeitsvorgang selbst in arbeitsteilig organisierte Teilprozesse. Dies markiert den inhaltlichen Kern des Übergangs von der vorindustriellen zur industriellen Gesellschaft, also auch jenen von der „Ökonomie des ganzen Hauses zur bürgerlichen Kleinfamilie“.⁷ Denn

⁶ Vgl. Wolfgang Schivelbusch, *Geschichte der Eisenbahn*, München, Wien 1977, S. 41.

⁷ Ulla Terlinden, *Kritik der Stadtsoziologie*, in: Kerstin Dörhöfer, *Stadt, Land, Frau*, Freiburg 1990, S. 59 f.

das moderne Transportwesen und die veränderten Produktionsweisen mobilisierten zugleich wachsende Teile der Bevölkerung, die in die Städte wanderten. Die Großstadt offerierte räumliche Zentralität, physische Dichte und Nähe, in berechenbare Einheiten zergliederte Arbeit. Diese grundlegend veränderte Umwelt wurde in der individuellen Erfahrungswelt als vielgestaltiger Verlust von Sinnzusammenhängen erfahren. Dazu gehörten familiäre und freundschaftliche Bindungen, physische und emotionale Heimat oder das lineare Zeitempfinden. Die Überlebenserfahrung in den schnell errichteten Massenunterkünften der Mietskasernen und verdichteten Reihenhäuser verschärfte die krisenhafte Erfahrung von Entfremdung und Entwurzelung.

In der Wohnkultur des Bürgertums wurde diese tiefgreifende Verunsicherung dagegen produktiv verarbeitet. Das Raum- und Ausstattungsprogramm bürgerlicher Villen und Mietwohnungen um 1900 liefert reichhaltiges Anschauungsmaterial für materialreiche Strategien der Selbstvergewisserung und Vergemeinschaftung. Ihr räumlicher Mittelpunkt war die zentral gelegene Halle, repräsentativer Empfangsraum und funktionaler Verteiler.

„Die innere Ausschmückung der Wohnhäuser ... wird von einem einheitlichen Gedanken durchzogen, von dem Gedanken eines persönlichen Wunsches auf überlieferter Grundlage. In den architektonischen Rahmen, dessen künstlerische Gestaltung auf historische Erinnerung zurückgeht, trägt Sammlerfreude nach einem einheitlichen Gesichtspunkte alles das hinein, was eine Wohnstätte für höhere Lebensführung an Behaglichkeit und gesellschaftlichem Eindruck fordert.“⁸

Die zeitgenössische Beschreibung macht deutlich, wie hier durch die kunstsinnige Versammlung vielfältiger, aus ihren ursprünglichen historischen und räumlichen Zusammenhängen gerissener Einzelstücke versucht wurde, eine neue Einheit von Raum und Zeit, eine Heimat am neuen Ort herzustellen und in der Geschichte zu verankern. Doch diese Räume füllten sich nur selten zu repräsentativen Anlässen; in der Regel blieben sie menschenleer. Die imposanten Hauskerne litten an funktionaler Überforderung wie auch an formaler und symbolhafter Überfrachtung. Sie befreiten das Individuum nicht aus seiner Einsamkeit sondern wurden so zum Symbol für die Pathologien ihrer Zeit.

⁸ Albert Hoffmann, Entwicklung eines deutschen Grundriß- und Dielen-Motives, in: Deutsche Bauzeitung H. 83/1908, S. 569. Vgl. dazu ausführlich: Celina Kress, Zwischen Garten und Stadt – die Architekten in Berlins „Zug nach Westen“, in: Heinz Reif (Hrsg.), Berliner Villenleben. Die Inszenierung bürgerlicher Wohnwelten am grünen Rand der Stadt um 1900, Berlin 2008, S. 117-120.

Der Hof: Vergemeinschaftung im Städtebau

„Das große Ziel der Zeit kann nur sein, ... die breite Unterlage einer gemeinsamen, das ganze Volk umfassenden Kultur zu gründen und allmählich in sorgsamer Arbeit auszubauen. ... Es gibt zwei Punkte, wo das zunächst mit voller, breiter Wirkung möglich ist: Die Erziehungsfrage und die Wohnungsfrage.“⁹



Abb. 2: Fritz Schumacher, Hamburger Oberbaudirektor: Wohngebiet Jarrestraße mit gemeinschaftlichen Freiflächen im zentralen Wohnhof, um 1929, Luftbild.

Während des Ersten Weltkriegs war der Wohnungsbau praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Zusätzlich zum so entstandenen Produktionsausfall und Modernisierungstau erhöhten nachgeholte Eheschließungen, Flüchtlingszustrom und Kriegsheimkehrer die Nachfrage nach Wohnungen drastisch. Gleichzeitig hemmten mangelnde finanzielle und materielle Ressourcen den notwendigen Neubau. Die Wohnungsversorgung wurde zum nationalen Kernproblem. Diese Situation führte

⁹ Fritz Schumacher, Sozialer Städtebau, in: Ders., Lesebuch für Baumeister. Äußerungen über Architektur und Städtebau, Berlin/Braunschweig 1977, S. 390.

in der Zwischenkriegszeit zu einer durch öffentliche Interventionen gekennzeichneten Wohnungspolitik, die mit der Festschreibung des Rechts auf eine gesunde Wohnung für alle Bürger ihren ersten sichtbaren Niederschlag in der Weimarer Reichsverfassung fand. In Artikel 155 heißt es: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird ... von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Missbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern.“¹⁰ Bis Ende der 1920er Jahre führte die aktive Förderpolitik der Weimarer Zeit zu allmählich deutlich ansteigenden Wohnungsneubauziffern.

Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft wurde in dieser Zeit zur bestimmenden Kategorie aller Vorstellungen und Begriffe, die sich auf das Zusammenleben der Menschen bezogen. Das begriffliche Gegensatzpaar lieferte eine erste und alles beherrschende konzeptionelle Orientierung, in der die tiefgreifende Verunsicherung des ausgehenden 19. Jahrhunderts aufgefangen wurde.¹¹ Gesellschaft kristallisierte sich dabei als etwas Eigenständiges heraus, das die Entscheidungskraft einzelner Individuen übersteigt. Der Begriff verband sich mit der Ausbreitung kapitalistischer Erwerbslogik und Massenproduktion und wurde allmählich zum Inbegriff der Moderne. Auf der anderen Seite stand das Konzept der Gemeinschaft, das allgemein zur „Projektionsfläche für die im Zuge der Modernisierung verlorenen Sicherheiten avancierte.“¹² Dieser Begriff differenzierte sich in zwei unterschiedliche Richtungen aus: Zum einen popularisierte er sich mit dem Aufkommen sozialistischer und kommunistischer Bewegungen und wurde zur politischen Kampfformel. Auf der anderen Seite verband er sich mit den Schriften der Romantiker, die seinen Bedeutungsgehalt auf Instinkte, Gefühle, Mythen oder Traditionen zurückführten.¹³ Er erhielt seinen inhaltlichen Fluchtpunkt damit in der Vergangenheit und romantischen Rückwärtsgewandtheit und manifestierte ein latentes Unbehagen an der Moderne. Im Wohnungs- und Siedlungsbau der Zwischenkriegszeit verbanden sich diese verschiedenen Aspekte auf komplexe Weise. Sie spiegelten sich in den beiden vorherrschenden unterschiedlichen Raumkonzeptionen der Reihung und des Ho-

¹⁰ Zit. nach: Rolf Kornemann, *Gesetze, Gesetze ... Die amtliche Wohnungspolitik in der Zeit von 1918 bis 1945 in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen*, in: Gert Kähler (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens 1918-1945. Reform, Reaktion, Zerstörung*, Stuttgart 1996, S. 607.

¹¹ Vgl. Carl Schmitt, *Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Beispiel einer zweigliedrigen Unterscheidung*, zit. in: Rosa, S. 38 f.

¹² Ebd. S. 34.

¹³ Vgl. Manfred Riedel, *Gesellschaft, Gemeinschaft*, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Kosellek (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1994, S. 828 f.

fes. Beide Formen wurden gleichermaßen von Vertretern des Neuen Bauens wie auch eher traditionell ausgerichteten Architekten tatsächlich umgesetzt. Kommentierende Aussagen der Architekten verweisen auf signifikante Unterschiede. So gilt Walter Gropius als Verfechter eines „sozialen Individualismus“¹⁴, der Freiheit und Individualität höher einschätzte als gemeinschaftliche Raumstrukturierungen. Diese Überzeugung drückt sich in strengen Zeilenbausiedlungen wie Karlsruhe Damerstock und Dessau-Törten aus.

Obwohl rationale Bauformen und seriell gereichte städtebauliche Anordnungen einer kapitalistischen Verwertungslogik zugeordnet werden, und Hofformen als Ausdruck von genossenschaftlicher Gemeinschaft gelten, lässt sich diese ideologische Zuordnung nicht in der wirtschaftlichen Organisation von Wohnungsbauprojekten nachweisen. Während soziale Wohnungsbauunternehmen durchaus auch streng rationale Zeilenbauten realisierten, bauten private Unternehmen umgekehrt auch Hofanlagen im Wohnungsbau. Signifikanter scheinen die unterschiedlichen Reaktionen von Bewohnern auf die verschiedenen Bauformen, die bei der gemeinschaftlichen Aneignung deutlich zu Hofformen und traditionellen Bauformen tendierten: Dokumentationen von gemeinschaftlich organisierten Festen finden sich in der Regel über Hofanlagen. Als prominenteste Beispiele dafür gelten dabei die Hufeisensiedlung von Bruno Taut in Berlin sowie der Karl-Marx-Hof in Wien. In diesem Sinne sah Siegfried Kracauer das „Massenornament“ kritisch als „ästhetischen Reflex der von dem herrschenden Wirtschaftssystem erstrebten Rationalität“, die den Menschen nicht einbegreife. Doch Kracauer, der sah, dass „die erneute Herkunft einer Gemeinschaft herbeigesehnt wurde, die besser als die kapitalistische Gesellschaft das vermeintlich Menschliche berge“, plädierte erfolglos für die Verstärkung der Vernunft, er konstatierte: „Der Kapitalismus rationalisiert nicht zu viel, sondern zu *wenig*.“¹⁵ In besonders ausgewogener Weise verstand es der Architekt Fritz Schumacher, beide Raumtypen in seinen städtebaulichen Modellen für Hamburg zu verbinden. In seinen elastischen Modellen ausgedehnter Wohnanlagen lässt sich die von Kracauer angemahnte erhöhte Rationalität, die zugleich den Menschen und sein Bedürfnis nach Vergemeinschaftung einbegreift, erkennen.¹⁶

¹⁴ Walter Gropius, zit in: Markus Eisen, Das sozialdemokratische Ideal: Die Hufeisensiedlung in Berlin-Britz, das Neue Frankfurt und das Rote Wien, in: Winfried Nerdinger (Hrsg.), *L'architecture engagée*, München 2012, S. 252.

¹⁵ Siegfried Kracauer, *das Ornament der Masse*, in: Ders., *das Ornament der Masse. Essays*, Frankfurt/M. 1977, S. 57.

¹⁶ Fritz Schumacher, *Das Werden einer Wohnstadt. Bilder vom neuen Hamburg*, Hamburg 1932, Abb. Anhang.

Das Haus: Vergemeinschaftung in der Stadt-Landschaft

„Es müssen nicht neue Stadtteile der Großstadt, sondern ... ‚Filialen‘ der Großstadt geschaffen werden auf einem Boden, der unveräußerliches Eigentum der ansiedelnden Großstadt bleibt“¹⁷

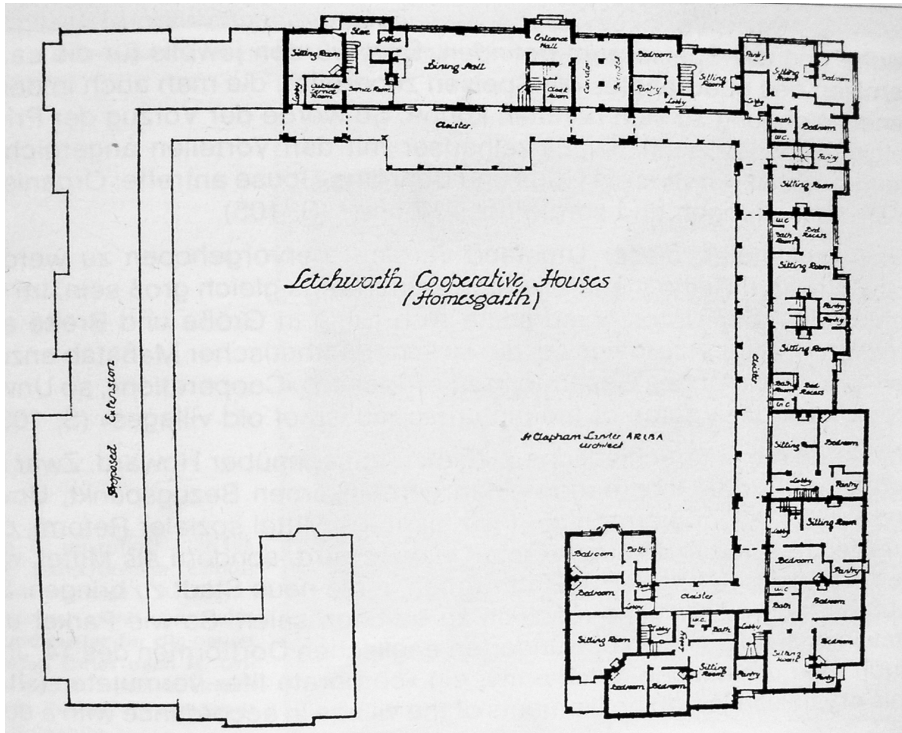


Abb. 3: Wohnprojekt Homesgarth mit Gemeinschaftsküche und -speisesaal in Letchworth Gardencity, Architekt: Clapham Lander, 1906.

Das wohl radikalste Reformprojekt der Großstadt um 1900 bildete die Gartenstadt. Ihr „größter Vorteil ... liegt in dem Fehlen der mannigfachen Widerstände und Reibungsflächen, die das mürrische Gestern dem zukunftsfrohen Heute zu hinterlassen pflegt.“¹⁸ Der Engländer Ebenezer Howard veröffentlichte seine Idee eines um-

¹⁷ Alfred Abendroth, Die Großstadt als Städtegründerin, in: Der Städtebau 1:2, 1904, S. 24.

¹⁸ Hans Kampffmeyer, Die Gartenstadtbewegung, Leipzig 1909, S. 86.

fassenden Netzes neuer, satellitenartiger Wohnorte mit maximal 30.000 Einwohnern erstmalig 1898. Das Prinzip sollte die Vorteile der Stadt und die Vorteile des Landes miteinander vereinigen und deren jeweilige Defizite ausschließen. Die Deckelung der Einwohnerzahl stellte eine wichtige Bedingung dar, um einerseits die Überschaubarkeit und Nachbarschaftlichkeit zu sichern, sowie andererseits Zersiedelungstendenzen auszuschließen. Dominierendes Element der Gartenstadt sind private Wohnhäuser, die gesundes Wohnen ermöglichen sollten. Howard zeichnete keine Hausformen, aber seine Schrift enthält Abbildungen mit Zwei- bis Vierfamilienhäusern. Gemeinschaftlichkeit entsteht hier eher über Nachbarschaft und gemeinsame Interessen als durch besonders darauf angelegte Gruppen- oder Hofhausformen.¹⁹ Die Gartenstadt liegt in Eisenbahntfernung von der „Mutterstadt“. Ihre konkrete Entfernung ergibt sich durch das günstigste Angebot an Agrarflächen, die potenziell zu Siedlungsland umgewandelt werden können. Am Rand des auf einer Kreisform aufgebauten Organisationschemas befinden sich agrarwirtschaftliche Nutzflächen und industrielle Produktionsstätten. Gemeinschaftseinrichtungen wie Krankenhaus, Schule und Kinderheim sowie ein Wasserwerk und/oder der Städtische Forst liegen in der Mittelzone. Mit der Gartenstadt hat Howard ein bis heute praktisch nicht realisiertes, neuartiges und urbanes Prinzip eingeführt, das die Großstadt ergänzen und auf lange Sicht in einer sich langsam entwickelnden Stadt-Landschaft auflösen wollte. Von besonderer Bedeutung bei diesem Modell waren Ansätze und Ideen für experimentelles und gemeinschaftliches Wirtschaften: „Eine Selbsthilfebestrebung hat die Fähigkeit, schöpferisch zu wirken, neue wirtschaftliche Organisationsformen auszuarbeiten und zu erproben, sowie deren allmähliche Ausbreitung zu bewirken. ... Die Gartenstadt bringt den Markt vor die Tür und ermöglicht einen direkten Verkehr zwischen Produzent und Konsument.“²⁰ Die hier beschriebene Einrichtung lokaler Wirtschaftskreisläufe und der Aufruf zu neuen wirtschaftlichen Organisationsformen der Selbsthilfe liefern Anregungen zum Umgang mit städtischen Peripherien, die auch heute noch von Interesse sind.²¹ Nicht zuletzt zielt das Modell auch darauf, positive Impulse auf das Umland auszuüben: „Die Gartenstadt nimmt dem Lande, was es an Eintönigkeit und Einsamkeit zu viel hat, sie bringt mehr Anregung und Bildungsmöglichkeit in den Bereich des Landbe-

¹⁹ Wengleich es für solche Formen vielfältige Beispiele in gartenstadtähnlichen Siedlungen gibt. Vgl. Ebenezer Howard: *To-Morrow. A Peaceful Path to Real Reform*, London 1898. Erste deutsche Übersetzung: Ders., *Gartenstädte in Sicht*, Jena 1907.

²⁰ Bernhard Kampffmeyer, *Gartenstadt und Landeskultur*, Berlin 1906, S. 12.

²¹ Vgl. etwa das für die Metropolregion Zürich 2011 entwickelte Projekt „Metro_Garten_StadtRegion Zürich“ des Planungsbüros yellow z urbanism architecture: http://metropolitanraum-zuerich.ch/fileadmin/user_upload/downloads/3-schlussbericht_yellow_z_klein.pdf (letzter Zugriff: 06.02.2014).

wohners. Damit erfüllt sie grundlegende Bedingungen für jeden Fortschritt, nicht zum mindesten den der Landeskultur, die ein unermessliches Wissensgebiet darstellt.“²² Auf diese Weise entwickelte Ebenezer Howard ein umfassendes stadtökologisches Modell, das die Landschaften, in die es eingebettet war, ebenso als schützenswerte Entwicklungs-Ressource ansah, wie auch die urbanen Kerne, um die herum es angelegt werden sollte.

Scheitern als Chance: Einküchenhaus und Großsiedlungsbau

„Wohnbauten gewähren wohl Unterkunft, die Wohnungen können heute sogar gut gegliedert, leicht zu bewirtschaften, wünschenswert billig, offen gegen Luft, Licht und Sonne sein, aber: bergen die Wohnungen schon die Gewähr in sich, dass ein Wohnen geschieht?“²³

Mit dem Blick auf zwei besondere Reformwohnungsbaumodelle sollen zeitlicher Beginn und Abschluss der Reformära markiert werden. Ein besonders frühes und radikales Beispiel für Gemeinschaftsmodelle im städtischen Wohnbau bildet das Einküchenhaus. Private Küchen wurden hier durch eine zentral bewirtschaftete ersetzt. Die Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Lily Braun verfocht damit die Idee der Befreiung der Frau von der Hausarbeit und suchte so dem sich gerade herausbildenden Modell der Kleinfamilie im Massenwohnungsbau entgegenzuarbeiten. Diese Häuser sollten mit weiteren Gemeinschaftseinrichtungen wie Dachterrassen, Wäschekeller und weiteren Serviceeinrichtungen ausgestattet werden.²⁴ Das Modell rief breiten Widerspruch hervor, der von konservativen Diffamierungen bis zum Vorwurf einer kostspieligen, großbürgerlichen Utopie reichte. Die hier vorbereitete Berufstätigkeit und Eingliederung von Frauen in den fordistischen Produktions- und Reproduktionsprozess vollzog sich bis in die 1960er und 1970er Jahre. In der formalen Gestaltung der Großwohnsiedlungen spiegelt sich die vollständig vollzogene Unabhängigkeit wirtschaftlicher Erwerbsformen von räumlicher Nähe und Gemeinschaftlichkeit. Zugleich gelten diese Siedlungen als „Höhe- und Endpunkt einer sozial fokussierten Bautätigkeit.“²⁵ Wird aus historischer Sicht zum einen ihre vollständig durchgesetzte Negativwahrnehmung konstatiert²⁶, so steht offenbar zu-

²² Bernhard Kampffmeyer, S. 21.

²³ Martin Heidegger, Gesamtausgabe, I. Abteilung: Veröffentlichte Schriften 1910-1976, Bd. 7 Vorträge und Aufsätze, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 2000, S. 147.

²⁴ Vgl. Günther Uhlig, Kollektivmodell „Einküchenhaus“. Wohnreform und Architekturdebatte zwischen Frauenbewegung und Funktionalismus 1900-1933. Werkbundarchiv Bd. 6, Gießen 1981.

²⁵ Sebastian Haumann/Georg Wagner-Kyora, Westeuropäische Großsiedlungen – Sozialkritik und Raumerfahrung, in: IMS H. 1/2013, S. 8.

²⁶ Ebd., S. 9.

gleich ein Umdenken bevor. Jüngst deutet sich zum einen die erneute Aufwertung der Großsiedlungen in innenstadtnahen Lagen an²⁷, zum anderen geraten sie vermehrt in den Fokus wissenschaftlicher Analyse und planerischen Handelns. Möglicherweise kommt es noch aus einer weiteren Perspektive zur Rehabilitation der Großwohnsiedlungen: Angesichts liberalisierter Arbeitsstrukturen und abnehmender sozialstaatlicher und unternehmerischer Sicherheitsnetze erhält Eigenverantwortung steigende Bedeutung. In diesem Zusammenhang kommt neuen Formen virtueller und physischer Gemeinschaftsbildung verstärkte Bedeutung zu. Die daraus abgeleitete Notwendigkeit zu gemeinschaftlichem Handeln, neuen Formen des Austauschs und der Hilfeleistung könnten dazu führen, dass ungeahnte Potenziale und Ressourcen in den Großwohnsiedlungen entdeckt werden.²⁸ In einer neuen Phase der Inbesitznahme dieser vielleicht nur scheinbar vollständig durch planerische Absichten funktional determinierten Großwohnsiedlungen würde sich endlich auch die von Siegfried Kracauer geäußerte Hoffnung auf einen Durchbruch der menschlichen Vernunft realisieren: wenn sich – im Sinne Kracauers – die Gesellschaft ändert, „dann wird auch das Ornament der Masse hinschwinden und das menschliche Leben selber die Züge jenes Ornaments annehmen, zu dem es in den Märchen angesichts der Wahrheit sich ausprägt.“²⁹

Dr.-Ing. Celina Kress, Vertretungsprofessorin für Planungstheorie und Stadtbaugeschichte an der Fachhochschule Erfurt, University of Applied Sciences, celina.kress@fh-erfurt.de

Abbildungsnachweise

Abb. 1: Deutsche Bauzeitung 42:83, 1908, S. 668.

Abb. 2: Ockert, S. 65.

Abb. 3: Wikimedia Commons.

²⁷ Vgl. Maren Harnack, Rückkehr der Wohnmaschinen. Sozialer Wohnungsbau und Gentrifizierung in London, Bielefeld 2012; Sebastian Bührig, Wohnen an der Kotti D'Azur, Masterthesis Urban Design, HafenCity Hamburg 2013.

²⁸ Zu Renaissance und Formwandel von Gemeinschaft in der Spätmoderne vgl. Rosa, S. 54 f.

²⁹ Kracauer, S. 63.

Englisches Haus und Gartenstadt – Geistige Strömungen um 1900

Eine neue Zeit war angebrochen. Julius Posener¹ war fünf Jahre alt, als seine Eltern 1910 ein Haus bauten und ihm deutlich sagten, „daß das das neue Haus sein werde und die neue Zeit“.² Die alte Villa mit ihren Kachelöfen sei „finster und glitschig“, hingegen würde ihr Haus mit seiner Zentralheizung und elektrischer Beleuchtung modern, hell und froh werden, lernte der kleine Junge. Diese Verheißungen erschienen ihm vielversprechend. Doch während seine Eltern die Vorzüge der fortschrittlichen Architektur priesen, äußerten sich die „weiterhin 'finster und glitschigen' Verwandten“ skeptisch über das neue Haus und bemerkten, „das sei die neue Mode, das sei unsolid“.³ „Onkel Paul führte [schließlich] seinen majestätischen Bart durch die neuen Räume spazieren, stieß mit dem Stock auf den Linoleumfußboden und räusperte sich wie einer, der sagen wollte, daß sich das alles nicht gehört: das war die neue Zeit.“⁴ Sie hatte sich herausgeschält aus vielfältigen Strömungen und geistigen Regungen, die um die Jahrhundertwende aufkeimten und Architektur wie Städtebau gleichermaßen erfassten.

Menschen wie Julius Poseners Eltern nahmen schon in den Jahren vor ihrem Hausbau den Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert als Meilenstein wahr: Die alte Zeit ging zu Ende. Die Bezeichnung *Fin de Siècle* war mehr als nur ein beschreibender Begriff für diese Phase; sie wurde, wie Fritz Schumacher⁵ 1935 rückblickend in *Die Stimmung der Zeit* notierte, zur Wesensbezeichnung: „Man fühlte sich als Genosse einer sterbenden Zeit, man spürte Müdigkeit und den Hauch des Verfalls,

¹ Julius Posener, Architekt, Architekturhistoriker (1904-1996). Als die in diesem Beitrag thematisierte neue Zeit anbrach, war Julius Posener noch ein Kind und seine Eltern ließen sich ein Haus errichten, wie es kurz zuvor von Hermann Muthesius als englisches Haus beschrieben worden war. Ein dreiviertel Jahrhundert später hatte Posener als Architekturkritiker und Hochschullehrer großes Ansehen erlangt und war zum Nestor der deutschen Architekturgeschichtsschreibung erwachsen.

² Julius Posener, *Was Architektur sein kann: neuere Aufsätze*, Basel 1995, S. 9.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Fritz Schumacher, Architekt (1869-1947). Fritz Schumacher war Hochschullehrer in Dresden, bevor er 1909 die Leitung des Hamburger Bauwesens übernahm und nach seiner Tätigkeit in Köln schließlich 1924 in Hamburg Oberbaudirektor wurde.

aber man empfand das nicht als etwas Bedauerliches, sondern als etwas Interessantes.“⁶ Was ging da zu Ende? Der die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts prägende Historismus war von einer geistes- und kulturgeschichtlichen Ausrichtung auf die Geschichte bestimmt. Dieser Fokus auf die Vergangenheit war eine Folge der Aufklärung und beeinflusste alle nicht naturwissenschaftlichen Disziplinen. Auch außerhalb der Wissenschaft, etwa auf kulturellem Gebiet, war der historische Bezug für das Handeln bestimmend, so entstanden beispielsweise im angesehenen Hoftheater des Herzogs Georg II von Sachsen-Meinungen Bühnenbilder, die mit größtmöglicher Präzision die darzustellenden historischen Stätten abbildeten.⁷ Dies galt keineswegs als Spleen, sondern entsprang dem Ansinnen, das Publikum im humanistischen Geiste zu bilden. Architektur und Städtebau dieser Zeit spiegeln noch heute die Grundhaltung des Historismus, einen geschichtlichen Kontext zu schaffen: Die sogenannten Gründerzeitviertel sind geprägt von Fassadenabfolgen, deren Zierrat im Rückgriff auf historische Epochen gestaltet wurde. Eklektizistisch wurden Versatzstücke früherer Zeiten auf die Gebäude appliziert. Augenscheinlich wird dies in den Stadterweiterungsgebieten, die seinerzeit vor dem Hintergrund einer prosperierenden Wirtschaft allorts entstanden und meist bis heute Straßenzüge zeigen, die von klassischen, aber auch romanischen oder gotischen Schmuckelementen bestimmt sind. Am markantesten zeigt sich die Haltung, sich am Formenrepertoire früherer Zeiten zu bedienen, am Schloss Neuschwanstein, das König Ludwig II von Bayern ab 1868 als neuromanischen Bau in Anlehnung an die Erscheinung der Wartburg errichten ließ; ein Ensemble, das wie eine mittelalterliche Burg wirken sollte und tatsächlich noch heute von den meisten Touristen für ein sehr altes Bauwerk gehalten wird.

So sehr die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts vom Blick auf die Vergangenheit bestimmt war, so sehr war diese Zeit auch von epochalen gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Die fortschreitende Industrialisierung und die rasante Entwicklung der Naturwissenschaften hatten einen enormen Umbruch hervorgerufen, der sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche auswirkte: Deutschland wandelte sich vom Agrarstaat zur Industrienation. Bevölkerungswachstum und veränderte Arbeitsprozesse führten zu sozialen Veränderungen, die einerseits für zahlreiche Menschen in zunehmender Massenarbeitslosigkeit spürbar wurden und sich andererseits im gesellschaftlichen Aufstieg des Bürgertums sowie in Abstiegsängsten des Kleinbürgertums manifestierten. Kurz gefasst: Der stilistische Rückgriff auf historische Epochen und ein enormer Wandel aller Lebensbereiche existierten wie in einem Amalgam verbunden zeitgleich miteinander.

⁶ Fritz Schumacher, *Strömungen in Deutscher Baukunst* [1935], Leipzig 1982, S. 104.

⁷ Vgl. Rolf Badenhausen (Hrsg.), *Bühnenformen, Bühnenräume, Bühnendekorationen*, Berlin 1974.

In dieser Gemengelage entstand die neue Zeit, die der junge Julius Posener erlebte. Sie keimte im Fin de Siècle, das sich noch als vielstimmiger Ausgangspunkt für die Kultur des 20. Jahrhunderts erweisen sollte. Die Ursprünge dieser Entwicklung sind vielfältig, zu den markantesten ist die Arts-and-Crafts-Bewegung zu zählen: England war Vorreiter in der Industrialisierung gewesen – man denke nur an die Erfindung der Dampfmaschine – und so zeigten sich dort die Folgen der veränderten Produktionsprozesse schon früh. Neben der Auseinandersetzung mit den weitreichenden sozialen Fragen, die von der Arbeiterbewegung geführt wurde, entstand die Sorge, wie die unter veränderten Produktionsbedingungen hergestellten Waren das Leben der Menschen veränderten. Die von der Maschine produzierte industrielle Massenware stand in der Wahrnehmung von Menschen wie William Morris⁸, dem Begründer der kunstgewerblichen Bewegung, im Gegensatz zum handwerklich gefertigten Produkt. Gemeinsam mit Architekten und „präraffaelitischen“ Malern⁹ gründete Morris 1861 eine Gesellschaft zur Herstellung kunsthandwerklicher Waren, wie Tapeten, Stoffe und Gläser. Diese Manufakturprodukte hatten eine gediegene Qualität, zeigten eine von Naturformen inspirierte, ornamentale Gestaltung und waren in ihrem Rückgriff auf tradierte Vorbilder eine ästhetische Neuerung konträr zum industriellen Massenprodukt. Für Morris entsprang die Kunst aus der Arbeit des Handwerkers, während die Maschine per se nichts Künstlerisches produzieren könne.

Diese englischen Strömungen wurden in Deutschland nicht nur wahrgenommen, sondern regelrecht gefeiert, wie 1899 beim fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Leipziger Kunstgewerbemuseums, als das Gemälde *The Golden Stairs* des Präraffaeliten Edward Coley Burne-Jones von Fritz Schumacher als lebendes Bild inszeniert wurde.¹⁰ Das Augenmerk galt dabei – wie vielerorts – nicht nur den schönen Künsten, es war unter Einbeziehung von Architektur und Städtebau auf die gesamte kulturelle Entwicklung gerichtet. Eine besondere Rolle beim Transfer britischer Ideen nach Deutschland ist Hermann Muthesius zuzuschreiben.¹¹ Von 1896 bis 1903 arbeitete er als Attaché an der Deutschen Botschaft in London und rückte 1904 mit seinem dreibändigen Werk *Das englische Haus* den Blick der Deutschen auf einen Typus Haus, der sich durch sachliche Gestaltung und eine aus den Funktionen her-

⁸ William Morris, Künstler und Designer (1834-1896). Morris, der als Dichter, Sozialreformer, Künstler und Unternehmer wirkte, legte mit seiner Kulturkritik die Basis für die Arts-and-Crafts-Bewegung, die zu den frühen Ursprüngen der Entwicklung in die Moderne zu zählen ist.

⁹ Das Adjektiv „präraffaelitisch“ bezeichnet eine Gruppe von englischen Malern der Mitte des 19. Jahrhunderts, die sich, zusammengeschlossen als *The Pre-Raphaelite Brotherhood*, an Werken des späten Mittelalters orientierten, also an der Epoche vor dem italienischen Künstler Raffael.

¹⁰ Thomas Völlmar, Bild – Bühne – Architektur. Fritz Schumachers Entwürfe für das Theater, Berlin 2009, S. 38.

¹¹ Hermann Muthesius, Architekt (1861-1927).

geleiteten Form auszeichnete.¹² Muthesius beschrieb Häuser, die entworfen waren, um in ihnen zu leben, nicht, um sie anzuschauen. Anders als die in Deutschland entstandenen historistischen Bauten, die die Gründerzeitviertel mit ihrem Repräsentationsgestus prägten, trugen die englischen Landhäuser kein identifizierbares Stilkleid. Auch wenn sie malerisch gruppiert waren, so war ihr entscheidendes Merkmal doch ihre Zweckmäßigkeit. Die Orientierung der Planung an der Funktion, die Muthesius seinen Lesern präsentierte, fand eine große Rezeption, die ein Ausgangspunkt für die aufkommende Sachlichkeit werden sollte.

Die Erneuerung der Lebenskultur und der Aufbruch in eine neue Zeit äußern sich auf städtebaulicher Ebene im Aufkeimen neuer Siedlungskonzepte. Auch hier waren die Folgen der Industrialisierung auslösendes Moment: Die Fabriken brauchten Arbeitskräfte und die stetig durch Zuzug aus dem ländlichen Raum anwachsenden Städte wurden zum Moloch. Wohnungsnot und miserable hygienische Verhältnisse kennzeichneten das Leben der Menschen in der Stadt. Für jedermann sichtbar waren Reformen notwendig geworden – nicht nur aus Menschlichkeit, auch zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft des Proletariats. Ein Ansatz war, der Verdichtung im Inneren und dem Wachstum am Rand durch einen neuen Typus im Umland der Stadt entgegen zu wirken; die Idee einer *Garden City* im Grünen wurde von Ebenezer Howard 1898 in *To-morrow. A Peaceful Path to real Reform* publiziert.¹³ Er sah eine kreisförmig zonierte Anordnung von Wohn- und Arbeitsvierteln sowie Grünbereichen vor. Um Bodenspekulation zu verhindern, sollten Grund und Boden Gemeinbesitz bleiben. Dieser Gedanke und seine Verwirklichung in Letchworth (1903) strahlten nach Deutschland aus¹⁴, wo die Situation in den Städten nicht minder problematisch war. In Hamburg, wo sich in den überbelegten Häusern der engen Gängeviertel dutzende Menschen einen Abort teilten, starben noch 1892 bei einer Choleraepidemie über 8.000 Menschen an verunreinigtem Trinkwasser. Überall im Land boomte die Wirtschaft, die Bewohnerzahlen der Städte explodierten. Zu den quantitativen Problemen kam hinzu, dass die Städte als Herd moralischer Verwerfung und politischer Instabilität angesehen wurden. Vor diesem Hintergrund wird die Wirkmacht der Howardschen Idee verständlich. In Berlin nahm die deutsche Gartenstadtbewegung ihren Ausgangspunkt im *Friedrichshagener Dichter- und Künstlerkreis* und seinen lebensreformerischen Bestrebungen, die über die *Neue Gemeinschaft* schließlich 1902 in der Gründung der *Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft* mündete. Die regen Aktivitäten der Gesellschaft kristallisierten sich in

¹² Hermann Muthesius, *Das englische Haus*, Berlin 1904, 3 Bd.

¹³ Ebenezer Howard, *To-morrow. A Peaceful Path to real Reform*, London 1898.

¹⁴ Vgl. Franziska Bollerey/Gerhard Fehl/Kristiana Hartmann, *Im Grünen wohnen, im Blauen planen*, Hamburg 1990.

mehreren konkreten Projekten. In Dresden setzten 1906 die Planungen für die Gartenstadt Hellerau ein, als der Fabrikant Karl Schmidt für seine expandierende Möbelproduktion vor den Toren der Stadt eine Fläche für Betrieb und Wohnstätten suchte und bei Dresden-Klotzsche 140 ha Land erwarb, die Au am Heller. Den Grund übertrug Schmidt an die von ihm, Wolf Dohrn¹⁵ und Richard Riemerschmid¹⁶ gegründeten Gartenstadt-Gesellschaft, die das Projekt entwickelte. Entsprach die Größe der Siedlung mitnichten den Dimensionen, die Howard für die Garden City annahm, und lag sie auch nicht wie von Howard gedacht in Distanz zur Stadt auf dem Land, so wirkte hier doch merklich die Idee fort, das Land durch Einrichtung einer genossenschaftsähnlichen Trägerschaft der Spekulation zu entziehen. Anders als in den Werkssiedlungen, wie sie von Krupp und Siemens errichtet wurden, war das Wohnen in Hellerau von Anbeginn an nicht an eine Werkszugehörigkeit geknüpft. Der Münchner Maler und Kunstgewerbler Riemerschmid entwarf als Architekt den Fabrikneubau der *Deutschen Werkstätten Hellerau*, in dem die fast 500 Mitarbeiter Schmidts arbeiteten. Hangaufwärts, angrenzend an den Betrieb, entfaltete sich die Gartenstadt in geschwungen angelegten Straßen und bot 400 Familien ein Zuhause. Neben Riemerschmid, der auch für die städtebauliche Konzeption verantwortlich zeichnete, wirkten Heinrich Tessenow¹⁷, Hermann Mutthesus und andere am Entwurf der Bauten mit. Eine sogenannte *Siebener Kommission*, der auch Fritz Schumacher und Theodor Fischer angehörten, war in die Planungen einbezogen und erkundete im Rahmen der begleitenden Tätigkeit durch Beteiligung auch die Bedürfnisse und Wünsche der künftigen Bewohner.¹⁸ Sie hatte die zentrale Aufgabe, eine Bebauung des Areals in künstlerischer Weise zu gewährleisten. Auch die Entwicklung von satzungsartigen Leitlinien der Gestaltung diente diesem Ziel. Der Gesamteindruck der Straßenzüge, die offenkundig den Gedanken folgen, die Camillo Sitte 1889 in *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen* darlegte¹⁹, war von bildhaftem, malerischem Charakter. Ein elementarer Teil der Gartenstadt war ihr Grün, wobei straßenseitig kleine Vorgärten und Spaliergitter einen dörflichen Charakter erzeugten, während die Gartenseite ganz unter den Vorzeichen der von Leberecht Migge entwickelten Konzeption eines der Selbstversorgung dienenden Arbeitergartens stand. Die Gärten waren durch ein Netz informeller Mistwege erschlossen und sollten nach Migges Typengestaltung trotz minimierter Größe die Versorgung der Hausbewohner gewährleisten. Durch Festlegung eines

¹⁵ Wolf Dohrn, Publizist (1878-1914).

¹⁶ Richard Riemerschmid, Künstler (1868-1957).

¹⁷ Heinrich Tessenow, Architekt (1876-950).

¹⁸ Patrice Neau, Die deutsche Gartenstadtbewegung, in: Marc Cluet/Catherine Repussard, Lebensreform: Die soziale Dynamik der politischen Ohnmacht, Tübingen 2013, S. 221.

¹⁹ Camillo Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889.

Grundmusters aus Spalier-, Beet-, Weg- und Kompostflächen wurde der einheitliche Gesamteindruck der Siedlung gewährleistet.²⁰ Die Harmonie der Teile, die hier zu einem Ganzen wuchsen, bestand nicht nur aus dem Einklang von Wohnen und Arbeiten, aus der Verbindung von Schmidts Möbelfabrik und Riemerschmids süddeutsch-romantische Dorfassoziationen erweckendem Ortsbild. Über allem schwebte ein künstlerischer Geist, der nicht nur die Ausbildung der Wohn- und Arbeitsstätten durchdrang, sondern sich zudem im Bau einer kulturellen Institution zeigte: In der höher gelegenen nordwestlichen Ecke der Au errichtete man 1911 nach Plänen Heinrich Tessenows ein Festspielhaus, das wie ein Tempel der Künste den räumlichen Gegenpol zur südlich gelegenen Möbelfabrik bildet.²¹ Der Dreiklang aus Arbeiten, Wohnen und Kultur war wesentlich für Hellerau, denn es ging um mehr als nur das städtebauliche Generieren reinen Wohnraums. Das Festspielhaus war mit der angegliederten *Bildungsanstalt für Musik und Rhythmus* ein kultureller Pol, der auf die Siedlung wirkte. Bemerkenswerterweise steht bei aller Adaption von tradierten Dorfbildern kein kirchlicher Bau im Zentrum der Siedlung, vielmehr erscheint das Festspielhaus am oberen Rand des Quartiers als krönender Hochpunkt.

Die Entstehung Helleraus ist nicht denkbar ohne den Deutschen Werkbund und den Sozialliberalen Friedrich Naumann, der wie Muthesius zu denen gehörte, die die Anregung für die Gründung des Werkbundes gaben. Anders als Morris, der die künstlerische Produktion in der Manufaktur als Gegenmodell zur industriellen Fertigung sah, wollte Naumann die Maschine nicht bekämpfen, sondern nutzen. Gerade in der Verbindung von kunstgewerblicher Gestaltung und maschineller Produktion sah man eine Chance und hatte dabei neben sozialen Zielen vor allem nationales Exportwachstum vor Augen. In seiner Rede zur Gründung des Deutschen Werkbunds skizzierte Fritz Schumacher 1907, wie bereits die *Dritte Deutsche Kunstgewerbeausstellung* in Dresden den Versuch unternommen habe, gestaltende Künstler und produzierende Unternehmer zusammenzuführen und dabei „die moralische und künstlerische Macht dieses Zusammenarbeitens“²² deutlich hervortreten sei. Er plädierte dafür, die mehr und mehr ausgeprägte „Trennung zwischen Erfinder und Ausführenden“ mit dem Werkbund zu überwinden, und hob dabei neben der ästhetischen Wirkung die erwarteten positiven wirtschaftlichen Effekte hervor. Er schloss seine Argumentation mit dem Ziel, „durch Veredelung der Arbeit das ganze innere Leben des Landes zu veredeln und dieses Land dadurch nach aus-

²⁰ Grit Boljahn/Joachim Schaier, *Neue Lebenswelten! Gartenstädte in Deutschland*, Ausstellungskatalog Deutsches Gartenbaumuseum Erfurt 2006, S. 14.

²¹ Anzumerken ist, dass die Lage des Festspielhauses erst nach längeren Auseinandersetzungen festgelegt werden konnte, da Schmidt noch ein Volkshaus realisieren wollte, das ebenfalls einen herausragenden Ort benötigte.

²² Fritz Schumacher, Redemanuskript 1907, Deutsches Kunstarchiv Nürnberg, I B 14 b.

sen hin im Wettbewerb der Völker sieghaft zu machen.“²³ Der nationale Aspekt war wesentlich, mussten die Waren doch seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Siegel „Made in Germany“ tragen, um den englischen Kunden vor dem Kauf deutscher Erzeugnisse zu warnen, die im Verhältnis zur fortschrittlichen englischen Produktion als minderwertiges Plagiat galten.²⁴ In den Weltausstellungen konkurrierten die Nationen im Vergleich ihrer Leistungsfähigkeit, sodass sich Kunst-, Handels- und Wirtschaftspolitik berührten. Die Reform der Arbeits- und Lebensbedingungen, die in der Gründung des Werkbunds sichtbaren Ausdruck fand, fußte nicht auf sozialromantischen Ideen, sondern war pragmatisch und weitreichend. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wieso der Werkbund einen Gestaltungsanspruch auf alles, vom Sofakissen bis zum Städtebau, erhob, ging es doch um die nationale Prosperität. Die von Schumacher in seinem Gründungsvortrag umrissene „harmonische Kultur“ war ihre Grundlage: Sie war das, was in Hellerau gedeihen sollte.

Der malerische Städtebau, der in Hellerau praktiziert wurde, war der Konterpart zu einem Planungsansatz, der vom Zusammenspiel der technischen, wirtschaftlichen und baupolizeilichen Aspekte ausging und der etwa vom Karlsruher Professor Reinhardt Baumeister vertreten und 1876 publiziert wurde.²⁵ Stand hier das Malerische im Vordergrund, so waren dort die Themen des Städtebaus auf das Technische, seine systematische Anwendung fokussiert. Die Auseinandersetzung zwischen einer künstlerischen Herangehensweise und einem technischen Ansatz, die reich an Konfliktpotenzial war, schwelte im beginnenden Jahrhundert in den meisten Städten. Den Vertretern der künstlerischen Richtung lag mit Camillo Sittes *Städtebau* ein Buch vor, das die Wirkung des städtischen Raums als Kunstfrage darstellte. Sitte betrachtete die Gestaltung des urbanen Raumes aus wahrnehmungsästhetischer Sicht, wobei im Unterschied zu einem rein mathematisch-technischen, flächigen Vorgehen bei ihm die dreidimensionale Wirkung der Bauten eine zentrale Rolle spielte. Sitte hatte die gewachsenen Stadtbilder und ihre Morphologie studiert und für eine Raumbildung plädiert. Hieraus erwuchs ein kontextueller Planungsansatz, der sich in Süddeutschland in Theodor Fischers und im Norden in Fritz Schumachers Schaffen widerspiegelt.

Die Wahrnehmung des Raums war historisch gesehen keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Neuerung. Fritz Schumacher setzte sich 1919 mit den *Kunstgeschichtlichen Grundbegriffen* Heinrich Wölfflins von 1915²⁶ auseinander, wobei es

²³ Ebd.

²⁴ „Im Jahre 1876 hatte Reuleaux über das Gewerbe, das Deutschland auf der Weltausstellung in Philadelphia zeigte, das vernichtende Motto „Billig und schlecht“ geschrieben.“, zit. in: Fritz Schumacher, *Strömungen*, S. 106.

²⁵ Vgl. Hildegard Schröteler-von Brandt, *Stadt- und Stadtplanungsgeschichte*, Stuttgart 2008.

²⁶ Heinrich Wölfflin, *Kunsthistoriker (1864-1945)*. Wölfflin formulierte begriffliche Gegensatzpaare, wie

ihm bei der Beschäftigung mit dessen Position, künstlerische Werke als Anordnung körperlicher Massen zu begreifen, darum ging, „die Frage städtebaulich aufzufassen.“²⁷ Aus diesem Blickwinkel betrachtet waren Straße und Platz nicht zu allen Zeiten als dreidimensionale Räume erdacht und wahrgenommen worden, vielmehr begann das aus den begrenzenden Bauten entstehende Raumgebilde „erst in der klassischen Zeit gefühlt zu werden“²⁸ und rückte schließlich mit dem Barock ins Zentrum der Gestaltung. Das, was wir als Eindruck in uns aufnehmen, schrieb Schumacher, bestehe aus Bildern, sozusagen aus unseren einzelnen Blicken, doch der Zusammenhang dieser Bilder entstehe durch den Rhythmus, der dem gesamten Organismus des Raums innewohne. Es fällt nicht schwer, hieraus den Gestaltungswillen abzuleiten, der beispielsweise Hellerau bestimmte. Wie Wölfflin, der bereits 1886 in seiner Dissertation *Prolegomena zu einer Psychologie der Architektur* die Architektur aus Betrachterperspektive untersuchte²⁹, so stand auch August Schmarsow³⁰ unter dem Einfluss der am Ende des 19. Jahrhunderts aufkeimenden Einfühlungsästhetik und Wahrnehmungspsychologie. Er konzentrierte sich jedoch nicht wie Wölfflin auf die Aspekte des Körperhaften, sondern stellte den Raum in den Mittelpunkt seiner theoretischen Untersuchung. In seiner Antrittsvorlesung *Das Wesen der architektonischen Schöpfung* 1893 in Leipzig erklärte er die Geschichte der Baukunst als eine Geschichte des Raumgefühls und machte dieses zu einer Kategorie der Betrachtung.³¹ Es wundert nicht, dass sich in dieser Zeit so viele mit der Wahrnehmung von Architektur und städtischem Raum befassten, denn im 19. Jahrhundert wurde die Psychologie wissenschaftliche Disziplin, der Aufbau und die Funktion des Nervensystems wurden erforscht, Sigmund Freud entwickelte seine Psychoanalyse und Wahrnehmung avancierte zum akademischen Untersuchungsgegenstand.

Die Zeit der Jahrhundertwende und die vorausgegangenen Dekaden waren eine Zeit enormer und rasanter Veränderungen. 1859 publizierte Charles Darwin seine Schrift *Über die Entstehung der Arten*³², die das Prinzip der Evolution deutlich wer-

beispielsweise linear vs. malerisch, als Werkzeug der kunstgeschichtlichen Beschreibung, wobei er die Form aus einfühlungspsychologischer Sicht betrachtete. In der Architektur- und Städtebaudiskussion findet sich sein Ansatz, Gebautes als Körperform zu begreifen.

²⁷ Fritz Schumacher, Die künstlerische Bewältigung des Raumes, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Band XIII, Stuttgart 1919, S. 397.

²⁸ Ebd., S. 399.

²⁹ Heinrich Wölfflin, Prolegomena zu einer Psychologie der Architektur, Diss., München 1886.

³⁰ August Schmarsow, Kunsthistoriker (1853-1936). Schmarsow gehörte mit seiner Definition von Architektur als Raumgestalterin zu den Kräften, die vor dem Hintergrund wahrnehmungsästhetischer Ansätze einen Paradigmenwechsel einleiteten.

³¹ August Schmarsow, Das Wesen der architektonischen Schöpfung, Leipzig 1894.

³² Charles Darwin, On the Origin of Species, London 1859.

den ließ und den Glauben an einen einmaligen Schöpfungsakt erschütterte.³³ Am Ende des 19. Jahrhunderts war Vieles, was lange Gültigkeit besessen hatte, passé. Zugleich schuf die Chemie bis dato ungeahnte Produkte und in der Physik verloren Zeit und Raum ihre festen Größen. Vor diesem Hintergrund sind die Veränderungen im Städtebau nicht allein mit sozialen Erfordernissen und technischen Möglichkeiten zu erklären. Die neue Zeit hatte einen neuen Geist.

Dieser neue Geist scheint nicht denkbar ohne Friedrich Nietzsches Werk.³⁴ Während seine Zeitgenossen ihr Handeln an der Historie orientierten und ihnen das historisch Korrekte als das Richtige erschien, sah er die Geschichte zu einer „Vorratskammer der Kostüme“³⁵ verkommen und charakterisierte mit dieser knappen Formulierung den Eklektizismus des 19. Jahrhunderts treffend. In seinem Text *Unzeitgemäße Betrachtungen* wandte er sich gegen den Vorrang der historischen Überlieferung und legte damit für viele Künstler einen Keim zum Aufbegehren gegen den Historismus. Als Geisteswissenschaftler verachtete er keineswegs die Geschichtswissenschaften, aber er konstatierte: „Ein Übermaß von Historie hat die plastische Kraft des Lebens angegriffen, es versteht nicht mehr, sich der Vergangenheit wie einer kräftigen Nahrung zu bedienen.“³⁶ Neben dem Historischen hatte für Nietzsche auch das Nichthistorische seinen Platz, beide zusammen erschienen ihm als Basis für einen gesunden Menschen, eine gesunde Kultur. Konnte man als Entwerfer – sei es als Architekt oder als Städtebauer – Nietzsches unverhohlene Kritik am Historismus als Postulat gegen die Gepflogenheit lesen, sein Werk mit eklektizistischem Zierrat zu bekleiden und hellenistisch, neogotisch oder im Stil der Neorenaissance zu dekorieren, so stellte sich die Frage, nach welchen Maximen denn dann entworfen werden konnte, wenn man eben nicht mit solchen Zitaten arbeitete, nicht mit aufgepinselten „Zeichen der Vergangenheit“³⁷, hinter denen sich kein wahrer Kern, sondern in Wirklichkeit nur ein trauriges Gerippe verbarg. Nietzsches Texte geben keine Handlungsanweisung, stellen auch keine Entwurfstheorie dar, aber seine Kon-

³³ Mit der Formulierung „Gott ist tot“ fasste Friedrich Nietzsche 1882 einen wachsenden Verlust des Sakralen in Worte und beschrieb damit die gedankliche Wirklichkeit vieler seiner Zeitgenossen, vgl. Friedrich Nietzsche, *Die fröhliche Wissenschaft*, Chemnitz 1882.

³⁴ Friedrich Nietzsche, Philologe (1844-1900). Nietzsches Betrachtung des griechischen Theaters führte ihn zur Beschreibung der Dualität des Apollinischen und Dionysischen in der hellenistischen Kunstauffassung und zu einer Analyse der Funktion des griechischen Chors, die in der Darstellung einer *Unio mystica* gipfelte, in der die Zuschauer sich als Einheit mit dem Chor empfanden, was wiederum zur zentralen Idee der Theaterreformbewegung wurde und die Aufhebung der guckkastentypischen Trennung von Publikum und Bühne bewirkte, wie es im Hellerauer Festspielhaus und in anderen Bühnenkonzepten ein Vierteljahrhundert später zu erleben war.

³⁵ Friedrich Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse*, in: Nietzsche, *Werke in drei Bänden*, Bd. 3, S. 150.

³⁶ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*, in: Nietzsche, *Werke in drei Bänden*, Bd. 1, S. 237.

³⁷ Friedrich Nietzsche, *Also sprach Zarathustra*, S. 206.

zeption des *Übermenschen*³⁸ war dem damaligen Leser Richtung genug. Das von bedingungsloser Liebe getragene Schaffen im „unbedingten Glauben an das Vollkommene und Rechte“³⁹ war Leitfaden, sodass an die Stelle des Bemühens um historisch-wissenschaftliche Richtigkeit der zum *Großen Stil* strebende Gestaltungswille des Künstlers trat, der sich als Schaffender sah. Wie eine Übersetzung der Forderung Nietzsches liest es sich, wenn Wolf Dohrn 1913 über den Tänzer im Hellerauer Festspielhaus schrieb: „so findet er ganz von selbst, den Weg (...) zur monumentalen Kunst (...) monumental sein heißt: für den stärksten Inhalt den knappsten Ausdruck finden, die gesetzmäßige Form.“⁴⁰ Solch ein knapper Ausdruck, der dekorationsfrei die sachliche Form offenbart, war das, was bereits das neue Haus in sich trug, das Julius Posener als Kind erlebte. Es kündete wie die städtebauliche Gestaltung Helleraus von einer neuen Zeit, einer Phase des Übergangs vom Historismus in die Moderne.

**Dr. Thomas Völlmar, <http://architektur.voellmar.de>,
voellmar@fritzschumacher.de**

³⁸ Übermensch: der Begriff meint keinen Herrenmenschen, sondern einen Idealmenschen, der über das Leben eines normalen Menschen hinausgewachsen ist.

³⁹ Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*, Bd. 1, S. 204.

⁴⁰ Wolf Dohrn, *Claudels Verkündigung*, in: *Das Claudel-Programm*, Hellerau 1913, S. 86.

Konrad Adenauer und Fritz Schumacher – Wege zur Großstadtreform in Köln

„Linien für die Zukunft einer großen Stadt aus den Linien der Gegenwart zu entwickeln“ – für Fritz Schumacher ist dies ein Wagnis, geboren aus „Leiden des Jetzt, Sorgen für’s Morgen und aus Hoffen für’s Künftig“.¹ Mit diesen abgewogenen Worten markiert er Ausgang und Ziele seiner dreijährigen Planungstätigkeit ab 1919 für das Köln unter Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Zugleich verbirgt sich darin auch das Wesen seiner Planungsphilosophie: Das aus den Notwendigkeiten des Heute und Morgen sich entwickelnde Neue soll aus dem Vorhandenen erwachsen. Der Genius Loci wird nicht einer abstrakten Vision geopfert, sondern für eine evolutionäre – reformerische – Entwicklungsperspektive genutzt.

Schumacher, der in seinen Dresdner Jahren als junger Hochschullehrer von der Architekturerneuerung bald zu grundsätzlichen Reformüberlegungen zur Stadtplanung gekommen war – sein Kollege Cornelius Gurlitt² hatte hier sicher wichtige Anregungen geliefert –, war zwar früh ein heftiger Kritiker des gründerzeitlichen Städtebaus und dessen Beherrschung durch die Ingenieure; im Gegensatz zu vielen seiner jüngeren Zeitgenossen³ wusste er aber immer, dass man an den begonnenen Strukturen wesentlich anzuknüpfen hat. Andererseits war er nicht verlegen, in jenen Fällen radikale Eingriffe zu fordern, in denen eine sicher zu erwartende Entwicklung nicht mehr möglich gewesen wäre. Das Verhindern von weiterem „Leiden“, verknüpft mit dem „Hoffen“ auf eine positive Änderung, kann man als eines der humanen Ziele seiner stadtplanerischen Konzepte erkennen. Human insofern,

¹ Vgl. Fritz Schumacher (unter Mitwirkung von Wilhelm Arntz), Köln. Entwicklungsfragen einer Großstadt, Köln 1923, S. 9.

² Cornelius Gurlitt (1850–1938) war Architekt und Kunsthistoriker, Mitbegründer des BDA und der freien Akademie für Städtebau und deren langjähriger Präsident. Gurlitt richtete 1903 zum ersten Mal in der Architektenausbildung ein städtebauliches Seminar ein. Er gab 1920 ein *Handbuch des Städtebaus* heraus und war zudem Doktorvater von Hermann Muthesius. Vgl. Fritz Schumacher, *Stufen des Lebens*, Stuttgart/Berlin 1935, S. 225f.

³ Stellvertretend sei erinnert an Bruno Tauts „Stadtkrone“ (1919) und Le Corbusiers „Ville Contemporaine“ (1922).

als es ihm vor allem um die sogenannten „kleinen Leute“ ging – ein Anliegen, das auch ganz im Sinne Adenauers war.⁴ Wie aber kamen beide überhaupt zusammen?

Städtebaulicher Wettbewerb zur Umformung des Inneren Rayons in Köln, 1919–1920

Nach der Verlagerung des Kölner Verteidigungsgürtels, der westlichsten Reichsfestung, ab 1871 nach außen standen die Flächen des Inneren Rayons ab 1907 der Stadt für eine dringend notwendige Bauflächenerweiterung zur Verfügung. Der 1907 neu berufene zweite Beigeordnete Carl Rehorst⁵ entwarf von 1909 bis 1912 einen Bebauungsplan mit eher vorstädtischer Typologie und wenigen kleinen, nicht zusammenhängenden öffentlichen Grünflächen. Zur Realisierung des Plans kam es nicht, weil die Aufgabe der militärischen Einrichtungen seitens der preußischen Militärbehörden nicht so schnell erfolgte und die Flächen dazwischen bereits ein ideales Gelände für private Grundstücksspekulation geworden waren.⁶ Zudem hatten diese neuen Eigentümer die vorgesehene Bebauungsdichte als zu niedrig befunden, Erschließungsmaßnahmen waren nicht erfolgt. Und schließlich war kurz nach Inkrafttreten des Planes der Erste Weltkrieg ausgebrochen.

Der „Rehorstplan“ sah ca. 35 Prozent der Flächen für städtische Anlagen – vor allem Straßen – vor. Die Gefahr, dass diesem Plan das gleiche Schicksal drohte wie dem „Stübbsenplan“⁷ aus den 1880er Jahren – mit seiner nachträglich extrem hohen Hinterhofverdichtung, den zu geringen Flächen für Grün und den städtischen Wohnfolgeeinrichtungen –, lag auf der Hand. Adenauer muss dieser Plan schon vor seiner Zeit als Oberbürgermeister missfallen haben. Vielleicht regte er deshalb Alfred Stooß⁸ zur Herausgabe seiner Denkschrift über eine Gesamtentwicklung eines Grünflächenverbundes (1915) an, der über Rehorsts Ansätze weit hinausging.⁹ Ade-

⁴ Konrad Adenauer (1876–1967), von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln, hatte schon als Finanzdezernent 1913 die städtische Wohnungsbau Aktiengesellschaft GAG mitgegründet, die genossenschaftliche Strukturen für die Mieter anbot. Insgesamt kann er als früher Förderer des genossenschaftlichen Wohnungsbaus gelten.

⁵ Carl Rehorst (1866–1919), bis 1906 Stadtbaurat in Halle/Saale. In Köln hatte er bis zu seinem Tod 1919 das Amt des Beigeordneten inne.

⁶ Es finden sich unterschiedliche Zahlen in den Dokumenten. Von 900 Einzeleigentümern aus unterschiedlichen Schichten ist bei Henriette Meynen zu lesen in ihrem Text: Schumachers Freiraumkonzeption unter Aspekten des Denkmalschutzes, in: Fritz-Schumacher-Gesellschaft (Hrsg.), Fritz Schumacher in Köln. Rückblick und Perspektiven, Bd. 8, Hamburg 2000, S. 40–52. Fritz Schumacher selbst spricht von „über tausend Einzelbesitzer[n]“, vgl. Schumacher, Stufen, S. 349.

⁷ Josef Stübbsen (1845–1936), von 1881 bis 1898 Stadtbauinspektor für Städtebau in Köln.

⁸ Alfred Stooß (1853–1927), 1913–1919 Inspektor für Städtebau und Wohnungswesen in Köln.

⁹ Alfred Stooß, Denkschrift zu dem generellen Bebauungsplan des rechtsrheinischen Stadtgebiets, Cöln

nauer ließ dann als eine seiner ersten Amtshandlungen als Oberbürgermeister nach Ende des Ersten Weltkriegs 1918 nicht nur den Plan aufheben, sondern sorgte zeitgleich dafür, dass der rechtliche Rahmen für eine Umlegung zugunsten eines städtischen Flächenanteils von 50 Prozent im Preußischen Landtag beschlossen wurde.¹⁰

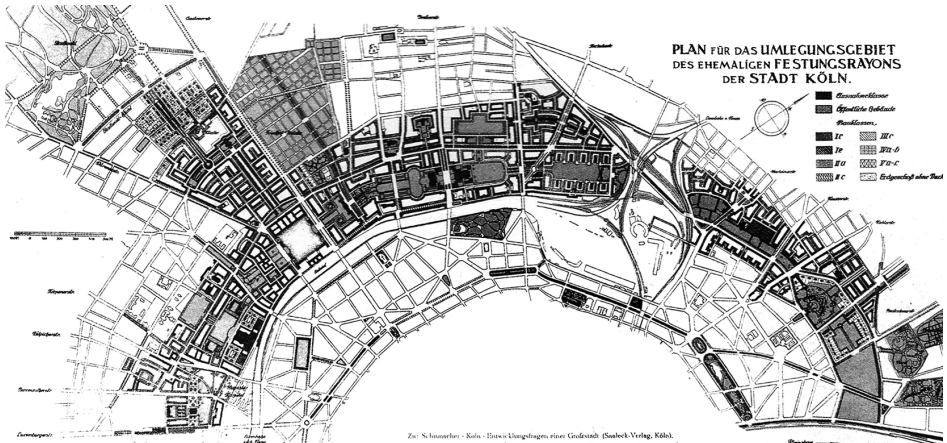


Abb. 1: Innerer Rayon, Vorschlag Fritz Schumacher.

So war 1919 das Feld für eine neue Planung freigeräumt, aber es fehlten Fachleute, von denen Adenauer überzeugt war, dass sie diesen schwierigen Neuanfang erfolgreich vollziehen könnten. Rehorst war verstorben, Stooß und Encke¹¹ wohl in Adenauers Augen als Kölner Eigenkräfte politisch „verbraucht“ und zudem kurz vor der Pensionierung. Adenauers Ausweg: Die Durchführung eines Wettbewerbs, heute vergleichbar mit einem beschränkt konkurrierenden Gutachtenverfahren. Eingeladen waren auch Stooß und Encke – sie sollten sich noch einmal beweisen können –, zudem Herrmann Jansen aus Berlin¹² und Fritz Schumacher.¹³ Letzterer ging mit

1915, Stadtarchiv Köln 902/103/1 (Standort und Zustand z.Z. unklar).

¹⁰ 2. Umlegungsgesetz für die ehemalige Festungsstadt Köln nebst Verordnung. Adenauer war von 1919 bis 1933 auch Präsident des preußischen Staatsrats.

¹¹ Friedrich August Ernst (Fritz) Encke (1861–1931), von 1903 bis 1926 Gartenbaudirektor in Köln, zuvor Fachhochschullehrer in Potsdam, Lehrer von Otto Linne (1914–1933 Gartenbaudirektor in Hamburg).

¹² Hermann Jansen (1869–1945), Architekt und Städtebauer, Prof. an der TH Berlin – Charlottenburg, Mitgewinner des Groß-Berlin-Wettbewerbs 1910.

¹³ Wie Adenauer auf Schumacher kam, ist nicht belegt. Jansen war spätestens durch den Berliner Wettbewerb reichsweit als Städtebauer bekannt. Zu Schumacher gibt mehrere „Pfade“: 1. Schumacher hatte schon in Köln zu tun, als Innenarchitekt der Villa Meirosky – nicht weit von Adenauer Wohnhaus in Lindenthal –, die er mit Peter Behrens ausgestaltet hat. 2. Schumachers Stadtpark war 1913 eröffnet und

einem sorgsam detaillierten Plan als Gewinner hervor – nicht ohne den Angriffen eines seiner Gegenspieler ausgesetzt zu sein. Schumacher nennt ihn in seinen Erinnerungen allerdings nicht beim Namen. Schumachers Plan – er hatte ihn mit seiner neu etablierten kleinen Städtebauabteilung im Hamburger Hochbauamt entwickelt¹⁴ – ist geprägt von zwei Merkmalen: erstens der Verknüpfung des Ringsystems mit deutlichen Radialen, die den bisher geplanten ringförmigen Einschnürungscharakter der Rehhorstplanung vermeiden sollten, und zweitens der Gliederung des Areals in architektonisch gefasste, aber geschickt verknüpfte Grünräume mit einer großen gestalterischen Varianz. Im Gegensatz zu seinen Mitbewerbern hatte er seine Pläne architektonisch anschaulich durchgearbeitet – was ihm in der Fachwelt bis heute zum Vorwurf gemacht wird. Er selbst verteidigte sich damit, dass es schließlich darauf ankäme, die über 1000 Einzeleigentümer im anstehenden Umlegungsverfahren zu überzeugen, was in kurzer Zeit auch gelang. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Ich schwankte zuerst, ob ich ... es nur in abstrakten, ungegliederten Baumassen aufbauen wollte, entschied mich dann aber für das Zeigen einer durchgearbeiteten Architektur, weil doch ein Hauptzweck dieses Modells darin bestand, dem L a i e n eine Vorstellung vom werdenden zu vermitteln, ... Die spätere Zeit hat mir darin recht gegeben, und ich mußte es mit in den Kauf nehmen, daß viele Menschen, selbst in Fachkreisen, bis zuletzt infolge dieses durchgearbeiteten Modells die Überzeugung nicht los wurden, daß ich eigentlich beabsichtigte, einer ganzen Riesenstadt meine eigene Architektur aufzuerlegen.“¹⁵ Als Schumacher 1923 Köln verließ, war der Umlegungsakt ohne rechtliche Einsprüche erledigt – innerhalb von nur knapp drei Jahren. Ein heute kaum vorstellbarer Kraftakt.

anschließend von Otto Linne weiterentwickelt worden, der Schüler von Fritz Encke war. Beide hatten identische Auffassungen von einer architektonisch geprägten Parkgestaltung; Encke setzte später Schumachers Pläne sensibel um. 3. Schumachers Schrift über den Kleinwohnungsbau (1917) könnte Adenauer bekannt gewesen sein, der sich ja selbst um den Wohnungsbau für die breiten Unterschichten kümmerte – wie die erwähnte GAG-Gründung belegt.

¹⁴ Man kann davon ausgehen, dass Emil Maetzel, der neu bestellte Leiter dieser kleinen Städtebauabteilung ebenso maßgeblich mitwirkte wie Friedrich Schumann, den Schumacher aus Dresden als Mitarbeiter nach Hamburg mitgebracht hatte.

¹⁵ Schumacher, Stufen, S. 350. Dazu schrieb Werner Kallmorgen in seinem Dokumentationsband zu Schumachers 100. Geburtstag: „Man soll die Dinge in einem ganzen Stadtteil nicht zu schnell und zu genau aufmalen, ehe sie reif sind.“ Werner Kallmorgen, Schumacher und Hamburg. Eine fachliche Dokumentation zu seinem 100. Geburtstag, Hamburg 1969, S. 65.

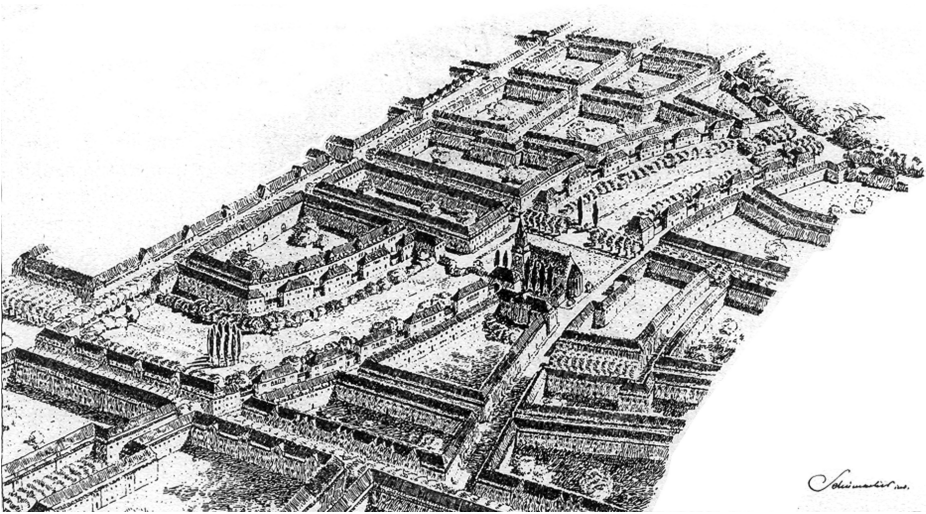


Abb. 2: Beispiel Radiale, Vorschlag Fritz Schumacher, dreidimensionale Visualisierung.

Schumachers Erfolg vor dem Kölner Stadtrat hatte sicher auch mit seiner Vortragskunst zu tun. Er war ein charismatischer Redner und durfte sowohl vor der Auswahlkommission¹⁶ als auch vor der Stadtverordnetenversammlung reden, offenbar als einziger Teilnehmer. Beide Male gab es einstimmige Beschlüsse. Schumacher dachte, damit sei seine Aufgabe beendet. Er hatte weder mit Adenauers wahren Absichten gerechnet noch mit der konkurrierenden Kollegenschaft, die nicht am Wettbewerb beteiligt war. Adenauer umgarnte Schumacher sofort mit einer großzügigen Zusage im Falle seines dauerhaften Wegganges aus Hamburg: mit der freien Stelle des Beigeordneten in Köln. Damit bot er ihm die vollständige Macht über das gesamte Bauwesen, bis hin zur Zuständigkeit für das Theater- und Kulturwesen der Stadt. Er lockte ihn mit den noch zu vollziehenden Eingemeindungen, die Köln zur flächenmäßig zweitgrößten Stadt im Reichsgebiet machen sollten, und den Möglichkeiten ganz neuer landesplanerischer Strategien.

Es scheint, dass Adenauer gut über Schumachers Situation in Hamburg informiert war – oder ihm zumindest gut zugehört hatte. Für Schumacher entspann sich ein zunächst quälender innerer Kampf: Zum einen sollte er sich zwischen zwei

¹⁶ Über die Zusammensetzung gibt es keine Dokumente; die Kölner Forschung tendiert zu der Meinung, dass ein höherer Anteil an Laien eingebunden war. Das würde die realistische Darstellung in Schumachers Plänen unterstreichen.

höchst anspruchsvollen städtebaulichen Perspektiven entscheiden; zum anderen war er ja, wie er sich ausdrückte, „mit Hamburg verheiratet“.¹⁷ Er sprach deshalb vertrauensvoll mit dem damaligen Ersten Bürgermeister Hamburgs, Dr. Arnold Diestel. Der gab ihn für drei Jahre frei, wohl aufgrund der im Senat herrschenden Auffassung, dass die damalige politische Situation ohnehin keine große neue staatsbauliche Tätigkeit in Hamburg zuließe. Dennoch kann man die Not Schumachers nachvollziehen, waren doch zahlreiche seiner Bauten im Krieg als Rohbauten liegen geblieben und hatte er immerhin den – 1918 fertiggestellten – Umlegungsplan für Dulsberg ebenso zu realisieren begonnen wie die Gartenstadt Langenhorn. Hier konnte er die ersten eigenen – und einzig gebliebenen – Wohnbauten in Zeilenanordnung verwirklichen.

Adenauer, inzwischen unsicher, ob er Schumacher überzeugen konnte, sann über Ersatz nach und kam bei seiner Suche nach einer reichsweit bekannten und charismatischen Persönlichkeit auf Paul Bonatz. Der ließ sich nicht lange bitten. Adenauer zeigte ihm Schumachers Pläne, und Bonatz setzte sofort mit einer Grundsatzkritik an. Er machte sie vor allem an der baulichen Begleitung der Radialen innerhalb des Rayons fest: „... Sie nützen die schönste Chance nicht aus: man darf an die Ausfallstraßen keine symmetrischen Kommoden stellen, sondern man muß alle Neubauten dem Innenrand und dem Außenrand [der Rayonfläche] anschmiegen und das ganze Grünland als fortlaufende Freifläche lassen ...“ Adenauers Antwort laut Bonatz: „[W]enn Sie zu uns kommen, dürfen Sie den Plan gestalten wie Sie wollen... aber fahren Sie nicht nach Hause zurück um zu entscheiden; geben Sie Ihr Jawort gleich, alle Bedingungen werden erfüllt.“¹⁸ Bonatz ging nicht darauf ein, weil er in Stuttgart an der TH unterrichtete und an seinen Bahnhofsneubau gebunden war. Erst wollte er prüfen, ob er eine Vertretung fände. Als klar war, dass er sich für die Kölner Aufgabe freimachen konnte – Adolf Abel¹⁹ sollte ihn für ein Jahr vertreten –, telegraphierte er Adenauer, dessen Antwort prompt kam: „Ich bestätige Ihr Telegramm, aber inzwischen habe ich mit Schumacher abgeschlossen ...“²⁰

Was war geschehen? In Schumachers Erinnerungen ist nur von den intensiven Überzeugungsversuchen Adenauers die Rede, die mit einem langen Ausflug ins Siebengebirge begannen und spät in der Nacht in seiner Wohnung mit Schumachers Zusage für drei Jahre endeten. Weitere Details finden sich in Bonatz' Erinnerungen.

¹⁷ Schumacher, Stufen, S. 344.

¹⁸ Paul Bonatz, *Leben und Bauen*, Stuttgart 1950, S. 96.

¹⁹ Adolf Abel (1882–1968), Schüler von Theodor Fischer, 1918–1921 Assistent von Bonatz an der TH Stuttgart, 1922 dort selbst Lehrauftrag, 1925–1930 auf Empfehlung Schumachers Leiter des Hochbauamtes in Köln, 1930–1933 Nachfolger von Theodor Fischer an der TH München, 1933–1945 Privatarchitekt, 1945–1949 TH München.

²⁰ Bonatz, *Leben*, S. 97.

Er schreibt, dass Adenauer Schumacher von seinem Kontakt zu ihm, Bonatz, berichtet und gesagt habe: „Da Sie nicht kommen wollen, werde ich mit Bonatz abschließen; aber der wird einen ganz anderen Plan machen. Wollen Sie nicht wenigstens auf einen begrenzten Zeitraum kommen?“²¹ Die Quelle dieses – durchaus glaubhaften – Zitats nennt Bonatz nicht, man darf dahinter Schumacher vermuten.²² Bonatz war so fasziniert von der seinerzeit wohl bedeutendsten städtebaulichen Aufgabe im Reich, dass er im Frühjahr 1920 mit seinen besten Studenten einen Gegenentwurf ausarbeitete, den er im *Städtebau* veröffentlichen ließ. Zudem bat er Adenauer, ihm und Schumacher diesen Entwurf vorstellen zu dürfen. Eine auch heute noch, kollegial gesehen, heikle Anmaßung. Adenauer reagierte sofort positiv, rief seine Auswahlkommission zusammen und lud Bonatz nach Köln ein. Schumacher war zu dem Zeitpunkt, in der zweiten Hälfte des Jahres 1920, schon in Köln etabliert, wenn auch provisorisch, und zum Beigeordneten für zehn Jahre gewählt. Bonatz trug also seinen Plan vor und Schumacher wurde gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Bonatz war dessen Gegenrede offenbar eindrucklich haften geblieben, denn er zitierte sie noch nach 30 Jahren.²³ Die anschließende Beratung – beide „Matadoren“ saßen wartend im Vorzimmer – fiel einstimmig zugunsten Schumachers aus. Adenauer verkündete das Ergebnis und wünschte Bonatz eine gute Heimreise – nicht ohne ihm eine Karte fürs Theater anzubieten.²⁴ Später mussten beide in vielen Wettbewerbsjürys zusammenarbeiten. Nachdem Bonatz – bei der ersten solchen Gelegenheit – in einer Gesprächsrunde vehement gegen flapsige Angriffe auf Theodor Fischer reagierte, war Schumacher versöhnt.²⁵ Er bezeichnete Bonatz später als seinen liebsten Jurykollegen.

²¹ Bonatz, S. 97.

²² Schumacher beschreibt die Kontroverse mit Bonatz und wie er ihn dann Jahre später privat in Stuttgart besuchte. Dass hier auch über Köln gesprochen wurde, liegt nahe. Vgl. Fritz Schumacher, *Selbstgespräche*, Hamburg 1949, S. 111–113.

²³ Bonatz gibt Schumacher wie folgt wieder: „Als ich hörte, dass Professor Bonatz dabei sei, einen Gegenplan gegen den meinen auszuarbeiten – Bonatz den ich als einen Meister sehr schätze und der, weil er auf unseren drei schon früher ausgearbeiteten Entwürfen weiterbauen konnte, eine günstigere Ausgangsplattform hatte –, da mußte ich mir die Frage stellen, welche Folgerungen ich daraus zu ziehen hätte, falls hier ein Plan entstünde, den ich besser als den meinen anerkennen müßte. [Pause] Dies ist nun nicht der Fall!“ Bonatz, S. 98 f.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd., S. 100. Beide waren in gewisser Weise Schüler Theodor Fischers, Bonatz als sein Mitarbeiter im Münchner Stadtbauamt 1900 und als sein Assistent an der TH Stuttgart von 1902 bis 1906. Schumacher hatte unter Fischer ein Jahr bei Gabriel Seidl gearbeitet.

Der Kölner Entwicklungsplan 1920–1923

Schumacher erkannte bereits nach den ersten Gesprächen mit Adenauer, dass es in Köln nicht nur um den Umlegungsplan des Inneren Rayons gehen musste, sondern dass die Notwendigkeit einer umfassenden Durchstrukturierung der neu eingemeindeten Stadtteile – und darüber hinaus – auf der Hand lag. Zudem war ihm bewusst, dass er mit Adenauer und dessen straff geordneter Verwaltung sowie der gut besetzten Stadtverordnetenversammlung – mit so erfahrenen Strategen wie Louis Hagen²⁶ – Partner hatte, die zu schnellen Entschlüssen in der Lage waren. Das war vor dem politischen Hintergrund der Zeit in Köln mit der Rheinlandbesetzung noch weit schwieriger als in Hamburg – und für ihn eine ungewöhnliche Erfahrung.

Seine Position als Beigeordneter für das gesamte Bauwesen – die Verantwortung für Theater und Kulturwesen hatte er ebenso ausgeschlagen wie den dringenden Wunsch Adenauers, öffentliche Bauten zu entwerfen; er wollte sich in den drei Jahren nicht verzetteln – gab ihm die Gelegenheit, aus allen Ämtern die notwendigen Daten einzuziehen oder, wenn nötig, sofort erarbeiten zu lassen. Man erlaubte ihm darüber hinaus, einen kleinen Mitarbeiterstab neu einzustellen; bislang hatten die Kölner Beigeordneten kein eigenes Personal gehabt. Neben Friedrich Schumann, einen sehr fähigen Mann ohne höheren Schulabschluss, stellte er als persönlichen „Adjutanten“ Wilhelm Arntz²⁷ ein. Für beide erreichte Schumacher, trotz fehlender beamtenrechtlicher Befähigung, eine Verbeamtung bei Adenauer.

Aus einer Notiz von Walther Wickop²⁸ geht hervor, dass neben ihm selbst zeitweise noch weitere Mitarbeiter beschäftigt waren: etwa zwei Kunsttischler vom Köl-

²⁶ Louis Hagen (1855–1932), ursprünglich Ludwig Levy. Mitinhaber der Levy Bank, einer der wichtigsten Industriefinanciers von der Kaiserzeit bis zur Weimarer Republik, Vertrauter Adenauers und Mitglied in der Zentrumspartei ab 1919.

²⁷ Schumacher führte in seine Arbeitssprache gern militärische Begriffe ein, womöglich als Ersatz für seine Nichtteilnahme am Militär, dem er aber als national fühlender Mann eine gewisse Bewunderung entgegenbrachte.

Wilhelm Arntz (1885–1959) studierte Gartenbau ohne höheren Schulabschluss, kam über Schumachers Vertreter Ranck während des Krieges in Warschau mit städtebaulichen Fragen in Berührung. Nach Schumachers Weggang aus Köln war er dort bis 1939 auf dessen Empfehlung Leiter der Stadtplanung. Dann wurde er vom Frankfurter Gauleiter Jakob Sprenger zum Baudezernenten engagiert und 1945 von den Amerikanern entlassen. Arntz war bereits 1932 in die NSDAP eingetreten.

²⁸ Vgl. Walther Wickop, *Erinnerungen an Fritz Schumacher*, in: Erwin Ockert, Fritz Schumacher, sein Schaffen als Städtebauer und Landesplaner, Tübingen 1950, S. 180–182. Wickop (1890–1957) war nach seiner Arbeit bei Schumacher Professor an der TH Hannover für Baukonstruktion und ländliches Siedlungswesen (1925–1956). Auch er war NSDAP-Mitglied und im Krieg als Raumplaner im Warthegau tätig. Er ist einer von mehreren Mitarbeitern Schumachers, die sich den Nationalsozialisten angeschlossen hatten, ob aus Opportunität oder Überzeugung, ist offen.

ner Theater, die das große, über 13 Meter lange Modell des Inneren Rayons bauten. Es muss weitere Helfer für die Zeichenarbeit gegeben haben, denn auf den Plänen finden sich, neben der Unterschrift Schumachers, gelegentlich verschiedene Paraphen. Wickop schildert sehr anschaulich, wie in Schumachers Büro gearbeitet wurde. Dieses lag in einer geräumigen Großbürgervilla am Rande des Stadtwaldes, wo Schumacher mit seinen beiden unverheirateten Schwestern wohnte. Wickop erinnert sich: „Morgens fanden wir auf den Arbeitsplätzen seine Skizzen vor, die am Abend vorher meist in vielstündiger einsamer Arbeit entstanden waren ... [M]it dem Glockenschlag acht Uhr stand Professor Schumacher im Zimmer und erläuterte seine oft flüchtigen, aber immer höchst charakteristischen und weit vorausschauend durchdachten Skizzen in wenigen druckreifen Sätzen. – ‚Ist noch etwas unklar? – nein? Auf Wiedersehen‘ ... Er fuhr dann mit dem städtischen Auto zum Stadthaus, wo er ... Sitzungen, Besprechungen und die Leitung der technischen Büros der Stadtbauverwaltung wahrzunehmen hatte.“²⁹ Schumacher schreibt über die Stadtverordnetensitzungen: „[O]ft ... wurden Stunden und Stunden mit den unfruchtbarsten Disputen vertrödelt, so daß die groteske Soloszene des Führers der Kommunisten, eines bajuvarischen Schneiders, der gelegentlich seinen gutgebügelten Rock auszog und seine Gegner mit Wassergläsern bombardierte, fast wie Erlösung wirkte. Immer war es sehenswert, ... wie der Oberbürgermeister ... auf dem seltsamen Instrument dieses Parlamentes zu spielen verstand. ... [Es] gehörten wohl in erster Linie unverwüstliche Nerven dazu; die hatte er, ... [sie] bewies[en] sich in der unerhörten Konzentrationsfähigkeit, mit der er ohne Zwischenpause die aller verschiedenartigsten, meist höchst verwickelten Dinge ... so behandelte, als wäre es das einzige, was ihn in der Welt beschäftigte.“³⁰ Hier zeigt sich exemplarisch, in welcher Gemengelage aus neuer politischer Praxis und Routine in der persönlichen Arbeitsmethodik seitens Adenauer und Schumacher dennoch der geistige Freiraum für die gigantische Arbeit der Kölner Planung geschaffen wurde.

Zuvor, 1920, hatte der Verwaltungsjurist Adenauer die Denkschrift zur „Lebensfrage Kölns“ herausgegeben, wo er sich unter den Stichworten „Wald, Feld und Wiese“ den Grünräumen widmet.³¹ Der dazugehörige Plan könnte von Stooß oder Encke stammen. Er enthält neben den beiden ringförmigen Rayons deutliche Grünverbindungen, auch in den bereits stärker zersiedelten linksrheinischen Gebieten. Schumacher hatte also einen Partner an seiner Seite, der weit über das übliche Maß eines Oberbürgermeisters planungskundig war. Dennoch beklagt er in seinen Erin-

²⁹ Wickop, S. 180f.

³⁰ Schumacher, Stufen, S. 361f.

³¹ Vgl. Konrad Adenauer, Eine Lebensfrage Kölns. Wald, Feld und Wiese vom Rhein bis zum Rhein, Köln 1920.

nerungen das zunächst geringe Verständnis Adenauers für den Arbeitsaufwand beim Generalbebauungsplan – eine Planungsart, die damals, so wie von Schumacher entwickelt, noch beispiellos war. Er schreibt: „Der Oberbürgermeister folterte mich geradezu mit dem Verlangen, Bauten von mir zu sehen; er hatte von den Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit bei seinen Mitarbeitern keine Vorstellung. Ich war mir klar, daß es unmöglich war, die Arbeit des [General-]Bebauungsplanes in drei Jahren zu vollenden und daneben Bauwerke zu schaffen.“³²

Schumacher ging analog des Eingangszitats systematisch vor: Analysen des Bestandes mit seinen historischen, topografischen, klimatischen sowie vor allem der soziologischen „Gegebenheiten“, wie er es nannte, mündeten in die Aufdeckung des besonderen Entwicklungspotenzials der Stadt Köln. Heute nennen wir so etwas eine „problemorientierte Bestandanalyse“. Dieser Analyse stellte Schumacher 1923 in seiner Publikation³³ eine allgemeine Auseinandersetzung mit der Problemlage der Großstadt insgesamt und der spezifischen Situation Kölns voran – einschließlich seines eindeutigen Bekenntnisses zur Sinnfälligkeit der Großstadt und deren Reformfähigkeit.

Aus Platzgründen kann hier nicht im Einzelnen auf die Planungsinhalte eingegangen werden. Sie sind in den Arbeiten von Henriette Meynen, Hartmut Frank und Gerhard Curdes³⁴ bereits eingehend analysiert worden. Curdes schreibt in seiner Zusammenfassung: „Erst der Auftrag Adenauers, die Probleme der Gesamtentwicklung zu behandeln, führte zu jener umfassenden Betrachtungsweise, wie sie 1950 erst wieder durch Schwarz und 1978 durch den Kölner Stadtentwicklungsplan versucht wurden.“ Mit dem Verb „versucht“ beschreibt er Sorgfalt und Pioniergeist in Schumachers Arbeit wohl richtig.³⁵ Weiter heißt es bei Curdes: „Schumacher war

³² Ebd., S. 365.

³³ Da er seine Kölner Arbeit von Anfang an als Musterbeispiel einer zukunftsträchtigen Stadtentwicklungsplanung sah, strukturierte er die Planfassungen als in Buchform reproduzierbare Formate. Anders wäre es kaum möglich geworden, sie kurz nach Ende seiner Kölner Zeit im Callwey-Verlag – sein ursprünglicher Kölner Verleger hatte die Hyperinflation nicht überstanden – herauszugeben. Gut 320 Seiten mit fast 160 Planaufnahmen sind das Ergebnis (vgl. Schumacher, Köln).

³⁴ Henriette Meynen, Die Kölner Grünanlagen, Düsseldorf 1979; Hartmut Frank, Vom sozialen Gesamtkunstwerk zur Stadtlandschaft. Fritz Schumachers Generalplan für Köln, in: Ders. (Hrsg.), Fritz Schumacher. Reformkultur und Moderne, Stuttgart 1994, S. 133–156; Hartmut Frank, Schumachers Neues Köln im internationalen Vergleich, in: Fritz-Schumacher-Gesellschaft (Hrsg.), Fritz Schumacher in Köln, Hamburg 2000, S. 74–90; Gerhard Curdes, Schumachers Stadtentwicklungskonzept für Köln – der Generalbebauungsplan vor dem Hintergrund seiner Vorgänger und Nachfolger, in: Fritz-Schumacher-Gesellschaft, Schumacher in Köln, S. 10–39.

³⁵ In jüngster Zeit sind weitere „Versuche“ zu nennen: Masterplan Köln von AS&P - Albert Speer und Partner GmbH (Speerplan), Frankfurt am Main, und Masterplan zu den Grünflächen Kölns von Gerd Aufmolk, Werkgemeinschaft Freiraum (WGF) Nürnberg.

einer der ungewöhnlichsten Stadtplaner [... des 20.] Jahrhunderts. Von der ‚Avantgarde‘ der 1920er Jahre als konservativ eingeschätzt, war er einer der wenigen ...[.] die an der über Jahrhunderte bewährten Konzeption der Stadt als einem auf Straßen hin organisierten dreidimensionalen Raumsystem festhielt ... [und] die moderne Großstadt im Gegensatz zu anderen voll bejahte.“³⁶ Werner Hegemann hat während seines USA-Exils Schumachers Texte immer wieder publiziert, zuletzt in seinem 1938 posthum herausgebrachten Band *City Plannig Housing Volume III*.³⁷

Schumachers Wirken in Köln: Zukunftsfähigkeit und Resonanz

Einige Besonderheiten von Schumachers Arbeit, die bisher wenig beachtet worden sind, aber wichtig für die heutige Stadtplanung sein könnten, sollen hier noch kurz angerissen werden: Die im Anfangszitat dargelegte Absicht, die Entwicklung der Zukunft aus den „Linien der Gegenwart“ abzuleiten, wird durchgehend auf vielfältigste Weise demonstriert. Dies geschieht in einer Dichte, Anschaulichkeit, Breite und dabei mit einer Zukunftsfähigkeit, wie es bis dahin – und man darf wohl sagen, bis heute – nicht (mehr) erfolgt ist. Er war der Erste, der das Thema der Sanierung einer mittelalterlichen Altstadt nicht nur in ein Stadtentwicklungskonzept verankerte, sondern auch noch mit zahlreichen durchgearbeiteten Beispielen belegte.³⁸ Nebenbei erarbeitete er den im Zuge der Deutzer Brücke erstellten komplizierten Umlegungsplan für die Straßenerweiterung nach Westen durch die Altstadt – Wilhelm Arntz sollte in den 1930er Jahren an dessen überzogener Überarbeitung scheitern.³⁹

Schumacher begnügte sich nicht nur mit abstrakten Flächenausweisungen, sondern arbeitete typische Beispiele für alle Situationen der Stadterweiterung dreidimensional durch. So gibt es anschauliche Beispiele für die Einbeziehung der Fortanlagen in die Grünzüge, Ausarbeitungen für den räumlichen Übergang von der Stadt zur freien Landschaft und Varianten zu Siedlungstypologien – übrigens unter Einbeziehung der zeitgenössischen Entwürfe anderer Kollegen aus aller Welt.⁴⁰ Damit machte er auch deutlich, dass Stadtplanung eine Kollegialangelegenheit sein sollte, eine, bei der die Bürger auch als Mitwirkende gesehen werden sollten. Er schrieb dazu: „Ziele ... legt man auf diesen [städtebaulichen] Gebieten nur fest, wenn man sich getraut, sie in die äußere Form von Lösungen zu bringen, denn nur dann wer-

³⁶ Beide: Curdes, S. 36 f.

³⁷ Hartmut Frank weist darauf hin, dass Hegemann diese Würdigung weder Ernst May oder Bruno Taut noch Martin Wagner zukommen ließ, vgl. Frank, Schumachers Neues Köln, S. 74.

³⁸ Schumacher, Köln, S. 218–280.

³⁹ Der Frankfurter Gauleiter Sprenger fand dies für seine Stadt gerade gut und warb Arntz aus Köln ab.

⁴⁰ Vgl. Schumacher, Köln, S. 202–203; zu nennen wären Adolf Rading, Peter Behrens, Eduard Hallquith, Heinrich de Fries.

den sie für die große Menge der Menschen, die zu ihrem Erreichen mitwirken müssen, wirklich klar und materialisieren sich aus dem Nebel der Begriffe zur Plastik des Lebens.“⁴¹

Seine Zielsetzung einer Verbindung der bestehenden, meist zersplitterten Vororte – mittlerweile als „Zwischenstadt“ von Thomas Sieverts wieder thematisiert – zu echten Stadtteilen ist besonders bemerkenswert. Er verknüpfte das Vorhandene geschickt mit einem Gefüge aus baulicher Ergänzung und Grünräumen zu eigenständigen Vierteln mit Schule, Kirche und Sporteinrichtungen. Letztere waren Adenauer besonders wichtig, der sich nicht allein auf die soziale Bindungswirkung der Kirche verlassen mochte.⁴² Die sorgfältige Analyse der begonnenen Verkehrsplanungen und deren kluge Modifizierung könnten zumindest für den öffentlichen Nahverkehr bis heute sinnfällige Anregungen bringen. Überhaupt fällt auf, dass die Themen Stadttechnik und Umweltfragen besonders intensiv bearbeitet wurden. Köln zeigte sich hier als eine der fortschrittlichsten Städte im Reich.⁴³ Adenauer stützte dies auch gegen die konservativen Kräfte. Beim Wettbewerb für die Mühlheimer Brücke 1927 war er mit seinem Plädoyer für eine neuartige elegante Hängebrücke von Abel gemeinsam mit Schumacher in der Jury zunächst in der Minderheit, setzte sich aber letztlich durch. Dass ihm im Stadtrat die Kommunisten zur Mehrheit halfen, störte ihn wenig. Adenauer schwebte rheinaufwärts und -abwärts der Hohenzollernbrücke ein Ensemble von Hängebrücken vor.⁴⁴

Zukunftsträchtig war auch Schumachers Auseinandersetzung mit den Fragen der Nutzungstypologie. Er erwies sich hier, ganz im Sinne der Anknüpfung an die „Linien der Gegenwart“, als Reformator der Nutzungsmischung aus Wohnen und Gewerbe. Er sah zwar die umweltbedingten Beeinträchtigungen, aber auch die Gefahr einer vollständigen Separierung, die sich in der damaligen Diskussion bereits andeutete und mit der Charta von Athen verfestigen sollte. Als Gegenmodell entwickelte er das Mischgebiet,⁴⁵ das in seinen durchdachten Ausformungen von Regeln und Ausnahmen verblüffend der zweiten Reform der Baunutzungsverordnung der frühen 1970er Jahre ähnelt.

Schumachers Plädoyer für eine Stadtplanung, deren Vorgaben der kollegialen Weiterentwicklung gewidmet sein müssten, rief zwar in den Folgejahren zum Teil Unverständnis bei einigen Kölner Kollegen hervor. In anderen Fällen führte aber die konstruktive Fortführung von Schumachers Ansätzen zu einer Reihe gelungener

⁴¹ Schumacher, *Stufen*, S. 374.

⁴² Vgl. Schumacher, *Köln*, S. 206–208.

⁴³ Vgl. ebd., S. 134–172.

⁴⁴ Das gelang bis in die 1930er Jahre auch, etwa mit der Rodenkirchener Autobahnbrücke, wurde aber nach dem Krieg – anders als in Düsseldorf – nicht weiterverfolgt.

⁴⁵ Vgl. Schumacher, *Köln*, S. 173–178.

Beispiele. Allen voran stehen die Umsetzungen seiner Grünraumideen durch Encke und ab 1927 durch Theodor Nußbaum. Kaum eine Stadt hat ein derartig großes Volumen von neuen Flächen erreicht. Adenauers Missachtung aller Haushaltsvorbehalte führte dazu, dass in Köln besonders in den Krisenzeiten der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise intensiv gegraben und gepflanzt wurde. Schumacher zitiert Adenauers Antwort auf seinen Einwand, dass all diese Investitionen in einer haushälterischen Katastrophe enden könnten: „Man darf nie aufhören, zu handeln! Tätigkeit ist alles, das andere findet sich schon. Wer heute über Geld nachdenkt, denkt über etwas nach, was es gar nicht mehr gibt.“ Schumacher schreibt weiter: „Adenauer war eine Persönlichkeit, deren geniale Eigenschaften sich wohl nur ganz zu entfalten vermochten, wenn sie dem Zwang normaler Verhältnisse entrückt war und mit Möglichkeiten rechnen konnte, vor denen durchschnittliche Tüchtigkeit ratlos steht.“⁴⁶ Wie recht er hatte.

Auch nach Schumachers Rückkehr nach Hamburg blieben er und Adenauer im Kontakt.⁴⁷ Im informellen Austausch entstand so über 1923 hinaus – auch Arntz wird dabei eine Rolle gespielt haben – eine große Zahl kleiner Wohnquartiere, an denen sich deutlich typologische Vorgaben Schumachers ablesen lassen. Kleinere Wettbewerbe, wie auch in Hamburg praktiziert, brachten eine Fülle von Varianten hervor, die heute – vor allem unter der Regie der GAG – in herausragender Weise auf die heutigen Anforderungen hin modernisiert werden.⁴⁸

Adenauer und Schumacher hatten auf Augenhöhe miteinander gearbeitet und sie verloren sich auch nicht in der Zeit des Nationalsozialismus aus den Augen, der sie aus ihren Ämtern „beförderte“. Sie sahen sich ein letztes Mal kurz vor Kriegsbeginn im Frühjahr 1939. Schumacher besuchte Adenauer in Rhöndorf, dem er hier das „Martyrium des zur Untätigkeit verdamnten Tatmenschen“ nachempfinden konnte. Bei einer Rundfahrt durch Köln stellte er fest, wie recht er doch gehabt habe mit seiner Ablehnung des Bonatzplans – der Innere Rayon war noch nicht bebaut⁴⁹ –, und wie gelungen bereits die Anlagen im äußeren Grüngürtel waren.⁵⁰ Die Korrespondenz mit Adenauer setzte sich bis zu Schumachers Tod 1947 fort. Nicht alles ist erhalten, aber in einem Brief von 1945 schreibt Adenauer nach seiner Entfernung aus dem kurz zuvor wieder erlangten Oberbürgermeisteramt, er sei überzeugt, dass Schumachers Grundlagenarbeit für den Wiederaufbau Kölns maßgeblich

⁴⁶ Beide: Schumacher, *Stufen*, S. 369.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 374.

⁴⁸ Zu nennen wären: die Germaniasiedlung, der Blaue Hof, die Weiße Stadt, der Grüne Hof und, besonders gelungen, die Naumannsiedlung.

⁴⁹ Bis heute ist dies, trotz mehrfacher Versuche, an der Gegenwehr der Kölner gescheitert. Bonatz könnte frohlocken.

⁵⁰ Vgl. alle: Schumacher, *Selbstgespräche*, S. 258–262.

sein würde, obwohl seine Pläne wohl verbrannt seien. Weiter teilt er mit, dass seine Weigerung, den äußeren Grüngürtel zur Abholzung frei zu geben, wohl zu seiner Entlassung geführt habe. In Adenauers letzter Würdigung anlässlich Schumachers Tod heißt es: „Sein Pflichtgefühl, sein Verständnis für die Gesamtheit der Probleme einer Großstadt, seine unbegrenzte Schaffenskraft haben mich tief beeindruckt... Er war Künstler und Soziologe gleichzeitig... [I]mmer wieder leuchteten aus allem, was er sagte, die Grundzüge seines Wesens hervor: absolute Ehrlichkeit und Reinheit des Willens und seine Güte... Sein Leben bewies ..., daß Güte die stärkste Macht im Leben der Menschen ist.“⁵¹

Schumacher wurde nach 1923 von zahlreichen Kommunen aus dem deutschsprachigen Raum gebeten, für ihre jeweilige Stadt ein ähnliches Konzept zu entwickeln, aber nur für seine Heimatstadt Bremen erarbeitete er eines in kleinem Rahmen. Der weiteste Ruf für eine Mitarbeit kam aus Tokio, dessen Chefplaner versuchte, nach dem Erdbeben kritische Mitstreiter gegen den Wiederaufbauplan seiner Regierung zu finden. Schumacher kam diesem Wunsch im November 1924 lediglich indirekt mit einem Artikel in der *Deutschen Bauzeitung* nach.⁵² Insgesamt ist die internationale Resonanz auf Schumachers Wirken in Köln – wie auch in Hamburg – noch wenig aufgearbeitet. Hier bieten sich Ansatzpunkte für eine weitere, vertiefende Forschung.

Prof. em. Hans Günther Burkhardt, Architekt, BDA, Hochschule für bildende Künste Hamburg / Fritz-Schumacher-Gesellschaft, h.g.burkhardt@gmx.de

Abbildungsnachweise

Abb. 1: Schumacher, Köln, Planeinlage gefaltet.

Abb. 2: Schumacher, Köln, S. 117.

⁵¹ Konrad Adenauer: Erinnerungen an Fritz Schumacher, in: Erwin Ockert, Fritz Schumacher, sein Schaffen als Städtebauer und Landesplaner, Tübingen 1950, S. 145f.

⁵² Vgl. Schumacher Stufen, S. 425f.

Vom künstlerischen Despotismus zum städtebaulichen Dirigieren. Individuum und Kollektiv im Hamburger Städtebau der 1920er Jahre

Architektur und Städtebau sind als Kulturleistungen stets Resultat komplexer kollektiver Planungs- und Entscheidungsprozesse. Mit wechselnden Gewichtungen wird aber immer wieder über die individuellen Anteile Einzelner innerhalb dieser Konstellationen gestritten. Unlängst haben die Durchsetzung digitaler Distributionsmedien, zunehmende Copy-&-Paste-Praktiken sowie neue Paradigmen wie Open Source, Kokreativität und Schwarmintelligenz zu einer Konjunktur des Kollektiven geführt und damit den Anspruch auf individuelle Urheberschaft und geistiges Eigentum hinterfragt. Wenige Jahre zuvor noch war dagegen der Selbstanspruch von „Stararchitekten“ mit der gesellschaftlichen Zuschreibung singulärer Urheberschaft einhergegangen, zahlreiche große Leuchtturmprojekte wurden mit übersteigerten Erwartungen an signethafte Architekturen und ihre „Schöpfer“ überfrachtet.

Diese aktuellen Kontroversen unterstreichen die Notwendigkeit, das Wechselspiel von individueller und kollektiver Dimension in Planungsprozessen auch in ihrer historischen Dimension aufzuarbeiten. Im Besonderen gilt dies für Hamburg, wo die Situation der ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts bis heute disparat wahrgenommen wird. Unbestritten war das Planungsgeschehen stark geprägt durch das Wirken Fritz Schumachers, ab 1909 Leiter des Hamburger Hochbauwesens und nach einem Intermezzo als technischer Bürgermeister unter Konrad Adenauer in Köln dann von 1923 bis 1933 als Oberbaudirektor für das Hochbauwesen und die städtebaulichen Planungen zuständig. Es ist deutschlandweit eine Zeit der einflussreichen Stadtbauräte, Dezernenten und Stadtbaumeister, doch unterscheiden sich Hamburger Narrative von jenen in anderen Städten. Überregional weitaus weniger wahrgenommen als etwa Ernst May in Frankfurt oder Martin Wagner in Berlin¹,

¹ Dies ist sowohl Schumachers formalästhetischen Auffassungen, seiner gemäßigten Architektursprache, geschuldet als auch der Art und Weise öffentlichkeitswirksamer Außendarstellung der Hamburger Planung. Schumacher suchte nicht wie May mit der zweiten CIAM-Konferenz internationale Aufmerksam-

wurden im lokalen Kontext Architekturen und Planungen als individuelle Einzelleistungen der Person Fritz Schumacher zugeschrieben, der zuweilen als Lichtgestalt überhöht wird.

Ursächlich für die lokale Wirkmächtigkeit dieses Narrativs war ein ganzes Set von Faktoren.² Mit seiner umfangreichen Publikationstätigkeit hatte Schumacher selbst maßgeblichen Anteil daran. Zahlreiche Hamburger Projekte und Realisierungen werden bis heute weitgehend anhand seiner Selbstbeschreibungen rezipiert, in denen die Prozessgeschichten ausschnitthaft und einseitig aus der Perspektive des reformerisch motivierten Staatsbeamten dargestellt werden. Trotz Schumachers eigenen Verweisen auf den Kampschriftcharakter³ jener Texte wurden seine Darstellungen über lange Zeit oft nur wenig kommentiert übernommen. Vor diesem Hintergrund markiert der vorliegende Aufsatz einige Forschungslücken der Planungsgeschichte.

Um den Einfluss Schumachers auf das Hamburger Baugeschehen und seine Rolle in den komplexen Akteurskonstellationen differenzierter bewerten zu können, ist es notwendig, seine rhetorisch zugespitzten eigenen Darstellungen in ihrer Funktionalität zu dechiffrieren und – soweit möglich – durch Rekonstruktion der Prozessgeschichten mit einer Reihe von prägnanten Fallbeispielen zu kontrastieren. Zunächst sind die Texte aber aufschlussreiche Quellen hinsichtlich seines planerischen Selbstverständnisses, das über einen Zeitraum von gut 30 Jahren einen deutlichen Wandel erfuhr.

Prägnante Einzelarchitekturen und der ermächtigte Baukünstler

1903/04 hält Schumacher in seinem Text „Architektonische Aufgaben der Städte“ ein flammendes Plädoyer für eine quasiautoritäre Planungshaltung, mit der Stadtverwaltung und Baukunst vereint das Machtvakuum früherer landesherrschaftlicher Autoritäten füllen sollen.⁴ Seinerzeit Professor an der Technischen Hochschule

keit auf die eigene Stadt zu lenken. Vielmehr war ihm an der Etablierung einer lokalen Identität und Baukultur gelegen, die auf regionale Traditionen und Materialien sowie die Einbeziehung lokaler Architekten zurückgriff. Somit erfuhr auch der sozial motivierte Wohnungsbau, der infolge der Hauszinssteuer in den 1920er Jahren in vergleichbarem Umfang wie in Frankfurt oder Berlin unter Martin Wagner entstand, weitaus weniger Resonanz als etwa die inzwischen zum Weltkulturerbe avancierten Berliner Siedlungen.

² Als einer dieser Faktoren ist sicher die tendenziell affirmative Tradition der lokalen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur als Mittel der Identitätskonstruktion der Hansestadt anzusehen. Wesentlich dazu beigetragen hat aber auch Schumachers vorzeitige Versetzung in den Ruhestand durch die Nationalsozialisten im Mai 1933.

³ Vgl. Fritz Schumacher, *Stufen des Lebens. Erinnerungen eines Baumeisters*, Berlin 1935, S. 338.

⁴ An anderer Stelle betont Schumacher, dass „der einheitliche Geist der Gestaltung“ in vormoderner Zeit

Dresden, fühlt er sich wie viele Zeitgenossen dem Reformgedanken verpflichtet, die im Zuge des Liberalismus der Industrialisierungszeit entstandene Großstadt zu ordnen, lebenswert zu machen. Dieses Ziel ist seiner Meinung nach durch die „Verbindung vom Praktischen und Schönen“⁵ zu erreichen, die allein der künstlerisch ambitionierte, architektonisch geschulte Planer herzustellen vermag. Die Stadtverwaltung als Bauherrin für eine Reihe öffentlicher – „praktischer“ – Aufgaben solle deshalb den individuellen Künstlergeist zum freien und eigenständigen Arbeiten ermächtigen.

Im Vordergrund stehen dabei aber auch stilistische Fragen, wie die Überwindung des Historismus, weshalb die ästhetische Dimension hier sehr dominant in Erscheinung tritt: „[W]ohl noch nie hat so viel ästhetische Verantwortung und so viel ästhetische Macht in einem Punkte beisammen gelegen, wie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte sie der Stadtverwaltung zugeschoben hat“, schreibt Schumacher. Die Verwaltung sei „vor künstlerische Probleme gestellt, die ... vielleicht noch mehr wie anderswo neben der sachkundigen Arbeit einer genialen Hand“ bedürften. So lasse sich „auf jedem anderen Gebiete sich die selbständige Schöpferkraft leichter ersetzen ... durch Energie, Tüchtigkeit und Organisation, als auf dem Gebiete der Baukunst.“ Diese Argumente wendet er gegen „die traditionelle Scheu vor dem Despotismus des Künstlertums.“⁶ Implizit nimmt Schumacher damit Bezug auf Goethes Diktum vom genialen Künstler als raumgreifendem Halbgott⁷, das sich 1772 in dessen Ode auf Erwin von Steinbach, den Baumeister des Straßburger Münsters, manifestiert. Schumacher zitiert Goethe nicht wörtlich, aber verehrt ihn zeitlebens⁸ und nimmt diesen Text in sein „Lesebuch für Baumeister“ auf.⁹ Das künstlerische Selbstverständnis Schumachers und vieler seiner Zeitgenossen speist sich aber auch aus einer weiteren Quelle: Nietzsches Zarathustra, der die unfertige Natur durch

„durch den despotischen Willen eines Herrschers erreicht wurde.“ Vgl. Fritz Schumacher, *Strömungen in deutscher Baukunst seit 1800*, Leipzig 1935, S. 183.

⁵ Fritz Schumacher, *Architektonische Aufgaben der Städte*, in: Robert Wuttke (Hrsg.): *Die deutschen Städte*. Geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städte-Ausstellung zu Dresden 1903, Leipzig 1904, S. 46–67; hier zitiert nach: Fritz Schumacher, *Streifzüge eines Architekten*, Jena 1907, S. 134–166, hier S. 142.

⁶ Alle: Ebd., S. 162, 141, 163 u. 164.

⁷ Vgl. Johann Wolfgang v. Goethe, *Von deutscher Baukunst [1771/72]*, in: Goethe, *Berliner Ausgabe*, Bd. 19, Berlin/Weimar 1985, S. 35.

⁸ Er sieht in Goethe u.a. den „Schöpfer unserer gegenwärtigen Weltanschauung“, vgl. Fritz Schumacher, *Stufen des Lebens*, S. 13.

⁹ Vgl. Fritz Schumacher (Hrsg.), *Lesebuch für Baumeister. Äußerungen über Architektur und Städtebau [1941]*, Braunschweig 1977, S. 73–81.

menschlichen Formwillen zur vollenden habe – erinnert sei an dieser Stelle an Bruno Taut, Peter Behrens und die Künstler der Darmstädter Mathildenhöhe.¹⁰

Bei Schumacher dient allerdings die Autorisierung des individuellen Künstlergeistes durch den „Machtstrom“ der Verwaltung nicht primär der Unterwerfung der Natur, sondern der umfassenden Einbeziehung ästhetischer Mittel bei der Lösung drängender sozialer Probleme. Die Aufgaben dieses sozial motivierten baukünstlerischen Freigeists sind dabei noch nicht vorrangig städtebaulicher Art. Vielmehr handelt es sich um klar abgegrenzte architektonische Einzelleistungen, etwa einen Rathausneubau¹¹, aber auch Schulen, Badeanstalten, Krankenhäuser, Friedhofsbauten und Infrastrukturanlagen. Die Liste der Bauaufgaben nimmt relativ klar Schumachers späteres, umfangreiches Œuvre der Hamburger Staatsbauten vorweg, und Schumacher scheint mit diesem Theoriepapier schon fünf Jahre vor seinem Amtsantritt in der Hansestadt – *avant la lettre* – seinen dortigen Führungsanspruch anzumelden.¹² So verwundert es kaum, dass er all den Sozial- und Verwaltungsbauten, die er ab 1909 in Eigenregie in Hamburg entwirft, seinen Stempel aufdrückt. Ebenso wenig überrascht jedoch, dass diese Dominanz auf den Widerstand der Hamburger Architektenschaft stößt. Der mündet in einen Antrag in der Bürgerschaft auf Prüfung einer stärkeren Einbeziehung der Privatarchitekten in öffentliche Bauaufgaben. Eine Karikatur aus dem Jahr 1912 bringt die Stimmung ironisiert auf den Punkt: Während ein „Kind“ mit Schumachers Gesichtszügen mit Bauklötzen spielt, hängen im Hintergrund weitere „Kinder“ plärrend an Hammonias Busen: „Mutta, sag' doch mal dem Professor Schumacher, daß er uns mitspielen läßt.“¹³

Städtebauliche Planung: „lenken ohne zu fesseln“

Zum Teil sicher bedingt durch diese Reaktionen, andererseits als Folge neuer, komplexerer und großmaßstäblicherer Aufgabenfelder in der Hamburger Baudeputation wandelt sich Schumachers Selbstverständnis im Laufe seiner Amtszeit. So ist in späteren Schriften zwar immer noch das Bemühen um Ordnen und Kontrollieren spür-

¹⁰ Vgl. hierzu Hubertus Adam, *Alle Schaffenden aber sind hart. Friedrich Nietzsche und die Konstruktion des Künstlerselbstverständnisses um 1900*, in: *Archithese* H. 2/2013, S. 54–59; sowie speziell zu Schumacher: Thomas Völlmar, *Bild. Bühne. Architektur. Fritz Schumachers Entwürfe für das Theater 1899–1920*, Berlin 2009, S. 189–191.

¹¹ Schumacher greift hier offenbar auf eigene Erfahrungen während seiner Tätigkeit im Stadtbauamt Leipzig zurück, wo er an der Planung des Neuen Rathauses beteiligt war.

¹² Vgl. Hartmut Frank, *Genius loci und Genius temporis. Fritz Schumachers Aufbruch zu einer modernen Großstadtarchitektur*, in: Ders. (Hrsg.), *Fritz Schumacher. Reformkultur und Moderne*, Stuttgart 1994, S. 11–39, hier S. 15.

¹³ Werner Kayser, *Fritz Schumacher. Architekt und Städtebauer. Eine Bibliographie*, Hamburg 1984, S. 34f.

bar, doch zeichnet es sich jetzt durch ein höheres Maß an Offenheit und das Vertrauen in die Kompetenz der Kollegen aus. Wie es scheint, hat hier ein Lernprozess stattgefunden, ohne den die Aufgaben neuen Typs nicht zu bewältigen gewesen wären. Hermann Hipp – eine der kritischsten Stimmen der Schumacherforschung – erachtet „gerade für Fritz Schumachers Hamburg das dynamische Prinzip der Gegensätze wirklichen Lebens als Quintessenz seiner Baukultur. ... Nicht harmonische Endzustände interessierten ihn, sondern eben die Prozesse als solche, die Auseinandersetzungen, der Kampf, der immer neue Kompromiss und Konsens.“ Für Hipp fügt sich Schumacher damit ein in die pluralistisch-demokratische Baukulturtradition der Hansestadt.¹⁴

Wie aber manifestiert sich diese gewandelte Planungsauffassung in Schumachers eigenen Ausführungen? Zunächst fällt auf, dass in den theoretischen Schriften nun nicht mehr Goethe, sondern – explizit – Johann Gottlieb Fichte als Referenz dient. 1935 charakterisiert Schumacher den Städtebau als „die einzige altruistische Form des Künstlertums“ und fordert „das selbstlose Wollen eines dienenden Künstlers“ ein. Er verweist auf die erweiterten räumlichen Dimensionen, in deren Maßstab der Planer „alles durchdenken, durchfühlen, mit innerem Auge erblicken [...] muß, — nicht um es selber auszuführen, sondern um anderen den Weg zu ebnen zur Möglichkeit einer harmonischen Ausführung ihres individuellen Werks.“ Dies sei „eine ganz neue Art des Künstlertums, dessen Wirkung nicht an die Person gebunden bleibt, sondern unbemerkt überströmt in anderes Leben, dessen Kraft es selbstlos auslöst.“ Hierauf folgt das Fichte-Zitat von der Vernunftwidrigkeit des Individualismus: „Es gibt nur e i n e Tugend, die, sich selbst als Person zu vergessen.“¹⁵

Diese Forderung stellt aber nur ein Ideal dar, das dazu dient, den eigenen Gestaltungswillen zu relativieren. In der Praxis geht es Schumacher selbstverständlich immer noch darum, Prozesse zu steuern, die Richtung vorzugeben. Allerdings stellt er sich jetzt nicht mehr in die Tradition eines künstlerischen Despotismus, sondern versteht sich als städtebaulicher „Dirigent“, während die Privatarchitekten nun als angeleitete „Solisten“ fungieren sollen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die rege einsetzende Wohnungsbautätigkeit im Zuge der seit 1924 reichsweit erhobenen Hauszinssteuer. „Damit [so Schumacher] entstand für den dirigierenden Architek-

¹⁴ Vgl. alle: Hermann Hipp, Perspektiven der Baukultur für Hamburg, in: Volker Roscher (Hrsg.), Baukultur und Stadtgestaltung. Beiträge von Hermann Hipp, Mirjana Markovic, Hamburg 1992, S. 17–35, hier: S. 24 u. 25–28.

¹⁵ Alle: Schumacher, Strömungen, S. 183. Vgl. ferner: Johann Gottlieb Fichtes sämtliche Werke, hrsg. von Immanuel Hermann Fichte, Bd. 7, Berlin 1845/1846, S. 35; sowie zur Kontextualisierung des Zitats zwischen Fichtes Auffassungen von Freiheit, Vernunft und Individuum: Helmut Gierndt/Hartmut Traub (Hrsg.), Praktische und angewandte Philosophie 1. Fichte-Studien, Band 23, Amsterdam/New York 2003.

ten einer Stadt ein ganz neuartiges Problem. Sein Ziel mußte es sein, einheitliche und harmonische Großstadtquartiere entstehen zu lassen. Aber sein Einfluß auf die Verwirklichung war nur ein indirekter und ein nach allen Richtungen hin zersplitterter.

Von allen Seiten strömten Bauabsichten herbei, die eigentliche Macht über ihr Leben oder Sterben hatte nicht er, sondern die Beleihungskasse. Er konnte diesem Strom des Bauens nicht in seinen Ursprüngen, in seinem wirtschaftlichen Typus und in seinen Einzelheiten lenken, dennoch mußte er versuchen, ihm eine bestimmte Form zu geben.¹⁶ Für dieses Problem, „beim Dirigieren ... den schmalen Weg zu finden zwischen Zwang und Freiheit“, entwickelt Schumacher mit seinen Mitarbeitern der schon 1914 gegründeten Städtebauabteilung¹⁷ ein Verfahren, das er „modellmäßiges Bauen“ nennt. Diese Methode erfordert eine eingehende Betrachtung.

Modellmäßiges Bauen

Der Begriff des modellmäßigen Bauens war bereits in der Zeit der landesfürstlichen Städtegründungen im 17. und 18. Jahrhundert gebräuchlich. Hier war aber nicht der Bau physischer Architektur- oder Stadtmodelle gemeint, sondern ein typisiertes Bauen auf der Grundlage vereinheitlichter Fassadenaufrisse. Ludwig Wagner-Speyer, Stadtbauinspektor in Chemnitz, tritt 1918 mit dem Ziel einer Vereinheitlichung des Stadtbildes für eine konsequente Typisierung der Fassaden ein und behält den Begriff in der ursprünglichen Verwendungsweise bei. Er verweist darauf, „daß man unter ‚Modellen‘ die Musterpläne verstand, welche von fürstlichen oder städtischen Bauämtern ausgeführt wurden und für die Bauwilligen in allen Fällen verbindlich waren“, und dass „[d]er Ausdruck ‚Modell‘ ... sich also nicht mit dem gemeinhin gebräuchlichen Begriff einer körperlichen Darstellung“ decke.¹⁸ In seinen Überlegungen, die in der deutschen Beamenschaft begrüßt werden¹⁹, spielen diese eigentlichen, „körperlichen“ Modelle nur eine untergeordnete, unterstützende Rolle.²⁰

¹⁶ Fritz Schumacher, *Das Werden einer Wohnstadt. Bilder vom neuen Hamburg*, Hamburg 1932, S. 37.

¹⁷ Vgl. Schumacher, *Werden*, S. 39 f., sowie Klaus-Dieter Ebert, *Das Hamburger Hochbauamt unter Fritz Schumacher von 1909 bis 1923*, in: Dieter Schädel (Hrsg.), *Reform der Großstadtkultur. Das Lebenswerk Fritz Schumachers*, Hamburg 2013, S. 75–88, hier S. 78.

¹⁸ Ludwig Wagner-Speyer, *Grundlagen modellmäßigen Bauens. Ein stadtbaukünstlerisches Zeitprogramm*, Berlin 1918, S. 2.

¹⁹ z.B. 1922 auf der Hauptversammlung der Vereinigung der Technischen Oberbeamten deutscher Städte in Frankfurt am Main, vgl. *Zentralblatt der Bauverwaltung*, 25. Oktober 1922, S. 530 f.

²⁰ Vgl. Wagner-Speyer, *Grundlagen*, S. 116. Zur terminologischen Verwirrung trägt zusätzlich bei, dass Friedrich Fischer 1942 den Ansatz des „modellmäßigen Bauens“ kritisiert, dem er den des „sinngemäßen Bauens“ entgegensetzt. Er bezieht sich dabei – zehn Jahre nach *Das Werden einer Wohnstadt* –

Für Schumacher ist dagegen die Arbeit mit dem physischen Massenmodell von essenzieller Bedeutung. Aus sozialpolitisch-städtebauhygienischen Gründen fordert er den planerischen Zugriff auf das Blockinnere, um über Gebäudetiefen, Hofgrößen und Blockzuschnitt vertretbare Baumassengliederungen und Grundrisstypen zu gewährleisten.²¹ Seine Methode des modellmäßigen Bauens skizziert Schumacher nun wie folgt: „Der Hamburger Städtebau hat dafür eine Methode entwickelt, die bisher in vielerlei schwierigen Zusammenhängen die Probe bestanden hat. Wir stellen in der behördlichen Städtebauabteilung ... einen neu von der Entwicklung ergriffenen Stadtteil, ehe das Bauen beginnt, in einem zusammenhängenden plastischen Modell dar ... Das Modell zeigt nicht die einzelne architektonische Ausbildung, sondern nur das Spiel der ineinandergreifenden oder gegeneinander stehenden Massen“²² Schumachers Anliegen, das Hipp in der „Erzielung von Konvention und Kompromiss“²³ sieht, kommt in den anschließenden Zeilen zum Ausdruck: „Dies Modell bedeutet aber keinen Zwang, es bleibt elastisch. Es steht dem Bauen-Wollenden als Zielbild zur Verfügung. Die Architekten können sich ... nach seinen Angaben richten und tun das auch in der Regel. Aber sie können auch begründete Gegenvorschläge machen. Wir modellieren dann die anders gearteten Massen in unser Gesamtmodell herein und erproben die Wirkung im Zusammenhang mit der Umgebung. Entweder sieht man dann, daß es nicht geht, und der betreffende Architekt überzeugt sich meist selbst davon, oder wir gehen auf die vorgeschlagene andere Art ein und ziehen daraus im Gesamtmodell die Konsequenzen....“²⁴

Erhalten sind zahlreiche Fotos von städtebaulichen Massenmodellen, die in Knetmasse von den neuen Wohnsiedlungen der 1920er Jahre, aber auch vom – als Welterbe nominierten – Kontorhausviertel und vom Stadtpark angefertigt wurden. Zu rekonstruieren sind nun im Rahmen der noch ausstehenden Forschungen jeweils die entsprechenden Planungsprozesse, um einschätzen zu können, wie sich de facto das angestrebte „Schweben zwischen Freiheit und Bindung“²⁵ gestaltete.

nicht auf Schumacher, sondern nur auf Wagner-Speyer. Hinzu kommt, dass Fischers Schrift durchsetzt ist von polemischen Regionalismen wie der Gegenüberstellung von norddeutschen und süddeutschen Bautraditionen, was doch implizit sehr stark in Richtung Schumachers Backsteindiktat zielt. Und doch ergeben sich dabei durchaus einige Schnittmengen zwischen Schumachers modellmäßigem und Fischers sinngemäßem Bauen, vgl. Friedrich Fischer, *modellmäßiges oder sinngemäßes Bauen*, Eberswalde/Berlin/Leipzig 1942.

²¹ Vgl. Schumacher, *Wohnstadt*, S. 27 f.

²² Ebd., S. 39.

²³ Vgl. Hipp, *Baukultur*, S. 24.

²⁴ Schumacher, *Wohnstadt*, S. 40.

²⁵ Vgl. Fritz Schumacher, *Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung*, Tübingen 1951, S. 38.

Inwiefern bestand tatsächlich „die Möglichkeit zu lenken ohne zu fesseln“?²⁶ In welchem Umfang haben die privaten Architekten von der Option der Alternativvorschläge Gebrauch gemacht? Wie gestalteten sich Kommunikation und Verwaltungsabläufe? Wurde das diskursive Element als willkommene Bereicherung und Mittel der Qualitätssicherung gefördert – oder hatte es tendenziell eine Alibifunktion?

Forschungsbedarf: Fallbeispiel Kontorhausviertel

Im Folgenden wird anhand von zwei Fallbeispielen umrissen, in welche Richtung eine vertiefende Forschung die Gegenstände befragen soll. Beim ersten, dem Hamburger Kontorhausviertel, sind die Entstehungsgeschichten der Einzelbauten sowie die städtebaulichen Prozesse in Teilen recht gut erforscht. Hipp bringt hier die kollektive Dimension der Planung auf den Punkt: „Meist sind die großen Leistungen Ergebnisse der Kompromissbildung aus langwierigen Planungs-Diskursen, an denen viele, und viele unterschiedliche Interessen, Gruppen und Menschen beteiligt waren... Und einer der monumentalsten Kompromisse ist bei näherem Zusehen eben jenes – Chilehaus. Nicht ein Geniestreich aus niederdeutschem Blut ist es ja in Wirklichkeit, sondern es ging hervor aus einem höchst komplexen Planungsvorgang, an dem nicht zuletzt die hamburgischen Behörden produktiv beteiligt waren (von den Staffelgeschossen, die das Baupflegebüro vorschlug, bis zur nachträglichen Korrektur des Bebauungsplans durch Fritz Schumacher, der die Einmaligkeit des berühmten Bugs sicherte). Vom Einfluss des Bauherren ganz zu schweigen.“²⁷

Unbestritten hat die 1912 per Gesetz gegründete Baupflegekommission maßgeblich die Gestalt des gesamten Kontorhausviertels beeinflusst: „Im Jahr 1927 erhob sie gegen den Entwurf der Architekten Klophaus, Schoch und zu Putlitz für den Mohlenhof Einspruch, weil die Art der architektonischen Gliederung ... das Platzbild verunstalten würde. Die Kommission folgte damit vor allem der Argumentation Schumachers, der das Chilehaus nicht genügend berücksichtigt sah.“²⁸ Genehmigt wurde eine deutlich reduziertere Fassade, die auf Vertikalgliederungen wie am Chilehaus verzichtete. Schien hier die Baupflegekommission als verlängerter Arm Schumachers zu wirken, so war es in anderen Fällen bereits zur offenen Konfrontation mit dessen Städtebauabteilung²⁹ sowie mit der Hamburger Architektenschaft gekommen³⁰, die ihrerseits wiederum Schumacher zu einer Engführung von Städte-

²⁶ Vgl. Schumacher, Wohnstadt, S. 40.

²⁷ Vgl. Hipp, Baukultur, S. 23.

²⁸ Kurt Rauschnabel, Stadtgestalt durch Staatsgewalt? Das Hamburger Baupfleugesetz von 1912, Hamburg 1984, S. 65–67.

²⁹ Vgl. ebd., S. 107.

³⁰ Vgl. ebd., S. 117–128.

bau und Baupflege bewegte. Denn: „Schumachers Konzept des ‚modellmäßigen Bauens‘, das eben in der Entwicklung begriffen war, vertrug in seiner Flexibilität keine Trennung von Planung und Durchführungskontrolle, weil die Durchführung ja wieder im Sinne eines iterativen Entscheidungsganges auf die Planung zurückwirken sollte.“³¹

Insgesamt ist die Tätigkeit der Baupflegekommission gut durch die Hamburger Denkmalpflege aufgearbeitet. Das Beispiel wäre daher geeignet, um methodische Ansätze wie die Akteur-Netzwerk-Theorie, die in kulturwissenschaftlichen Kreisen seit einigen Jahren breite Resonanz erfährt, beziehungsweise den hieran anknüpfenden neueren Ansatz der Urban Assemblages zu testen.³² Diese Forschungszugänge – beide eher Grundhaltungen der Gegenstandsbefragung als exakte methodische Handlungsanweisungen – erfahren nicht zuletzt deshalb so viel Zuspruch, weil sie versuchen, menschliche und nicht menschliche Artefakte, also Technik, Traditionen und andere Einflussfaktoren, zusammenzubringen. Sie bergen heuristisches Potenzial für die Ausbalancierung ideengeschichtlicher Traditionen mit der Tendenz zur Überzeichnung „großer Männer“ durch andere Zutritte.

Der Jarrestadt-Wettbewerb

Etwas anders stellt sich der Forschungsstand hinsichtlich der unter Schumacher entstandenen Wohnsiedlungen dar. Zieht man wiederum dessen Selbstbeschreibungen zurate, gewinnt man den Eindruck einer regen Einbindung der privaten Architekten. Die Behörde – so Schumacher – habe „nur unmittelbar nach dem Kriege, als keinerlei private Betätigung denkbar war und doch die Raumnot zu unverzüglichem Handeln zwang, selber den Architekten gemacht. Sobald es irgend ging, hat sie ... dieses Betätigungsgebiet dem Privatarchitekten zuzuführen“³³ gesucht. Tatsächlich scheint es aber eher ein Prozess ständigen Ringens um Aufträge gewesen zu sein.

Für die 1927 begonnene Jarrestadt, das wohl bekannteste Hamburger Wohnensemble jener Zeit, wurde im Vorjahr ein Ideenwettbewerb für den ersten Bauabschnitt mit 1800 Wohnungen durchgeführt.³⁴ In der Sekundärliteratur herrscht die

³¹ Ebd., S. 128.

³² Vgl. hierzu stellvertretend die Beiträge von Bruno Latour und Michel Callon in: Andréa Belliger/David J. Krieger, ANThology: Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie, Bielefeld 2006; sowie Ignacio Fariás/Thomas Bender (Hrsg.), Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies, London 2010.

³³ Schumacher, Wohnstadt, S. 37.

³⁴ Vgl. Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung der staatlichen Grundstücke an der Jarrestraße, 1926, Staatsarchiv Hamburg, Bestand Baudeputation, 321-2 B365.

Auffassung vor, Schumacher habe hier von Anfang an sehr stark lenkend eingegriffen. So heißt es in einer Dokumentation der Hamburger Kulturbehörde: „[Für die spätere Jarrestadt konnte es Fritz Schumacher durchsetzen, daß die Beleihungskasse einen Wettbewerb ... durchführte“.³⁵ Und ferner in einem grundlegenden Überblickswerk: „Durch die Wettbewerbsbedingungen und die ‚modellmäßige Planung‘ ... waren die städtebaulichen Lösungen des Wettbewerbs in ihren Hauptmomenten von Schumacher genau vorgegeben. Der Spielraum für die Architekten beschränkte sich auf die architektonische Gestaltung der einzelnen Baublöcke.“³⁶ Laut einer weiteren Quelle „entwickelte Schumacher einen Aufschließungsplan, der die unaufgeteilte Fläche in Straßen, Grünzüge und zu bebauende Flächen gliederte ... Damit war die Einteilung und Größe der Baublöcke ... schon vor Beginn des Wettbewerbs festgeschrieben.“³⁷

Hatte Schumacher den Wettbewerb also zur Chefsache erklärt? Fungierte der Oberbaudirektor des Hochbauwesens hier als weitsichtiger Dirigent, bei dem alle Fäden zusammenliefen? Die Akteneinsicht im Hamburger Staatsarchiv legt eine etwas andere Sichtweise nahe. Zunächst einmal wird deutlich, dass neben Schumacher und der Hamburgischen Beleihungskasse für Hypotheken als formaljuristischem Bauherrn³⁸ eine ganze Reihe unterschiedlichster Akteure Einfluss auf Bedingungen und Ausgang des Wettbewerbs nahmen. Dazu gehörten der zuständige Bildungssenator Paul de Chapeaurouge, das Ingenieurwesen, die Baupolizei und der Hamburger Senat, selbstverständlich die Jury, der Fritz Schumacher angehörte, aber auch Bruno Taut. Im Gegensatz zu Ludwig Mies van der Rohe, der als Ersatzpreisrichter auf der Reservebank in Berlin verblieben war, sollte Taut ursprünglich ordentliches Preisgerichtsmitglied werden. Er stellte aber das Wettbewerbswesen grundsätzlich infrage und machte seine Zusage von verschiedenen Bedingungen abhängig, sodass Schumacher schließlich von de Chapeaurouge gedrängt wurde, Taut abzusagen. Dieser hatte aber auch einen Vorschlag für ein Punktesystem gemacht, das tatsächlich im Verfahren Anwendung fand.³⁹

Vor allem aber ging die Initiative zur Durchführung des Wettbewerbs nicht von Schumacher, sondern offensichtlich vom Bund Deutscher Architekten (BDA) aus. Dieser hatte sich im November 1925 an die Senatsbehörde gewandt, die Schuma-

³⁵ Kulturbehörde Hamburg/Hermann Hipp (Hrsg.), Siedlungsbauten (Mietshäuser) der zwanziger Jahre und öffentliche Gebäude der Schumacher-Zeit in Hamburg, Hamburg 1929, S. 83.

³⁶ Hartmut Frank (Hrsg.), Fritz Schumacher. Reformkultur und Moderne, Stuttgart 1994, S. 272.

³⁷ Sylvaine Hänsel u.a., Die Jarrestadt. Eine Hamburger Wohnsiedlung der 20er Jahre, Hamburg 1982, S. 6.

³⁸ Diese vertrat aber offenbar die Auffassung, es sei „Aufgabe der Architekten selbst ..., die Verbindung mit dem Bauherrn zu suchen und Bauaufträge sich zu verschaffen“, vgl. Paul de Chapeaurouge, Staatliche Neubautätigkeit in Hamburg nach dem Kriege, Hamburg 1926, S. 21.

³⁹ Vgl. alle: Ideenwettbewerb, Staatsarchiv 321-2 B365.

cher postwendend mit der „Klärung der Frage der Heranziehung von Privatarchitekten zu den Wohnhausbauten“ beauftragte. Am 18. Februar 1926 schickte Schumacher mit dem Vermerk „Eilt sehr!“ eine Anfrage an den Oberbaudirektor des Ingenieurwesens, Gustav Leo, Schumachers früheren Mitarbeiter. Schumacher schreibt, er *solle* „mit dem BDA die Bedingungen für einen Wettbewerb ... besprechen“ und erkundigt sich deshalb, ob der Bebauungsplan für den Wettbewerb offengehalten werden könne. Er rechne mit einer Verzögerung von etwa vier Monaten. In der ablehnenden Antwort des Ingenieurwesens vom 20. Februar wurde mit Verweis auf das akute Wohnungsproblem dringend davon abgeraten, den Bebauungsplan zum Gegenstand des Wettbewerbs zu machen. Man könne und wolle unmittelbar mit den Tiefbauarbeiten beginnen und müsse realistischerweise mit einem Dreivierteljahr Verzögerung durch den Wettbewerb rechnen. An dieser Korrespondenz wird einerseits deutlich, dass Schumacher auf Weisung der Senatsbehörde handelte, andererseits aber auch, dass er durchaus offen für eine städtebauliche Aufteilung des Geländes war.⁴⁰

Nach der Aktenlage zu urteilen, übte der BDA großen Einfluss auf den Wettbewerb aus. Am 3. März hatte BDA-Syndikus Dr. Berger Unterlagen mit Vorschlägen zum Jarrestraßen-Wettbewerb an Fritz Schumacher übermittelt – zwei Pläne und ein Schriftstück, die nicht im Archiv vorliegen. Sofern es keine Vorversion seitens der Baudeputation gegeben hatte – und die Korrespondenz deutet nicht darauf hin –, dürfte der BDA mit diesem Schreiben alle prägenden Wettbewerbsbedingungen formuliert haben: von der Anzahl der Geschosse über die Öffnung der Blöcke zur Durchlüftung, die Wohnungsgrößen, Ausbildung der Spännertypen und Ausführung in Klinkerverblendung⁴¹ bis hin zur Honorierung der Preisrichter und den Abgabeleistungen der Teilnehmer. Wahrscheinlich hatte der BDA zudem auch einen ersten Lageplan mit Baufenstern, Straßen und Grünzügen vorgelegt. Schumacher schickte dem BDA am 8. März den Entwurf der Wettbewerbsbedingungen „mit einigen Änderungsvorschlägen“ zurück. Es handelt sich um handschriftliche Notizen in einem Typoskript, offenbar der BDA-Erstfassung der Auslobungsunterlagen. So schlug Schumacher eine Eignungsliste der Angekauften zur Berücksichtigung bei anderen Bauvorhaben vor, was doch sicher im Sinne des BDA sei. Außerdem verkleinerte er die Wohnungsgrößen, die dann aber vier Tage später von de Chapeaurouge wieder etwas vergrößert wurden.⁴² Alle weiteren Diskussionen über den Wett-

⁴⁰ Denkbar ist natürlich auch, dass Schumacher die Anfrage ganz bewusst relativ spät abschickte.

⁴¹ Dies sind alles Vorgaben, die gewöhnlich Schumacher als Kernelemente seines reformerischen Wirkens zugeschrieben werden.

⁴² Der BDA hatte vorgeschlagen, für zwei Drittel der Wohnungen 50–65 Quadratmeter und für ein Drittel 65–80 Quadratmeter zu fordern. In Schumachers Vorschlag waren es je 50–55 und 55–70 und in der finalen Fassung de Chapeaurouges 50–60 und 60–80 Quadratmeter, vgl.: Ideenwettbewerb, Staatsarchiv

bewerb drehten sich um Detailfragen.

Schumacher war hier also eingebunden in komplexe Prozessstrukturen und fungierte nicht als initiativ wirkender Lenker der Geschicke. Diese Sichtweise wird auch durch die Korrespondenz mit Bruno Wagner – BDA-Architekt in Rostock und Ersatzpreisrichter wie Mies – unterstützt.⁴³ In einem emotional gehaltenen Brief vom dritten April 1926 sagt Wagner seine Teilnahme zu und bedankt sich bei Schumacher „mit einem Händedruck ehrlichsten Beifalls“ für die Art der Ausschreibung als „Novum in den Wettbewerbsannalen“. Er schlägt vor, das Verfahren in der regionalen Tagespresse Mecklenburgs vorzustellen. Schumacher geht in seiner sachlich-distanzierten Antwort überhaupt nicht darauf ein, sondern beantwortet lediglich die Honorarfrage – ein Indiz dafür, dass er sich wohl nicht mit fremden Federn schmücken wollte.

Zum Wettbewerb zugelassen waren ausschließlich Hamburger Büros, da man diese explizit fördern wollte. 214 Entwürfe wurden eingereicht. Vergeben wurden zehn erste Preise, deren Verfasser ab 1927 je einen Block realisieren durften; weiterhin wurden zehn Ankäufe und 40 Arbeiten für einen Unkostenzuschuss ausgewählt.⁴⁴ Im Protokoll des Preisgerichts vom 18. Oktober 1926 heißt es: „Das Preisgericht hält es angesichts der Verschiedenartigkeit der hervorgehobenen Lösungen für verfrüht, Richtlinien für den Gesamtplan für die Bebauung des Jarrestraßengeländes zu geben, und beschließt, deren Aufstellung der Baudeputation zu übertragen.“⁴⁵ Der Ideenwettbewerb war also lediglich ein Vorspiel. Die Modellfotos und Zeichnungen des Wettbewerbsgewinners Karl Schneider weisen – selbst für den von ihm realisierten zentralen Baublock – eklatante Unterschiede zur letztlich umgesetzten Lösung auf.⁴⁶

Was geschah zwischen Wettbewerbsabschluss und Baubeginn? Wie verliefen die weitere Planung und Kommunikation? Inwiefern herrschte eine konstruktive Dialogatmosphäre – eine demokratisch gesinnte Suche nach Konsens und Kompromiss? Oder gibt es doch Anzeichen auf ein Durchscheitern des früheren künstlerischen Despotismus? War Fritz Schumacher „der große Dirigent, als der er sich auch selbst sah, oder, wie manche sagen: der große Autokrat“⁴⁷ – oder keines von bei-

321-2 B365; sowie Bau-Wettbewerbe. Bebauung an der Jarrestraße in Hamburg, hrsg. von Albert Neumeister / Emil Deines, H. 11/1927.

⁴³ Es handelt sich hierbei nicht (!), wie an anderer Stelle behauptet, um den Berliner Stadtbaurat Martin Wagner. Vgl. Frank, Reformkultur, S. 272.

⁴⁴ Vgl. Bau-Wettbewerbe, S. 2 u. S. 46–49.

⁴⁵ Ideenwettbewerb, Staatsarchiv 321-2 B365.

⁴⁶ Vgl. z.B. Bau-Wettbewerbe, S. 4 f., und Karl Schneider, Wohnhausblock an der Jarrestraße, in: Die Bau- und Werkkunst, 7. Jg., 1930/31, S. 170 f.

⁴⁷ Vgl. Gert Kähler, Wohnung und Stadt. Hamburg, Frankfurt, Wien. Modelle sozialen Wohnens in den

dem? Diese Fragen sind im Rahmen der noch ausstehenden, vertiefenden Forschungen zu klären.

Der Jarrestadt-Wettbewerb war ganz offensichtlich kein von Schumacher eingesetztes strategisches Instrument, sondern primär ein Politikum. Schumacher musste – trotzdem – seinen Einfluss auf dieses exponierte Beispiel der neuen Hamburger Wohnstadt gewährleisten. Aus dem Verfahren heraus direkt verbindliche Vorgaben für die Ausführungsplanungen festzulegen, wäre seinem Verständnis vom modellmäßigen Bauen zuwider gelaufen – hätte dies doch den Dirigenten zum bloßen Mitstreiter degradiert. Insofern liegt die Hypothese nahe, dass Schumacher nicht unglücklich über den unklaren Ausgang des Wettbewerbs war. Möglicherweise hat er selbst als Juror auf den Beschluss des Gremiums gedrängt, die Verantwortung (wieder) der Baudeputation zu übertragen. Sicher werden hier Detailfragen offenbleiben. Hinreichend fundierte Aussagen im Hinblick auf den Charakter dieser städtebaulichen Prozesse sowie auf Schumachers tatsächliche Rolle dabei sind aber durchaus zu erwarten, wenn erst einmal andere Fallbeispiele in ähnlicher Tiefe aufgearbeitet und vergleichend zusammengebracht sind. Erst dann kann sich das Bild abrunden.

Dr. Jörg Seifert, HafenCity Universität Hamburg, joerg.seifert@hcu-hamburg.de

Volkspark und Stadtlandschaft

Eine Serie von Ausstellungen und Veröffentlichungen veränderte die deutsche Debatte über die Gestalt großstädtischer Parks um 1900 radikal. An die Stelle des Zierparks sollte endgültig der Volkspark treten, für den die zuvor so gewichtigen ideologischen Auseinandersetzungen über die Gestaltung nur noch eine nachgeordnete Rolle spielten.

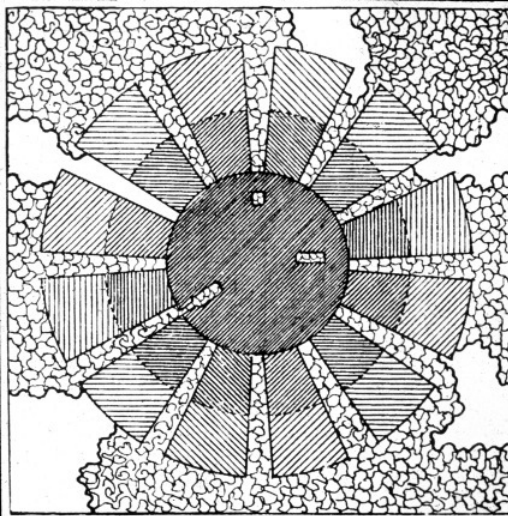


Abb. 1: Eberstadt/Möhring/Petersen: Strukturdiagramm für Groß-Berlin 1908.

Das bedeutendere Ergebnis war aber vermutlich das Phänomen der Verallgemeinerung der Parkproblematik für die große Stadt und ihre Agglomeration. Der Park eroberte gewissermaßen die gesamte Stadt. Die Stadt wurde in der Folge in Deutschland als ein Park mit Gebäuden verstanden, als ein über seine Ufer getretener architektonischer Park. Das Konzept der durchgrünten aufgelockerten Großstadt hatte bereits die siegreichen Entwürfe des „Groß-Berlin Wettbewerbs“ bestimmt, die Planungen von Hermann Jansen, von Eberstadt, Möhring, Petersen und einigen anderen. Der Burnham-Plan behielt seinen Vorbildcharakter al-

lenfalls für die Frage einer monumentalen Hauptstadtgestaltung in Berlin, für die anderen deutschen Großstädte war es eher das Beispiel der für Boston, Washington D.C., Chicago oder Kansas City entwickelten Park-Systeme. Mit solchen Grünsystemen ließen sich die heterogenen Elemente eines Stadtkörpers harmonisch zusammenfügen und sie erwiesen sich, wenn man sie mit den Konzepten der Wohnungs- und Sozialreform verknüpfte, als eine bessere Ausgangsbasis für die Planung einer gesünderen und sozial befriedeten moderne Großstadt als die zuvor dis-

kussionsbeherrschenden Utopien der Gartenstadt, die schon länger zu einem sinnentleerten Werbemittel für die an den Peripherien der Städte wuchernden Villen- und Landhauskolonien geworden waren.

Am 4.11.1909 trat Fritz Schumacher sein neues Amt als Leiter des Hamburger Hochbauamtes an. Es war sein 40. Geburtstag und ein ungewöhnlicher Schritt, denn er gab für diese Stelle seine Professur an der Technischen Hochschule Dresden auf. Ausgewählt aus insgesamt 14 in die engere Auswahl genommenen Mitbewerbern, musste er auf den Vorwurf zu geringer praktischer Erfahrungen gefasst sein. Gebaut hatte er bis zu diesem Zeitpunkt relativ wenig: Grab- und Denkmäler, einige Villen, aber keine größeren repräsentativen Staatsbauten. Seinen Namen hatte er sich eher als Theoretiker erworben, erst als Entwerfer von mehrfach ausgestellten Architekturphantasien, dann als Verfasser einer Reihe von Aufsätzen und Vorträgen. Er war Organisator von zwei großen Dresdner Ausstellungen, der ‚Ersten Deutschen Städteausstellung‘ 1903 und der ‚Dritten Deutschen Kunstgewerbeausstellung‘ 1906, aus der dann ein Jahr später der Deutsche Werkbund hervorgegangen war, bei dessen Gründung er 1907 in München die Programmrede gehalten hatte. Weder hatte er bis anhin reale Stadtplanungsaufgaben eigenverantwortlich bearbeitet, noch Verwaltungserfahrung gesammelt. Aber seit einer Rede auf der Städteausstellung von 1903 hatte er sich mehrfach programmatisch zu Fragen der Großstadtreform und des Städtebaus geäußert, was er in seinem Bewerbungsschreiben für Hamburg auch entsprechend hervorgehoben hatte. 1903 war er sogar schon so weit gegangen, Hamburg als die moderne Großstadt in Deutschland zu bezeichnen, deren Architektur einen besonders schwachen Eindruck neben den großen Werken der Technik mache und dringend das Wirken eines entschlossenen Gestalters bedürfe.¹ Ob dies Vorahnung oder Zufall war, sei dahingestellt. Er erwähnte damals jedenfalls nicht sich selbst, sondern Theodor Fischer und Bruno Schmitz als die hierfür geeigneten Künstler. Dennoch, sechs Jahre später wird diese Aufgabe ihm übertragen und er macht sich mit einer unerhörten Arbeitswut daran, sie in seinem Sinne zu lösen.

Schumacher kam bestens vorbereitet an seine neue Wirkungsstätte. Fest entschlossen, eine klare künstlerische Gestaltungslinie vorzugeben und zugleich jeder Kritik an seiner Person von vorn herein die Spitze zu nehmen, hatte er seinen Amtsantritt um acht Monate hinausgeschoben, um mit seinen Dresdener Mitarbeitern ein ganzes Paket bereits beschlossener Hamburger Staatsbauten entwerfen und baureif ausarbeiten zu können: Schulen, Feuerwachen, Krankenhäuser und dergleichen. Das größte und spektakulärste Projekt darunter betraf den neuen Hamburger

¹ Fritz Schumacher, Architektonische Aufgaben der Städte, in: Robert Wuttke (Hrsg.), Die Deutschen Städte, Bd.1, Leipzig 1904.

Stadtpark, keinen eigentlichen Hochbau, sondern eine komplexe Planung, die eigentlich in den Aufgabenbereich des für Städtebaufragen zuständigen Tiefbauamtes unter seinem Konkurrenten, dem Oberingenieur Fritz Sperber, fiel, der zwei Jahr vor ihm ebenfalls neu berufen worden war. Schumachers Überraschungsschlag gelang. Seine Autorität in architektonischen und künstlerischen Fragen wird in Hamburg für die nächsten Jahrzehnte kaum einmal ernsthaft infrage gestellt werden, obwohl der Konflikt mit Sperber nicht auf sich warten ließ. Die Wirkung seiner Schaufzeichnungen in Fachveröffentlichungen und auf diversen Ausstellungen sowie die wachsende Zahl seiner schriftlichen Äußerungen sorgten dafür, dass diese Autorität schnell auch außerhalb der Stadt Anerkennung fand.

Die schnelle Annahme des Schumacherschen Stadtpark-Entwurfes war alles andere als selbstverständlich, denn dieses Projekt hatte bereits einen Vorlauf von fast zwei Jahrzehnten. Es war gründlich festgefahren in den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den traditionsverbundenen Verfechtern des sogenannten englischen Gartens und den reformbeflissenen des architektonischen Parks.² Die Forderungen nach einem Park in der Nähe der schnell gewachsenen und dicht bevölkerten Wohngebiete im Nordosten Hamburgs reichten weit in die 1890er Jahre zurück. 1902 hatte die Stadt schließlich in Winterhude das erforderliche Gelände erworben und von Sperbers Amtsvorgänger Vermehren einen ersten Vorentwurf anfertigen lassen. Dieser Entwurf wiederum, ein ‚jardin anglaise‘ ganz im Geschmack der populären Parks Adolphe Alphands, die das unter Baron Haussmann spektakulär umgebaute Paris schmückten, traf auf den entschiedenen Widerstand einer Reihe reformerischer Kulturpolitiker, die sich schon seit Jahren dafür eingesetzt hatten, die von der englischen *Arts-and-Crafts*-Bewegung entwickelten Konzepte der Gartengestaltung und die vom amerikanischen ‚Park Movement‘ beeindruckten neuartigen Nutzungsvorstellungen für großstädtische Parkanlagen stärker zu beachten. Sie wollten mehr als eine Verschönerung der Stadt durch gepflegte Grünflächen, artige Spazierwege, Blumenrabatten und exotische Bäume. Sie wollten nicht nur den „besseren Kreisen“ in ihrem Müßiggang Promenaden verschaffen, sondern erklärtermaßen mithilfe eines ‚Volksparks‘ auch die Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsteile der überbevölkerten großen Städte verbessern. Mit dem als soziales Gesamtkunstwerk verstandenen Park wollten sie die gesamte Gesellschaft auf ein höheres kulturelles Niveau befördern.

² Zur Geschichte des Hamburger Stadtparks siehe: Michael Goecke, Vorgeschichte und Entstehung des Stadtparks in Hamburg-Winterhude und seine Bedeutung für das Hamburger Stadtgrün. Diss. Universität Hannover, 1980.

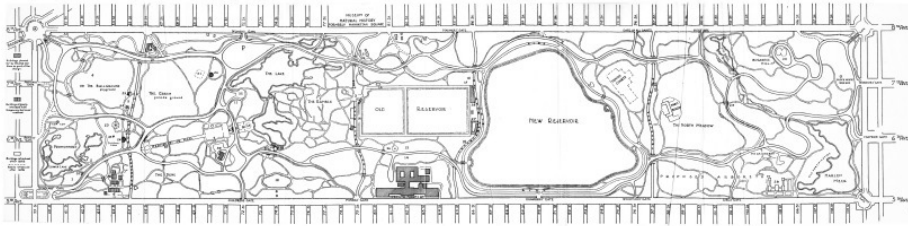


Abb. 2: Frederick Law Olmsted sen., Gesamtplan des Central Park New York.

Insbesondere der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Alfred Lichtwark, hatte schon vor seinem Amtsantritt im Jahre 1886 und auch danach immer von neuem mit Nachdruck in Schriften und Vorträgen auf diese Tendenzen in Großbritannien und Nordamerika aufmerksam gemacht und analoge Entwicklungen für Deutschland eingefordert. Als Mitglied der 1904 eingesetzten Stadtparkkommission des Hamburger Senats suchte er diese Ideen in die Programmdiskussion einzubringen, wobei er tatkräftig vom Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe, Justus Brinckmann, und vom Direktor des Ohlsdorfer Friedhofs, Wilhelm Cordes, unterstützt wurde, die ebenfalls der Kommission angehörten.

Lichtwark polemisierte immer von neuem wirkungsvoll gegen die Pseudonatur des sogenannten englischen Gartens, die Nutzlosigkeit seiner "Bretzelwege", seiner Blumenrabatten und Rasenflächen, deren Betreten verboten sei. Er forderte neue, für die Bedürfnisse des modernen Großstadtbewohners gestaltete Freiräume. Der Mangel an Licht, Luft und Sonne sei unübersehbar geworden und erfordere Orte für zeitgemäße Freizeitaktivitäten wie Spiel und Sport, zugleich aber auch Orte, die Identität stiften und so Heimat für die entwurzelten Proletarier schaffen konnten. Bereits vor seinem Amtsantritt in Hamburg hatte Lichtwark 1885 in der Zeitschrift ‚Die Gegenwart‘ geschrieben: „Auf keinem Gebiet hat unsere Zeit soviel nachzuholen, wie auf dem des Gartenbaus in seiner künstlerischen Ausbildung. Nirgends haben sich Principien, die in ihrer einseitigen Übertreibung durchaus falsche genannt werden müssen, so festgesetzt...Bis in die jüngste Zeit wurde ausnahmslos der sogenannte freie englische oder der landschaftliche Garten als Ideal jeglicher Anlage angesehen, mochte es sich um einen Park oder einen elenden, von Häusern umschlossenen Hof handeln....In England, dem europäischen Vaterlande des landschaftlichen Gartens, hat man das architectonische Princip längst wieder aufgenommen...Bei uns ist es bis jetzt in keiner großen Anlage zur Geltung gekommen. ...ein schlimmer Zustand, denn ...(die öffentlichen Anlagen) spielen im Leben des

modernen Großstädters eine so hervorragende Rolle, daß alle Mittel aufgeboten werden sollten, um ihnen künstlerische Weihe zu geben.“³

1894 propagierte er in einer populären Schrift mit dem Titel „Maquartbouquet und Blumenstrauß“⁴ und später mehrmals in Aufsätzen im *Pan*, der in ihrer kurzen Erscheinungszeit von 1895 und 1899 richtungweisenden deutschen Kulturzeitschrift, eine an japanischen Vorbildern geschulte befreite Blumenkunst und die Wiederentdeckung heimischer Wildblumen und Obstbäume. Als ersten Schritt zur Überwindung des unnatürlichen englischen Landschaftsgartens empfahl er das Studium der nützlichen Schönheit niederdeutscher Bauerngärten und Heckenlandschaften, wie es in den Folgejahren auch die immer stärker werdende Heimatschutzbewegung tun wird. Er beließ es nicht bei dem Verweis auf die auswärtigen und die ländlichen Vorbilder. Auch die großbürgerlichen Gärten in Hamburg und die herrschaftlichen Parks des 18. Jahrhunderts in der Umgebung dienten ihm als Vorbilder für eine veränderte künstlerische Auffassung und rationale Gestaltung des Gartenraumes und als Gegenmodell zum herrschenden romantischen Raumgefühl des 19. Jahrhunderts mit dessen Bestreben, an ungeeigneter Stelle Natürlichkeit und Unendlichkeit zu simulieren.⁵ In dieser Argumentation ist Lichtwark wie seine Zeitgenossen Ferdinand Avenarius, Hermann Muthesius oder Paul Schultze-Naumburg unbezweifelbar stark beeinflusst von der etwas früher einsetzenden englischen Debatte um den Garten als Teil eines als Gesamtkunstwerk verstandenen Lebensraumes. Ganz im Sinne der Arts-and-Craft-Bewegung und ihres Bemühens um eine künstlerische Veredelung aller Bestandteile des täglichen Lebens und letztlich der Verschmelzung der Grenzen von Hochkultur und Alltagskultur, wird auch der Garten zum integralen Bestandteil eines Kunstwerkes Haus und schließlich der öffentliche Park zu einem konstituierenden Element des Kunstwerkes Stadt.

In ihrer bis heute nicht übertroffenen „Geschichte der Gartenkunst“ weist Marie Luise Gothein⁶ der kleinen Schrift von Reginald Blomfield „The Formal Garden in England“ von 1892 eine zentrale Rolle in dem Prozess der beschleunigten Abwendung von den Prinzipien des Landschaftsgartens im Mutterland des englischen

³ Alfred Lichtwark, Moderne Gartenkunst, in: Die Gegenwart H. 28/1885; hier zitiert nach: Ders., Studien, 1. Band, Hamburg 1896, S. 81-86.

⁴ Alfred Lichtwark, Makartbouquet und Blumenstrauß, in: Hamburger Weihnachtsbuch, Meißner 1892, hier zitiert: Neuauflage bei der Verlagsanstalt für Kunst und Wissenschaft, München 1894. S. 42ff. genaue Seitenangabe?

⁵ Vgl. hierzu die Einführung Lichtwarks zu dem von Ed. L. Lorenz Meyer und E. Janda zusammengestellten Band der Gesellschaft Hamburger Kunstfreunde: Breitenfester und Hecke. Ein Bilderbuch alter Hamburgischer Häuser und Gärten, Hamburg 1906.

⁶ Marie Luise Gothein, Geschichte der Gartenkunst, Jena 1926, Bd. 2, S. 445.

Gartens zu.⁷ Vermutlich zu Recht, denn Blomfield polemisierte in dieser gründlich recherchierten und mit sachlichen Zeichnungen von F. Inigo Thomas illustrierten Abhandlung zu Gärten und Parks der Renaissance und des Barocks in England – ganz ähnlich wie sein deutscher Zeitgenosse Lichtwark – gegen die Pseudonatur und vorgebliche Unendlichkeit des Landschaftsgartens, brach mehrere Lanzen für die Schönheit der englischen Fauna und der fruchttragenden Kulturpflanzen der Bauergärten und forderte Gärten, die bewusst künstlerisch als begrenzte und geschlossene Räume gestaltet sind. Seine historische Studie war nicht Selbstzweck, sondern diente erklärtermaßen der Forderung nach einer Wiedergewinnung der raumkünstlerischen Dimension der Gartengestaltung gegenüber einer überwiegend botanisch verstandenen Gartenkunst. So schrieb er schon in der Einleitung über seine Schrift: „No attempt has been made to deal with horticulture...but the question of design, of the treatment of the grounds as a whole as well as in detail, is an entirely distinct one, which has been confused with that of horticulture, and finally superseded by it. Horticulture stands to garden design much as building does to architecture; the two are connected, but very far from being identical.“⁸ Und er beendete sein Buch nicht, ohne mit unverhohlenen pädagogischer Absicht auf die Einfachheit und Rationalität der dargestellten, zu Unrecht als nur ‚formal‘ geschmähten Gärten hinzuweisen, deren beschnittene Hecken, klare Raumaufteilungen, ruhige Rasenflächen und nützliche architektonischen Zutaten der Ideologie der Landschaftsgärtnerei geopfert worden sei, die „based on much the same principle as that which distinguishes a gentleman by his incapacity to do any useful work“⁹ gewissermaßen eine zweckfreie, höhere Natur schaffen wolle.

Die Verfechter des traditionellen Landschaftsgartens wehrten sich vehement gegen die Bestrebungen, Garten und Park wieder als architektonisches Raumkunstwerk zu interpretieren. Sie sahen darin einen Rückfall in barocke Willkür, die sich insbesondere an der Vorliebe für geometrische Grundrisse und für naturwidrigen Baumverschnitt und Heckenpflanzung festmachen ließe. Aber mit diesem Historismus-Vorwurf verkannten sie die reformerischen Intentionen der Anhänger des formalen Gartens, die diesen als rational, praktisch und als besonders geeignet für die dicht bebaute, naturferne moderne Großstadt sowie den veränderten Lebensbedürfnissen ihrer Bewohner adäquat ansahen. Die Trennungslinie zwischen den unversöhnlichen Positionen verlief nicht, wie man voreilig vermuten könnte, zwischen Gärtnern und Architekten, sondern eher zwischen Reformern und Traditionalisten beider Disziplinen. Hier sei nur auf die erfolgreiche Zusammenarbeit der großen

⁷ Reginald Blomfield/F. Inigo Thomas, *The Formal Garden in England*, London 1892.

⁸ Ebd., preface.

⁹ Ebd., S. 227.

Gartenplanerin und Blumenspezialistin Gertrude Jeckyll mit dem von der Arts-and-Craft-Bewegung geprägten Architekten Edwin Lutyens bei der Planung und Anlage großer Privatgärten in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts verwiesen, die weit über England hinaus Beachtung fanden.¹⁰ In den deutschen Wettbewerben für neue Parkanlagen um die Jahrhundertwende finden sich unter den Protagonisten des architektonischen Parks zahlreiche Architekten als Entwerfer von Landschaftsgärten und zugleich Landschaftsplaner wie Leberecht Migge oder Fritz Encke, die als Gärtner ausgebildet waren, als Entwerfer von architektonischen Gärten.

Vermehrs Vorentwurf für den neuen Stadtpark stand in krassem Gegensatz zu den Auffassungen einiger Mitglieder der Hamburger Parkkommission. Entsprechend zog sich die Programmdiskussion in die Länge. Eine weitere Verzögerung entstand durch die Suche nach neuen Amtsleitern sowohl für den Hochbau wie für das Ingenieurwesen, da Vermehr und der Leiter des Hochbauamtes Zimmermann kurz vor ihrer Pensionierung standen. So wurde noch vor dem beabsichtigten öffentlichen Wettbewerb für den Park im Oktober 1906 ein anderer, rein architektonischer, für drei neue Wassertürme in der Stadt ausgeschrieben, von denen einer auf dem höchsten Punkt des künftigen Parkgeländes errichtet werden sollte. Diese als moderne Großstadtmonumente und neue Wahrzeichen der Stadt gedachten Türme fanden in der deutschen Architektenschaft höchste Aufmerksamkeit und entsprechend groß war die Beteiligung am Wettbewerb. Unter den 184 Einsendungen waren Entwürfe so bedeutender Reformarchitekten wie Josef Maria Olbrich und Hans Poelzig, die allerdings nicht prämiert wurden.¹¹ Für den Standort Winterhude wurde der Entwurf Oskar Menzels aus Dresden zur Realisierung bestimmt. Mit dieser Entscheidung war eine bedeutende bauliche Determinante des Parkprogramms festgelegt, bevor schließlich im Februar 1908 der Stadtpark-Wettbewerb ausgeschrieben und im Juli des gleichen Jahres entschieden wurde.

Neben dem monumentalen Wasserturm gingen noch weitere Besonderheiten des ausgewählten Geländes in die Programmdiskussion ein. Man wünschte von Anfang an das um diesen Turm herum gelegene sogenannte Sierichsche Wäldchen zu erhalten, im Zentrum des neuen Parks eine große, öffentlich zugängliche Spielwiese nach dem Vorbild der Hamburger Moorweide und der immer wieder zitierten englischen und amerikanischen Anlagen, sowie am tiefsten Punkt des Geländes einen künstlichen See mit Anschluss an das Kanalsystem der Alster. Dazu kamen im Laufe der Debatte immer neue Elemente, die in dieser Fülle bisher nur selten in deutschen Stadtparks zu finden waren: Sportanlagen verschiedenster Art, eine Festhalle,

¹⁰ Jane Brown, *Gardens of a Golden Afternoon – the Story of a Partnership. Edwin Lutyens and Gertrude Jeckyll*, London 1982.

¹¹ *Deutsche Konkurrenzen*, 22:3-4, 1907/08, S. 1-5.

mehrere Gasthäuser, eine Milchwirtschaft, eine Trinkhalle, ein großes Planschbecken, Sprunggarten, Spielplätze, Luftbad u.a.m. Ein Blick auf das Raumprogramm des New Yorker Central Park und der großen Chicagoer Volksparks macht schnell deutlich, dass die Vorbilder für ein derartiges Programm auf der anderen Seite des Atlantiks zu suchen sind. In dem von Frederick Law Olmsted Senior von 1853 bis 1895 angelegten Prototyp aller modernen Großstadtparks in New York gibt es bereits vieles davon: die großen Wiesen, die Wasserflächen, Wäldchen und Hügel, den Kinderberg, die Milchwirtschaft, Sportanlagen, Reitwege, Fahrstraßen und zahlreiche Nutzbauten.¹² Eigentlich fehlte in der wesentlich kleineren Hamburger Anlage nur ein Metropolitan Museum. Aber Lichtwark hatte bereits sein Museum an einem attraktiven Standort an der Binnenalster und wünschte deshalb eher eine große Halle für Wechsausstellungen, die dann allerdings nicht ins Programm einging.

Die in den Protokollen der Stadtparkkommission erhaltenen Handskizzen Lichtwarks und Cordes bezeugen nachdrücklich, wie sehr neben den neuen Funktionselementen des Parks um deren räumliche Anordnung gerungen wurde. Beide suchten die zahlreichen heterogenen Anforderungen in ein einheitliches, kohärentes Raumkonzept einzuordnen, indem sie ausgehend von der relativ einfachen Topographie des Geländes über eine axiale Anlage mit dem Wasserturm an der höchsten und dem See an der tiefsten Stelle nachdachten. Cordes Skizze von 1904 zeigt eine grandiose Gartenplanung mit Haupt- und Nebenachsen, durchaus in Anlehnung an Le Nôtres Vaux le Vicomte oder Versailles, was seitens anderer Kommissionsmitglieder – nicht ganz unberechtigt – Barock- und Absolutismus-Vorwürfe provozierte. Lichtwarks etwas linkische, ein Jahr später entstandene Skizze dagegen ist schematischer und versteht sich offensichtlich nicht als Entwurf. Auch er versuchte, sich an einer axial organisierten Raumfolge zu orientieren. Aber während es bei Cordes die angedeuteten Pflanzensembles und großen Promenaden sind, die den Park in eine Reihe jeweils etwa gleichgroßer, von diagonal Wegen durchschnittenen Quadranten aufteilen, sind es bei Lichtwark Andeutungen von Gebäuden und Plätzen unterschiedlicher Form, von einem geometrisch geformten Wasserbecken, Querwegen und an Baufluchten erinnernde Pflanzkanten, die dem Park unübersehbar eine architektonisch definierte Raumstruktur geben sollen.

Die Entscheidung über die eingereichten Entwürfe zum Hamburger Stadtpark im Juli 1908 bescherte Lichtwark eine herbe Enttäuschung. In Abwesenheit seines wichtigsten Mitstreiters in der Parkfrage, Justus Brinckmann, bei der Jurysitzung wurden unter dem maßgeblichen Einfluss des gerade neu berufenen Leiters des Hamburger Ingenieurwesens Fritz Sperber und mit Unterstützung der Gartenplaner

¹² Frederick Law Olmsted jr/Theodora Kimball, Frederick Law Olmsted. Landscape Architect. 1822 – 1903, 2.Bd., New York/London 1922.

Rudolf Jürgens aus Hamburg und Carl Heinecke aus Frankfurt am Main ausschließlich traditionelle Landschaftsparks prämiert. Es wurden keine ersten, sondern drei zweite und drei dritte Preise vergeben. Unter den drei Ankäufen fand sich eine einzige Arbeit, die Lichtwarks volle Zustimmung fand, ein Entwurf des Karlsruhers Max Läugers, für dessen Realisierung er sofort zu kämpfen begann. Während die Verfasser der prämierten Entwürfe in ihrer Mehrzahl längst in Vergessenheit geraten sind, ist Max Läger mit seinem bedeutenden Werk als Keramiker, als einflussreicher Lehrer der Karlsruher Technischen Hochschule und Mitbegründer des Deutschen Werkbundes bis heute in Erinnerung geblieben. Sein garten- und stadtplanerisches Werk hatte unter den Zeitgenossen der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg größte Beachtung gefunden, vor allem dank der von ihm 1907 organisierten Gartenbauausstellung in Mannheim, einer der wichtigsten Manifestationen der neuen gartenkünstlerischen Tendenzen im Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg.¹³

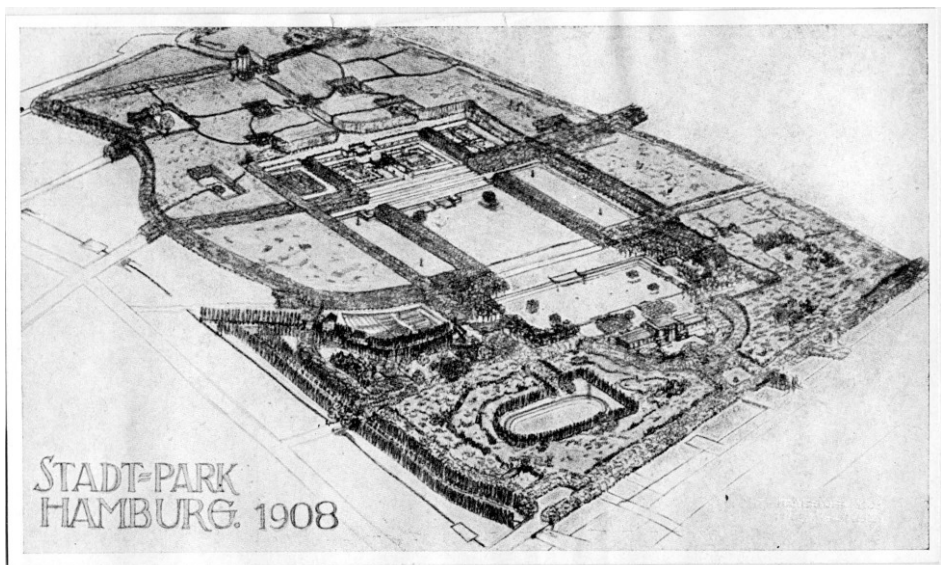


Abb. 3: Max Läger: Vogelschau des Entwurfs zum Hamburger Stadtpark.

¹³ vgl. Uta Hassler, Max Läger und die Gartenbauausstellung in Mannheim 1907, in: Mannheim um 1900, Katalog zur Ausstellung, Mannheim 1985, S.257 - 293.

Noch im Jahr des Wettbewerbs veröffentlichte Lichtwark seinen Aufsatz „Das Problem des Hamburger Stadtparks“.¹⁴ Wortreich kritisierte er hierin den Landschaftsgarten und entwickelte als Gegenmodell seine Vorstellung vom künftigen Hamburger Stadtpark als einem idealen architektonischen Garten. Angesichts der realistischen Präzision seiner Vorschläge musste er betonen, dass es sich hierbei „nicht um ein Projekt zur Ausführung handelt, sondern um eine Untersuchung der praktischen und künstlerischen Probleme.“¹⁵ Lichtwarks Schrift entstand wohl noch während der Laufzeit des Wettbewerbs, doch einige Passagen des Einführungsteils deuten auf eine Überarbeitung unter dem Eindruck des Juryentscheids hin. Streckenweise mutet der Aufsatz fast wie eine Beschreibung des Läuberschen Entwurfes an, aber sie kann durchaus auch als Anregung für diesen gedient haben, falls Läger sie schon während der Bearbeitungszeit zu Gesicht bekommen hat.

Lichtwark schrieb, die überwiegende Mehrzahl der Landschaftsgärtner und Ingenieure habe vom künftigen Hamburger Stadtpark „die klare festumrissene Vorstellung von einer niedlich angelegten Landschaft zum Spaziergehen, mit den kleinen Hügeln und Tälern, den Rasenabhängen, dem Gebüsch, der überraschend ausgebuchteten Teichfläche, den kleinen Inseln und kleinen Brücken, den Schlängelwegen, den Schlängelstrassen und der großen bequem gelegenen Bierwirtschaft. So werden seit Menschengedenken Parks und Grünplätze hergestellt, so gefällt es heute, so meint man, wird es immer gefallen müssen.“¹⁶ Er aber forderte statt künstlicher Natürlichkeit ein Kunstwerk, das als solches erkennbar bleibt und die Hand des gestaltenden Künstlers nicht verbirgt. Sein Park sollte ganzjährig, bei jedem Wetter und zu jeder Tageszeit nutzbar sein, den Besucher durch seine Ordnung und Monumentalität erbauen und mit seinen Raumgebilden „bei aller Schlichtheit und Ruhe ...wie Traum und Märchen wirken.“¹⁷ Zentrale Bedeutung für diese Wirkung hatte für ihn die Ausbildung des großen Teiches, der nicht allein dekorative Wasserfläche sein sollte, aber auch mehr als ein Badeteich mit angrenzendem Luftbad. Er sah ihn als dekoratives Kunstwerk, nicht von Naturformen, sondern von Kunstformen umgeben, vergleichbar mit dem indischen Tempelteich auf der franko-britischen Ausstellung in London 1908 oder den Teichen „der grossen amerikanischen Ausstellungen“¹⁸, womit er wohl auf die Weltausstellungen in Chicago 1893 und in St. Louis 1904 anspielte.

¹⁴ Alfred Lichtwark, Das Problem des Hamburger Stadtparks, in: Jahrbuch der Gesellschaft hamburgischer Kunstfreunde, H. 14/1908, S. 3-39; sowie Ders.: Park und Gartenstudien. Das Problem des Hamburger Stadtparks. Der Heidegarten, Berlin, 1909.

¹⁵ Lichtwark 1909, S.49.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., S. 83.

¹⁸ Ebd., S. 87.

Durchdrungen von den Idealen des Deutschen Werkbundes, an dessen Gründung er sich ein Jahr zuvor zusammen mit Läger, Schumacher, Muthesius und anderen aktiv beteiligt hatte, schrieb er jetzt: „Ein Hamburger Park, der täglich ... benutzt wird, den alle Schichten der Bevölkerung lieben gelernt haben, den sie als eines der köstlichsten Besitztümer jedes einzelnen und den Stolz der Stadt empfinden, wird uns helfen, ein neues, gesundes Geschlecht zu bilden, das mit dem Auge genießen lernt und in allen Gesellschaftsschichten freudig am Ausbau des großen Kunstwerkes mitarbeitet. Das im neunzehnten Jahrhundert zerstörte Raumgefühl ist wieder erwacht. ...Vom neuen Park kann eine Gesundung aller Baukunst und Gartenkunst in Hamburg ausgehen, weil alles, was er Gutes hat, unmittelbar auf die Ausbildung des neuen Gefühls wirken wird.“¹⁹

Die Hamburger Wettbewerbsentscheidung wurde nicht widerspruchslos hingenommen. Vor allem aus Werkbundkreisen hagelte es Protestschreiben an die für das weitere Vorgehen zuständigen Senatoren, unter anderen von Theodor Fischer, Hermann Muthesius und Ferdinand Avenarius. Als weitere Reaktion erschien 1909 aus der Feder des damals in Hamburg tätigen, jungen Gartenkünstlers Leberecht Migge eine kleine Schrift, die mit sieben Schaubildern des Läugerschen Entwurfes illustriert und dem polemischen Untertitel: „Die heutigen öffentlichen Gärten – dienen sie in Wahrheit dem Volke?“²⁰ versehen war. Während Lichtwark die Ideologie des Landschaftsgarten aus einer allgemeinen kulturkritischen Perspektive kritisiert hatte und seine Vorschläge zu Fragen der Gartenkunst nie seine zwar engagierte, doch grundsätzlich dilettantische Position verbergen konnten, meldete sich mit Migge ein anerkannter Gartenbau-Fachmann zu Wort. Wie Lichtwark lehnte er den idealistischen Naturbegriff der Landschaftsgärtner ab, weil er nicht für die Lebenserfordernisse der modernen Großstädter taugte, und wie dieser forderte er ein zeitgemäßes neues Raumverständnis, das auch zur Kenntnis nehmen sollte, dass ganz Europa seit Jahrtausenden Kulturland und jede Vorstellung von Feld, Wald oder eben auch Stadtpark als „Natur“ ein romantischer Irrtum sei. Statt eine künstliche Natürlichkeit anzustreben, sei es notwendig, die Künstlichkeit der realen Vegetation in Stadt und Land im Park künstlerisch zu steigern. Hierfür böte die hochentwickelte moderne Pflanzenzucht ungeahnte Möglichkeiten, die für eine zeitgemäße Gartenkultur erst noch zu entdecken und zu entwickeln seien.

Migges Kampfschrift gipfelte in einem Kapitel mit der Überschrift „primus contra ultimus“, in dem er den für eine Realisierung vorgeschlagenen prämierten Entwurf der Bonner Gartenplaner Gebrüder Roethe und W. Bungarten der Arbeit Max

¹⁹ Ebd., S. 112 f.

²⁰ Leberecht Migge, *Der Hamburger Stadtpark und die Neuzeit. Die heutigen öffentlichen Gärten – dienen sie in Wahrheit dem Volke? Betrachtungen eines Praktikers*, Hamburg 1909.

Läugers gegenüberstellte. Ersteren beschreibt er als die Karikatur eines englischen Garten mit all den seit nahezu zwei Jahrzehnten von Reformern angeprangerten Merkmalen, wie den ins Nichts führenden Schlangenwegen, den Gebüschten, weichen Pflanzkanten und einem nierenförmigen Teich. Für den Läuberschen Entwurf dagegen hatte er höchste Bewunderung: "Im wesentlichen zeigt uns Läubers Lösung eine große, grüne, architektonisch gegliederte und umrandete Lichtung, reich geschmückt, um die sich rings ein mehr oder minder gelockerter Waldstreifen legt. ... Restaurant und Teich, Spielwiesen und Schmuckgarten, Alleen, Kaskaden und Wasserturm – dieser ganze waldumschlossene Aufbau ist von einem elementaren inneren Pathos erfüllt, in vollendeten Proportionen der Teile ausgewogen."²¹

Da man sich schon nicht durchringen konnte, das Votum der Jury zu verwerfen und Läubers Entwurf zu realisieren, schlug Migge vor, einen weiteren Wettbewerb mit eingeladenen Künstlern und anderer Jury durchzuführen. Hierfür aber war es nach zehnjährigem Vorlauf endgültig zu spät. Angesichts der Kritik am Ergebnis erwies sich letztlich auch der Erfolg der Traditionalisten beim Wettbewerbsentscheid als Pyrrhus-Sieg. Man sah die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Wettbewerbsergebnisse und beauftragte damit das zuständige Amt unter ihrem neuen Leiter Sperber. Das Ergebnis war eine verdünnte Zusammenfassung der grundsätzlichen Gegenpositionen in zwei als Alternativen präsentierten Projekten, einem Landschaftspark als Weiterentwicklung des Bonner Projektes und einem architektonischen Park mit einer entfernten Anmutung an Läubers Entwurf. Während beim Landschaftspark versucht wurde, eine Reihe von Kritikpunkten zu korrigieren, vor allem das Fehlen zahlreicher baulicher und sportlicher Einrichtungen, war der vorgeschlagene architektonische Park eine lieblose Reduktion, die sich als wesentlich teurer erwies und damit für die Realisierung ungeeignet, was angesichts Sperbers bereits öffentlich gemachter Vorlieben niemanden verwundern konnte.

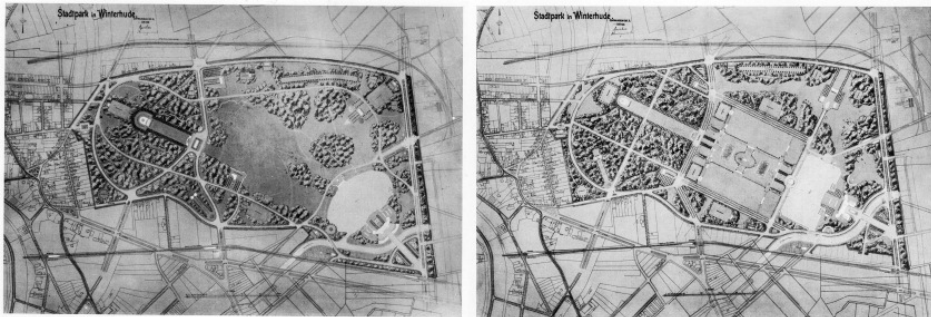


Abb. 4: Ingenieurwesen Hamburg, Vorprojekte zum Stadtspark 1908.

²¹ Ebd., S. 27 f.

Diesen Planungsstand fand Schumacher im Frühjahr 1909 vor. Er konnte gerade noch die zahlreichen im Stadtpark notwendigen Hochbauten für sein Ressort reklamieren und in seinem Dresdner Büro vor dem Hamburger Amtsantritt die entsprechenden Entwürfe ausarbeiten. Ohne direkten Auftrag interpretierte er die Aufgabe erheblich weiter und entwarf gleich einen kompletten Park, den er dann bei Amtsantritt im Oktober 1909 zusammen mit den anderen in Dresden bearbeiteten Projekten vorstellte.

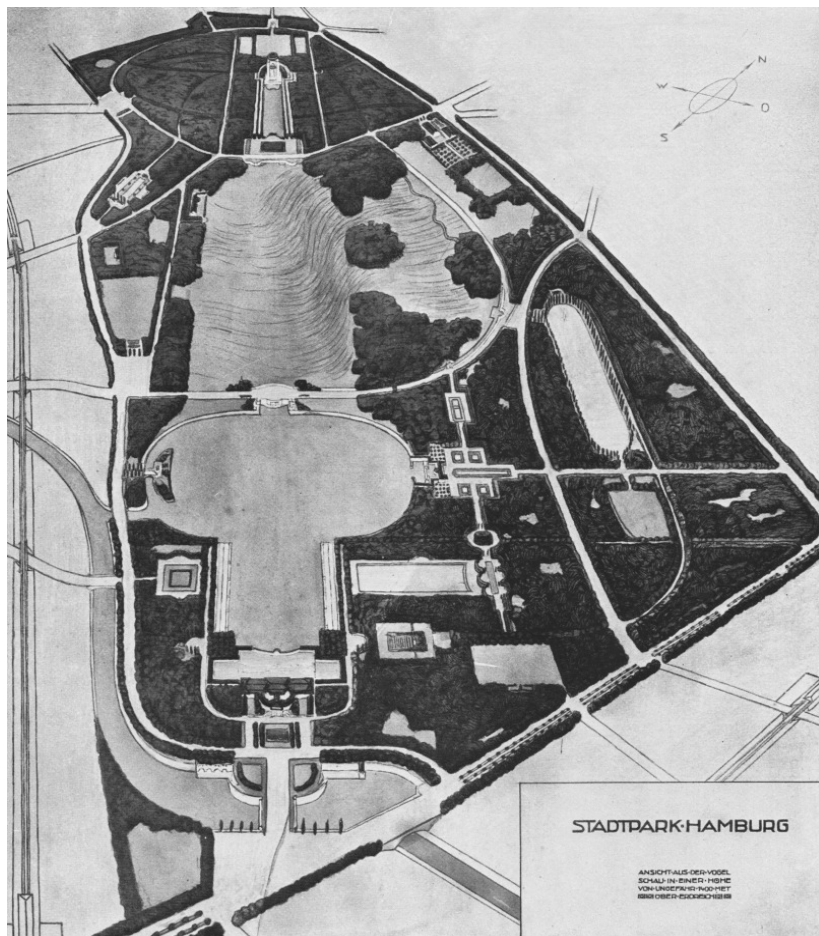


Abb. 5: Fritz Schumacher und Fritz Sperber, genehmigtes Projekt des Hamburger Stadtparks, Vogelschau, 1909.

Die Übrumpelung gelang, nicht zuletzt wohl auch dank der insgesamt 14 eindrucksvollen Präsentationszeichnungen. So wurde er tatsächlich im April 1910 mit der Ausführungsplanung des Parks beauftragt, allerdings in Kooperation mit dem nach wie vor rein rechtlich dafür zuständigen Ingenieurwesen unter seinem Kollegen Fritz Sperber. Schumacher hatte das bisherige Nutzungsprogramm präzisiert und erweitert, aus den vorliegenden Entwürfen einige wenige Aspekte übernommen und zusammen mit den baureifen Entwürfen für die zahlreichen Einzelgebäude des Parks ein neues Gesamtkonzept entwickelt. Mit diesen Bauten, die noch in Naturstein geplant waren, und die er erst später nach Kritik durch die Hamburger Heimatschutzbewegung für die Ausführung in rotem Backstein detailliertere, gab er ebenso wie mit den übrigen Projekten für Hamburger Staatsbauten, die er mitbrachte, eine entscheidende stilistische Vorgabe für den in den folgenden zwei Jahrzehnten eingeschlagenen Hamburger Sonderweg in die Moderne. Mit dem Park wagte er einen ersten Schritt in die Stadtplanung, die ihm erst Jahre später offiziell übertragen wurde.

Der Plan des Parks selbst erschien als Kompromiss zwischen den kontroversen Forderungen nach einem Landschaftsgarten einerseits und einem architektonischen Park andererseits. Formale Elemente wie harte Pflanzkanten und orthogonale Wegeführung waren in der Vogelschau dieses Entwurfs nur vorsichtig angedeutet, wogegen die landschaftlich anmutenden Baum- und Sträuchergruppen weich und pittoresk erschienen. Schumacher übernahm von Läger die zentrale Achse zwischen Wasserturm und nun Stadthalle genanntem Hauptrestaurant, aber er rahmte die große zentrale Wiese nicht mit geometrisch angelegten Gärten, sondern mit Baumpflanzungen, die er später deutlich geometrischer als doppelte Baumallee realisierte. Wie Läger legte er die heterogenen Elemente der Spiel- und Sportanlagen in einen Waldgürtel, der die zentralen Einrichtungen nach außen umschloss. Der See wurde bei ihm oval statt rechteckig, aber blieb flankiert von Stadtcafé und Stadthalle. Neu dazu kamen lediglich eine Insel, die an Böcklins Toteninseln oder an die Rousseau-Insel in Hermonville erinnert, sowie eine kleine, vom Stadtparksee getrennte Hafenanlage im Goldbekkanal beim Haupteingang des Parks. Aus Lägers Kaskaden beim Wasserturm wurde ein eigenes Kaskadengebäude am See in der Blickachse von der Stadthalle zum Turm. Aber Schumacher verstand seinen Park nicht länger wie Läger in seiner Gesamtheit als architektonischen Park. Sein Parkentwurf enthielt bewusst auch landschaftliche Elemente, allerdings nur dort, wo sie ihm nützlich erschienen, und nicht ideologisch begründet im Sinne eines reinen Landschaftsparks wie bei den siegreichen Wettbewerbsprojekten. Er reduzierte Lägers Konzept eines einheitlichen repräsentativen architektonischen Parks in eine überschaubare Zahl von architektonischen Gärten, eingebettet in einen relativ

frei gestalteten Landschaftspark. Um die Anlage dieser Teilräume des Parks musste er in den folgenden Jahren mit Sperber viele Kämpfe ausfechten, bis dieser schließlich aufgab und seine Rolle bei der Anlage des neuen Parks dem aus Essen neu berufenen Gartendirektor Otto Linne überließ. In der Folge machte Schumacher deutlich, dass er die Anlage dieses Parks zu keinem Zeitpunkt als ein isoliertes ideales Gartenkunstwerk im Sinne eines Paradiesgartens verstanden hatte, sondern von Beginn an als ein Raumkunstwerk und integralen sowie konstitutiven Bestandteil einer modernen Großstadt.

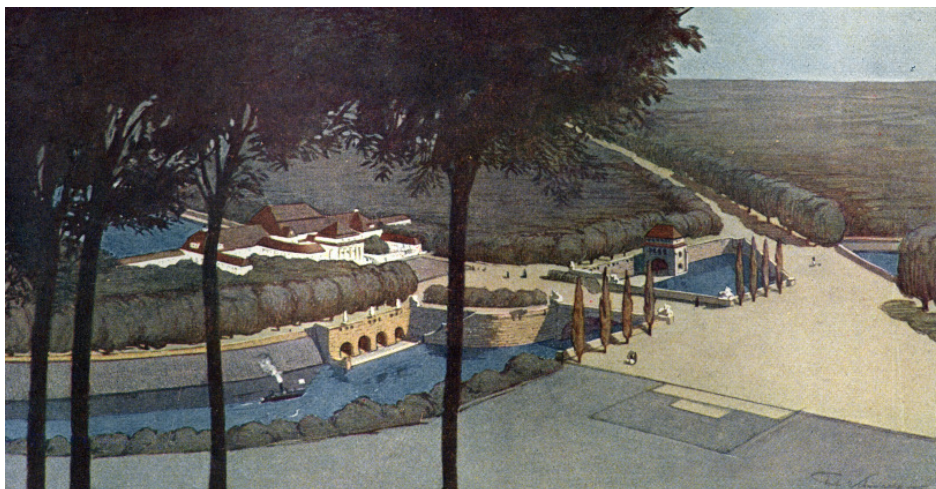


Abb. 6: Fritz Schumacher, Bestandsplan zum Hamburger Stadtpark 1924.

Zur großen Enttäuschung Lichtwarks, der sich von Schumacher eine entschiedene Verstärkung seiner eigenen Position im Stadtparkstreit versprochen hatte, schien der jetzt beschlossene Entwurf eine verwässerte Kompromisslösung zu sein, der auch Sperber in weiten Teilen ohne allzu große Schmerzen zustimmen konnte. Lichtwark, der im Januar 1914 starb, konnte nicht mehr erleben, wie beharrlich Schumacher in der Folge die Realisierung des Parks im Sinne der Reformideen seiner Werkbundfreunde betreiben sollte. Schumacher wird nach der kriegsbedingten Unterbrechung der Planungsarbeit an einer Vielzahl von Teilplänen und Plastilinmodellen alle Pflanzungen und Baulichkeiten des Parks auf ihre räumliche Wirkung überprüfen und letztlich doch eher einen architektonischen als einen landschaftlichen Park errichten. Er wird hier die Planungstechnik des ‚modellmäßigen Entwerfens‘ erstmals systematisch erproben, die er in Kooperation mit wechselnden Archi-

tekten und Freiraumplanern in den Folgejahren bei der Planung zahlreicher Quartiere, beim Bau seines ‚neuen Hamburgs‘ erfolgreich anwenden wird. Der Plan des schließlich 1924 in seinen Hauptteilen fertig gestellten Parks wird nur noch wenig mit jenem taktisch verstandenen Plan von 1909 gemein haben und deutlich machen, wie genau Schumacher die Vorschläge von Lichtwark, Läger und Migge studiert und in sein Konzept integriert hatte. Er selbst wird ihn 1928 stolz nicht als formalen Garten im Sinne der vor allem künstlerisch argumentierenden Reformbewegung der Vorkriegszeit, sondern als einen exemplarischen modernen Volkspark vorstellen, als ein soziales Monument in einer modernen Großstadt. Allerdings wird er dabei nicht versäumen, Sperber, dessen Amt ja tatsächlich die umfangreichen Infrastrukturarbeiten zur Herstellung des Park durchgeführt hatte, noch immer als Mitverfasser zu nennen.²²

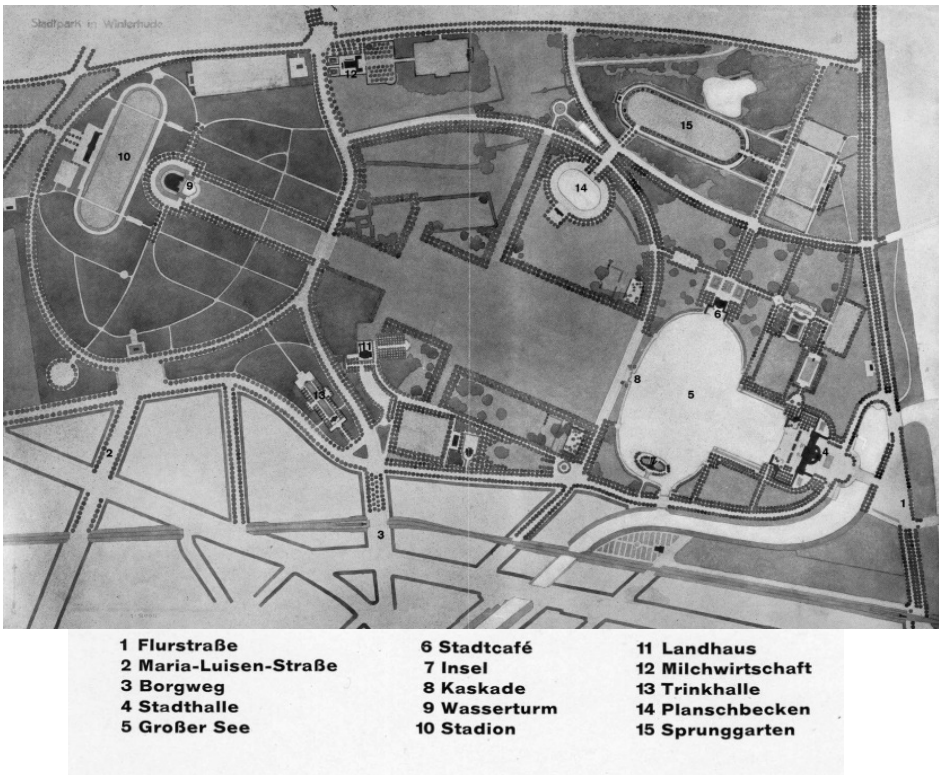


Abb. 7: Fritz Schumacher, Realisierungsplan des Hamburger Stadtpark 1924.

²² Fritz Schumacher, Ein Volkspark, dargestellt am Hamburger Stadtpark, München 1928.

Schumacher hatte 1912, noch vor Beginn der Detailplanungen für den Hamburger Stadtpark, in Begleitung seines Mitarbeiters Karl Brunke eine Englandreise zum Studium neuer und alter englischer Gartenanlagen in die Dukery und ins Derbyshire unternommen. Diese hinterließ bei ihm jedoch zwiespältige Eindrücke. Er sah den hohen Stand der Gartenkunst sehr wohl, aber er erkannte den Luxuscharakter dieser Anlagen des englischen Adels und verwies auf die bedenkliche Kehrseite der sozialen Verhältnisse in den großen Städten, die er besuchte. Die englischen Großstadtparks sah er nur als großartige Pflanzenanhäufungen, „die noch nicht berührt sind vom Hauch neuerwachter Erkenntnis, daß die Gartenanlage der Großstadt nichts anderes ist als ein Stück ihrer baulichen Struktur, und daß ihr Ziel sein muß, organisch den Rhythmus der baulichen Linien weiterzuspinnen in der Sprache des lebendigen Wachstums.“²³ Die Vorbilder dieser „neuerwachten Erkenntnis“ aber waren nicht länger in England zu suchen, sondern jenseits des Atlantiks. Dies war der deutschen Fachwelt der Stadt- und Gartenplaner schlagartig 1910 in der von Otto March und Werner Hegemann organisierten ‚Allgemeinen Berliner Städtebauausstellung‘ klargeworden, deren Besucherzahlen alle Rekorde einschlägiger Veranstaltungen gebrochen hatte.

Lichtwark berichtete am 17. Juni seiner „Kommission für die Verwaltung der Kunsthalle“ in einem Brief über seinen Besuch dieser Ausstellung: „March hat sie angeregt. ...Aber als treibende Kraft steckt hinter dem Erfolg sein Neffe Dr. Hegemann. Ich kannte ihn noch nicht persönlich. Er ist jung, war mit Frau und Kind auf einer Reise um die Welt begriffen, hatte in Nordamerika Park und Garten studiert, war mit den führenden Leuten, namentlich den Söhnen Olmstedts, in Berührung gekommen, hatte in Boston eine Städtebauausstellung mit geleitet... und als dann sein Onkel die Städteausstellung in Berlin einrichten wollte, war er herübergekommen, sie in Angriff zu nehmen. Er hat das amerikanische Material und die amerikanischen Ideen mitgebracht. ...Es ist eine gute Sache. Hätten wir in Hamburg Räume, müßten wir sie auch machen. Uns täte sie vor allem Noth, um mit all der thörichten Romantik und Kleinbürgerlichkeit aufzuräumen, die bei uns im Städtebau bisher regiert hat. Guter Wille und menschenfreundliche Absichten thuns nicht allein. Auch Kunst thut es nicht. Es muß von bewußtem Studium der Bedürfnisse ausgegangen werden. ...

Die Berliner Städtebauausstellung ist gegen den Widerspruch der Ingenieure zustande gekommen, die behauptet hatten, sie könnten nichts daraus lernen. In Amerika ist es anders. Dort haben Privatleute sehr grossen Antheil an der Entwicklung, die vom alten Olmstead [sic], dem Schöpfer des Central Park in New York, ausge-

²³ Fritz Schumacher, Eine Studienreise nach England, in Ders.: Rundblicke. Ein Buch von Reisen und Erfahrungen, Stuttgart/Berlin 1936, S.42.

gangen ist. Die Bewegung hat einen wesentlich praktischen Zug. Das Großartigste ist der Plan der künstlerischen Umgestaltung von Chicago...

Es ist wundervoll, daß soviel Hamburger die Ausstellung studirt haben. Wir werden in der Lage sein, ganz neue Anforderungen an den Bebauungsplan zu stellen, der bisher 'mit ohne' Anwendung der eroberten Erkenntniß und ohne Einfluß der großen amerikanischen Vorbilder ausgelegt worden ist. ...Morgen will ich noch einmal hin. Ich bin sehr glücklich, daß ich das erlebt habe. Es rechtfertigt, was ich seit Jahren fordere – auch in Park- und Anlagengestaltung, es erfüllt, was ich nur ahnen und wünschen konnte, und was Oberingenieur Sperber in den Bürgerversammlungen, in denen er für seine Auffassungen des Parkproblems Anhänger warb, zu verspotten versuchte. Das schlimmste dürfte nun in Hamburg nicht mehr möglich sein. Die Ausstellung kommt gerade noch zur rechten Zeit."²⁴

Der eigentliche Anlass für die beiden von Werner Hegemann organisierten Städtebau-Ausstellungen erst in Berlin und dann in Düsseldorf war die Vorstellung der Ergebnisse des an sich schon spektakulären Groß-Berlin Wettbewerbs; zur Sensation für die Fachwelt aber wurden die ausländischen Sektionen. Der Blick der deutschen Architekten, der bisher ausschließlich nach Paris und London gerichtet war, wurde hier erstmals mit den amerikanischen Großstadtplanungen konfrontiert, die mit umfangreichem Plan- und Fotomaterial vorgestellt wurden. Hegemann hatte in den USA mit dem Landschaftsarchitekten Elbert Peets zusammengearbeitet und in Boston an einer Städtebauausstellung mitgearbeitet, bevor er mit der Berliner Ausstellung beauftragt worden war. Aufgrund längerer Reisen und mehrerer Auslandsaufenthalte war er mit den europäischen Planungsverhältnissen ebenso vertraut wie mit den amerikanischen. Wenn überhaupt, ließ sich das amerikanische Stadtwachstum der Jahre nach dem Bürgerkrieg nur noch mit demjenigen in Deutschland nach der Reichsgründung 1871 vergleichen. Entsprechend aufmerksam und interessiert wurden die Materialien wahrgenommen, die Hegemann hier zusammengetragen hatte, so über das amerikanische ‚Park-Movement‘, das bereits seit den 1870er Jahren mit spektakulären Ergebnissen in New York, Boston, Chicago, Kansas und andernorts aktiv war, und die ‚City Beautiful‘-Bewegung, die von der großen ‚World’s Columbian Exhibition‘ in Chicago 1893 ihren Ausgang genommen und an verschiedenen Orten monumentale Civic Centers und Universitätsanlagen geschaffen hatte. Sensationell war, wie Lichtwark zu Recht berichtet hatte, die erste europäische Präsentation des neuen Bebauungsplan für Chicago, den Daniel H. Burn-

²⁴ Alfred Lichtwark, Briefe an die Kommission für die Verwaltung der Kunsthalle. In Auswahl mit einer Einleitung herausgegeben von Gustav Pauli (Hamburgische Hausbibliothek) Hamburg 1923, Bd. II, S.318 f.

ham und Edward H. Bennett für den Chicagoer Commercial Club erarbeitet und gerade erst in Chicago vorgestellt hatten.²⁵

Auch Schumachers Schaubilder für den Hamburger Stadtpark waren in Berlin und Düsseldorf zu sehen, der Gesamtplan allerdings zeigte die von Sperbers Amt überarbeitete Version, gegen die Schumacher wegen der aufgelockerten Gestalt der großen Wiese intern vehement protestiert hatte. Im Kontext der Ausstellung jedoch fiel diese Marginalie niemandem auf, denn auch die zahlreichen amerikanischen Parks folgten keiner reinen Lehre, sondern waren sehr pragmatische Mischungen von formalen und landschaftlichen Anlagen, in die jeweils Sportanlagen, Restaurants, Versammlungsstätten und dergleichen leicht zugänglich und benutzbar eingefügt worden waren. Insbesondere bei den innerstädtischen Spielplätzen stand die Gartenkunst ganz offensichtlich weit hinter der Nützlichkeit. Hatten schon Lichtwark und Brinckmann ihre Vorschläge für das Programm des Hamburger Stadtparks aus amerikanischen Beispielen bezogen, wurde jetzt an Schumachers Plan die geistige Verwandtschaft mit diesen überdeutlich, nicht zuletzt auch diejenige seiner Stadthalle mit den ‚Field-Houses‘ von Burnham und anderen in den Chicagoer Parks. Schumacher hatte bekanntlich seine Jugendjahre in New York verbracht und währenddessen den Bau des dortigen Central Park noch selbst miterlebt. Obwohl er später keine Reisen in die USA mehr unternommen hatte, hatte er sich stets über die amerikanische Entwicklung informiert. So konnte er seinem Schüler und Mitarbeiter Hugo Koch gute Kontakte vermitteln, als dieser offiziell vom Dienst beurlaubt zu Recherchen für sein Buch „Gartenkunst im Städtebau“ in die USA reiste.²⁶ Kochs Buch wurde neben den gewichtigen Veröffentlichungen Hegemanns eine der wichtigsten Informationsquellen für die moderne amerikanische Gartenkunst und ihre Wirkung auf den Städtebau. Hegemann hatte die Ergebnisse seiner Ausstellungen in dem zweibändigen Werk „Der Städtebau“²⁷ zusammengefasst, das sich vor allem durch die Fülle bisher unveröffentlichten Materials und die Einbindung der Parkproblematik von den eher handbuchartigen bisherigen deutschen Veröffentlichungen zum Städtebau unterschied. Zum Burnham-Plan von Chicago, der in die beiden Bände noch nicht Eingang gefunden hatte, veröffentlichte er eine eigene kleine Schrift.²⁸ Die Hamburger Gartenbaufirma Jacob Ochs, deren künstlerischer

²⁵ Charles Moore (Hrsg.), Daniel H. Burnham and Edward H. Bennet, Plan of Chicago, prepared under the direction of the Commercial Club during the years MCXVI, MCXVII and MCXVIII, the Commercial Club, Chicago 1909; reprint with a new introduction by Kristen Schaffer, New York 1993.

²⁶ Hugo Koch, Gartenkunst im Städtebau, Berlin 1914.

²⁷ Werner Hegemann, Der Städtebau nach den Ergebnissen der Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin nebst einem Anhang: die internationale Städtebauausstellung in Düsseldorf, Berlin, Teil 1 1911, Teil 2 1913.

²⁸ Werner Hegemann, Der neue Bebauungsplan für Chicago, Berlin o.J.

Leiter Leberecht Migge war, finanzierte eine Wanderausstellung über amerikanische Parkanlagen und eine kleine Schrift Hegemanns hierzu, die an vielen Orten Deutschlands gezeigt wurde.²⁹

Schumachers Stadtpark wurde nicht nur zum Prototyp einer ganzen Reihe neuer Großstadtparks in Deutschland, er wurde für Hamburg auch zum Versuchsfeld einer neuen Art von Stadtgestaltung. Die in ihm erprobten Raumkonzepte wurden die Dispositive der reformierten Bebauungspläne und der neuen Siedlungen unter Schumacher Ägide. Die vegetabilen Raumkanten des Parks, die Hecken und Baumreihen des architektonischen Parks ließen sich ohne große Mühen in Baufluchten neuer Stadtquartiere umdenken. Aus dem Spiel von engeren und weiteren Räumen im Park konnten die Sequenzen geschlossener Stadträume mit ihren unterschiedlichen Nutzungen entwickelt werden: Straßen, Plätze, Vorgärten, Gartenkolonien, halböffentliche Innenhöfe, Alleen, Spielplätze, Parks und anderes mehr. Lichtwark und Schumacher ließen sich durch den Stadtpark und die Freiflächen entlang der kanalisierten Alster noch im Jahr der Berliner Ausstellung zu Überlegungen für eine „Alsterstadt“ als eine direkte Fortsetzung des Parkkonzeptes in die umgebende Stadt anregen. Aber nicht zuletzt aufgrund des Kompetenzgerangels zwischen den Hamburger Ämtern für Hochbau und für Ingenieurwesen hatte diese vor dem Ersten Weltkrieg keine Realisierungschance mehr.³⁰

Erst nach dem Krieg bekam Schumacher überraschend ein neues Anwendungsfeld für seine Ideen. Im Auftrag von Konrad Adenauer soll er Köln als eine komplette moderne Großstadt, als die neue Metropole des Rheinlandes planen. Hier kann er vieles von dem anwenden, was konzeptionell schon im Hamburger Stadtpark angelegt war, jener von ihm als Bildungsanstalt gedachten Anlage, in der die modernen Großstadtbewohner für die raumkünstlerische Dimension der neuen Stadt sensibilisiert werden sollen.³¹ Mit seinem Generalplan für Köln schafft Schumacher den Sprung vom Park zur Stadtlandschaft, zumindest konzeptionell, denn weder dort noch in Hamburg wird er aufgrund der ungünstigen politisch-administrativen Rahmenbedingungen eine solche realisieren können.

Prof. (em.) Hartmut Frank, frank@hartmutfrank.com

²⁹ Werner Hegemann, Ein Parkbuch. Zur Wanderausstellung von Bildern und Plänen amerikanischer Parkanlagen, Berlin 1911.

³⁰ Alfred Lichtwark, Eine Alsterstadt, in: Jahrbuch der Gesellschaft Hamburgischer Kunstfreunde, XVI.-Band, Hamburg 1910, S. 35.

³¹ Fritz Schumacher (unter Mitwirkung von Wilhelm Arntz), Köln. Entwicklungsfragen einer Großstadt, München 1923.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Werner Hegemann, Der Städtebau... op.cit.

Abb. 2: Frederick Law Olmsted jr./ Theodora Kimball: *Frederick Law Olmsted. Landscape Architect. 1822 – 1903*

Abb. 3: Leberecht Migge, op.cit.

Abb. 4: Fritz Schumacher, Volkspark op.cit.

Abb. 5: Fritz Schumacher, Volkspark op.cit.

Abb. 6: Werner Hegemann, Der Städtebau... op.cit.

Abb. 7: Fritz Schumacher, Volkspark op.cit.

Das Museum of Modern Art (MoMA) in New York und die Einführung europäischer Wohnungsbau-, Nachbarschafts- und Städtebaukonzepte in die USA

Wohnungs(neu)bau, Nachbarschaften und Städtebau waren zentrale Themen der deutschen Stadtplanung in den 1920er Jahren. Der große Wohnungsmangel nach dem Ersten Weltkrieg und kumulierende soziale Probleme veranlassten Architekten und Planer, die Suche nach modernen Bauformen mit Vorschlägen für öffentlichen Wohnungsbau und neue soziale Einheiten zu verbinden. Architekten der Gruppe *Die gläserne Kette*, wie Bruno Taut, Hans Scharoun und Walter Gropius, versuchten bereits seit 1919, neue Bauformen mit sozialen Ideen zu verknüpfen. Ihr Ziel war es, den spekulativen privaten Wohnungsbau, der im 19. Jahrhundert das schnelle Wachstum der Städte ermöglicht, aber auch schlechte Wohnbedingungen für breite Bevölkerungsschichten produziert hatte, zu überwinden. Diese Ideen wurden am Bauhaus zunächst in Weimar und dann in Dessau weiterentwickelt. Vor allem in deutschen Großstädten, wo sozialdemokratische Regierungen an die Macht kamen, fanden diese Ideen für sozialen Wohnungsbau Unterstützung. So entstanden in Berlin zwischen 1924 und 1931 über 140.000 neue Wohnungen.¹ In Frankfurt entstanden etwa 15.000 Wohnungen in fünf Jahren unter der Leitung von Ernst May.² In vielen weiteren deutschen Städten, darunter Hamburg, Celle, oder Kassel, sowie in nordeuropäischen Städten entstand sozialer Wohnungsbau in ähnlichem Ausmaß und mit dem Wunsch, sozialpolitische Ziele und moderne Architektur zu verbinden.³

Sozialer Wohnungsbau wurde auch unter dem nationalsozialistischen Regime nach 1933 weitergeführt, die Architektursprache hatte sich jedoch geändert. Das

¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berliner Siedlungen der 1920er Jahre auf der UNESCO Welterbeliste. Politischer und sozialer Hintergrund, in: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmale_in_berlin/de/weltkulturerbe/siedlungen/hintergrund.shtml abgerufen am 29.03.2014.

² Dietrich-W. Dreyses, Ernst May: Das Neue Frankfurt, Frankfurt 2011.

³ Hermann Hipp, Wohnstadt Hamburg, Berlin 2008; Eve Blau, The Architecture of Red Vienna, Cambridge 1999.

Bauhaus wurde unter den Nazis geschlossen und wichtige Vertreter moderner Architektur und Stadtplanung, die wegen ihres jüdischen Hintergrundes oder ihrer sozialdemokratischen oder kommunistischen Einstellung verfolgt wurden, gingen in die innere Emigration oder verließen Deutschland mit Zielen in der ganzen Welt. Walter Gropius emigrierte über England in die USA, wo er 1937 an die Harvard Universität berufen wurde. Bruno Taut reiste 1933 nach Japan und wirkte ab 1936 in der Türkei. Ernst May war von 1930 bis 1933 in der Sowjetunion und ging dann nach Südafrika.⁴ Andere Vertreter des Neuen Bauens, wie Hans Scharoun, blieben in Deutschland. Es entstanden somit Diasporen moderner Planer, die sich über die ganze Welt verteilten und Ideen aus der Zwischenkriegszeit an ihrem neuen Standort durch Planen und Bauen, durch Schriften und Lehre verbreiteten.⁵ In wieweit die Vorschläge dieser Migranten die jeweiligen lokalen Kontexte beeinflussten, hing von diversen Bedingungen ab: von lokalen Eliten, die die Konzepte unterstützten, von Architektur- und Planungskulturen, von Fragen des Bodeneigentums und anderen ideologischen, rechtlichen, finanziellen und materiellen Konditionen.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen stand die Emigration nach Amerika für deutschsprachige Architekten nicht im Vordergrund, wenn auch einige aus wirtschaftlichen Gründen, darunter Rudolph Schindler und Richard Neutra, in die USA zogen.⁶ Andere gingen aus politischen Gründen in die Sowjetunion oder wählten das europäische Exil in der Hoffnung, bald zurückkehren zu können.⁷ In den frühen Jahren der NS-Regierung waren durchaus auch nicht alle Amerikaner den Ideologien der Nationalsozialisten abgeneigt, darunter auch der spätere Architekt Philip Johnson, der Ende der 1920er Jahre in Berlin lebte und später am MoMA eine führende Rolle übernahm, auch hinsichtlich der Einführung moderner Architektur in die USA.⁸ Die amerikanischen Universitäten mit Unterstützung der Rockefeller

⁴ Thomas Flierl, *Standardstädte*, Berlin 2012.

⁵ Zur deutschsprachigen Emigration: Bernd Nicolai, *Architektur und Exil*, Trier 2003; Bernd Nicolai, *Architektur*, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945*, Darmstadt 1998.

⁶ Nicolai, *Architektur*, 1998.

⁷ In seiner Untersuchung des Einflusses europäischer Stadtplaner in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg weist Andreas Joch auf diverse Immigranten hin, darunter Thomas D. Schocken und Leo Grebler, die in der Vorkriegszeit in die USA gekommen waren, vgl. Andreas Joch, 'Must our cities remain ugly?' – America's urban crisis and the European city: transatlantic perspectives on urban development, 1945-1970, Special Issue on Transnational Urbanism, *Planning Perspectives*, forthcoming February 2014.

⁸ „The Nazi Nationalist Government have rendered invaluable services to the world at large in crushing Communism in Germany, which may have a salutary effect in other countries insofar as the eradication of the Communist plague is concerned.“, in: Arthur D. Morse. *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1986., S. 115, zitiert in: Krohn, *Handbuch*, S. 451.

Zu Philip Johnson und Faschismus: Franz Schulze, *Philip Johnson: Life and Work*, Chicago 1996; The

Foundation hatten jedoch ein Programm aufgelegt, das deutschen Akademikern eine Karriere in den USA erlaubte.⁹ Nicht alle Amerikaner sahen in dieser Migration einen Vorteil, da sie die Konkurrenz der Einwanderer oder die Zunahme kommunistischer Ideen fürchteten.¹⁰ Auch wollten nicht alle Deutschen in den USA bleiben: so gab es neben den „Allrightnicks“, die sich in den USA eingelebt hatten, auch jene Exilanten, die „mit dem Gesicht nach Deutschland“ gerichtet warteten und in Amerika als „Beiunskis“ bezeichnet wurden – ein Begriff, den auch Robert Moses für einige der deutschen Planer verwandte.¹¹

Obwohl etliche bekannte deutsche Architekten und Stadtplaner nach Amerika auswanderten, neben Walter Gropius unter anderem auch Ludwig Mies van der Rohe, und dort die Lehre und Praxis beeinflussten, und trotz der Affinität diverser amerikanischer Intellektueller mit den Ideen des Neuen Bauens, waren die Architektur- und Planungskulturen in beiden Ländern sehr unterschiedlich, was sich besonders im Rahmen des Wohnungsbaus und der Planung von Nachbarschaften zeigte. Es gelang den Vertretern eines sozialen Wohnungsbaus daher nicht, die ästhetischen und sozialen Ansätze aus Europa flächendeckend in die USA zu übertragen.

Der vorliegende Artikel untersucht die Rolle, die das Museum of Modern Art (MoMA) und seine Kuratoren und Berater im Hinblick auf die Einführung moderner Bau- und Siedlungsformen in den USA spielten. Auch die Widerstände, die selbst nach der Wirtschaftskrise von 1929 und in der Zeit des New Deal (1933-1938) bestanden, als Präsident Roosevelt diverse wirtschaftliche und soziale Reformen zur Linderung der Not der Armen in Angriff nahm, werden beleuchtet. Von außen gesehen war eine Situation geschaffen, die derjenigen in Deutschland ähnelte; es war somit nicht überraschend, dass führende Sozial- und Wohnungsreformer ebenso wie Unterstützer moderner Kunst und Architektur, oft Mitglieder der amerikanischen Eliten, nach Deutschland blickten. Versuche, europäische Wohnungsbaumodelle in die USA einzuführen, wurden durch diese besondere Konstellation erschwert, wie die Analyse von Ausstellungen zur Architektur und Stadtplanung am MoMA zeigt.

Architect Who Flirted With Fascism, in: <http://dw.de/p/6Avv> abgerufen am 29.03.2014.

⁹ Krohn, Handbuch, 1998.

¹⁰ Ebd., S. 447; zu den potenziellen negativen Einflüssen der europäischen Immigration: Allan Bloom, *The Closing of the American Mind. How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students*, New York 1987; Wilfried M. McClay, *Weimar in Amerika. American Scholar*, 1986, S. 55, 119ff.

¹¹ Krohn, Handbuch, 1998, S. 463; Robert Moses, *Mr Moses Dissects the 'Long-Haired Planners': The Park Commissioner Prefers Common Sense to their Revolutionary Theories*, *Michigan Society of Architects*, 18:1, 1944, S. 4.

Da es in den USA an öffentlichen Institutionen mangelte, die im Bereich Wohnungsbau entscheidend eingreifen konnten, waren es die Kuratoren und Berater des MoMA, einer privaten Institution, die sich bemühten, die Öffentlichkeit zu stimulieren und eine an verbessertem Wohnungs- und Städtebau interessierte politische Basis zu schaffen. Als privates Museum hatte das MoMA jedoch einen anderen Einfluss als das staatliche Bauhaus oder die Congrès Internationaux d'Architecture Moderne (CIAM), auf denen sich politisch engagierte Architekten mit dem Thema des Wohnungsbaus auseinandersetzten und die im Jahre 1929 in Frankfurt sogar speziell das Thema des Wohnungsbaus für das Existenzminimum diskutierten.

Zwischen deutschen und amerikanischen Planungsideen bestand ein reger Austausch, unter anderem durch die von Werner Hegemann organisierten Stadtplanungsausstellungen und seinen Veröffentlichungen.¹² Die deutschen Stadtplaner waren sich schon in den 1920er Jahren bewusst, dass die Stadtplanung in den USA stark von Eigentumsrechten bestimmt war und sich damit wesentlich von der deutschen unterschied. In dem in Hamburg veröffentlichten Katalog zur Ausstellung *Neue Amerikanische Architektur* schrieb Richard Meyer 1926: „Die Not des Großstadt-Problems ist in den Vereinigten Staaten gesteigerter als in Deutschland. Zwar sind die städtebaulichen Bemühungen trotzdem in den Vereinigten Staaten sehr viel jünger als hier. Aber dies liegt in der verschiedenen Geistesrichtung, die in beiden Ländern geherrscht hat. Das Wesentliche ist die verschiedene Auffassung von Staat, von der Öffentlichkeit und der Gemeinschaft. Die 'Demokratie' der Vereinigten Staaten war stets geneigt, den Staat so sehr wie möglich zu beschränken. (...) Die uneingeschränkte Freiheit des Individuums, und ganz besonders seines Eigentums, war Leitsatz. So ist es zu sehr viel stärkeren Mißbräuchen des Eigentums, insbesondere des Grundeigentums, gekommen als in Europa, besonders auch in Deutschland, wo die behördliche Wahrung öffentlicher Interessen eine alte Gewohnheit ist [...]. Die unerträglichen Zustände, die die Ansammlung von Hochhäusern und der sich plötzlich entwickelnde Autoverkehr zugleich hervorgerufen haben, haben dann zur allgemeinen Aufnahme des Städtebaugedankens in den Vereinigten Staaten geführt. Alle Großstädte ohne Ausnahme sind jetzt bemüht, das Versäumnis nachzuholen.“¹³ Meyer belässt es nicht bei der Kritik, sondern fährt fort und betont die Bemühungen des Regional Plan of New York and its Environs und der Chicago City Plan Commission.

Auch waren den US-Planern die Debatten zur modernen Architektur und Stadtplanung in Europa gut bekannt. Le Corbusiers Publikation *Vers une Architecture* (1928) war übersetzt worden und Henry Russell Hitchcock's Buch *Modern Architec-*

¹² Werner Hegemann, *Amerikanische Architektur und Stadtbaukunst*, Berlin 1925.

¹³ Richard Meyer, *Neue Amerikanische Baukunst*, Hamburg 1926, S. 47.

ture: Romanticism and Reintegration (1929) hatte europäische Ideen in den Vordergrund gestellt.¹⁴ Der aus der Depression resultierende Emergency Relief and Construction Act von 1932 brachte auch ein Umdenken über den Wohnungsbau mit sich und einige amerikanische Akteure, darunter führende Persönlichkeiten des MoMA, entwickelten die Überzeugung, dass europäische Wohnungsbaudiskussionen aus den 1920er Jahren für die Architektur- und Städtebaudebatten in den USA relevant sein könnten.

Das MoMA war 1929 von wohlhabenden New Yorker Kunstliebhabern um Abby Aldrich Rockefeller, der Frau von John D. Rockefeller, dem Erben des Standard Oil Vermögens, gegründet worden.¹⁵ In seiner ersten Konzeption konzentrierte sich das MoMA auf moderne Kunst und seine Ästhetik. Architektur und Stadtplanung waren nachgeordnete Themen.¹⁶ Alfred Barr, der erste Direktor des MoMA (1929-1944), war jedoch schon lange an dem Zusammenspiel verschiedener Disziplinen interessiert. Er hatte 1927 das Bauhaus besucht und stellte die Charta des Museums so auf, dass sie auch moderne Kunst im alltäglichen Leben umfasste. Daraufhin entstanden die diversen Abteilungen des MoMA sowie der Fokus auf Architektur und Stadtplanung.¹⁷

Einige Mitglieder und Ratgeber des MoMA setzten sich schon seit den Anfängen der Institution dafür ein, durch Ausstellungen europäische Diskussionen zur modernen Architektur und zum Städtebau in die USA zu übertragen. Es hing dabei von den jeweiligen Zuständigen ab, ob die ästhetischen Qualitäten der Moderne oder soziale Aspekte im Vordergrund standen. Dieser Artikel untersucht die Ausstellungen am MoMA zwischen 1932 und 1939 und zeigt, wie die New Yorker Institution ihre pädagogische Mission verfolgt, wie sie die europäische Moderne interpretiert hat, um sie dem US Kontext anzupassen, und wie sie sich bemühte, der amerikanischen Öffentlichkeit Wohnungsbau- und Städtebaukonzepte zu erklären und diese als amerikanische Prinzipien darzustellen, die in späteren Jahren dann Richtlinien für Planungen in anderen Teilen der Welt einschließlich Europa werden sollten.

Ein prägender Moment in der Einführung des modernen europäischen Wohnungsbaus in den USA war die Ausstellung *Modern Architecture: International Exhibition* von 1932. Sie leitete eine Periode ein, in der Städtebau und Nachbarschaftsplanung am MoMA von großer Bedeutung waren. Barrs Interesse an der mo-

¹⁴ Henry Russell Hitchcock, *Modern Architecture. Romanticism and Reintegration*, New York 1929; Elizabeth Mock, *Built in USA: 1932-1944*, New York 1944.

¹⁵ Russell Lynes, *Good Old Modern*, New York 1973; Tom Wolfe, *From Bauhaus to Our House*, New York 1981.

¹⁶ Mary Anne Staniszewski, *The Power of Display*, Cambridge (Mass.), 1998.

¹⁷ Sybil Kantor, Alfred H. Barr, Jr. and the Intellectual Origins of the Museum of Modern Art, Cambridge 2003.

dernen Architektur und seine Kenntnisse der Arbeit des Bauhauses waren grundlegend für die Ausstellung von 1932. Wie auch andere führende Persönlichkeiten am MoMA war er sich der Macht von Ausstellungen sehr wohl bewusst. In der Einleitung zum Katalog schrieb Barr: „Expositions and exhibitions have perhaps changed the character of American architecture of the last forty years more than any other factor.“¹⁸ Die von Hitchcock und Johnson kuratierte Ausstellung wanderte durch Amerika, um breiteren Bevölkerungsschichten die moderne Architektur näher zu bringen und progressive Ideen auch in den USA einzuführen.

Die Planung für die Ausstellung brachte eine Gruppe von Kuratoren und Beratern zusammen, die sich sowohl mit den ästhetischen als auch den sozialen Bedingungen der europäischen Moderne auseinandersetzten. Der Architekturhistoriker Henry-Russell Hitchcock und der zukünftige Architekt Philip Johnson interessierten sich insbesondere für Ästhetik, waren sich jedoch der sozialen und politischen Implikationen des Wohnungsbaus bewusst. Die wirtschaftlichen und sozial-politischen Fragen des Wohnungsbaus und die Zukunft der amerikanischen Stadt standen im Vordergrund von Lewis Mumfords und Catherine Bauers Arbeit, die seit den 1930er Jahren als Berater für MoMA-Ausstellungen zum Thema Wohnungsbau tätig waren. Catherine Bauer war bereits 1926–27 und 1930 durch Europa gereist, wo sie wichtige Mitglieder des Neuen Bauens getroffen hatte, darunter Ernst May und J. J. P. Oud, und sie war seit 1928 mit Lewis Mumford intellektuell und persönlich verbunden.¹⁹ Von 1936 bis 1942 war Bauer im Architekturkomitee des MoMA und bemühte sich neben anderen Mitstreitern, die Regierung zur Verabschiedung eines Wohnungsbaugesetzes zu veranlassen.

Von Anfang an war somit eine Gruppe von Sozialreformern und Modernisten in diversen Funktionen eng mit dem MoMA verbunden. Mehrere von ihnen, darunter Mumford und Bauer, aber auch Henry Wright und Clarence Stein, waren ebenfalls Mitglieder der Regional Planning Association of America (RPAA), die 1923 gegründet worden war. Die Ausstellungen des MoMA waren nicht nur für New York wichtig. Von Anfang an wurden Wanderausstellungen zusammengestellt, die durch das ganze Land und auch in die Welt geschickt wurden. Durch seine diversen Berater und Kuratoren übernahm das MoMA eine wichtige Rolle in der Verbreitung städtebaulicher Konzepte. Seine Ausstellungen zeigten nicht nur historische Beispiele; das MoMA bemühte sich auch darum, zukünftige Planungen zu beeinflussen und Vorschläge für die Zukunft zu erarbeiten. Dabei wich die vom MoMA vertretene städtebauliche Auffassung oft von den vorherrschenden Meinungen der amerikanischen

¹⁸ Museum of Modern Art, *Modern Architecture: International Exhibition*, New York 1932, S.12.

¹⁹ H. Peter Oberlander/Eva Newbrun, *Houser*, Vancouver 1999; Frank Lloyd Wright, *Modern Architecture: Being the Kahn Lectures for 1930*, Princeton 2008.

Stadtplaner ab. Besonders Robert Moses entwickelte sich zu einem starken Gegenspieler, der sich um einen spezifisch amerikanischen Ansatz zur Stadtplanung bemühte.²⁰

Die Ausstellungen am MoMA waren also von zwei unterschiedlichen Gruppierungen geprägt, die sich zwar beide für moderne Architektur einsetzten, diese dabei aber aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachteten.

Der Katalog zur Ausstellung von 1932 stellt im dritten, von Mumford verfassten, Teil Fragen des Wohnens als wesentlichen Ausdruck einer Zivilisation dar. Mumford argumentierte dabei, dass das Haus als Teil einer größeren Gemeinschaft entworfen werden müsse, dass industrialisiertes Bauen nicht ausreiche, um die Probleme des Wohnens für alle zu lösen, und dass es kollektiver Lösungen für übergreifende Nachbarschaftsplanung bedürfe. Dabei hob er die Arbeiten des Architekten Otto Haesler hervor, wobei er insbesondere die Integration von Straßenplan, Wohnungsplan und architektonischer Gestaltung pries.²¹ Philip Johnson stimmte mit dieser Bewertung überein und betonte, dass diese Gebäude nicht nur eine ästhetische Qualität beinhalten würden, sondern der Architekt auch wirtschaftlich, sozial und architektonisch innovativ gearbeitet habe, indem er Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten in der Mitte der Siedlung vorsah. Hitchcock war gleicher Meinung mit Mumford und schrieb in seinem Beitrag: "Action must be political as well as architectural, if the city is to be made habitable for most of its citizens"²², ein Ansatz, den europäische Städte verfolgt hatten. Obwohl sich sowohl Johnson als auch Hitchcock der Notwendigkeit politischer Interventionen bewusst waren, hat das von ihnen gemeinsam veröffentlichte Buch über den *International Style* zur Missinterpretation der europäischen Arbeiten als International Style, wie es der Titel des Buches suggeriert, beigetragen.²³ Der Titel impliziert einen qualitativ neuen Stil, was wiederum den funktionalistischen Bemühungen der europäischen Moderne widersprach.²⁴

Die europäischen Schulen und Kongresse, die die moderne Architektur vertraten, darunter das Bauhaus und die CIAM, waren insbesondere in Deutschland, eng mit sozialen und politischen Bewegungen verbunden. Einige amerikanische Kommentatoren kritisierten die deutschen Projekte und ihren Fokus auf die Integration von Wohnungsbau und Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Kindergär-

²⁰ 1937 hatte das MoMA eine kleine Ausstellung gezeigt, in der es die Pläne für die Weltausstellung „Tomorrowtown“ von 1939 kritisierte, vgl. Photograph of the 1937 Tomorrowtown Exhibition. MoMA Archives CUR 632.

²¹ Museum of Modern Art, *Modern Architecture*, 1932, S. 188.

²² Ebd., S. 146.

²³ Henry Russell Hitchcock/Philip Johnson, *The International Style*, New York 1932.

²⁴ Vgl. Terence Riley/Stephen Perrella, *The International Style*, Collingdale, 1992.

ten oder Grünflächen als eine unnötige Erhöhung der Entwicklungs- und Baukosten. Catherine Bauer wies diese Kritik in ihrem Buch *Modern Housing* von 1934 zurück.²⁵ In einem Vergleich von europäischen und amerikanischen Wohnungsbaukonzepten betonte sie: „while Europe was providing Government aid designed specifically to produce better houses at lower rents, New York City was subsidizing the speculative building industry.“²⁶ In ihrem Buch entwickelte sie die Gedanken weiter, die Mumford in seinem Text von 1932 vorgestellt hatte, und baute auf ihren persönlichen Beobachtungen und Besichtigungen auf. Der Text behandelte Fragen des Bauwesens, der Architektur, des Städtebaus und der Wirtschaft und präsentierte Beispiele des Wohnungsbaus in verschiedenen europäischen Ländern. Bauers Schriften, ihre Aktivitäten und ihre Lehre zu Fragen des Wohnungsbaus bestimmten die amerikanischen Diskussionen über viele Jahre und wurden besonders wichtig in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren.²⁷

Die Ausstellung von 1932 war die erste nationale Wanderausstellung des MoMA.²⁸ Die Idee einer Wanderausstellung bestand bereits seit der ersten Konzeption des Projekts. Das MoMA hatte Unterstützung von vierzehn anderen amerikanischen Institutionen erhalten, von denen jede die Ausstellung innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren zeigte.²⁹ Die Ausstellung wurde zunächst im Heckscher Gebäude in New York gezeigt, in dem das MoMA damals beheimatet war. Die Ausstellung sollte ein ausgewogenes Bild der Moderne aus der Perspektive Europas und Amerikas zeigen. Dies war eine der Bedingungen der Trustees des MoMA.³⁰ Ausstellung und Katalog zeigen daher europäische Modernisten wie Walter Gropius, Le Corbusier, J. J. P. Oud und Ludwig Mies van der Rohe ebenso wie amerikanische Teilnehmer mit unterschiedlichen gestalterischen Präferenzen, darunter Frank Lloyd Wright, Raymond Hood und den gebürtigen Österreicher Richard Neutra.³¹

Einige der Wanderausstellungen wurden medienwirksam beworben und erreichten ein breites Publikum. Einige Exponate wurden historische Dokumente der Entwicklung von Stadtplanungsideen. Von Juni bis September 1934 zeigte das MoMA die Ausstellung *Housing Exhibition*, gefolgt von der Ausstellung *America Can't Have Housing* von Oktober bis November des gleichen Jahres, die sich insbesondere mit Fragen der Slums beschäftigte und Wohnungsneubauten für die ärmeren Be-

²⁵ Catherine Bauer Wurster, *Modern housing*, Boston/New York 1934.

²⁶ Ebd., S. 238.

²⁷ Catherine Bauer, *A citizen's guide to public housing*, Poughkeepsie 1940.

²⁸ Museum of Modern Art, *The Museum*, New York 1970.

²⁹ Museum of Modern Art/Dept. Of Circulating Exhibitions, *Circulating Exhibitions 1931-1954*, New York 1954.

³⁰ Mock, *Built*, 1944.

³¹ Museum of Modern Art, *Modern Architecture 1932*.

völkerungsgruppen vorschlug. Im Ausstellungskomitee waren auch Philip Johnson und Clarence S. Stein vertreten.³² Ein Katalog unter dem gleichen Titel untersuchte die politischen, wirtschaftlichen, legislativen, technischen, sozialen und finanziellen Aspekte des kollektiven Wohnungsbaus (Abb.1).³³ In seiner Einleitung warb Raymond Unwin in seiner Eigenschaft als Director of the Greater London Regional Plan für öffentlichen Wohnungsbau als einer öffentlichen Verpflichtung zivilisierter Gesellschaften, wobei es nicht nur darum gehe, Behausungen zu errichten, sondern ein Heim für Familien zu schaffen.³⁴

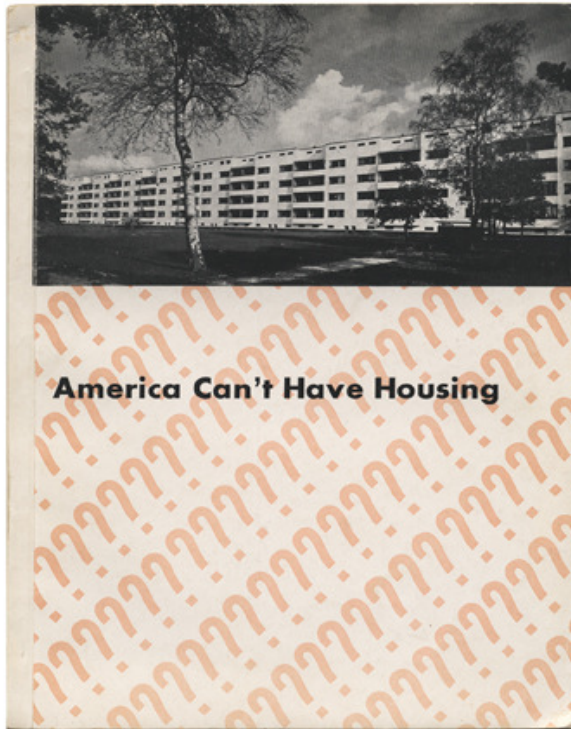


Abb. 8: Titelseite des Katalogs *America Can't Have Housing*, herausgegeben von Carol Aronovici.

³² Staniszewski, Power, 1998.

³³ Museum of Modern Art/Carol Aronovici, *America Can't Have Housing*. New York 1934, Foreword.

³⁴ Raymond Unwin, *The Problem of Housing*, in: Museum of Modern Art/Aronovici, *Housing*, S. 9-10.

Der Katalog enthielt Artikel einer Reihe prominenter Befürworter modernen Wohnungs- und Städtebaus. Unter dem Titel „The Social Imperatives of Housing“ argumentierte Mumford, dass Arbeiter sozialen Wohnungsbau einfordern sollten. Seiner Meinung nach war ein „revolutionary shift in the distribution of income and wealth and a readjustment of the entire productive mechanism“ notwendig. Weiter forderte er: „Along with this must go the collective ownership and control of land, such as made possible the beautiful development of the Nidda Valley at Frankfurt-am-Main, before the Nazi reactionaries came into power.“³⁵ In ihrem Beitrag „Housing: Paper Plans, or a Worker’s Movement“ baute Bauer auf diesem Argument auf und vertrat die Einstellung, dass angemessene Wohnungen ein Grundrecht seien, dessen Erfüllung eine Verantwortung der Regierung sei, eine politische Aufgabe, die nicht alleine aus technischer Sicht gelöst werden könne. Moderne Wohnungen für jede amerikanische Familie waren aus ihrer Sicht eng verbunden mit Themen wie Sozialversicherung und Mindesteinkommen.³⁶

Mehrere Beiträge stammten von deutschsprachigen Autoren und erschienen in Übersetzung, darunter Texte von Walter Curt Behrend, Hans Bernoulli und Walter Gropius. Werner Hegemann wies in seinem Beitrag „Political Economy in German Housing Today“ darauf hin, dass nicht die Nazis die Urheber des deutschen sozialen Wohnungsbaus seien, sondern dass dieser bereits zuvor eingeführt worden sei (Abb.2).³⁷ Henry Wright, der mit Clarence Stein die ikonischen Siedlungen Sunnyside Gardens und Radburn entwickelt hatte, setzte sich für Stadtsanierung ein.³⁸ Carol Aronovici, der 1901 aus Rumänien in die USA gekommen war und 1933 die Housing Orientation Study Group an der Columbia Universität (1934 umbenannt in Housing Research Bureau of New York City) gründete, forderte eine Umstrukturierung der Wohnungsbaufinanzierung, des Wohnungsneubaus und der Bauindustrie.³⁹

In dieser Zeit war in den USA als Reaktion auf die Depression der New Deal in Gang gesetzt worden, mit dem Ziel, amerikanische Städte zu erneuern und die Wohnungsbauproduktion zu stimulieren. Die New Deal Housing Acts von 1934 und 1937 (sowie die späteren von 1949 und 1954) steigerten die Anzahl der Amerikaner, die Häuser besaßen, und erlaubten daher auch partiell die Reorganisation der Städte. Der Wunsch der amerikanischen Planer, die amerikanischen Städte neu zu denken, fiel zusammen mit der Ankunft immigrierter Planer mit weitreichender Er-

³⁵ Aronovici, *America*, 1934, S. 18.

³⁶ Bauer, in: ebd., S. 20-23.

³⁷ Hegemann, in: ebd., S. 44-47.

³⁸ Henry Wright, *The New Housing Problem in the Large City*, in: ebd., S. 63-65.

³⁹ Carol Aronovici, *The Outlook for Low-Cost Housing in America*, in: ebd., S. 69-74. Zu Aronovici siehe auch: Mardges Bacon, *Le Corbusier in America: Travels in the Land of the Timid*, Cambridge 2003.

fahrung in diesem Bereich und erklärt zumindest teilweise, warum diese Architekten eingeladen wurden, in den Städten Architektur- und Stadtplanungsabteilungen zu übernehmen.

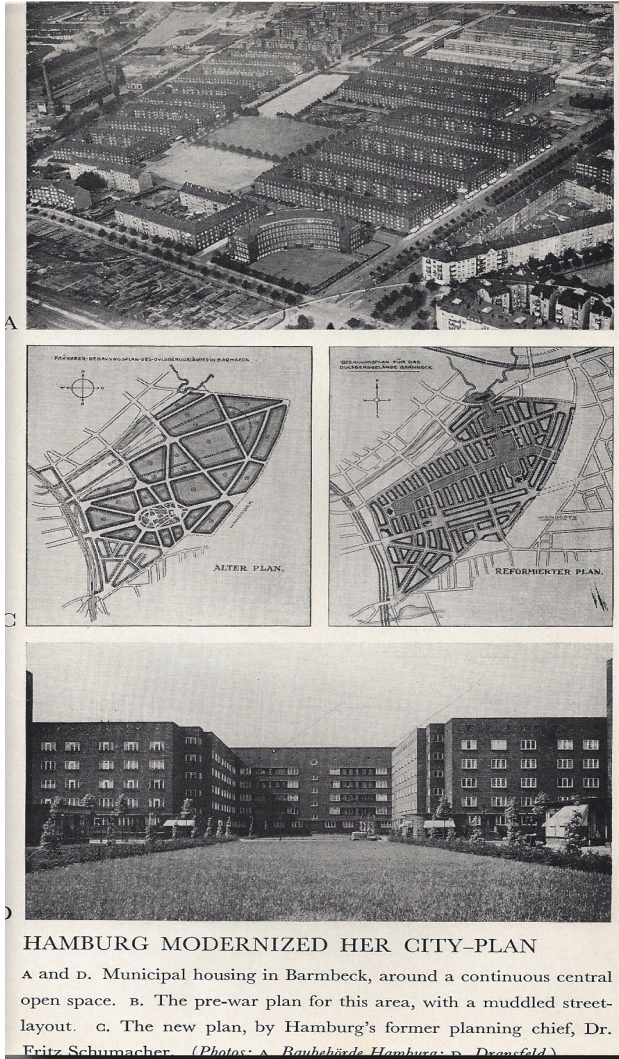


Abb. 9: Catherine Bauer pries die modernistischen Siedlungen in Hamburg und kritisierte den Wohnungsbau der Gründerzeit.

Zu diesem Zeitpunkt kam auch Catherine Bauers Schwester Elizabeth Mock, die seit 1933 mit dem Schweizer Architekten Rudolf Mock verheiratet war, zum MoMA.⁴⁰ Elizabeth Mock hatte von 1932-33 bei Frank Lloyd Wright in Taliesin studiert und arbeitete ab 1937 in verschiedenen Funktionen am MoMA.⁴¹ Auch an weiteren Architekturausstellungen zum Thema Wohnungsbau und Planung war sie maßgeblich beteiligt. *What is Modern Architecture?*, co-kuratiert von Elizabeth Mock und John McAndrew, wurde am MoMA 1938 gezeigt und wanderte später zu 71 anderen Institutionen.⁴² Der Katalog gleichen Namens, veröffentlicht 1942, stellte den Architekten als Wissenschaftler, Psychologe und Künstler dar. Besonders großräumliches Planen wurde nun als eine wissenschaftliche Disziplin angesehen.⁴³ Elizabeth Mocks Einfluss wurde noch bedeutender, als Philip Johnson 1939 das MoMA wegen seiner Unterstützung des Faschismus verlassen musste. In den folgenden Jahren bemühte sich eine Gruppe um Mock, den Nachbarschaftsgedanken in Amerika zu verbreiten.⁴⁴ Sie versuchten dabei, die amerikanische Öffentlichkeit zu überzeugen, dass einzelne amerikanische Hauseigentümer sich für gut geplante Nachbarschaften einsetzen sollten. Ab 1942 übernahm Elizabeth Mock die Leitung der Abteilung Architecture and Industrial Design am MoMA. Die 1944 von ihr kuratierte Ausstellung *Built in USA – Since 1932* beeinflusste die Umgestaltung der amerikanischen Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg⁴⁵ und wurde auch in Europa rezipiert, wo die Ideen von Gropius und anderen europäischen Immigranten an die Diskussionen der 1920er Jahre anknüpften.⁴⁶ 1946 kehrte Johnson jedoch an das MoMA zurück, woraufhin Mock dieses verließ. Es sollte jedoch noch mehrere Jahrzehnte dauern, bis der Filmkritiker Richard Schickel in einer informellen Einführung zum MoMA

⁴⁰ The Museum of Modern Art, "Elizabeth Mock Appointed Acting Curator of the Museum's Department of Architecture," Press Release, in: http://www.moma.org/pdfs/docs/press_archives/899/releases/MOMA_1943_0051_1943-09-08_43908-48.pdf abgerufen am 29.03.2014.

⁴¹ Jennifer Tobias, Elizabeth Mock at the Museum of Modern Art, New York 2003. Elisabeth Mock schrieb 1944, wenn der Nachkriegswohnungsbau nicht von Anfang an überholt sein soll, müsse er 'menschlich befriedigend' sein, was auch bedeute, dass es aus sozialer und architektonischer Perspektive wünschenswert wäre, dass jede Nachbarschaft für verschiedene Arten von Familientypen und Einkommensgruppen geplant sei: "if our post-war construction is not to be obsolete from the start, it must be 'humanly satisfactory' in the broadest sense, which also meant that it was socially and architecturally preferable for each neighbourhood to be planned for various kinds of family types and income groups", in: Mock, *Built*, 1944, S. 23.

⁴² Museum of Modern Art, *What is modern architecture?*, New York 1942; Tobias, Mock, 2003.

⁴³ Museum of Modern Art, *What is modern architecture?*, 1942.

⁴⁴ Dirk Schubert, *The Neighbourhood Paradigm*, in: Robert Freestone (Hrsg.), *Urban Planning in a Changing World*, London 2000.

⁴⁵ Henry Russell Hitchcock/Arthur Drexler, *Built in USA*, New York 1952.

⁴⁶ Elizabeth Mock, *In USA erbaut*, Wiesbaden 1948.

schreiben konnte: „Increasingly, the architectural community [...] wants to get into projects that deal in large-scale solutions to large-scale problems“.⁴⁷

Von 1932 an trieb das MoMA moderne Stadtplanung, Wohnungsbau und Nachbarschaft voran. Die Aktivitäten des MoMA, einer elitären Kunsteinrichtung, waren einflussreich für die Schaffung und Verbreitung von modernistischer Architektur und Nachbarschaftsideen. Einige der Hauptakteure, wie Alfred Barr und sein Nachfolger René d’Harnoncourt, sowie Hitchcock, Johnson, Mumford und Bauer waren durchgängig an den Aktivitäten des MoMA beteiligt. Zusammen verfolgten sie ästhetische und sozial-pragmatische Vorstellungen der Moderne. Sie studierten europäische Vorgehensweisen und schlugen ästhetische Prinzipien und pragmatische Adaptionen für die amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten vor, um den amerikanischen Wohnungsbau zu verbessern. Ihr Ziel war es, einen spezifisch amerikanischen Ansatz zu entwickeln. Nach der Depression (und später in der Nachkriegszeit) konzentrierten sich die Museumskuratoren auf den Wohnungsbedarf sowie staatliche Interventionen im Bereich des Stadtumbaus und integrierten die Ideen der europäischen Immigranten. Die unterschiedlichen Planungskulturen in Amerika und Europa standen aber einer Neuorientierung des amerikanischen Städtebaus entgegen.

Prof. Dr. Carola Hein, Bryn Mawr College, Pennsylvania, chein@brynmawr.edu

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Museum of Modern Art/Carol Aronovici, America can't have housing, New York 1934.

Abb. 2: Catherine Bauer Wurster, Modern housing, Boston/New York 1934, Plates S. 37

⁴⁷ Museum of Modern Art, The Museum, 1970.

**Dirk Hempel / Ingrid Schröder (Hg.),
Andocken. Hamburgs Kulturgeschichte
1848 bis 1933, Hamburg 2012**

„Andocken“: Was für ein passender Titel für eine Anthologie von Beiträgen zur Kulturgeschichte Hamburgs! Der von dem Historiker Dirk Hempel und der Sprachwissenschaftlerin Ingrid Schröder herausgegebene Sammelband eröffnet ein breites Spektrum kulturhistorischer Perspektiven auf die Hafenstadt, programmatisch werden vielschichtige Ausprägungen städtischer Lebenswelten zwischen großbürgerlicher Kultur und Alltagskultur von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre thematisiert. Dabei reicht das Tableau der insgesamt 35 „angedockten“ Beiträge von politik-, wirtschafts- und sozialhistorischen Darstellungen über Portraits unterschiedlicher wissenschaftlicher und kultureller Institutionen, über kunst-, architektur- und planungshistorische Beiträge bis hin zu Aufsätzen über die Sportgeschichte Hamburgs und schließlich die Pluralität städtischer Identitäten. Der Sammelband fügt sich damit in eine mittlerweile längere Reihe von Anthologien zur kulturhistorischen Metropolenforschung ein, wie sie vor allem in den letzten drei Jahrzehnten für zahlreiche Städte vorgelegt wurden. Für Berlin etwa sind die beiden bereits in den 1980er Jahren erschienenen, von Jochen Böberg, Tilman Fichter und Eckhart Gillen herausgegebenen Bände zur Industriekultur mittlerweile selbst historisch geworden (*Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert*, erschienen 1984, sowie *Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert* von 1986). Und für Wien haben Monika Sommer, Marcus Gräser und Ursula Prutzsch 2006 die Beitragssammlung *Imaging Vienna. Innensichten, Außensichten, Stadterzählungen* herausgegeben, die sich vor allem mit Stereotypisierungen und Identitätskonstruktionen der Donaumetropole auseinandersetzt.

Für Hamburg fehlt, eine übergreifende und die unterschiedlichen Facetten der Kulturgeschichte der Stadt beleuchtende Zusammenschau. In diese Lücke stößt nun der vorliegende Band vor. Allerdings wird der Betrachtungszeitraum auf die Zeit des

großen Urbanisierungsschubs zwischen dem Revolutionsjahr 1848 und dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft begrenzt. Beide Zäsuren erscheinen im Blick auf die rasante Metropolenentwicklung Hamburgs ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und sowie auf die Folgen der NS-Diktatur für alle politisch-kulturellen Lebensbereiche nachvollziehbar (wobei bereits der Hamburger Brand von 1842 eine stadthistorisch besonders einschneidende Zäsur gebildet hatte). Dennoch geht eine Reihe von Beiträgen inhaltlich wohl begründet über diesen Zeitraum hinaus, um Kontinuitäten, Brüche und Transformationsprozesse deutlich zu machen. Die einzelnen Aufsätze stellen die überarbeiteten Fassungen von Vorträgen dar, die im Rahmen mehrerer interdisziplinärer Ringvorlesungen des Forschungsverbundes zur Kulturgeschichte Hamburgs an der Universität Hamburg zwischen 2007 und 2011 sowie während einer Tagung im Hamburger Warburg-Haus 2008 gehalten wurden. Die Vielfalt der thematischen Ansätze und Reflexionsebenen zwischen monografischen Tiefenbohrungen und auf Zusammenschau angelegten Überblicksdarstellungen erzeugen eine markante Heterogenität der Beitragssammlung, die auch trotz der Einordnung in sieben thematische Großkapitel erhalten bleibt und damit Vielschichtigkeit und Multifacettierung stadtkultureller Manifestationen reflektiert. Dass die Herausgeber im einleitenden Kapitel zumindest stichwortartig die wesentlichen historischen Rahmenbedingungen der Metropolenbildung Hamburgs nachzeichnen, ist daher zur Einordnung in größere Narrative und Spannungsbögen der Hamburger Geschichte unumgänglich.

Die Beiträge im ersten Großkapitel „Kulturen des Politischen in der bürgerlichen Gesellschaft“ reflektieren signifikante, gleichwohl sehr unterschiedliche Aspekte politischer Stadtkultur: Arno Herzig thematisiert jüdische Akkulturation zwischen Säkularisierungsprozessen und Identitätssuche. In zwei Aufsätzen schreibt Rainer Hering über Protestantismus und Moderne und Kirsten Heinsohn gibt einen Überblick über die Geschichte der Hamburger Frauenvereine und ihrer emanzipatorischen Funktion. Ein Beitrag zur Denkmalkultur des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Geschichte der Errichtung des Hamburger Schillerdenkmals und ein Portrait der Schriftstellerin Amalia Schoppe runden das erste Kapitel ab.

Die zweite Beitragsgruppe unter der Überschrift „Institutionen des Bürgertums“ beginnt mit Aufsätzen über die Hamburger Universität zwischen demokratischen und national-konservativen Strömungen, das aus privaten bürgerlichen Initiativen entstandene Museum für Hamburgische Geschichte und die Hamburger Kunsthalle mit Schwerpunkten ihrer Ausstellungspolitik in den 1920er Jahren. Eine ganz andere Perspektive eröffnet Johanna Meyer-Lenz, die in ihrem Beitrag die Entwicklung der pädiatrischen Behandlung in Hamburg anhand des Kinderkrankenhauses Altona und der Kinderklinik am Universitätsklinikum nachzeichnet. Auch Kai Sammet

eröffnet an Beispielen psychiatrischer Kliniken bestürzende Einblicke in die bereits um 1900 nachzuweisende Eugenik-Propaganda.

Das dritte Großkapitel steht unter der Überschrift „Technologien und Praktiken der Moderne“. Es vereint in sich so unterschiedliche Themen wie den U-Bahn-Bau, die Entwicklung von Desinfektionstechniken mittels Chlor und Karbolsäure nach der Cholera-Epidemie von 1892 und die Relevanz technologischer Innovationen in Chronometrie und Navigation für die internationale Schifffahrt als Kernelement der Hamburger Wirtschaft. Dabei geht Gudrun Wolfschmidt in ihren beiden Beiträgen auf die Sternwarten am Millerntor und in Bergedorf sowie auf den von ersterer aus gesteuerten „Zeitball“ am Kaiserspeicher ein.

Mit einem überblickenden Panorama zur Entwicklung der Kunststadt Hamburg in der Weimarer Republik und ihrer Avantgarde in den Bildenden Künsten und der Architektur eröffnet Friederike Weimar das vierte Großkapitel „Darstellungskulturen der Metropole“. Friedrich Geigers Aufsatz zur Musikstadt Hamburg hat ebenfalls Überblickscharakter und beleuchtet die spezifischen Rahmenbedingungen einer Stadt, die anders als Wien, München oder Berlin auf keine Tradition höfischer Kunst- und Musikpflege zurückgreifen konnte. Auch die spätestens seit den 1920er Jahren überregional strahlende Theaterstadt Hamburg entwickelte sich, wie Barbara Müller-Wesemann aufzeigt, ganz wesentlich aus privaten, bürgerlichen Initiativen. Corinna Müller wiederum widmet sich in ihrem Artikel dem Entstehen der Hamburger Kinolandschaft und verweist dabei auf Transformationsprozesse kultureller Wahrnehmungsmuster, die den Kinogenuss nicht mehr nur als populäres Entertainment etikettierte, sondern auch in bürgerlichen Kreisen eine breite Akzeptanz des Filmschaffens als ernstzunehmendem kulturellem Ausdruck beförderte. Es folgen nicht minder aufschlussreiche Ausführungen über die Anfänge des Fußballs in Hamburg und Schleswig-Holstein als Entwicklung populärer urbaner Sportkultur und über die Rolle des immer elitär gebliebenen Hamburger Reitsports in der Weimarer Republik und in den Jahren des Nationalsozialismus.

Das fünfte Großkapitel „Gestaltete und regulierte Räume“ wird durch einen Beitrag Dirk Schuberts eröffnet, der einen Überblick über die Entwicklung der Wohnstadt Hamburg von vorindustriellen, funktionsdurchmischten zu rational geplanten, funktionell differenzierten Stadtstrukturen gibt. Er reflektiert einerseits maßgebliche stadthistorische Ereignisse und deren Folgen, etwa Brand und Choleraepidemie 1842 und 1892. Andererseits zeigt er die großen wirtschaftsstrukturellen, sozialen und städtebaulichen Transformationsprozesse vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang der 1930er Jahre und deren Konsequenzen für Wohnungsbau, Wohnkultur und Wohnungsmarkt. Geerd Dahms untersucht in seinem Beitrag zu Hamburger Unterschichtsquartieren deren Entstehung, Struktur und sich verän-

dernde Wahrnehmungen an innerstädtisch und peripher gelegenen Beispielen. Norbert Fischer thematisiert die Entwicklung weitsichtiger, integrierter Stadt-Umland-Planungen im Großraum Hamburg, die vor allem während der Weimarer Republik unter Stadtbaudirektor Fritz Schumacher fruchtbar gemacht werden konnten. Burcu Dogramaci widmet sich dem zeitgleichen Wirken des Altonaer Bausenators Gustav Oelsner und verweist auf die stadthistorische Bedeutung sowie die baukulturelle Qualität der hier entstandenen kommunalen Architektur. Eine Darstellung der Hamburger Schilleroper in St. Pauli und deren spannungsvoller Geschichte zwischen Zirkusnutzung, Hoch- und Arbeiterkultur, sowie ein Portrait des Kunstgärtners Emilio Richter zwischen Hamburg und Rom schließen das Großkapitel ab.

Unter dem Titel „Industrialisierung und Globalisierung“ folgen im sechsten Großkapitel zwei Beiträge zum Hamburger Hafen als global relevantem Warenumschlagplatz und als Ort überseeischer Migration. Johanna Meyer-Lenz beschließt die Beitragsgruppe mit ihrer monografischen Darstellung der Werft Blohm & Voss einschließlich des „making of“ einer unternehmenskulturellen Corporate Identity.

Im letzten Großkapitel zur „Pluralität städtischer Identitäten“ versammeln sich unterschiedliche Texte zu signifikanten Ausprägungen urbaner Identitäten zwischen stadtbürgerlichem Selbstverständnis und Stereotypisierungen, Identitätskonstruktionen und Klanglandschaften. Neben Beiträgen über Grabplastik als Ausdruck idealer bürgerlicher Konzeptionen von Weiblichkeit sowie den Bau des Verwaltungsgebäudes des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes am Johannes-Brahms-Platz und dessen Semantik legt Lars Amenda eine anregende Studie zur Entwicklung der Hamburger „Soundscapes“ zwischen Hafengeräuschen und den akustischen Räumen St. Paulis vor. Er greift dabei ein Forschungsgebiet auf, das, analog zum Thema urbaner Geruchslandschaften, gerade in jüngerer Zeit ertragreiche Felder im Kontext urbaner Kulturgeschichtsuntersuchungen eröffnete. Ingrid Schröder beschließt die Anthologie mit einer Untersuchung des populären Hamburger Liedguts vom Anfang des 20. Jh. und zeigt dabei, wie der „Hamburger Jong“ als Identität stiftendes Stereotyp des Alltagslebens, des Hafens und St. Paulis wirksam gemacht und vermittelt wurde.

Insgesamt eröffnet der Sammelband also ein breites Panorama unterschiedlichster Aspekte der Hamburger Kulturgeschichte und macht dabei gleichzeitig den Reichtum an Forschungsansätzen deutlich, die hier erkenntnisreich zusammengeführt werden. Angesichts des weiten Feldes an vorgestellten Themen wäre es sicher wünschenswert gewesen, noch stärker zu gewichten und dabei weitere zentrale Aspekte in eigenständigen Beiträgen zu vertiefen, etwa das Hamburger Mäzenatentum, das zwar in einigen Beiträgen wiederholt angesprochen wird, jedoch einer weitergehenden Betrachtung würdig gewesen wäre. Auch die Thematisierung wis-

senschaftsgeschichtlicher Highlights wie etwa der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Aby Warburgs hätte markant in die Zusammenschau integriert werden können, ebenso wie Untersuchungen zur Frage nach Hamburger Habituskonstruktionen. Der vorliegende Band bietet dennoch eine äußerst bereichernde Lektüre, die sicher zu weiteren „Andockungen“ anregt.

**Paul Sigel, Kunst-, Architektur- und Stadthistoriker und Gastprofessor,
'Geschichte und Kultur der Metropole' an der HafenCity-Universität Hamburg
paul.sigel@hcu-hamburg.de**

Innerstädtische Mobilität im Kontext des Siedlungsprogramms „vorstädtische Kleinsiedlung“

Einleitung

„Zuwanderung ist ein Kennzeichen moderner Urbanität. Sie begleitet und bedingt urbanen Wandel, beschleunigt ihn und gibt ihm vielerlei Gesichter.“¹ Mit dieser Aussage verwiesen die Herausgeber von Heft 2/07 der *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* mit dem Themenschwerpunkt „Stadt und Migration“ völlig zu Recht auf den zentralen Stellenwert von Wanderungen für die Entwicklung von Städten in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Blick auf die innerstädtischen Migrationsprozesse im Deutschen Reich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts bestätigt diese Einschätzung und offenbart ein vielgliedriges Bild, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend suburbane Züge trug: angefangen von der Abwanderung der Oberschichten in exklusive Vorortbereiche über den Umzug der Industriebetriebe und -arbeiterschaft an die Peripherien der Städte bis hin zur Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsschichten in suburbaren, „slumähnlichen“ Gebieten.² In diesem Kontext ist auch der innerstädtische Wohnortwechsel im Zuge des staatlichen Siedlungsprogramms „vorstädtische Kleinsiedlung“ zu verorten, welches in der Endphase der Weimarer Republik und den ersten Jahren der NS-Herrschaft Anlass und Plattform für die Wanderungen von über einer halben Million Menschen aus den Stadtzentren in die neu entstehenden Vororte bot und damit das innerstädtische Wanderungsgeschehen in diesem Zeitraum entscheidend prägte.

Entsprechend seiner Ausrichtung als staatlich initiiertes Siedlungsprogramm wurde die Thematik „vorstädtische Kleinsiedlung“ von der Forschung bisher primär

¹ Martin Baumeister/Imke Sturm-Martin, Migration und urbaner Wandel im 20. Jahrhundert, in: IMS H. 2/2007, S. 5–9, hier S. 5.

² Grundlegend hierzu: Tilman Harlander u.a. (Hrsg.), *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Stuttgart 2001. Das diesbezügliche Forschungsprojekt untersuchte polyvalente Suburbanisierungsprozesse von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart.

aus baugeschichtlicher bzw. wohnungs- und siedlungspolitischer Perspektive betrachtet.³ Ein dezidierter Blick aus migrationshistorischer Perspektive indes existiert nicht.⁴ Daher wird in nachfolgender Untersuchung diese Perspektive explizit gewählt, um den Wissensbestand über innerstädtische Mobilität⁵ in den Jahren von 1931 bis 1936 zu erweitern.

Ausgehend von der Grundannahme, dass Migration nicht Ausnahmereisnerung oder ausschließlich Krisenphänomen, sondern ein „Normalfall“ in der Menschheitsgeschichte ist⁶, untersucht moderne Migrationsforschung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen einerseits das Wanderungsgeschehen (Umfang, Entwicklung und Strukturen), sowie andererseits das Handeln und Denken im Migrationsprozess (Bestimmungskräfte, Mentalitäten und Motivationen).⁷ Ganz in diesem Sinne wird im Folgenden

³ Dies gilt vor allem dank der verdienstvollen Arbeiten von Tilman Harlander (vgl. z.B.: Tilman Harlander/Katrin Hater/Franz Meiers, Siedeln in der Not. Umbruch von Wohnungspolitik und Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik, Hamburg 1988; Ders., Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel 1995) sowie diverser Lokalstudien. Exemplarisch hierzu: Joachim Flores, Zur Entstehungsgeschichte von vier Kleinsiedlungen der Zwischenkriegszeit und zum Bedeutungswandel des Nutzgartens im Bewusstsein der heutigen Bewohnerschaft, Diss., Stuttgart 2003; Christian Kopetzki u.a., Süsterfeldsiedlung 1932–1982. Zur Geschichte einer Stadtrandsiedlung für Erwerbslose in Kassel, Kassel 1983; Ulrike Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhäusbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens, München 1999. Dabei konnten die Forschungen auf eine Fülle zeitgenössischer Schriften zur Kleinsiedlungsthematik zurückgreifen. Siehe hierzu z.B. die vielfältigen Schriften von Friedrich Schmidt, Hermann Bellinger, Rudolf Seiff, Rudolf Stegemann oder Joseph Wagenbach.

⁴ Die nachfolgenden Ausführungen bilden dabei einen stark komprimierten Teilaspekt meiner Dissertation „Migration und Weltwirtschaftskrise. Ausgewählte Binnenwanderungen 1929–1936“, die 2014/2015 erscheinen soll.

⁵ Anlehnend an Düvell soll im Folgenden unter innerstädtischer Mobilität die Bewegung über kurze Distanzen verstanden werden, die ein Teilphänomen von Migration darstellt (vgl. Franck Düvell, Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen, Hamburg 2006, S. 7).

⁶ Bereits in den 1940er Jahren verwies der Migrationsforscher Eugene M. Kulischer darauf, dass Migration von jeher die Menschheitsgeschichte prägte und bestimmte: „Every epoch is a period of great migrations.“ (Eugene M. Kulischer, Europa on the Move. War and Populations Changes (1917–47), New York 1948, S. 8); ähnlich pointierte auch der Historiker Klaus J. Bade: „Migration ist ein Konstituens der *Conditio humana* wie Geburt, Vermehrung, Krankheit und Tod. Die Geschichte der Wanderungen ist so alt wie die Menschheitsgeschichte; denn der *Homo sapiens* hat sich als *Homo migrans* über die Welt ausgebreitet.“ (Klaus J. Bade, Historische Migrationsforschung, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), Migrationsforschung und interkulturelle Studien. Zehn Jahre IMIS, Osnabrück 2002, S. 55–75, hier S. 55).

⁷ Jochen Oltmer, Einführung. Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit, Geschichte und Gesellschaft 35:1, 2009, S. 5–27, hier S. 7. Grundsätzlich zu den Beobachtungsfeldern, Raumdimensionen, Forschungskonzepten und -aufgaben historischer Migrationsforschung siehe: Bade, Historische Migrationsforschung; Ders. u.a. (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahr-

erstens die Gestalt der Wanderungen sowie deren Rahmenbedingungen in den Blick genommen, zweitens nach den handelnden Akteuren, ihrer Kommunikation sowie den wesentlichen Determinanten des Wanderungsgeschehens gefragt und schließlich drittens die Entwicklung der Parameter im Kontext der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ herausgearbeitet.

I. Rahmenbedingungen innerstädtischer Mobilität

Gerahmt und beeinflusst wurden die Wanderungen im Kontext des Kleinsiedlungsprogramms von einem Konglomerat aus ökonomischen, arbeitsmarkt- und siedlungspolitischen sowie migrationshistorischen Bedingungen, die hier nur exzerpiert und stark verdichtet wiedergegeben werden können: Einen kaum zu überschätzenden Faktor bildeten hierbei *erstens* die ökonomischen Verhältnisse, die sich von einer tiefen wirtschaftlichen Depression mit hohen Arbeits- und Wohnungslosenzahlen in der Endphase der Weimarer Republik in „Vollbeschäftigung“ und Arbeitskräftemangel ab ca. 1935 verkehrten und damit nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für die Initiierung des Notprogramms „vorstädtische Kleinsiedlung“ schufen, sondern gleichsam auch seine sich verändernde Ausrichtung maßgeblich beeinflussten.⁸

Einen *zweiten* wichtigen Rahmen- bzw. Bezugsfaktor stellten die vielgestaltigen Suburbanisierungsprozesse zu Beginn des 20. Jahrhunderts dar, welche durch zahlreiche siedlungspolitische Theorien, Modelle und praktische Erprobungsformen gekennzeichnet waren und im Kontext einer regelrechten Weimarer „Siedlungseuphorie“⁹ in einer breit geführten Siedlungsdebatte auf Reichs- und Lokalebene thematisiert wurden: von der Gartenstadtbewegung über die Kriegerheimstätte bis hin zu den „wilden Siedlungen“ an der Peripherie.¹⁰ Im Rahmen dieser Bedeutungszunahme des suburbaren Raumes ist auch das Reichskleinsiedlungsprogramm zu verorten. Insbesondere das hohe Gewicht der Subsistenzwirtschaft in den städte- und raumplanerischen Zukunftsvorstellungen des beginnenden 20. Jahrhunderts lieferte

hundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007; Düvell, Europäische und internationale Migration; Dirk Hoerder u.a., *What is Migration History?*, Cambridge 2009.

⁸ Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches in den Jahren 1918 bis 1937 vgl. Wolfgang Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976; Wolfram Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, Opladen 1968; Harold James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Darmstadt 1988.

⁹ Vgl. Harlander, *Siedeln in der Not*, S. 67.

¹⁰ Zur Theorie und Praxis suburbaner Siedlungskonzepte siehe Harlander, *Villa und Eigenheim*; hier besonders: Gerd Kuhn, *Suburbanisierung – Planmäßige Dezentralisierung und „wildes Siedeln“*, S. 163–173; Ders., *Städtebau – Heimstätten, Kleinhäuser und Kleinsiedlungen*, S. 184–197; ausführlich zur zeitgenössischen Diskussion um das Kleinsiedlungsprogramm: Harlander, *Siedeln in der Not*, S. 17–66.

dabei wichtiges Ideengut für die „vorstädtische Kleinsiedlung“. Katalysiert durch die Hungererfahrungen des Ersten Weltkrieges avancierte gerade in der Weimarer Zeit der Gedanke der Armutsprophylaxe und -abwehr mittels eines selbstbewirtschafteten Landstücks zum Kernstück gesellschaftspolitischer Zukunftsvisionen, das ganz bewusst dem „Schreckensbild“ der modernen Großstadt entgegengestellt wurde.¹¹

Eng verknüpft mit den Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozessen war die Genese der innerstädtischen Mobilität im 19. und 20. Jahrhundert. Sie bildete einen *dritten* für die Entstehung und Ausprägung der Wanderungen im Kontext des Kleinsiedlungsprogramms wichtigen Rahmenfaktor. Analog zur regionalen Mobilität stellte auch die starke Zunahme der innerstädtischen Mobilität ein typisches Kennzeichen der Urbanisierung in der Hochindustrialisierungsperiode dar, wie die Studien von Rudolf Heberle und Dieter Langewiesche belegen.¹² Wenngleich spätestens ab 1914 die innerstädtische Mobilität aufgrund verschiedenster Faktoren deutlich abflaute¹³, so blieben doch die gesetzliche Verankerung individueller Freiheitsrechte sowie die allgemeine Akzeptanz von Migration als Element der persönlichen Lebensplanung und Möglichkeit zur Umsetzung ökonomischer und sozialer Chancen richtungweisende Entwicklungen für die Annahme des Kleinsiedlungsprogramms durch die Bevölkerung.¹⁴

Schlussendlich stellte der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigte Wandel in Richtung modernem Interventionsstaat und die Übernahme staatlicher Verantwortung auch im Wohnungs- und Siedlungswesen eine *vierte* maßgebliche Rahmenbedingung dar. Das immense Anwachsen der staatlichen Ordnungs- und Interventionsbereitschaft bzw. -kapazitäten im Krieg und der Weimarer Republik einerseits sowie die staatliche Förderung des dezentralen Kleinwohnungsbaus für „minderbemittelte“ Schichten andererseits schufen weitreichende Voraussetzungen für das

¹¹ Vgl. Michael Prinz, *Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder, Westfalen und Südwestdeutschland 1920–1960*, Paderborn 2012, S. 179–186.

¹² Immer noch grundlegend für diese Thematik: Rudolf Heberle/Fritz Meyer, *Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung. Wirtschafts- und bevölkerungswissenschaftliche Untersuchung über Wanderung und Mobilität in deutschen Städten*, Leipzig 1937, hier S. 99; Dieter Langewiesche, *Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914*, *VSWG* 64:1, 1977, S. 1–40; Ders./Friedrich Lenger, *Räumliche Mobilität in Deutschland vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Axel Schildt u.a. (Hrsg.), *Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a.M. 1988, S. 103–126, hier S. 103–111.

¹³ Vgl. Langewiesche/Lenger, *Räumliche Mobilität*, S. 103–126.

¹⁴ Die individuellen Freiheitsrechte manifestierten sich u.a. in der Weimarer Reichsverfassung (Artikel 111 Freizügigkeit; Artikel 151 Gewerbefreiheit).

Kleinsiedlungsprogramm¹⁵, das vom pervertierten nationalsozialistischen Interventionsstaat schließlich überformt und mehrfach verändert wurde.

Damit richtet sich der Blick nun konkret auf das Reichskleinsiedlungsprogramm, welches die Kontinuität staatlicher Interventionen in der Weimarer Republik fort-schrieb: Vor dem Hintergrund der durch die Weltwirtschaftskrise evozierten kata-strophalen Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und der zunehmenden Re-duzierung der Arbeitslosenunterstützung zielte das durch die 3. Notverordnung (NotVo) vom 6. Oktober 1931 initiierte Siedlungsprogramm „vorstädtische Klein-siedlung“ primär auf die Befriedigung der „Grundbedürfnisse“ nach Nahrung, Wohnung und Arbeit möglichst vieler Erwerbsloser und staatlich unterstützter Kurzarbeiter.¹⁶ Konkret verfolgte das unter reichseinheitlicher Leitung und Kontrol-le stehende Programm eine Gemengelage wirtschaftlicher, politischer und ideologi-scher Zielsetzungen:¹⁷

1. die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Schaffung von Ar-beitsplätzen im Zuge der Errichtung und Bewirtschaftung der eigenen Kleinsiedlerstelle;
2. die Minderung der Wohnungsnot durch verstärkten Kleinhausbau;
3. die Sicherung oder Erleichterung des Lebensunterhalts durch Subsistenz-wirtschaft;
4. die Eindämmung und Überformung der „wilden Siedlungen“ an den Stadt-rändern;
5. die Vorbeugung politischer und sozialer Radikalisierung der erwerbslosen Massen durch Eigentumbildung und Arbeitsbeschaffung;
6. die Auflockerung und Entballung der Städte durch eine kontrollierte Um-siedlung an die Stadtränder.

¹⁵ Vgl. Kuhn, Wohnungspolitik, S. 174–183; Ders., Suburbanisierung, S. 164–173; Karl Christian Führer, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangwirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995; Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik, S. 104–117; zeitge-nössisch: Max J. Wolff, Zwangswirtschaft und Wohnungswesen, Berlin 1929.

¹⁶ „Um die Seßhaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande zu fördern, um die Erwerbslosigkeit zu ver-mindern und Erwerbslosen den Lebensunterhalt zu erleichtern, werden die landwirtschaftliche Sied-lung sowie die Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten und größeren Industriegemeinden (Vor-städtische Kleinsiedlung) [...] gefördert.“ NotVo 6.10.1931, IV Teil, Kap. II, RGBl. I (1931), S. 551–553; außerdem: Die amtlichen Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingär-ten für Erwerbslose vom 10. November 1931, RArBl. I (1931), S. 264; Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose vom 23. Dezember 1931, RGBl. I (1931), S. 790.

¹⁷ Vgl. ebd.; siehe zudem: Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung an Länderregierungen, 7. Dezember 1931, BArch B, R 43 I, Nr. 1290, Bd.1; Harlander, Siedeln in der Not, S. 68–75.

Ein wesentlich die Gestalt der Wanderungsbewegung formendes Element des Programms bildete die in den gesetzlichen Grundlagen relativ klar geregelte Siedlerauswahl. Ihr wurde vonseiten der Reichsregierung eine eminent hohe Bedeutung beigemessen. Nach Meinung des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung Saaßen bildete sie „die erste und wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des Siedlungswerkes“.¹⁸ Aus der Zielgruppe der Erwerbslosen und unterstützten Kurzarbeiter sollten nach bestimmten Kriterien „geeignete“ Siedler ausgewählt werden. Zu diesen Kriterien zählte die Existenz sogenannter „psychologischer“ Voraussetzungen¹⁹ des Siedlers und seiner Angehörigen, die Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Errichtung der Kleinsiedlerstelle sowie die Qualifikation des Siedlers und seiner Angehörigen für die Bewirtschaftung einer Stelle.²⁰

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen entstand in der Endphase der Weimarer Republik ein spezifisches Migrationsgeschehen, das es im Folgenden zu charakterisieren gilt.

II. Charakter der Wanderungen in der Weimarer Republik

Im Zuge des zuvor skizzierten Kleinsiedlungsprogramms wechselten von Oktober 1931 bis Januar 1933 im Deutschen Reich zwischen 123.000 und 150.000 Menschen ihren Wohnort.²¹ Die Ziele dieser aus den innerstädtischen Gebieten heraus-

¹⁸ Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung Saaßen: Die Stadtrandsiedlung, in: Werner F. Bruck (Hrsg.), Die deutsche Siedlung 1932, Münster (Westf.) 1932, S. 95–120, hier S. 106.

¹⁹ Was sich dahinter verbarg, verdeutlicht eine Äußerung des Reichskommissars von Anfang 1932: „Wir wollen keine asozialen Elemente ansiedeln, sondern nur Menschen, die den Willen und die Kraft haben, draußen ein neues Dasein aufzubauen und auf die Vergnügungen und Annehmlichkeiten des Großstadtlebens zu verzichten. Wir können nur Menschen gebrauchen, die mit einer kargen Existenz für sich und die Ihren im Interesse einer besseren Zukunft zufrieden sind.“ Zitiert nach: Wolfgang Otto, Die nebenberufliche Siedlung in Deutschland, ihre sozialpolitische Bedeutung und Problematik, Diss, Halle/Saale 1934, S. 33.

²⁰ Die amtlichen Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung vom 10. November 1931, RArBl. I (1931), S. 264; ausführlich zu den Charakteristika des Kleinsiedlungsprogramms: Harlander, Siedeln in der Not, S. 17–145.

²¹ Zahlenangaben zu den im Kontext des Siedlungsprogramms migrierenden Menschen existieren weder in den Quellen noch in der Literatur. Sie können jedoch anhand der Zahl geschaffener Kleinsiedlerstellen erschlossen werden. Dazu ist die Ermittlung der durchschnittlich auf einer Siedlerstelle lebenden Personen notwendig. Aus der Multiplikation dieser Zahl mit der Anzahl der erbauten Kleinsiedlerstellen resultiert sodann die ungefähre Menge der zu den geschaffenen Siedlerstellen wandernden Personen. Unter Bezugnahme auf die dezidiert erfasste Prozentzahl von „kinderreichen“ Migrantenfamilien (vgl. hierzu z.B. Wille, Ergebnisse der Kleinsiedlung bis 1. April 1937, RArBl. II (1937), S. 362) ergab sich hierbei ein Schnitt von 4–5 Personen pro Siedlerstelle, der auch von diversen Einzelstudien verifiziert wird; vgl. Friedrich Elshoff, Zwei Jahre vorstädtische Kleinsiedlung, Münster (Westf.) 1934, S. 15, 27, 30, 38;

führenden Wanderungen wurden durch die Richtlinien des Kleinsiedlungsprogramms von Oktober und November 1931 definiert, wenn auch in relativ vager Form. So sollten die Kleinsiedlungen „in der Umgebung von Städten und größeren Industriegemeinden“²² errichtet werden und folgende Bedingungen erfüllen: die Ausnutzung vorhandener Verkehrswege zur Siedlungsanbindung, die Existenz von Erweiterungsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur (Kirchen, Schulen usw.), eine günstige Lage zu Arbeitsstätten im Hinblick auf die Wiedereingliederung in die „Berufswelt“ und die Möglichkeit zur Expansion der Wirtschaftsflächen.²³ Ausschlaggebend für die Lage der Kleinsiedlung war zudem die Forderung des Reichskommissars an die Träger, primär Land aus öffentlich-rechtlichem Besitz zur Verfügung zu stellen.²⁴ Da hierfür von den Kommunen vielfach Böden ausgewählt wurden, die in den städtischen Planungen und aufgrund ihrer Lage nur geringen Wert hatten²⁵, liegen die räumlichen Ziele der Wanderungen in der Weimarer Republik im Normalfall in einer „Übergangszone zwischen den letzten Wohnhäusern und der rein land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche“, welche zumeist durch ein „Nebeneinander von Kleingärten, Laubenkolonien, Friedhöfen, Sportplätzen, Rieselfeldern, Kläranlagen und Müllabladepätzen“²⁶ gekennzeichnet war. Diese zeitgenössische Einschätzung bestätigen auch die Prüfberichte des Rechnungshofes zur Verwendung der Reichsmittel für die „vorstädtische Kleinsiedlung“ aus den Jahren 1933/34, die u. a. einen umfassenden Überblick über die räumlichen Ziele der Wanderungen in der Weimarer Republik erlauben.²⁷ Exemplarisch sei nachfolgend die

Deutsche Bau- und Bodenbank, Denkschrift über die vorstädtische Kleinsiedlung, Berlin 1934, S. 17–19; Harlander, Siedeln in der Not, S. 128. Ausgehend von Willes Angaben (I. Bauabschnitt 18.147 Stellen, II. Abschnitt 12.822 Stellen sowie 134.000 bis zum 31. März 1938, vgl. Wille, Künftige Fortentwicklung der Kleinsiedlung, RArBl. II (1938), S. 278, Ders., Ergebnisse, S. 43) ergab sich bei einem Schnitt von 4–5 Personen ein Migrationsvolumen von 123.876–154.845 in der Weimarer Republik sowie ein Gesamtvolumen (bis März 1938) von 536.000–670.000 Personen.

²² NotVo 6.10.1931, IV Teil, Kap. II, RGBl. I (1931), S. 551–553.

²³ Die amtlichen Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung vom 10. November 1931, RArBl. I (1931), S. 264.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ „Die Güte des von den Gemeinden ausgesuchten Siedlungsgeländes liess in einigen Städten zu wünschen übrig, sodass man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, als halte man hier für die Erwerbslosen-siedlungen den schlechtesten Boden für gut genug [...]“ Reichskommissar an die Reichsressorts vom 27. Juli 1932, enthält Bericht über die Tätigkeit des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung, BArch B, R 43 I, Nr. 1290, Bd. 1.

²⁶ Adolf Baumann, Städtebaulich-wirtschaftliche Fragen der Erwerbslosen-Stadtrandsiedlung, Diss. Brandenburg 1933, S. 7; vgl. hierzu auch: Harlander, Siedeln in der Not, S. 83.

²⁷ Vgl. Bericht des Ministerialamtmanns Linke über das Ergebnis der Nachprüfung der Verwaltung und Verwendung der Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung [...] in den Städten [...], BArch B, R 2301, Nr. 5335/36.

Lage der Kleinsiedlungen in der Stadt Osnabrück visualisiert.²⁸



Abb. 1: Plan der Stadt Osnabrück.

²⁸ Eigene Darstellung. Plan der Stadt Osnabrück: Technische Universität Berlin. Architekturmuseum in der Universitätsbibliothek, in: <http://architekturmuseum.ub.tu-berlin.de/index.php?set=1&p=79&Daten=149693>, 11.06.2013.

Lage der Kleinsiedlungen: Bericht des Ministerialamtmanns Linke über das Ergebnis der Nachprüfung der Verwaltung und Verwendung der Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung [...] in den Städten [...] Osnabrück, BArch B, R 2301, Nr. 5335; zudem: Gerd Steinwascher (Hrsg.), Geschichte der Stadt Osnabrück, Osnabrück 2006, S. 729–731.

Gemäß der Zielsetzung, große Massen städtischer Erwerbsloser auf Kleinsiedlerstellen anzusiedeln und zu Selbstversorgern zu machen, bewirkte die von der Reichsregierung zentral geregelte Stellenverteilung, dass in der Weimarer Republik über 50% der Wanderungen im Zuge des Kleinsiedlungsprogramms in Großstädten, in denen die Masse der Erwerbslosen vermutet wurde, stattfanden (über 50% im I. Bauabschnitt und immerhin noch 34,4% im II. Bauabschnitt).²⁹

Tab. 1: Beruflichen Gliederung in der Stadtrandsiedlung Dortmund-Deusen

<u>Beruf</u>	<u>Personen-</u>	<u>Prozentzahl</u>
1. Maurerpoliere, Maurer, Bauhilfsarbeiter	71 =	33,3%
2. Bergleute und Berginvaliden	37 =	17,3%
3. Schlosser, Maschinisten, Mechaniker	28 =	13,1%
4. Sonstige Bauhandwerker (Schreiner, Maler, Dachdecker, Klempner)	28 =	13,1%
5. Sonstige Arbeiter ohne festen Beruf	20 =	9,4%
6. Zimmerleute	13 =	6,2%
7. Gärtner und Landwirte	8 =	3,8%
8. Kopfarbeiter	6 =	2,8%
9. Witwen	2 =	1,0%
Gesamt:	213 =	100%

Der dementsprechend primär aus Erwerbslosen bestehende Kreis der Migranten³⁰ offenbarte in seiner beruflichen Stratifikation trotz lokaler Ausnahmen³¹ eine deutliche Dominanz der Bauberufe. Bei vielen der 33 untersuchten Kleinsiedlungen lag

²⁹ Im gesamten Deutschen Reich wurden gemäß den Zielsetzungen über 50% der Siedlerstellen an den Rändern von Großstädten errichtet (26,1% bei Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern, 12,6% bei Städten von 200.000–500.000 Einwohnern und 15,0% bei Städten mit 100.000–200.000 Einwohnern), wogegen in Gemeinden bis 10.000 Einwohnern nur 14,7% der Siedlerstellen zu finden sind (1,6% in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern, 6,1% in Gemeinden mit 2.000–5.000 Einwohnern und 7,0% in Gemeinden mit 5.000–10.000 Einwohnern); vgl. Wille, Ergebnisse der Kleinsiedlung bis 1. April 1937, RArBl. II (1937), S. 361.

³⁰ Vgl. hierzu: Otto, Die nebenberufliche Siedlung in Deutschland, S. 31; Deutsche Bau- und Bodenbank, Denkschrift, S. 16–19; Elshoff, Zwei Jahre vorstädtische Kleinsiedlung, S. 11–12, S. 30–31, S. 38–39.

³¹ So waren z.B. Görlitz oder Gladbach-Rhyedt Standorte mit einem sehr geringen Anteil von Baufacharbeitern, hier spielten andere Auswahlkriterien eine Rolle. In Gladbach-Rhyedt beispielsweise bevorzugten die Auswahlkommissionen aus arbeitsmarktpolitischen Gründen primär erwerbslose Textilarbeiter. Durch den hohen Anteil von Wohlfahrtsunterstützten in dieser Branche wurde auf diese Weise eine Kostenreduktion und Entlastung der Gemeindefinanzen bezweckt; vgl. Harlander, Siedeln in der Not, S. 128.

der Anteil an Migranten mit Bauberufen, wie z.B. Tischler, Maler, Klempner oder Bauhilfsarbeiter bei 40–60%.³² Dies galt u. a. für Städte wie Greifswald (60%) oder Dortmund. Tab. 1 zeigt eine differenzierte Erfassung der beruflichen Gliederung in der Stadtrandsiedlung Dortmund-Deusen.³³

Die Bevorzugung von Migranten mit Bauberufen erklärt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, vor allem aber aus der Interessenlage lokaler Akteure (z.B. Träger und Gemeinden). Zum einen erleichterte ein hoher Anteil von Siedlern aus dem Baugewerbe die Errichtung der Siedlungsstellen und die spätere Instandhaltung der Kleinsiedlung. Auf diese Weise erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit der Baudurchführung und damit die Sicherheit für das durch die Gemeinde verbürgte Reichsdarlehen. Zum anderen erlaubte die Existenz von Personen mit Bauerfahrung, Trägern und Gemeinden Kosten einzusparen, da Bauunternehmen nun lediglich in geringerem Maße hinzugezogen werden mussten.³⁴

Selbsteugnisse und Befragungen von Kleinsiedlern weisen darauf hin, dass die Entscheidung zur Migration in der Endphase der Weimarer Republik auf multiplen Antrieben wirtschaftlicher, sozialer, politischer und privater Natur beruhte, die häufig miteinander verflochten waren.³⁵ Dazu gehörten die Hoffnung, der Arbeits- und Wohnungslosigkeit zu entkommen, die Möglichkeit, Eigentum zu bilden, die diversen Vergünstigungen des Kleinsiedlungsprogramms, der Wunsch nach „Wohnen im Grünen“ oder die suggerierte Freiheit und Unabhängigkeit einer Siedlerstelle. Im Kontext der Weltwirtschaftskrise war vor allem die persönliche, wirtschaftliche und soziale Notlage maßgebliches, aber eben *nicht* einziges Wanderungsmotiv. Der Zwang der wirtschaftlichen Situation, der Verlust des Arbeitsplatzes und/oder der Wohnung ließ vielen Migranten keine realistische Handlungsalternative, wie einer-

³² Entsprechend in etwa auch den Ergebnissen von Harlander, Siedeln in der Not, S. 127–128, der einen Wert von 1/3 bis 2/3 anführt.

³³ Vgl. Elshoff, Zwei Jahre vorstädtische Kleinsiedlung, S. 11; hier jedoch mit leicht korrigierten Prozentzahlen.

³⁴ „Daher wurden bei der Auswahl zunächst Facharbeiter bevorzugt, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die hieraus sich ergebenden Ersparismöglichkeiten durch Nichtheranziehung weiterer Facharbeiter beim Aufbau der Stelle.“ (Deutsche Bau- und Bodenbank, Denkschrift, S. 16); siehe zudem: Rudolf Stegemann (Hrsg.), Vorstädtische Kleinsiedlung 1933, in: Vom Wirtschaftlichen Bauen, 12. Folge, Dresden 1933, S. 77; Harlander, Siedeln in der Not, S. 128.

³⁵ Antwort auf die Frage nach den Migrationsmotiven geben vor allem die primär in Stadtarchiven zu findenden Bewerbungsschreiben der Migranten [hierzu beispielhaft: Stadtarchiv Weimar (12/7-72-22 Auswahl der Siedler für die vorstädtische Kleinsiedlung 193; 12/7-72-78 vorstädtische Kleinsiedlung) und das Stadtarchiv Hannover (HR 13, Nr. 562-65 vorstädtische Kleinsiedlung)] sowie diverse Befragungen von Migranten und ihren Nachkommen; vgl. hierzu z.B.: Harlander, Siedeln in der Not; Kopetzki/Most/Schlier/Slenczka, Süsterfeldsiedlung 1932–1982; Flores, Entstehungsgeschichte; Krämer-Badoni (Hrsg.), Das Gesellschaftsprojekt des Nationalsozialismus. Stadt und Raum, Bremen 1989.

seits das Verhältnis von bewilligten Siedlerstellen und siedlungswilligen Erwerbslosen, andererseits die Äußerungen von Migranten selbst verdeutlichen: „Mein Mann, der hat das ja, wollen wir mal sagen, aus Not hat der das gemacht. Wir kriegten damals nur die paar Pfennige Unterstützung, was war das damals, 12 Mark [...]. Der hat das dann mehr als Muß gemacht, die anderen Männer haben das auch aus Not gemacht.“³⁶ Kaum anders war der Tenor der Aussage eines anderen Migranten: „Mein Bruder und ich waren auch erwerbslos [...] was wollten wir machen, mit Freude haben wir das angenommen.“³⁷ Auf seine äußerst beengten Wohnverhältnisse nahm indessen der Weimarer Siedlungsanwärter Ernst Schiffmann in seiner Bewerbung vom 15. Dezember 1931 Bezug: „Meine Dachwohnung befindet sich in dem Dachgeschoß Erfurter Straße 36, bestehend aus kleiner schrägen Küche und 2 kleinen Kammern, welche für meine aus 6 Köpfen bestehende Familie nicht im geringsten ausreicht. Meine Familie besteht aus 4 Kindern im Alter von 4 bis 11 Jahren, welche mit uns zusammen in einem Schlafrum untergebracht sind.“³⁸ Die Bewerbung auf die Kleinsiedlerstellen und die Migration an die Stadtperipherie erschien diesen Menschen vielfach als einziger Ausweg oder letzte Chance. Durchaus treffend resümiert Adelheid von Saldern: „Ein wenn auch einfaches Siedlungshaus mit Garten erschien ihnen durchaus als Verbesserung im Vergleich zu ihren alten engen Wohnungen oder zu ihrer wohnungslosen Situation.“³⁹

Erleichtert wurde die Entscheidung zur Abwanderung durch einen weiteren Faktor. Nach Jan Lucassen und Dirk Hoerder konnte eine „Schwächung und Verstärkung von Migrationsmotiven und -potenzialen [...] durch dichten und präzisen Informationsfluss erreicht“⁴⁰ werden. Jochen Oltmer konkretisiert diese Überlegungen noch weiter, indem er ausführt, dass räumliche Bevölkerungsbewegungen durch Kommunikationsprozesse motiviert und strukturiert würden. Damit Wanderungsbewegungen einen gewissen Umfang und eine bestimmte Dauer erreichen, habe es kontinuierlicher Informationen über Wanderungsziele, Migrationspfade oder -möglichkeiten bedurft.⁴¹ Im Fall des Kleinsiedlungsprogramms konnten potenzielle Migranten auf eine ganze Flut von Informationen zurückgreifen: So bewarben die Gemeinden und Städte neu zu errichtende Kleinsiedlungen durch amtliche Bekannt-

³⁶ Zitiert in: Harlander, Siedeln in der Not, S. 243.

³⁷ Zitiert in: ebd.

³⁸ Ernst Schiffmann an Stadtbauamt Weimar, 15. Dezember 1931, Stadtarchiv Weimar 12/7-77-78, Bd. 1.

³⁹ Adelheid von Saldern, Häusererleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1997, S. 145.

⁴⁰ Jan Lucassen/Dirk Hoerder/Leo Lucassen, Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: Klaus Bade u.a. (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007, S. 28–54, hier S. 35.

⁴¹ Vgl. Jochen Oltmer, Einführung, S. 5–27, hier S. 9.

machungen in der Tagespresse und in den Aushängen der Arbeits- bzw. Wohlfahrtsämter. Beispielsweise hieß es in der *Weimarische(n) Zeitung* vom 13. Dezember 1931: „Gemäß der 3. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen u.s.w. vom 06.10.1931 hat die Stadt Weimar für eine städtische Randsiedlung die in Aussicht gestellten Reichsdarlehen beantragt. [...] Um einen Ueberblick über den Bedarf an solchen Siedlerstellen zu erhalten, können schriftliche Anmeldungen und Vormerkungen von geeigneten Interessenten bis zum 2. Jan. 1932 erfolgen.“⁴²

In der deutschen Tagespresse wurden überdies Verlauf und Umfang der Kleinsiedlungen, die Kleinsiedlungsbestimmungen und ihre Entwicklung, die sich verändernden Zielsetzungen oder die Ergebnisse des Siedlungsprogramms ausführlich dargestellt.⁴³ Fachleute diskutierten in Fachorganen wie dem Reichsarbeitsblatt, dem Deutschen Archiv für Siedlungswesen oder der Zeitschrift *Bauen und Wohnen* sowohl spezielle als auch allgemeine Aspekte des Kleinsiedlungsprogrammes.⁴⁴

Als Informationsvermittler agierten zudem die vielfältigen lokalen und überregionalen Zusammenschlüsse der Migranten, welche zum einen die Interessen der Migranten „nach Außen“ vertraten und zum anderen die Koordinierung und Vereinfachung des Kleinsiedleralltages intendierten. Im Zuge der nationalsozialistischen Zentralisierungsbestimmungen lösten sich jedoch viele dieser Vereinigungen auf oder wurden den in immer stärkerem Maße als NS-Überwachungsorgane fungierenden Spitzenverbänden, wie dem „Reichsbund der Kleinsiedler und Kleingärtner e.V.“ und dem „Deutschen Siedlerbund“, angegliedert.⁴⁵ Durch die strenge Hierarchie in der Verbandsarbeit entstand überdies eine Vielzahl untergeordneter Provinzgruppen, die häufig mit ihren eigenen Verbandsorganen und Sonderschriften

⁴² Bekanntmachung des Stadtvorstandes Weimar, *Weimarische Zeitung*, 13. Dezember 1931, ThHStA Weimar, Bestand Zeitungen.

⁴³ Eine Vielzahl solcher Zeitungsartikel findet sich im Landesarchiv Berlin (LArch B, B Rep. 142-04, Nr. 142, 504, 559), im Geheimen Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz (GStA I. HA Rep. 151 IC, Nr. 12337, 12338) oder im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch B, R 43 I, Nr. 1290). Die Artikel erschienen in Zeitungen im gesamten Deutschen Reich, z.B. in der Rheinisch-Westfälischen-Zeitung, im Berliner Tagesblatt oder in der Kölnischen Zeitung.

⁴⁴ Fachleute, wie z.B. der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung Saaßen, die Ministerialräte Prof. Dr. Friedrich Schmidt und Wilhelm Gisbertz veröffentlichten Beiträge in gängigen Fachorganen (z.B. Reichsarbeitsblatt, Deutsche Siedler-Zeitung, Vom wirtschaftlichen Bauen).

⁴⁵ Ausführlich zur Geschichte des „Deutschen Siedlerbundes“: Deutscher Siedlerbund (Hrsg.), *Die Kleinsiedlung und ihre Entwicklung. Ein Überblick über Sein und Werden der Kleinsiedlung und des Deutschen Siedlerbundes*, Hamburg 1960; Rausch, Hans, *Von der Kleinsiedlung zum Eigenheim. Verbandsgeschichte*, in: Verband Wohneigentum e.V. (Hrsg.), *Festschrift zum 75-jährigen Bestehen*, Köln 2010, S. 20-42.

an die Öffentlichkeit traten.⁴⁶ So veröffentlichte z.B. die Landesgruppe Bayern im Jahre 1934 ein „Merkbüchlein“ für Siedlungsinteressierte:

„Die in den letzten Wochen immer stärker einsetzende Nachfrage nach Reichskleinsiedlerstellen hat die Landesgruppe Bayern der Kleinsiedler e.V. [...] zur Herausgabe des vorliegenden Merkbüchleins veranlaßt. [...] Es soll lediglich dem erwerbslosen, siedlungswilligen Volksgenossen ein bescheidener Wegweiser sein, wie er zu einer Reichskleinsiedlungsstelle gelangen kann, um [...] neuen Mut und neue Hoffnung für seine und seiner Familie Zukunft schöpfen zu können.“⁴⁷

Darüber hinaus verbreiteten sich Informationen bezüglich neuer Kleinsiedlungen über polyvalente informelle Wege (z.B. Kirchen, Parteien, Vereine oder Nachbarschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen), wie Befragungen von Migranten deutlich zeigten.⁴⁸

Über diese multiplen Kanäle mündlicher und schriftlicher Auskunftserteilung und Beratung von staatlicher und privater Seite waren Herkunftsräume und Zielgebiete eng miteinander verbunden. Der stetige Transfer von migrationsrelevantem Wissen ließ die Zukunft im Zielgebiet nicht mehr ganz so ungewiss erscheinen und erleichterte damit die Entscheidung zur Migration.

III. Transformation der Wanderungen im Nationalsozialismus

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, die den Kleinsiedlungsbau ganz ins „propagandistische Zentrum“ ihrer Wohnungspolitik stellten, erfuhr das Kleinsiedlungsprogramm eine sukzessive Neuausrichtung hin zu einem spezifisch nationalsozialistischen Profil. Vor dem Hintergrund der nur langsam abflauenden Weltwirtschaftskrise stand das Kleinsiedlungsprogramm in den Jahren 1933/34 primär unter dem Primat der Wirtschaftlichkeit, Wirtschaftsanknüpfung und Arbeitsbeschaffung.⁴⁹ Dies fand seinen Ausdruck in einer verstärkten Fokussierung des Klein-

⁴⁶ Exemplarisch seien hier nur genannt: Kleinwirtschaft. Offizielles Nachrichtenblatt der Provinzgruppe Kurhessen im Reichsverband deutscher Kleingärtner und Kleinsiedler e.V., Pommerscher Kleingärtner sowie: Kleinsiedlung. Nachrichtenblatt der Provinzgruppe der Kleingärtner und Kleinsiedler im Reichsverband deutscher Kleingärtner und Kleinsiedler e.V.

⁴⁷ Angekündigt in: 24 Fragen für den Bewerber um eine Reichskleinsiedlerstelle, Bayerische Siedlerzeitung. Offizielles Nachrichtenblatt der Landesgruppe Bayern der Kleinsiedler e.V. 1, 1934, S. 4.

⁴⁸ In den von Harlander durchgeführten Befragungen von Migranten und ihren nachfolgenden Generationen ließ sich die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten feststellen, vgl. Harlander, Siedeln in der Not, S. 204, 305.

⁴⁹ „In allmählicher Umstellung wurden wirtschaftspolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben. Es sollten die Siedlungen nicht mehr an Stellen der größten Arbeitslosigkeit, sondern dort errichtet werden, wo ein gesicherter, dauernder Arbeitskräftebedarf vorlag.“, in: Deutscher Siedlerbund (Hrsg.), Die Kleinsiedlung, S. 14; vgl. außerdem: Tilman Harlander u.a., „Siedeln tut Not“. Wohnungsbau und

siedlungsprogramms auf Kurzarbeiter, die sich in folgenden Ausführungen des Reichsarbeitsminister Franz Seldte vom 20. Februar 1933 widerspiegelt:

„Die vorstädtische Kleinsiedlung kann nach ihrer ganzen Anlage in der Regel keine volle Existenz schaffen. Sie fordert ein ergänzendes Einkommen aus anderen Erwerbsquellen oder zusätzliche Bezüge. Bei der Auswahl der Bauvorhaben und der Anlage der Kleinsiedlungen muß auf diesen Gesichtspunkt besonders geachtet werden.“⁵⁰

Mit diesem Wandel veränderten sich zugleich auch der *Umfang*, die *Migrationsmotive* und die *Struktur* der Wanderungsbewegung. In den Jahren 1933/34 stieg der Anteil der Kurzarbeiter unter den Migranten massiv an. Wurden z.B. in Berlin im I. und II. Siedlungsabschnitt von 1800 bzw. 800 Siedlerstellen nur 216 bzw. 94 mit Kurzarbeitern besetzt, so stieg diese Zahl im III. Abschnitt auf 374 Kurzarbeiter bei 700 Siedlerstellen, also um mehr als 50%.⁵¹ Bereits im August 1933 berichtete das preußische Staatsministerium: „Der Zahl nach überwiegen schon heute die erstellten Kurzschichtensiedlungen, bei denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zur Kurzarbeit verpflichten.“⁵²

Die Auswahl dieser Migranten unterlag dabei zunehmend der nationalsozialistischen Rassen- und Bevölkerungspolitik. Das neue Profil der nationalsozialistischen Kleinsiedlung machte bereits am 21. September 1933 der Reichsarbeitsminister deutlich:

„Ich benutze die Gelegenheit, um alle mit der Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung befassten Stellen zu ersuchen, bei der Auswahl und Betreuung der Siedler auf die Wahrung der bevölkerungs- und familienpolitischen Gesichtspunkte [...] ganz besonders Bedacht zu nehmen, insbesondere auch im Interesse der Erhaltung und Vermehrung der Volkskraft nur rassisch wertvolle und erbgesunde Siedlerfamilien anzusetzen, minderwertige, namentlich an vererblichen geistigen und körperlichen Gebrechen leidende Siedler, deren kranker und asozialer Nachwuchs schliesslich nur die Gesamtheit belastet und die Volkskraft schwächt, aber auszuscheiden.“⁵³

Nach Friedrich Schmidt schloss daraufhin das NS-Regime spätestens ab Oktober 1934 grundsätzlich „nicht-arische“ Siedlungsanwärter vom Kleinsiedlungspro-

Selbsthilfe im Wiederaufbau, Aachen 1992, S. 41–43; Ute Peltz-Dreckmann, Nationalsozialistischer Siedlungsbau, München 1978, S. 121–125.

⁵⁰ Reichsarbeitsminister an Regierungen der Länder vom 20. Februar 1933, BArch B, R 2301, Nr. 5315.

⁵¹ Oberbürgermeister Berlin an Bezirksämter, Betreff: Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlungen als Kurzarbeitersiedlungen, 6. November 1933, LaB, A Rep 044-08, Nr. 156.

⁵² In: Rheinische Blätter für Wohnungswesen H. 8/1933, S. 150.

⁵³ Reichsarbeitsminister an Länderregierungen vom 21. September 1933, BArch B, R 2, NR. 19124, Bd. 1.

gramm aus.⁵⁴ Alle Zweifel beseitigte der Ablösungserlass vom 12. Februar 1935, der den vom NS-Regime zugelassenen Migranten klar definierte: „alle ehrbaren minderbemittelten Volksgenossen [...], die ebenso wie ihre Ehefrauen deutsche Reichsangehörige, arischer Abstammung [...], national und politisch zuverlässig, rassisch wertvoll, gesund und erbgesund sind.“⁵⁵ Gleichzeitig intendierten die Nationalsozialisten nunmehr, einerseits missliebige Siedler (wie Kommunisten, Sozialisten etc.) wieder von den Siedlerstellen zu entfernen und andererseits sogenannte „verdiente Volksgenossen“ damit zu belohnen.⁵⁶ Die konkrete Umsetzung der NS-Maximen war indes vielfach vom Agieren der lokalen Akteure abhängig.⁵⁷ So konnten in München auch Kleinsiedler auf ihrer Stelle verbleiben, die nicht dem NS-Migrantentypus entsprachen⁵⁸, während z.B. der Weimarer Oberbürgermeister auf eine rigide Umsetzung der Bestimmungen drang, wie seine Anordnung an das Stadtbauamt vom 26. Februar 1935 beweist: „Um zu gewährleisten, daß bei der Vergebung von Siedlerstellen nur erbtüchtige Familien mit erbgesunden Kindern ausgewählt werden, bitte ich, jeweils die Namen der in Aussicht genommenen Siedler dem Wohlfahrtsamt mitzuteilen.“⁵⁹

Neben der Sozialstruktur veränderten sich zudem die Migrationspfade: Eine breitere Streuung der Migrationsströme wurde hervorgerufen durch die ebenfalls der Neuausrichtung geschuldete Konzentration des Kleinsiedlungsprogramms auf Klein- und Mittelstädte.⁶⁰ Im gesamten Deutschen Reich stieg hierdurch die Zahl der am Siedlungsprogramm beteiligten Gemeinden von 233 im I. Bauabschnitt (10. November 1931–1. Juli 1932) auf 815 im III. Bauabschnitt (20. Februar 1933–6. Juli

⁵⁴ Vgl. Friedrich Schmidt, *Die Kleinsiedlung*, Berlin/Leipzig 1935, S. 47.

⁵⁵ Reichsarbeitsminister an Regierungen der Länder, Fortführung der Kleinsiedlung (Ablösungserlaß), 12. Februar 1935, BArch B, R 43II, Nr. 205.

⁵⁶ Hierzu heißt es wiederum im Ablösungserlass: „Innerhalb des hiernach zugelassenen Personenkreises sind Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer [...] der nationalen Erhebung und der nationalen Arbeit [...] bevorzugt zu berücksichtigen.“, in: ebd., *Die Kleinsiedlerstelle verkörperte in diesem Kontext nicht mehr das Notstandsimage der Weltwirtschaftskrise, sondern diente als Auszeichnung und „Statussymbol“*.

⁵⁷ Sie muss daher von Fall zu Fall geklärt werden und soll an dieser Stelle nur Andeutung finden.

⁵⁸ Vgl. Haerendel, *Kommunale Wohnungspolitik*, S. 250.

⁵⁹ Oberbürgermeister Weimars an Stadtbauamt Weimar, 26. Februar 1935, zitiert in: Udo Wohlfeld/Hans-Joachim Müller, *Siedlersfreud. Die Anfänge der vorstädtischen Kleinsiedlung in Oberweimar*, Weimar 2007, S. 78.

⁶⁰ „Kleinsiedlungen dürfen deshalb insbesondere nur da angelegt werden, wo es nicht ausgeschlossen ist, daß der Siedler bei Besserung des Arbeitsmarktes wieder Arbeit findet. Nach Lage der Verhältnisse dürften die Aussichten auf Erfolg der Siedlung in den mittleren und kleineren Städten besonders günstig sein. Ich bitte deshalb, mittlere und kleinere Städte bei der Verteilung der Stellen in gesteigertem Maße zu berücksichtigen.“ Reichsarbeitsminister an Regierungen der Länder vom 20. Februar 1933, BArch B, R 2301, Nr. 5315.

1933), da eine Vielzahl von bisher aufgrund ihrer Größe unbeachteten Städten nun die Möglichkeit bekam, Reichsmittel zu beantragen und Siedlerstellen zu errichten. Die Zahl der involvierten Gemeinden erhöhte sich damit um das 3,5fache.⁶¹ Gleichzeitig resultierte aus der breiteren Streuung der Migrationsströme ein Anwachsen des Wanderungsumfangs. Allein die vier Monate des III. Bauabschnitts wiesen mit ca. 70.000 bis 88.000 Migranten einen mehr als halb so großen Umfang wie die Wanderungen im gesamten Zeitraum von Oktober 1931 bis Januar 1933 auf (125.000–150.000).⁶²

Auch die Migrationsmotive unterlagen einer gewissen Veränderung. Nach der „Machtergreifung“ traten neben die zuvor angeführten Antriebe noch weitere. Als bedeutsam erwiesen sich dabei in den ersten Jahren der NS-Herrschaft vor allem die Einkommensergänzung und der Rückzug in die Privatsphäre.⁶³ Mit der Migration in die „vorstädtischen Kleinsiedlungen“ bot sich den Kurzarbeitern die Möglichkeit, ihre Einkommensverluste zumindest partiell auszugleichen. Kleintierhaltung und Gartenwirtschaft versprachen eine gewisse Nahrungsmittelversorgung. Für andere war der „Mikrokosmos Kleinsiedlung“ mit seiner oftmals ganz eigenen Migrantengemeinschaft⁶⁴ und dem abgelegenen eigenen Heim im Kontext anwachsender nationalsozialistischer Kontroll-, Steuerungs- und Unterdrückungsmechanismen eine Art Rückzugsort. Ein Migrant berichtete diesbezüglich: „Wir waren hier auch immer etwas außen vor. Soweit außen vor, daß [...] ich war nicht in der HJ [...] und so waren ne ganze Reihe in meinem Alter, die gar nicht in der Hitlerjugend waren.“⁶⁵

Ab dem Jahr 1935 vollzog sich mit der Transformation der Kleinsiedlung zur sogenannten „Stammarbeitersiedlung“ schließlich ein erneuter Wandel der Bevölkerungsbewegungen. Die Gründe für die Neustrukturierung des Kleinsiedlungspro-

⁶¹ Vgl. Deutsche Bau- und Bodenbank, Denkschrift, S. 12–14. Ausschlaggebend hierfür waren zudem die weiterhin prekäre Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie die starke propagandistische Betonung der Kleinsiedlung durch die Nationalsozialisten.

⁶² Ausgehend von den 17.611 Stellen des III. Abschnitts (vgl. Rudolf Seiff, Die deutsche Kleinsiedlung, Berlin 1941, S. 15) ergibt sich ein Migrationsvolumen von 70.444–88.055.

⁶³ Ausführlich in der Dissertationsschrift des Autors „Migration und Weltwirtschaftskrise“.

⁶⁴ Das Kleinsiedlungsprogramm besaß durchaus eine gemeinschaftsfördernde Komponente. Geboren aus der Notwendigkeit, bei der Errichtung der Kleinsiedlerstellen zusammenzuarbeiten, entstand vielfach eine feste Siedlergemeinschaft, die von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung geprägt war. Die abgelegene Lage der Kleinsiedlungen und die mitunter ablehnende Haltung der Umgebung gegenüber den Migranten verstärkten diese Gemeinschaft noch zusätzlich und führten in vielen Fällen zur Entwicklung eines speziellen „Wir-Gefühls“ unter den Migranten, vgl. Kopetzki/Most/Schlier/Slenczka, Susterfeldsiedlung 1932–1982, S. 78, 83; Saldern, Häusererleben, S. 145. Von der Entwicklung eines speziellen Gemeinschaftsgefühls berichten zudem die vielfältigen Jubiläumsschriften von Siedlungsgemeinschaften.

⁶⁵ Zitiert in: Harlander, Siedeln in der Not, S. 256.

gramms waren vor allem wirtschaftlicher und finanzieller Natur: Das Siedlungsprogramm hatte vor dem Hintergrund der relativen „Vollbeschäftigung“ 1935/36 seinen Erwerb schaffenden Impetus verloren und bezweckte unter der Prämisse der Wirtschaftsausrichtung und Arbeitskräftelenkung nun, die vollbeschäftigten „Stammarbeiter“ mit preisgünstigen Wohnungen zu versorgen und Infrastruktur- bzw. Rüstungsprojekte zu unterstützen.⁶⁶ Evoziert durch diese Neuausrichtung kehrte sich laut des Statistischen Jahrbuchs deutscher Gemeinden das Verhältnis der Stellen, die mit Erwerbslosen und Kurzarbeitern besetzt wurden, gegenüber den mit „Stammarbeitern“ besetzten Stellen von 4.966 zu 237 (zwischen Oktober 1933 und Oktober 1934) auf 313 zu 1.811 (bei den 1936 fertiggestellten Siedlerstellen) geradezu um.⁶⁷ Stadtrandsiedlungen mit einem hundertprozentigen Anteil von „Stammarbeitern“ entstanden im Jahre 1936 z.B. in Berlin, Essen, Bochum oder Lübeck.⁶⁸ Für diese Migrantengruppe spielten Erwerbslosigkeit und Einkommensergänzung als Wanderungsmotive kaum noch eine Rolle. Einen Anreiz zur Migration stellte das Kleinsiedlungsprogramm für sie primär durch die Möglichkeit des Erwerbs von preisgünstigen Wohnungen und – bei der Anbindung an industrielle Werke – durch potenziell kurze Arbeitswege dar.⁶⁹

IV. Resümee

Die Wanderungen im Kontext des Kleinsiedlungsprogramms bewegten und entwickelten sich im interdependenten Spannungsfeld sich verändernder politischer Systeme, verschiedenster Vorstellungen zur Raumordnung und -planung sowie einer wirtschaftlichen Situation, die sich innerhalb weniger Jahre von einer tiefen Krise zu einer relativ „flourierenden“ Wirtschaft transformierte. Trotz polyvalenter Rahmenbedingungen und Determinanten waren besonders die Strukturen und Maßnahmen der politischen Organisation einerseits und die ökonomische Entwicklung andererseits von zentraler Bedeutung für das Erscheinungsbild und die Ausprägung der Wanderungen. So prägten und formten die sich wandelnden Bedingungen des

⁶⁶ „In erster Reihe sollen solche Arbeiter angesiedelt werden, die sich in einem festen Arbeitsverhältnis befinden [...] (Stammarbeiter).“, in: Bestimmungen zur Förderung der Kleinsiedlung vom 21. April 1936, BArch B, R 2, Nr. 5896; auf diese Weise sollte eine „bodenständige“ Industriearbeiterschaft geschaffen werden, um der Industrie an ihren Standorten langfristig und zuverlässig zur Verfügung zu stehen, vgl. Dieter Münk, *Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus*, Bonn 1993, S. 195.

⁶⁷ Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 30, 1935, S. 441–443; Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 33, 1938, S. 75–80.

⁶⁸ Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 33, 1938, S. 75–80.

⁶⁹ Aufgrund des weiterhin – besonders bei erschwierlichen Wohnungen – grassierenden Wohnraumman-gels (vgl. Münk, *Organisation*, S. 236–237) war die Migration damit auch für „Vollarbeiter“ zumindest eine denkbare Alternative.

Arbeitsmarktes zu einem gewissen Grad sowohl die politischen Zielsetzungen und Maßnahmen als auch die Gestalt der Migrationsbewegung. Gemäß der sich transformierenden wirtschaftlichen Lage veränderte auch die Wanderungsbewegung mehrfach ihr Profil. Resultierte sie in den Jahren 1931–1934 vornehmlich aus den Folgen der Weltwirtschaftskrise, wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, so wurde sie ab ca. 1935 vom rüstungsbedingten Aufschwung der Wirtschaft beeinflusst. Im Kontext der Infrastruktur- und Rüstungsprojekte avancierte das Kleinsiedlungsprogramm zu einem auf „Stammarbeiter“ ausgerichteten Instrument der Industrie- und Standortpolitik.

Außer durch die wirtschaftliche Situation wurde das „Wanderungssystem“ vor allem durch die migrationspolitischen Maßnahmen des Staates determiniert. Staatliches Handeln formte, steuerte und kontrollierte sowohl in der Weimarer Republik als auch in gesteigerter Form im Nationalsozialismus die Migrationsbewegung sowohl im Blick auf Verlauf und Umfang als auch hinsichtlich der Sozialstruktur der Migranten. Instrumente und Mechanismen der Einflussnahme bildeten dabei vor allem die klar formulierten Durchführungsbestimmungen des Kleinsiedlungsprogramms, die Verteilung der Stellen und Reichsmittel und das Verfahren der Migrantenauswahl. Aufgrund der reichseinheitlichen Leitung und Kontrolle des Kleinsiedlungsprogramms bestimmte zu einem gewichtigen Teil der Staat, wohin gewandert wurde, wer migrieren durfte und wie das Migrationsverfahren organisiert und durchgeführt wurde.

Das Siedlungsprogramm wurde insofern von den jeweiligen Reichsregierungen ganz bewusst als Instrument zur Steuerung und Kontrolle von Migration sowie zur Lenkung von Arbeitskräften in bestimmte Regionen genutzt. War dies bereits in der Weimarer Republik erkennbar, so wurden ab 1933 die Kontroll- und Selektionsmechanismen noch einmal deutlich erweitert. Ein ganzer Überwachungsapparat hatte nun die Migranten fest im Blick. Er sollte dafür Sorge tragen, dass die Migranten den politischen und rassenideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten entsprachen und für ungeeignet erachtete Personen ausgeschlossen wurden. Aufgrund dessen charakterisierte in den Jahren der NS-Herrschaft Exklusion und Inklusion nicht nur das Konstrukt der „NS-Volksgemeinschaft“, sondern auch die Migrationsbewegung in die vorstädtischen Kleinsiedlungen. Insgesamt bewies die Untersuchung damit, dass in der Weimarer Republik und den ersten Jahren der NS-Herrschaft nicht nur im transnationalen Wanderungsgeschehen⁷⁰, sondern gleichsam im Bereich der Binnenwanderungen durch staatliche Interventionen geformte Migrationsbewegungen existierten. In dieser Hinsicht stellte das Kleinsiedlungsprogramm jedoch kein singuläres Phänomen dar. Vielmehr kann es in ein breites Spek-

⁷⁰ Vgl. hierzu: Jochen Oltmer, *Migration und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2005.

trum vom Markt dynamisierter und durch staatliches Handeln geformter Migrationen eingeordnet werden, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von den Stadtzentren an die Peripherien führten. Wurden diese Migrationen in der Weimarer Republik noch von verschiedensten Formen „ungeplanter“ Suburbanisierung flankiert, so formten sich im Nationalsozialismus staatliche Kontrolle, Regulation und Lenkung zum zentralen Charakteristikum der polyvalenten Suburbanisierungsprozesse aus, wie auch das Beispiel des Kleinsiedlungsprogramms zeigte.

Nur angedeutet werden konnte hingegen, dass bei der Umsetzung der normativen Vorgaben und administrativen Regelungen die lokalen Akteure durchaus Handlungsspielräume besaßen und ihre lokalen Interessen, Ressourcen und Praktiken mitunter erfolgreich in den Prozess des Aushandelns von Migration einbrachten, wodurch sich lokale bzw. regionale Besonderheiten im Migrationsgeschehen herausbildeten. Dies wurde im Vorhergehenden z.B. bei der Migrantenauswahl oder den Zielgebieten offenkundig. Vor diesem Hintergrund erscheint insbesondere die zudem höchst aktuelle⁷¹ Untersuchung lokaler Auffassungen sowie Praktiken und ihrer Bedeutung für die Ausprägung regionaler Besonderheiten im Wanderungsgeschehen mittels tiefenscharfer Mikroanalysen als gewinnbringende Zukunftsaufgabe.

**Jan Andreas Kaufhold, M.Ed., Doktorand im Fachbereich Neueste Geschichte
Universität Osnabrück, jkaufhol@uni-osnabrueck.de**

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Plan der Stadt Osnabrück: Technische Universität Berlin. Architekturmuseum in der Universitätsbibliothek, in: <http://architekturmuseum.ub.tu-berlin.de/index.php?set=1&p=79&Daten=149693>, 11.06.2013.

⁷¹ Zur Aktualität der lokalen Perspektive in der Migrationsforschung sei auf die unlängst (1./2. Oktober 2013) in Osnabrück abgehaltene Tagung „Migrationsregime vor Ort – lokale Migrationsregime“ verwiesen. Siehe Jens Gründler, Bericht zur Tagung „Migrationsregime vor Ort – lokale Migrationsregime“, in Martin Geiger/Carsten Felgentreff (Hrsg.), Migration und Umwelt, IMIS-Beiträge 44, Osnabrück 2013, S. 141–145.

Kulturelles Gedächtnis zwischen Herrschaftspolitik und Orientierungspraxis. Das Stadtprofil Hannovers im Nationalsozialismus

Stadt- und Regionalgeschichte erfreut sich seit den 1970er Jahren anhaltenden Interesses in der historischen Forschung zum Nationalsozialismus. Dabei wurden bislang die Stadt, das Dorf oder die Region hauptsächlich als Projektionsfläche nationaler Politik in Form eines quellentechnisch gut eingrenzbaeren Mikrokosmos aufgefasst. Die Studien zu lokalen und regionalen Strukturen dienten dazu, Rückschlüsse auf die Funktionsweise des Nationalsozialismus im Ganzen zu ziehen; die Stadt wurde vorrangig als bloße Örtlichkeit der NS-Herrschaft begriffen. Mittlerweile setzt sich jedoch die Erkenntnis durch, dass jede Stadt auch eine eigene Qualität hat, die sich im Laufe seiner Geschichte als Ergebnis nationaler, regionaler und lokaler Akteure, Strukturen und Prozesse ausformt.¹ Neuere Forschungen haben sich bereits der Frage gewidmet, wie sich nationale Systemwechsel in der Repräsentation einzelner Städte niederschlagen.² Daran anknüpfend soll im Folgenden die Ehrungspolitik Hannovers zwischen 1933 und 1945 daraufhin untersucht werden, wie sich das Stadtprofil Hannovers im Verlaufe des Nationalsozialismus veränderte.³

Die Ehrungspolitik umfasst vielfältige kulturelle Praktiken. Es wurden unter anderem Ehrenbürger ernannt, Denkmäler errichtet, Gedenktafeln angebracht, Straßen und Preise nach anerkannten Persönlichkeiten benannt oder Feierlichkeiten ihnen zu Ehren ausgerichtet. Ehrbezeugungen geben Aufschluss über die sich in ihnen manifestierenden Herrschaftsprozesse: Planung und Durchführung der Ereignisse offenbaren Aushandlungsprozesse und reale Machtpotenziale einzelner Beteiligter, die durchaus von ihrer formalen politisch-hierarchischen Position abweichen

¹ Vgl. bes. Helmuth Berking/Martina Löw (Hrsg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*, Frankfurt a. M./New York 2008.

² Vgl. Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)*, Stuttgart 2005.

³ Der Beitrag basiert auf der Monografie von Petra Spona, *Städtische Ehrungen zwischen Repräsentation und Partizipation. NS-Volksgemeinschaftspolitik in Hannover*, Stuttgart 2010.

können.⁴ Welchen Akteuren gelang es, Denkmäler, Gedenktafeln und Straßennamen zur Repräsentation ihrer Politik zu installieren? Über welche Handlungsräume verfügten die beteiligten Akteure und wer war überhaupt beteiligt?

Ehrungen dienten aber auch dazu, Stadtbilder zu prägen.⁵ Die Akteure bemühten sich, ihrer Stadt ein ansprechendes Image zu verleihen, um es als Wirtschaftsstandort oder Freizeitziel effektiv vermarkten oder sich im reichsweiten politischen Vergleich der Städte gut profilieren zu können. Ehrungen dienten den städtischen Akteuren als Anlässe zur Selbstverständigung über Geschichte und Gegenwart ihrer Stadt und zur Herstellung detaillierter Selbstbilder von Hannover. In welchem Ausmaß lassen sich in den Stadtbildern nationalsozialistische Elemente nachweisen? Wurden Aspekte der Stadtgeschichte umgeschrieben? Welche Rolle spielten Ehrungen für die Einwohner Hannovers, die oftmals die Adressaten waren?

Hannover hatte in der Weimarer Republik keine herausgehobene Stellung unter den Großstädten des Deutschen Reiches eingenommen und gelangte auch nach 1933 nicht zu größerer Bedeutung, im Unterschied zu Berlin als Reichshauptstadt oder München als ‚Hauptstadt der Bewegung‘. Hannover galt in den 1920er Jahren als ‚Großstadt im Grünen‘ und war zumindest in Künstlerkreisen als Zentrum der Moderne bekannt.⁶ Da es aufgrund der NS-Kulturpolitik unmöglich war, sich als Standort moderner Kunst zu präsentieren, stellt sich die Frage nach den praktizierten Alternativen oder Schwerpunktverlagerungen im Stadtprofil. Inwiefern wandelte sich Hannovers Spezifik während der NS-Zeit oder wurde sie gar eingeebnet? Gab es Beharrungskräfte, die sich gegen eine Nazifizierung sträubten, oder eher umgekehrt einen ‚lokalen Nationalsozialismus‘? Und: Wer und was war eigentlich Hannover?

Im Folgenden soll zuerst der Wandel der städtischen Akteure dargelegt werden, anschließend die über Ehrungen vorgenommenen Sinnstiftungen und Deutungsangebote. Der letzte Teil fragt nach den „sozialen Gebrauchsweisen“⁷ von Ehrungen und stellt eine Methode vor, Aneignungsweisen der Einwohner in ihrer zugrundeliegenden Struktur zu verstehen. Als Quellenbasis dienten vor allem die im Stadtarchiv Hannover gesammelten Akten aus der Stadtverwaltung, die zu vielen, auch

⁴ Vgl. hierzu die Theorie des Sozialen Raums bei: Pierre Bourdieu, Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Martin Wentz (Hrsg.), Stadt-Räume, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 25–35.

⁵ Zur Unterscheidung von Stadtimages und Selbstbildern als zwei Arten von Stadtbildern vgl. Sandra Schürmann/Jochen Guckes, Stadtbilder – städtische Repräsentationen, in: IMS, H. 1/2005, S. 5–10, hier S. 5.

⁶ Vgl. Ines Katenhusen, „Hannover ist nie ein Athen gewesen, eher denn ein Sparta“. Bildende Kunst und Politik in Demokratie und Diktatur, in: HGBI NF 54/2000, S. 5–40.

⁷ Joachim Schlör, Kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Zugänge (nicht nur) im Spazieren, in: IMS H. 2/2005, S. 73–91, hier S. 79.

kleineren, Ehrungen und Entehrungen die damaligen Geschäftsgänge im Rathaus enthalten.

1. Veränderte Machtkonstellationen – Hannover wird Gauhauptstadt

In Hannover fand nach dem Januar 1933 eine kontinuierliche Machtverschiebung von der Stadtverwaltung hin zur Gauleitung der NSDAP statt.⁸ Nach den Kommunalwahlen im März 1933 bestand das oberste Verwaltungsgremium Hannovers, der Magistrat mit dem rechtskonservativen Oberbürgermeister Arthur Menge an der Spitze, vorwiegend aus den bereits zuvor praktizierenden Rechtskonservativen. Im Bürgervorsteherkollegium dagegen hatten die Nationalsozialisten durch Überläufer zur NSDAP-Fraktion und Verhaftungen kommunistischer Abgeordneter nach nur kurzer Zeit eine deutliche Mehrheit. So kam es 1933 vermehrt zu Ehrungen, die eine eindeutig nationalsozialistische Prägung hatten und von der NSDAP-Fraktion im Rathaus initiiert worden waren. Ehrungen wie die Geburtstagsfeier für Hitler, die Umbenennung von Straßen nach Nationalsozialisten oder die Pflanzung der Eiche für Horst Wessel erwiesen sich als Bekenntnisse, die symbolisch die Machtübernahme wiederholten und die neue Herrschaft in Szene setzten.

Merkliche Konflikte im Rahmen von Ehrungen traten seit 1934 auf. Wer welchen Beitrag zu einer Ehrung leistete oder gar als Veranstalter auftrat, war nicht mehr so unumstritten wie zuvor. Im Fall des ursprünglich von der Stadtverwaltung geplanten Denkmals für Carl Peters klinkte sich die NSDAP, hier in Form der Kreisleitung, als Mitveranstalter ein. Bei der Planung des Johann-Egestorff-Denkmal grenzten die Deutsche Arbeitsfront und die Gauleitung die Stadtverwaltung in allen entscheidenden Fragen über Zeremonie und Gestaltung aus und erhielten dennoch die notwendige organisatorische Hilfestellung durch die Stadtverwaltung.

Sowohl die im Amt verbliebenen Rechtskonservativen als auch die Vertreter der Nationalsozialisten in der Stadtspitze begriffen sich in den ersten Jahren zwar als unterschiedene, aber sich nahestehende politische Strömungen. Sie waren zur Zusammenarbeit gewillt, praktizierten diese durch Genehmigungen oder gemeinsame Veranstaltungen wie die Ernennung des Gauleiters und preußischen Kultusministers Bernhard Rust zum Ehrenbürger, setzten aber auch eigene ehrungspolitische Akzente. Oberbürgermeister Arthur Menge stand durch den weiterhin konservativ besetzten Magistrat und die Abschaffung des Bürgervorsteherkollegiums formal uneingeschränkter denn je an der Spitze der Stadtverwaltung. Die NSDAP hatte jedoch mittlerweile eine unangefochtene Stellung erreicht, sodass Menge immer häufiger an durch sie gesetzte Grenzen stieß, die er nicht überschreiten wollte oder konnte.

⁸ Vgl. hierzu Spona, Ehrungen, Kapitel 1 und 2 sowie Literatur dort.

Dass die NSDAP, sobald sie aktiv wurde, ihre Vorstellungen auch umzusetzen vermochte, zeigt, dass rechtskonservative Handlungsräume im Nationalsozialismus nicht erstritten oder gar erkämpft wurden, sondern eher mangels eigenen Interesses der Nationalsozialisten gewährt wurden.

Als Menge nach Ablauf seiner Amtszeit im Spätsommer 1937 der Nationalsozialist Henricus Haltenhoff nachfolgte, wurde die mittlerweile erreichte Dominanz der NSDAP besonders offensichtlich. Nun fanden vorwiegend die repräsentativen und pressewirksamen Ehrungen als gemeinsame Veranstaltungen von Stadtverwaltung und Gau- oder Kreisleitung statt. Hierzu gehörten die Feiern zu Hitlers 50. Geburtstag, die Einweihung einer Gedenktafel für den als ‚Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung‘ verehrten Schüler Werner Tischer, die Kolonialausstellung für Carl Peters und die Gründung der Hermann-Löns-Gesellschaft.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs reduzierte sich das Ausmaß der Ehrengspolitik vorerst merklich, dennoch zeigte sich bereits 1940, dass sich die Gauleitung Südhannover-Braunschweig nun als zentraler Ehrungsakteur in den Vordergrund schob. Merklich wurde nun eine seit 1933 stattgefundene Verschiebung in der Struktur der Akteure, die die Ehrungs- und Kulturpolitik der Stadt wesentlich gestalteten: Standen sich 1933 noch zwei Strömungen des nationalen Lagers vorwiegend innerhalb der Stadtverwaltung gegenüber, so waren es nun die längst nazifizierte Stadtverwaltung und die immer mehr an Einfluss gewinnende und staatliche Hoheitsrechte ausübenden Gauverwaltung, die sich auch in Hannover zu einer „Mittelinstanz[...] im Staatsgefüge“ entwickelt hatte.⁹

Während Stadt und Gau vorerst jedoch zumindest noch als zwei Akteure auftraten, änderte sich dies innerhalb kurzer Zeit, als mit Hartmann Lauterbacher 1941 einer der „jungen Manager des totalen Krieges“¹⁰ sein Amt als neuer Gauleiter in Hannover antrat. Er siedelte die vormals städtischen oder gemeinschaftlichen Kulturprojekte bei der Gauleitung an und trat öffentlich als alleiniger Veranstalter auf. Die Stadt beteiligte er dahingehend, dass er ihr die Aufgabe organisatorischer Hilfestellung zuwies und sie im Falle des Hermann-Löns-Preises sowie dem von ihm ein-

⁹ Vgl. Jürgen John, Die Gauen im NS-System, in: Ders./Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 22–55, Zitat S. 23; Thomas Schaarschmidt, Regionalität im Nationalsozialismus – Kategorien, Begriffe, Forschungsstand, in: ebd., S. 13–21; Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996.

¹⁰ Detlef Schmiechen-Ackermann: Das Potenzial der Komparatistik für die NS-Regionalforschung. Vorüberlegungen zu einer Typologie von NS-Gauen und ihren Gauleitern anhand der Fallbeispiele Südhannover-Braunschweig, Osthannover und Weser-Ems, in: John/Möller/Schaarschmidt, S. 234–253, hier S. 251f., Zitat S. 252.

gerichteten ‚Kulturbüro der Stadt Hannover‘ verpflichtete, die gesamten Kosten zu tragen. Er zentralisierte die Kulturarbeit im Gau und in der Kommune über einen von ihm geleiteten Kulturrat. Kultur diente nun dem Ziel, so erklärte Lauterbacher über die Lokalpresse, gemäß dem „Sonderauftrag des Reichsführers SS“ von Oktober 1942 mit der „Verwirklichung der Idee des Großgermanischen Reiches“ zu beginnen, die von Niedersachsen „ausstrahlen und ihre Früchte tragen“ sollte.¹¹ Damit war der in der Endphase der NS-Herrschaft eintretende wachsende Einfluss der SS¹² konzeptionell in der Kulturpolitik Hannovers angekommen. Neu war zudem, dass nun auch Ehrungen, die bis dato in hohem Maße Produkt diffuser und ungeordneter Vorschläge der unterschiedlichsten Akteure gewesen waren, in die neue Kulturpolitik eingebettet, zentral gesteuert und allein von Lauterbacher verkündet wurden. Damit hatte sich der Gau Südhannover-Braunschweig „sowohl als kulturpolitische als auch als kulturelle Einheit konstituiert“, wie es Martina Steber für die Gauen „seit Mitte der 1930er-Jahre“ resümiert.¹³

Durch die Machtverschiebung von der Stadtverwaltung hin zur Gauverwaltung erschien Hannover seit 1940 vermehrt und seit Herbst 1941 nahezu vollständig als Gauhauptstadt.¹⁴ Die Stadtverwaltung verlor de facto ihre Eigenständigkeit und wurde der Gauverwaltung als eine Dependence angegliedert. Der Oberbürgermeister wurde zu einer Art Niederlassungsleiter degradiert. Schon Henricus Haltenhoff und erst recht seine Nachfolger nahmen Weisungen des Gauleiters entgegen und verloren sogar noch ihre bis dahin verbliebene repräsentative Funktion. Betont werden muss allerdings, dass die Übernahme der städtischen Kompetenzen durch die Gauleitung eine Angelegenheit war, bei der die Akteure ganz oder überwiegend aus Mitgliedern der NSDAP bestanden – auf beiden Seiten. Es handelte sich also personell um einen ‚parteiinternen‘ Konflikt; institutionell ging es um die Verschiebung von Kompetenzen zwischen einer traditionellen lokalen und einer neuen regionalen Verwaltungskörperschaft innerhalb des Staatsaufbaus. Es lässt sich also gerade nicht von einem Aufeinanderprallen von Staat und Partei sprechen – eine Sichtweise, die zu Recht immer wieder kritisiert wurde¹⁵, allerdings ebenso wenig von einem

¹¹ Alle Zitate in Hannoverscher Anzeiger v. 5.10.1942, vgl. NTZ v. 5.10.1942.

¹² Vgl. Kurt Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4: Das Reich als Republik und im Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 705f.

¹³ Vgl. Martina Steber, Fragiles Gleichgewicht. Die Kulturarbeit der Gauen zwischen Regionalismus und Zentralismus, in: John/Möller/Schaarschmidt, S. 141–159, bes. S. 157, Zitate ebd.

¹⁴ Vgl. hierzu Petra Spona, Von der Hauptstadt Niedersachsens zur Gauhauptstadt. Zur Bedeutung der Konstruktion einer regionalen Identität im Nationalsozialismus, in: Hannoversche Geschichtsblätter, NF 65/2011, S. 41–64.

¹⁵ Vgl. z. B. Sabine Mecking/Andreas Wirsching, Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: Dies. (Hrsg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Pader-

„symbiotischen Verhältnis“, wie Bernhard Gotto in seiner Untersuchung der Augsburger Stadtverwaltung resümiert.¹⁶

Im Ehrungsgeschehen Hannovers spielten staatliche Vorgaben im Gegensatz zu anderen kulturpolitischen Gebieten eine weitaus geringere Rolle. Die einzig wesentliche Vorgabe war der Erlass von 1938, wonach Straßen und Plätze, die nach Juden benannt waren, umbenannt werden sollten. Das war jedoch in Hannover, wie in anderen Städten auch, bereits aus eigenem Antrieb heraus 1933 geschehen. Einfluss von Reichsministerien über Genehmigungsverfahren führte in zwei Fällen zu einem Eingriff: Die 1941 durch Stadtverwaltung und Gauleitung geplante Ehrenbürgerwürde für den deutschfreundlichen italienischen Staatsminister Roberto Farinacci¹⁷ wurde in Berlin abgelehnt. Dagegen setzte sich bei der Gründung der Hermann-Löns-Gesellschaft ein Bündnis aus Stadtverwaltung, Gauleitung und weiterer Personen gegen den Leiter der Schrifttumsabteilung im Reichspropagandaministerium durch und gestaltete damit reichsrelevante Kulturpolitik mit.

2. Ehrungen als kulturelles Gedächtnis

Bemühungen für eine gezielte Änderung des Stadtimages lassen sich bereits 1933 erkennen. Im Oktober des Jahres platzierte die Ortsgruppe Hannover des Deutschen Luftsportverbandes unter Beteiligung der Stadtverwaltung auf dem damaligen Flughafengelände ein Denkmal zu Ehren Karl Jathos.¹⁸ Die Ehrung des zum Kronzeugen hannoverscher Flugkunst stilisierten Flugpioniers drückte ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus aus. Hannover versuchte, sich die bereits in den 1920er-Jahren bestehende Popularität des Flugwesens zunutze zu machen und erklärte die Leistungen hannoverscher Flieger und Flugzeugbauer zu einem wichtigen Teil der gemeinsamen nationalen Aufgabe. Dadurch zogen auch nationalsozialistische Inhalte in das Stadtimage Hannovers ein.

born 2005, S. 1–22, passim; Michael Ruck, Führerabsolutismus und polykratisches Herrschaftsgefüge. Verfassungsstrukturen des NS-Staates, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/ Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993, S. 32–56, hier S. 41.

¹⁶ Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945, München 2006, S. 422; vgl. Mecking/Wirsching, S. 18.

¹⁷ Vgl. Cornelia Regin, Die "Achse Hannover – Cremona". Eine vergessene Städtefreundschaft und ihre Kunstausstellungen: der "Premio Cremona" in Hannover und "Mensch und Landschaft in Niedersachsen" in Cremona, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken H. 90/2010, S. 373–414; sowie Spona: Ehrungen, 102–106 u. 137–142.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 147–150.



Abb. 1: Das Denkmal für Karl Jatho, heute am Flughafen Hannover Langenhagen.

Abb. 2: Das Johann-Egestorff-Denkmal.

Mit der Ehrung Johann Egestorffs bemühten sich die Deutsche Arbeitsfront und die Gauleitung der NSDAP 1935, insbesondere die Arbeiter des als ‚rot‘ geltenden Stadtteils Linden für die NSDAP zu gewinnen.¹⁹ Hierfür setzten sie dem 1772 geborenen Unternehmer, der schon vor 1933 als Begründer der Lindener Industrie hoch geachtet war, ein Denkmal und inszenierten das Ideal der nationalsozialistischen ‚Betriebsgemeinschaft‘. Die Gestaltung der Einweihungszeremonie, der Aufstellungsort und die Ästhetik des Kunstwerks – die Vorderseite zeigte ein Relief des Industriellen, die Seitenwänden große Arbeiterfiguren – symbolisierten eine Einheit von Arbeiterschaft und Bürgertum. In der im Denkmalsockel eingelassenen Urkunde wurde der Steinquader außerdem als „kleiner Teil der Arbeitsbeschaffung“²⁰ vorgestellt und damit eine direkte Verbindung zum politisch-praktischen Programm der NSDAP gezogen. Diese Ehrung ist ein besonders augenfälliges Beispiel dafür, wie bestehende Narrationen kurzerhand re-interpretiert wurden.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 241–246.

²⁰ Hannoverscher Anzeiger v. 9.4.1934 u. 1.12.1935.

Das Spektrum von Geehrten trug mit der Auswahl seiner kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Repräsentanten dazu bei, das Bild der Stadt detailliert zu prägen. Die stadtpolitische Funktionselite ehrte diejenigen Persönlichkeiten wie Jatho und Egestorff, die man als Produzenten für bevorzugte Images und Bilder der Stadt benötigte, und diesem Wertekanon gemäß wurden die Lebensgeschichten (um-)geschrieben. Der Parteifunktionär Karl Dincklage und der verstorbene Schüler Werner Tischer dienten der Präsentation Hannovers als nationalsozialistisch aktiver Stadt, die Ehrungen Farinaccis sowie des Kriegshelden Günther Prien²¹ der Darstellung nationaler Relevanz. Der Arbeiterdichter Gerrit Engelke stand für eine volksnahe Kunst Pate, und die Denkmalsetzung für den Kolonialpolitiker Carl Peters inszenierte eine Verbindung zwischen essentialistisch verstandenen niedersächsischen Wurzeln und nationaler Größe. Entehrungen wie die Umbenennung von nach Juden, Sozialdemokraten und Marxisten benannten Straßen und Plätze dagegen negierten deren Leistungen an der Entwicklung des Gemeinwesens. Ehrungen waren untrennbar mit den dominanten zeitgenössischen Werten und Vorstellungen verflochten und als Funktionsgedächtnis ein Herrschaftsinstrument.²² Insofern stellt sich die Frage danach, wie sich die Gedenklandschaft ab 1933 änderte.

Betrachtet man die Ehrungspolitik in Hannover zwischen 1933 und 1945 im Längsschnitt, so wird deutlich, dass sich die Kriterien für eine Ehrung im Laufe weniger Jahre auf Leistungen für die nationalsozialistische Nation verengten. Das Gros der neu in den Kanon der Geehrten aufgenommenen Persönlichkeiten bestand nun aus Funktionären der NSDAP, hochrangigen Politikern, „deutschen Künstlern“, gefallenen Soldaten und ‚Märtyrern der Bewegung‘. Vertreter der Weimarer Republik waren zumeist bereits 1933 aus dem Kanon entfernt worden, Repräsentanten des Kaiserreichs fielen dem Vergessen anheim.²³ Nur noch ausnahmsweise kam es zur Ehrung von Vertretern des hannoverschen Stadtbürgertums des 18. und 19. Jahrhunderts, die bis dato für ihre Leistungen zugunsten der Stadt meist parteiübergreifend Anerkennung gefunden hatte. Hierzu gehörte der Architekt und Stadtplaner Georg Ludwig Friedrich Laves, dem 1935 eine Gedenktafel und 1938 eine Gedenkfeier gewidmet wurde; letztere richtete sich mit 400 geladenen Gästen im Landesmuseum lediglich an eine geschlossene Gesellschaft. Das Verdienst für den Staat verdrängte die Leistung für die Stadt, die zwar noch ein erwünschtes, aber nur noch

²¹ Vgl. ebd., S. 167f.

²² Zum kulturellen Gedächtnis vgl. Aleida Assmann, Vier Formen des Gedächtnisses, in: *Erwägen, Wissen, Ethik* 13:2, 2002, S. 183–190, hier S. 189 f. sowie Dies.: Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis. Zwei Modi der Erinnerung, in: Kristin Platt/Mihran Dabag (Hrsg.), *Generation und Gedächtnis*, Opladen 1995, S. 169–185.

²³ Vgl. zu den Aspekten des Vergessens Günter Butzer, Einleitung, in: Ders./Manuela Günter (Hrsg.), *Kulturelles Vergessen. Medien – Rituale – Orte*, Göttingen 2004, S. 9–14.

sekundäres Kriterium war. Leistungen von Personen, die bereits vor 1933 zu den herausgehobenen Persönlichkeiten der Stadt Hannover gerechnet wurden und weiterhin Anerkennung fanden, wurden zumeist – wie bei Egestorff – in einen nationalsozialistischen Bezugsrahmen gesetzt.

Die Kriegsvorbereitungen und vor allem die Kriegshandlungen radikalisierten bestehende Tendenzen in der Ehrungspolitik. Hatten die stadtpolitischen Akteure bereits seit 1933 zunehmend auch Arbeiter und Jugendliche angesprochen, indem sie Vertreter dieser sozialen Gruppen zu Geehrten erhoben, so richteten sie sich nun vermehrt direkt an jeden einzelnen „Volksgenossen“: Zunehmend wurden Jugendliche und Arbeiter, Frauen und Sportler für ihren Einsatz für die „Volksgemeinschaft“ und für den zivilen Einsatz für den Krieg mit Auszeichnungen bedacht. Die Ausweitung des Adressatenkreises stellt eine historische Neuerung dar, denn sie löste die Tradition von Ehrungen als Gratifikationssystem innerhalb des gehobenen Bürgertums und Honoratiorentums ab.²⁴ Alle Personen wurden nun gleichermaßen auf ein und dasselbe Ziel verpflichtet, indem man demonstrierte, wie man in jedem – selbstverständlich nur „arischen“ – Lebens- und Arbeitskontext zum nationalsozialistischen ‚Wohl‘ aller beitragen konnte. Damit wurden auch zunehmend bisher als privat erachtete Handlungen wie zum Beispiel Sport zu öffentlichen Anlässen erklärt und die Geehrten in das nationale Kollektiv kooptiert.²⁵ Ehrungen in der Spätphase des NS-Regimes erwiesen sich damit als kultureller Beitrag der Propaganda des „totalen Kriegs“ und dienten zunehmend der Mobilisierung der Daheimgebliebenen.²⁶

3. Aneignung von Ehrungen durch ‚biographical mapping‘ und Lokalbezug

Es wäre verkürzt, mit den Sinnstiftungen und Deutungsangeboten lediglich die intentionalen Aspekte der Ehrungspolitik zu betonen. Die repräsentierten Persönlichkeiten stellten zugleich wichtige Bausteine dar, mit deren Hilfe sich Einwohner über ‚biographical mapping‘ in der Stadt orientieren konnten. Die ‚biographical map‘ wird als Teil der ‚mental map‘²⁷ verstanden, der ‚kognitiven Karte‘, deren zentrale

²⁴ Allerdings waren die Nationalsozialisten dabei nicht konsequent: Ehrenbürgerschaften blieben weiterhin ausschließlich dem gehobenen Bürgertum oder ranghohen Politikern vorbehalten.

²⁵ Zum Gruppenbezug der Ehre vgl. Ludgera Vogt, Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft. Differenzierung, Macht, Integration, Frankfurt a. M. 1997, S. 229 f.

²⁶ Vgl. Christoph Schmidt, Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933–1945), Paderborn 2006, S. 49.

²⁷ Vgl. hierzu Peter Gould/Rodney White, Mental Maps, London, 1993; Roger M. Downs/David Stea, Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen, hrsg. von Robert Geipel, New York 1982 und Lynch, Kevin: Das Bild der Stadt, Braunschweig/Wiesbaden 1989.

Funktion in der Orientierungsleistung liegt: Ein Mensch bildet sich gemäß seiner Interessen und Bedürfnisse ein gedankliches Bild von einem Territorium, wodurch er sich in dieser Umgebung zurechtfinden kann. Die ‚biographical map‘ ergänzt diese Ortsbezüge mit biografischen Informationen. So können Arztbesuche, Einkäufe oder Vereinsaktivitäten dazu führen, dass die Hausärztin, die Verkäuferin oder die Mitglieder des lokalen Fußballteams die ‚biographical map‘ konfigurieren. Auch Personen, denen eine Relevanz für die historische Entwicklung der Stadt zugesprochen wird, können zum Beispiel infolge des Lesens der Lokalzeitung dazugehören.

Neben den individuellen ‚biographical maps‘ gibt es auch eine offiziöse Variante.²⁸ Sie wird nicht bewusst von jemandem festgelegt, sondern sie entsteht durch fortwährende Präsentation derselben städtischen Persönlichkeiten im öffentlichen Stadtraum, und sie ist damit immer auch Resultat tagtäglicher Aushandlungen der Akteure. Sie besteht aus den jeweiligen politischen Eliten, Honoratioren und zentralen Figuren des Wirtschafts- und Kulturlebens sowie der Stadthistorie²⁹, denen damit Relevanz im städtischen Beziehungs- und Akteursgeflecht zugewiesen wird. Durch Änderungen in der Gedenkpolitik wie dem Hinzufügen oder ‚Vergessen‘ von Personen – wie Theodor Lessing und Kurt Schwitters – oder Anpassung der Narrationen an die neuen politischen Verhältnisse veränderte sich die offizielle Darstellung des personellen Netzwerks der Stadt und damit das Angebot an Bausteinen, derer sich die Bürger zur Erklärung ihres Umfeldes bedienen konnten oder gar sollten. Welche Informationen die Einwohner in ihre ‚biographical map‘ übernahmen, welche sie missverstanden, zurückwiesen, mangels Interesse gleich wieder vergaßen oder uminterpretierten, war dabei ihre vielleicht nicht immer freie, jedoch durchaus individuelle Entscheidung.

Zur Orientierung mittels ‚mapping‘ gehört außerdem noch ein weiterer Schritt. Beim ‚mapping‘ bezieht der Kartierende seine Welt auf sich und ordnet sich auf diese Weise in sein imaginäres Beziehungsgeflecht der Stadt ein, als Fußballfan, als Mitarbeiter des größten Arbeitgebers vor Ort, als überzeugter Hannoveraner oder umgekehrt als Außenseiter oder Zugezogener, der ‚nie wirklich angekommen‘ ist. Diese selbstbezügliche Deutung städtischen Lebens kann durch die Gegenständlichkeit mancher Ehrungen verstärkt werden. Gerade „Merkmale“ (Kevin Lynch) im Stadtraum können die Funktion einnehmen, die Heiner Treinen für den Ortsnamen

²⁸ Vgl. hierzu die Erläuterungen zu den „Group or community images of place“ bei Edward Relph, *Place and Placelessness*, London 1976, S. 56–59.

²⁹ Zu individuellen und kollektiven Formen der ‚menta‘l bzw. ‚cognitive map‘ in der Kognitions- bzw. Geschichtswissenschaft vgl. Andreas Langenohl, *Mental Maps, Raum und Erinnerung. Zur kultursociologischen Erschließung eines transdisziplinären Konzepts*, in: Sabine Damir-Geilsdorf/Angelika Hartmann/Béatrice Hendrich (Hrsg.), *Mental Maps – Raum – Erinnerung. Kulturwissenschaftliche Zugänge zum Verhältnis von Raum und Erinnerung*, Münster 2005, S. 51–69.

analysiert hat: Nach Treinen ist der Ortsname ein Symbol, das für die Bewohner die lokalen Sozialbeziehungen repräsentiert.³⁰ Es handelt sich dabei um die „Verknüpfung sozialer und räumlicher Phänomene aufgrund von Symbolisierungsprozessen“³¹, das heißt, um die Verdichtung verschiedener Vorstellungen, Werturteile, Informationen, Assoziationen und Erinnerungen zu einer Einheit. Indem auf diese Weise nicht allein eine kognitive, sondern auch eine affektive Beziehung zu einem Ort aufgenommen wird, entsteht nach Treinen „symbolische Ortsbezogenheit“, also eine „Anhänglichkeit von Personen an einen bestimmten Ort“.³² Da nicht nur Ortsnamen, sondern alle potenziellen Merkzeichen die Funktion eines Symbols erhalten können, soll im Folgenden von ‚symbolischem Lokalbezug‘ gesprochen werden.



Abb. 3: Das Ernst-August-Denkmal vor dem Hauptbahnhof Hannover.

Eine affektive Aneignung durch Aufnahme eines symbolischen Lokalbezugs fand erkennbar bei einigen Ehrungen statt. Einwohner hatten Namen oder Kunstwerke zu Symbolen ihrer eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen ihres Lebenskontextes transformiert, sodass Änderungen daran den Charakter eines persönlichen Verlustes annahmen. Ein Beispiel war das 1861 zur Erinnerung des Königs von England und Hannover errichtete Ernst-August-Denkmal vor dem Hauptbahnhof.³³ Als Gauleiter Hartmann Lauterbacher 1940 anlässlich von Bauarbeiten vorschlug, die Statue vorübergehend zu versetzen, erhob sich breiter Protest. Viele Zuschriften lassen dabei vor allem im Sprachduktus eine persönliche Verbundenheit mit dem Denkmal erkennen – eine politische Nähe zur hannoversch-englischen Monarchie war dafür nicht nötig. Die in diesem Zusammenhang

³⁰ Vgl. Heiner Treinen, Symbolische Ortsbezogenheit, in: Peter Atteslander/Bernd Hamm (Hrsg.), Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 234–259.

³¹ Ebd., S. 238.

³² Ebd., bes. S. 242, Zitat S. 234. Vgl. auch Paul Reuber, Heimat in der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu Raumbezug und Entstehung von Ortsbindung am Beispiel Kölns und seiner Stadtviertel, Köln 1993.

deutlichste Äußerung stammt vom Lehrer Hermann Busch, der sich zu folgenden Zeilen an den OB verstieg: Die Nachricht von der geplanten Versetzung

„...erregt überall stärkstes Befremden und heftigen Unwillen. Jeder Hannoveraner ist mit dem Denkmal verwachsen, es bedeutet für ihn ein Stück Heimat. Man kann sich dafür gar keinen bessern Platz denken als den, wo ER jetzt steht [Der Sprecher wechselt hier bezeichnenderweise grammatikalisch inkorrekt von DAS Denkmal auf ER, Anm. P.S.]. Wenn der Hannoveraner verreisen will, trifft er sich unter dem Denkmal, und wenn er seine Heimatstadt wieder betritt, grüßt ihn zuerst das schöne Denkmal. Es ist ihm lieb und teuer, und er möchte es auf alle Fälle an seinem jetzigen Platze erhalten wissen.“³⁴

Das Ernst-August-Denkmal hatte sich vom reinen Herrschaftszeichen, als das es 1861 errichtet worden war, längst zum Wahrzeichen der Stadt entwickelt – wenngleich mit sehr unterschiedlichen Interpretationen seiner Person behaftet. Es symbolisierte für viele die gesamte Stadt. Eine Verlagerung des Welfenkönigs von seinem zentralen Platz vor dem Hauptbahnhof in die zwar beliebten, aber dezentral gelegenen Herrenhäuser Gärten kam für die Kritiker einem Abbruch gleich. Damit zeigt sich der symbolische Lokalbezug als eine vergangenheitspolitische Beharrungskraft, die in diesem Fall resistentes Verhalten im Nationalsozialismus förderte.³⁵ Zu Unrecht stellt damit der Einfluss des Lokalen in gedenk- und kulturgeschichtlichen Studien noch ein Forschungsdesiderat dar, für das nicht einmal Ansätze eines historiographischen Vokabulars bestehen. Das ‚biographical mapping‘ und der ‚symbolische Lokalbezug‘ stellen hierzu einen ersten Versuch dar.

Fazit

Hannovers Stadtprofil veränderte sich nach 1933 auf vielfältige Weise. Auf politisch-administrativer Ebene wandelte sich das Rathaus zumindest in kulturpolitischen Fragen von einem Ort kommunaler Entscheidungen hin zu einem Verwaltungssitz der Gauleitung. Infolgedessen homogenisierten sich Narrationen,

³³ Vgl., auch für das Folgende, Spona: Ehrungen, S. 203–206.

³⁴ Schreiben Busch an OB vom 24.4.1941, Stadtarchiv Hannover, HR 13, Nr. 621; Abschrift in Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann.133, Acc. 27/81, Nr. 163, fol. 6. Berufsangabe lt. Adreßbuch Hannover 1942, S. 83.

³⁵ Als in den 1980er und 1990er Jahren der nach Carl Peters benannte Platz in Hannover umbenannt werden sollte, passte sich bei vielen Verteidigern des Platznamens die Deutung der Person Carl Peters ihrem Bedürfnis nach dem Erhalt des Namens an. Der symbolische Lokalbezug hatte hier also Priorität vor einer politischen Bewertung und wirkte politisch verharmlosend. Zu prüfen wäre, inwiefern es sich um ein verbreitetes Reaktionsmuster bei Neubewertungen von Ehrungen früherer Epochen handelt, vgl. Spona: Ehrungen, S. 207–220.

Symbole und Inszenierungen von Ehrungen. Sie präsentierten die Stadt als Teil des ‚Dritten Reiches‘ und zwar nicht trotz, sondern gerade durch lokale Spezifika, indem eigene Beiträge und lokale Besonderheiten betont wurden. Es wurden neue Personen in den Kanon der Geehrten aufgenommen, neue Stadtbilder inszeniert, bestehende Narrationen umgeschrieben oder bis dato Geehrte entehrt. Die Folgen auf physisch-räumlicher Ebene reichen teilweise bis in die Gegenwart: Zwar wurden alle Straßen rückbenannt; von den fünf neuen Denkmälern für einzelne Persönlichkeiten jedoch (Egestorff, Jatho, Peters, Tischer und Otto von Emmich, ein General des Ersten Weltkriegs), stehen vier – alle bis auf das für Tischer – heute noch, wenn gleich teilweise in veränderter Form oder mit gewandelter Deutung.

Indem man vor allem die als jüdisch oder sozialdemokratisch eingestuften Personen entehrte, wurden gezielt Personengruppen symbolisch ausgeschlossen. Sie galten nicht mehr als positive Bezugspersonen und waren nicht mehr Teil der offiziellen ‚biographical map‘. Zwar waren die Informationen noch im Speichergedächtnis enthalten, aber ohne Mehraufwand standen sie den Bürgern nicht mehr zur Verfügung. Sie sollten sich die Stadt, ihre Geschichte und Gegenwart, ohne den Rückgriff auf die Leistungen von Juden und Sozialdemokraten erklären. Diese Praxis scheint besonders gravierend, da bestehendes Wissen ohne ständige Erneuerung dem ‚Vergessen‘ anheim fällt. Vergleichende Studien über Sinnstiftungen in Städten vor 1933, während der NS-Zeit und nach 1945 könnten anhand von Lücken oder Brüchen in Stadtbildern und Persönlichkeitsskizzen Aufschluss darüber geben, ob der Nationalsozialismus in lediglich zwölf Jahren das kulturelle Gedächtnis zumindest der städtischen Elite nachhaltig zu prägen vermochte oder eher an die Weimarer Jahre angeknüpft wurde.

Bereits nach wenigen Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, insbesondere aber nach der Wende in Stalingrad, ist eine Nazifizierung der Stadtrepräsentation zu erkennen. Ehrungen dienten der Präsentation der neuen Herrschaft und der Herstellung einer lokalen „Volksgemeinschaft“³⁶, indem sie als Distinktionsmittel nun weniger zwischen dem männlichen höheren Bürgertum und der Arbeiterschaft unterschieden, sondern zwischen „Volksgenossen“ und „Volksschädlingen“. Ob und in welchem Ausmaß die Einwohner Hannovers den neuen Deutungen affirmativ folgten, konnte diese Studie nicht feststellen. Es zeigte sich jedoch, dass Denkmäler, Gedenktafeln und Straßenbeschriftungen als physisch-räumliche Manifestationen symbolischer Politik den Bewohnern zur Orientierung dienen konnten. Die ‚biographical map‘ erweist sich somit einerseits als Funktionsgedächtnis und damit

³⁶ Vgl. hierzu Janosch Steuerer, Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte H. 53/2013, S. 487–534 und Literatur dort.

Herrschaftsinstrument, über das spezifische Inhalte, Wertvorstellungen und Bilder unterbreitet wurden, andererseits als Resultat individueller kognitiver Aneignung des sozialen Raums. Durch ihre Mehrdimensionalität als Ausdruck des jeweils gewünschten gesellschaftlichen Selbstbildes und als individuelle Orientierungsmatrix gehört die ‚biographical map‘ zu den ‚Scharnieren‘ zwischen Individuen und Gesellschaft.

Petra Spona, Email: spona@geschichte-und-kommunikation.de

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 2, 3: Petra Spona 2005.

**Tagungsbericht:
Towards a Sustainable and Just City Region –
Looking at Berlin, London and Paris.
Veranstaltung der *Regional Studies
Association* in Kooperation mit dem *Center
for Metropolitan Studies* und der Initiative
Think Berl!n am 29. November 2013,
an der Technischen Universität Berlin**

Westeuropäische Großstädte stehen heute vor der großen Herausforderung, definieren zu müssen, wie Stadtentwicklung im Spannungsfeld zwischen anhaltenden Reurbanisierungstendenzen und schwindenden finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand gesteuert werden kann. Das Forschungsnetzwerk *Governing metropolitan regions within a localist agenda* der *Regional Studies Association (RSA)* hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, den Austausch von Experten aus Planungspraxis und Wissenschaft über die Metropolregionen London, Paris und Berlin anzuregen und zu fördern. So widmeten sich am 29. November 2013 15 Vortragende und Moderatoren bzw. Moderatorinnen sowie ca. 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der TU Berlin im Rahmen der Konferenz "Towards a Sustainable and Just City Region – Looking at Berlin, London and Paris" der Frage, wie viel strategische Planung für die Metropolregionen zwischen herkömmlichen „top-down“-Ansätzen und neuen Formen der „bottom-up“-Stadtentwicklung nötig ist und inwiefern die in vielen Städten proklamierte und geforderte sozial gerechte, demokratische und nachhaltige Stadtentwicklung überhaupt möglich ist.

Nach einem historischen Überblick über die Planung der Region Berlin durch HARALD BODENSCHATZ (*Think Berl!n / CMS*) beleuchtete CORDELIA POLINNA (*Think Berl!n / CMS*) in ihrem Einführungsvortrag insbesondere zwei Tendenzen,

mit denen sich Berlin derzeit konfrontiert sehe: Zum einen gewinnen internationale Investoren an Einfluss, gleichzeitig sei ein Erstarren der Zivilgesellschaft zu konstatieren, die nach neuen Lösungen für eine Stadtentwicklung entgegen der Verwertungslogik der Märkte suche. Unter diesen Voraussetzungen gewinnen strategische Entwicklungspläne an Bedeutung, um Visionen zu formulieren und Prioritäten zu setzen. Dieser "top-down"-Ansatz müsse die neue, gestaltende Rolle der Zivilgesellschaft miteinbeziehen anstatt sie als Planungshindernis zu sehen.

Die Ausgestaltung von Planung bei schwindender Steuerungsfähigkeit thematisierte DUNCAN BOWIE (University of Westminster): In England wurden unter der Regierung Cameron nationale Planungsleitlinien ausgedünnt. Zudem seien vor allem in der Metropolregion London Verwaltungsinstanzen äußerst fragmentiert; mit dem Localism Act von 2011 wurde überdies die Planungsverantwortung deutlich dezentralisiert. Günstiger Wohnraum sei in London weit außerhalb des Zentrums zu finden, was in langen Pendelzeiten und enormen Verkehrs- und Umweltbelastungen zuungunsten der Funktionsfähigkeit der gesamten Dienstleistungswirtschaft resultiere.

Dass Berlin in der Wohnraumversorgung Handlungsspielraum zurückgewinnen will, verdeutlichte der Vortrag von DIRK BÖTTCHER (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin). Böttcher stellte den angesichts des prognostizierten Bewohnerzuwachses bis 2030 entwickelten „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ vor. Dieser zielt auf eine soziale und funktionale Durchmischung ab und identifiziere Flächenpotenziale für Wohnungsneubau. Eine Wohnungsbauleitstelle begleite den Prozess als kümmernde Instanz.

Als weiteres Instrument zur Steuerung der Entwicklung Berlins hin zu einer wirtschaftlich prosperierenden, aber auch nachhaltigen und sozial gerechten Stadt kann das „Stadtentwicklungskonzept 2030“ dienen, das von ELKE PLATE (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt) vorgestellt wurde. Die Ziele des Planes würden in einem Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft und zentralen Akteuren diskutiert. In sogenannten „Transformationsräumen“ sollten zukünftig die Ressourcen konzentriert werden. Ob und wie diese hochgesteckten Ziele angesichts der hohen Verschuldung des Landes Berlin umgesetzt werden können, bleibt jedoch offen.

PAUL LECROART (Seniorpartner am Institut d'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France (IAU), Paris) skizzierte anhand des regionalen Masterplans „Ile-de-France 2030“ die Debatte um den Umbau von Paris in eine dynamische „Ecorégion“. Er verdeutlichte, dass die formelle Planung angesichts der 400 Kommunen und Behörden in der Region Groß-Paris an ihre Grenzen stößt.

Der Beitrag der Zivilgesellschaft zu einer nachhaltigeren und gerechteren Stadtentwicklung wurde im Panel „Self-made city: A more sustainable approach?“ diskutiert. ALJOSCHA HOFMANN (Think Berl!n / CMS) beschrieb den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik“ als erfolgreiches Beispiel für den Kampf der Zivilgesellschaft gegen eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik. Gleichzeitig dürften aber die Eigeninteressen zivilgesellschaftlicher Akteure nicht außer Acht gelassen werden, sehe sich Planung doch häufig mit „NIMBYism“ konfrontiert – dem Verweigern jeglicher Entwicklungen im Lebensumfeld einer stark vernetzten, kreativen und aktiven neuen Bürgerschaft.¹ Dass dies nicht so sein muss, beschrieb ANDREAS KRÜGER (belius, Berlin) am Beispiel des Moritzplatzes. An diesem lange vernachlässigten Ort trafen Akteure unterschiedlichster Sphären aufeinander, die den Platz nicht profitorientiert, sondern zugunsten des Gemeinwesens entwickelten – auch wenn durch die neue Attraktivität des Platzes Aufwertungstendenzen nicht von der Hand zu weisen seien.

Die lange Tradition bürgerschaftlicher Selbstorganisation in London umriss NICK BAILEY (University of Westminster) anhand der „Development Trusts“, die mithilfe alternativer Finanzierungsarten eigenverantwortlich gemeinwesenorientierte Räume produzierten. So könne die Genossenschaft „Coin Street Community Builders“ ihren Mitgliedern kostengünstigen Wohnraum im Zentrum Londons anbieten. CLAIRE COLOMB (Bartlett School of Planning, London) warf in ihrem Vortrag einen kritischen Blick auf den britischen Localism Act und das damit forcierte Modell des „Neighbourhood Planning“ in London. Schwer definierbare „Nachbarschaftsgruppen“ könnten eigene rechtswirksame Pläne erstellen, wobei es den gut organisierten – im Gegensatz zu den benachteiligten – Nachbarschaften schnell gelingen sei, ihre Interessen durchzusetzen. Die Gefahr sei also groß, dass eine lokalisierte Planung zu einer verschärften Fragmentierung und Segregation führe, anstatt identitätsstiftend zu wirken.

Das zunehmende zivilgesellschaftliche Engagement in den äußeren Stadtregionen wurde in dem abschließenden Panel „Looking at the Outer City: Transformation of less sustainable parts of the urban region“ beleuchtet. PHILIPP MISSELWITZ und KLAUS OVERMEYER (urban catalyst ^{studio}, Berlin) untersuchten die Entwicklungsdynamiken, Herausforderungen und besonderen Qualitäten der Gebiete außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings. Die von ihnen entwickelte Idee der „Stadtzellen“ könne Nachbarschaften stärken und neue Wohnformen, kleinräumige Produktion, räumliche Nähe, lokale Kreisläufe sowie kommerzielle und zivilgesellschaftliche Ökonomien miteinander verbinden. Dass auch die Entwicklung der suburbanen Be-

¹ *NIMBY* steht als englischsprachiges Akronym für *Not In My Back Yard* (*Nicht in meinem Hinterhof*). Der entsprechende deutsche Ausdruck lautet Sankt-Florians-Prinzip.

zirke Londons kooperativ ausgehandelt werden müsse, unterstrich IAN GORDON (London School of Economics). Der fehlende Konsens der Bezirke über Wachstumszentren im suburbanen Raum sowie Nachverdichtungen in Konkurrenz zu industriell-gewerblichen Flächennutzungen spitze sich in der Frage über die effektivste Art der Nutzung des verbleibenden Raumes angesichts des immer knapper werdenden Zugangs zu städtischen Ressourcen zu.

Abschließend verdeutlichte ALLAN COCHRANE (Open University), dass es bezüglich der Planungsinstrumente auf den jeweiligen Kontext der Metropolregion zugeschnittener Lösungen bedürfe, da sie spezifischen ortsabhängigen Dynamiken unterlägen.

Als Fazit der überaus dichten und inhaltlich fundierten Konferenz konstatierte DUNCAN BOWIE, dass die Städte Berlin und Paris progressiv und wissenschaftlich fundiert geplant würden, während in London öffentliche Planung als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen und daher zugunsten des Marktes schrittweise abgebaut und verlagert werde. Ein Resümee, das angesichts der oft sehr kritischen Debatte zur Stadtentwicklung in Berlin überrascht und verdeutlicht, dass einem weiteren Abbau von Ressourcen in Verwaltung und Fördertöpfen entgegenwirkt werden muss, um einer auch in Berlin stark marktgesteuerten Stadtentwicklung wirksame Instrumente entgegenzusetzen.

**Eleonore Harmel, Technische Universität Berlin,
eleonore.harmel@googlemail.com
Tabea Hilse, Technische Universität Berlin,
tabea.hilse@mailbox.tu-berlin.de**

**Tagungsbericht:
Infrastrukturen der Versorgung.
Ein Workshop zur Geschichte kommunaler
Wirtschaftspolitik im 19. und frühen 20.
Jahrhundert am 7. Dezember 2013
an der Universität zu Köln**

Versorgungsfragen wuchsen im Zuge des enormen Städtewachstums im 19. Jahrhundert zu einem Kernproblem der lokalen Politik heran. Der wachsende Bedarf an Nahrungsmitteln machte in umfassender Weise neue, optimierte Infrastrukturen der Versorgung erforderlich, deren Effizienz von den Beziehungen zum Umland bzw. von den Lieferanten in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso abhing wie von den (lokal)politischen Rahmenbedingungen. Da sie bzw. ihre Wirkungen auf die Stadtgeschichte bislang nur ansatzweise und vor allem mit technikhistorischem Ansatz untersucht worden sind, eröffnen die Infrastrukturen der Versorgung im Rahmen moderner politik-, kultur- und sozialhistorischer, aber auch umwelt- und tiergeschichtlicher Fragestellungen zahlreiche Desiderate stadthistorischer Forschungen.

Dem von FELIX HEINERT (Köln) und MARCEL STRENG (Bielefeld) organisierten Workshop war es daher ein Anliegen, diese Desiderate aufzugreifen und anhand aktueller Forschungen zur kommunalen Versorgungspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu diskutieren. Hierbei wurden vor allem wirtschaftshistorische Perspektiven der Konzeption zugrunde gelegt, wobei aber bei allen Vorträgen deutlich wurde, dass die verschiedenen Ansätze durchaus kombinierbar sind. Als Leitfragen wurden in den Blick genommen: a) die Wettbewerbsordnung, da die lokale Versorgungspolitik durch Debatten um „Freihandel“ und „Interventionismus“ geprägt wurde, sodass sich die Frage danach aufdrängte, ob sich auf der lokalen Verwaltungsebene Wandlungsprozesse von Staatlichkeit und Ökonomie betrachten lassen; b) die Rolle von Wissen und Expertise beim Aufbau städtischer Infrastrukturen, also die Durchsetzung hygienischen und naturwissenschaftlichen Wissens auf der Leitungsebene solcher Infrastruktureinrichtungen; sowie c) der Bezug zu Raum und

Territorialität, der auch in versorgungspolitischen Fragen für die Lokalbehörden wichtig war, weil dadurch administratives Handeln begrenzt war und Handelsbeziehungen und Warenaustausch ihrem ordnungspolitisch motiviertem Zugriff entzogen wurden, während die Errichtung von Versorgungsinfrastrukturen eben auch eine Neugestaltung öffentlichen Raums mit sich brachte.

In ihrer Keynote Lecture diskutierte DOROTHEE BRANTZ (Berlin) am Beispiel von Schlachthöfen den Umbau städtischer Versorgungsinfrastrukturen. Sie zeigte den engen Zusammenhang zwischen politischer, technologischer, wirtschaftlicher Zentralisierung sowie der Zentralisierung des Wissens und Institutionalisierung und Rationalisierung auf. Brantz verdeutlichte, dass hierdurch eine Neuformierung städtischer Verantwortlichkeiten entstanden sei, sodass schließlich auch durch das Empfinden des Unangenehmen „kommunal“ mit „Gemeinwohl“ viel stärker in Bezug gesetzt worden sei. Letzteres habe als legitimierendes Argument für kommunalpolitisches Handeln gedient, wobei andere (machtpolitische) Interessen dadurch verdeckt worden seien. Dorothee Brantz gelang es in überzeugender Weise, die Vorbildwirkung von Schlachthöfen auf andere städtische Infrastruktureinrichtungen und die Bedeutung machtpolitischer Überlegungen für eine neue Wirtschaftsgeschichte zu diskutieren, zumal Schlachthöfe eine der wenigen kommunalen Institutionen waren, aus denen die Kommune Gewinne erzielen konnte.

In der anschließenden Sektion wurden die Topografien und Infrastrukturen der Versorgung diskutiert, wobei die Frage nach deren Verflechtungen mit dem Umland eine wichtige Rolle spielte. Die besondere Aufgabe von Hafenstädten diskutierte CATARINA CAETANO DA ROSA (Darmstadt) vergleichend an den Beispielen Lissabons und Rio de Janeiros und fokussierte hierbei auf die besonderen (kolonialen) Verflechtungen beider Städte im 19. Jahrhundert. Denn Hafenstädte hatten da Rosa zufolge nicht nur für die jeweilige lokale Versorgung zu sorgen, sondern waren auch Ausgangspunkt für die Versorgung ihres jeweiligen Hinterlandes und zugleich anderer Länder auf der anderen Seite des Ozeans mit speziellen Waren. Da Rosa wies jedoch darauf hin, dass es sich hierbei nicht um kommunal finanzierte, sondern staatlich geförderte Infrastrukturprojekte handelte, wodurch die Rolle der jeweiligen Lokalverwaltung minimiert worden sei.

Eine für die kommunalen Versorgungsfragen typische Entwicklung der administrativen Aneignung und Umsetzung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse diskutierte MARCEL STRENG (Bielefeld) exemplarisch in Bezug auf die Entwicklung kommunaler Prüflabore zwischen 1870 und 1914 und damit des „service publique“ in Frankreich. An diesem Beispiel neuer kommunaler Aufgaben zeigte Streng überzeugend, dass der politische Sinn solcher Einrichtungen vor allem in ihrer Interessenvertretung in Bereichen gelegen habe, in denen ihnen das Verständnis und das

für die Beurteilung notwendige Wissen fehlten. Das Expertenwissen des kommunalen Chemikers habe das Verwaltungshandeln derart gelenkt, dass am Ende des 19. Jahrhunderts naturwissenschaftlich ausgebildete, bürgerliche Experten mit ihren eigenen moralischen Ansichten gegenüber den Produzenten und Händlern Ansprüche auf die Versorgung vertreten hätten.

Die genauen Akteure und Aushandlungsprozesse wurden exemplarisch in der zweiten Sektion am Beispiel der Entwicklung städtischer Schlachthäuser diskutiert, denn gerade in der Fleischversorgung fokussierten sich Probleme des Städtewachstums und der damit verbundenen politisch-sozialen Modernisierungsprozesse. FELIX HEINERT (Köln) erörterte am Beispiel der Aushandlungen in der multiethnisch geprägten Ostseemetropole Riga um 1900 die Monopolisierung der kommunalen Schlachthauskompetenz. Obwohl das hierfür notwendige Wissen transnational zirkulierte, sei die Aushandlung vor Ort spezifisch gewesen, denn Eigeninteressen wurden mit dem wirtschaftspolitisch motivierten „Gemeinwohl“ begründet. Hierbei rekurrierte er auch auf ein wesentliches Konfliktfeld in Riga, nämlich die Frage des koscheren Schlachtens, weil mit der Einführung des Schlachtzwanges die Debatte um die „Judenfrage“ stark politisiert worden sei.

Die sozialen Folgen des Umbaus von Versorgungsinfrastrukturen diskutierte LUKASZ NIERADZIK (Wien) am Beispiel der auf den Wiener Schlachthöfen des 19. Jahrhunderts Arbeitenden. Die Ökonomisierung der Fleischproduktion habe eine (soziale) Disziplinierung zur Folge gehabt, da sich in diesen Prestigeobjekten kommunaler Daseinsfürsorge nicht nur räumliche Ordnungen, sondern auch soziale Praktiken und spezifische Arbeitstechniken sowie -hierarchien verdichtet hätten, sodass handwerksmäßiges Arbeiten zu einem alltäglich zu reproduzierenden Wert geworden sei.

Aus den im Rahmen des Workshops präsentierten vielfältigen Ergebnissen betonte HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) in ihrem Schlusskommentar, dass die Schaffung städtischer Infrastrukturen der Versorgung zwar jeweils aus verschiedenen Gründen umstrittene Projekte gewesen seien, dass aber der damit verbundene Diskurs zur Schaffung eines städtischen Kommunikationsraumes beigetragen habe. Sie stellte fest, dass bislang die eigentliche kommunalpolitische Ebene noch zu wenig in die Forschungen einbezogen werde, obwohl sich gerade die Lokalpolitik und -verwaltung im Hinblick auf die Versorgungsfragen profilieren konnte. Auch die Debatte um das „Gemeinwohl“ müsse weiter hinterfragt werden: Wurde unter „Gemeinwohl“ tatsächlich nur Versorgung verstanden, nicht auch Kultur und politisches Mitspracherecht?

Die Beiträge zeigten daher insgesamt, dass das Aufgreifen neuer wirtschafts- und sozialhistorischer Fragestellungen in Bezug auf die kommunale Ebene ebenso not-

wendig ist wie eine integrierende und zugleich auch auf den Ergebnissen von Vergleichen beruhende Perspektive. Die kommunalen Infrastrukturen der Versorgung können daher als ein sehr wichtiges Beispiel für die im Workshop angerissenen allgemeinen Fragestellungen stadthistorischer Forschung dienen und sollten zu vertiefenden Forschungen anregen.

Dr. Heidi Hein-Kircher, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Abteilungsleitung Wissenschaftsforum, heidi.hein-kircher@herder-institut.de

**Tagungsbericht:
Städte im Krieg. Erlebnis, Inszenierung und
Erinnerung des Ersten Weltkriegs.
52. Arbeitstagung des Südwestdeutschen
Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung,
vom 22. bis 24. November 2013
im Neuen Ständehaus in Karlsruhe**

Noch vor dem zu erwartenden Tagungs-marathon zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs fand Ende November 2013 in Karlsruhe die 52. Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung statt. Unter dem Titel „Städte im Krieg“ rückte die Tagung Erlebnis, Inszenierung und Erinnerung an den „Großen Krieg“ in den Fokus. Insgesamt zwölf Vortragende aus Deutschland, Frankreich und Österreich widmeten sich verschiedenen Aspekten des Themas in jeweils lokalem Umfeld verschiedener Städte: Sektion I thematisierte Julikrise, Augusterlebnis und Kriegsausbruch in der zeitgenössischen Wahrnehmung; Sektion II untersuchte Erlebnis und Inszenierung des Ersten Weltkriegs aus verschiedenen urbanen Blickwinkeln; in Sektion III stand schließlich vor allem die Erinnerung des Krieges im Mittelpunkt.

Die Schülerin HELENA PALMER (Stuttgart) stellte zunächst ihr Abiturprojekt „Stuttgart 1914“ vor. Auf der Basis umfangreicher Archivrecherchen berichtete sie von dem Briefwechsel des Mecklenburger Unteroffiziers Carl Görs und seiner Stuttgarter Verlobten Lia Freud. Der Südwestdeutsche Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung beschritt damit erstmals einen neuen Weg, indem er eine bemerkenswerte Schülerarbeit in die öffentliche Auftaktveranstaltung aufnahm. ERNST OTTO BRÄUNCHE (Karlsruhe) umriss das Tagungsthema mit seinem öffentlichen Abendvortrag zur Stadt Karlsruhe im Ersten Weltkrieg. Er skizzierte dabei den bisherigen Forschungsstand aus lokalhistorischer Perspektive und präsentierte erste Einblicke in das für 2014 geplante Ausstellungs- und Publikationsprojekt „Der Krieg daheim –

Karlsruhe 1914–1918“. Innerhalb der angerissenen Themen besaß das Kapitel „Luftkrieg“ einen besonderen Stellenwert: Karlsruhe war die deutsche Stadt mit den meisten Toten bei Luftangriffen im Ersten Weltkrieg. Der zweite schwere Angriff an Fronleichnam 1916 mit 120 Toten, darunter 71 Kindern, der eigentlich dem Hauptbahnhof gelten sollte und stattdessen ein Zirkuszelt traf, habe sich bis heute in das kollektive Gedächtnis der Stadt eingepreßt. DANIEL PETER (Nancy), Conservateur en Chef der Archives Municipales der Karlsruher Partnerstadt Nancy, beschrieb in seinem Beitrag eine dem Tagungsort in vielerlei Hinsicht vergleichbare Situation. Wenngleich die Einwohner der lothringischen Stadt besonders in der Anfangszeit unmittelbarer mit dem Krieg konfrontiert waren, zeigte die Darstellung insgesamt doch vor allem die Parallelen auf, die für kommende Studien einen Vergleich gerade im deutsch-französischen Kontext – beziehungsweise im Spannungsfeld zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ – sinnvoll erscheinen lassen.

BERND ROECK (Zürich) gab zunächst einen Überblick über Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Kriegserfahrung seit dem Dreißigjährigen Krieg und schloss daran einen sehr persönlichen Beitrag an. Auf der Basis einiger Feldpostbriefe seines Vaters, der im Krieg an der Westfront im Einsatz gewesen war, vermittelte er den Blickwinkel eines nichtadeligen und „nicht-elitären“ Soldaten, der von den Schlachtfeldern von Verdun und der Somme sowie aus dem Umfeld von Zusammenbruch, Rückzug und Revolution im Herbst 1918 berichtete. BERNHARD LIEMANN (Gent/Münster) stellte Erkenntnisse aus seiner im belgisch-deutschen Grenzgebiet angesiedelten Dissertation vor und beschrieb die Situation in der Grenzstadt Eupen, damals die zweitwestlichste Stadt der preußischen Rheinprovinz und gleichsam das Einfallstor der 1. und 2. deutschen Armeen Anfang August 1914. Wahrnehmungen und Reaktionen der Zeitgenossen, deren Lage durch die unmittelbare Nachbarschaft mit Belgien und den Niederlanden sowie einer Fülle an verwandtschaftlichen wie beruflichen Grenzüberschreitungen gekennzeichnet war, standen im Mittelpunkt des Vortrags. FRANZ JUNGBLUTH (Hamburg) stellte einige Ergebnisse seiner vor kurzer Zeit erschienenen Dissertation vor, in deren Zentrum Julikrise und Kriegsausbruch in Mannheim standen. In vielerlei Hinsicht war die kurpfälzische Residenzstadt mit den übrigen Städten im Deutschen Reich vergleichbar; abweichend aber war eine Kommunalpolitik, die die ideologischen Grenzen zwischen Nationalliberalen und der SPD bereits vor 1914 immer wieder überschritt und die letzten Endes zu einer verspäteten Proklamation des innenpolitischen „Burgfriedens“ Anfang September führte.

GUNDA BARTH-SCALMANI (Innsbruck) thematisierte die bis dato wenig beachtete österreichisch-ungarische Peripherie und konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf Innsbruck, die Hauptstadt des Kronlandes Tirol. Die Tagebucheinträge eines Ti-

roler Reserveoffiziers wurden von ihr in den größeren Kontext der Berichterstattung in der Innsbrucker Presse gerückt. Eindrücklich führte sie vor, wie die Anfang Juli in der gesamten Innsbrucker Diözese veranstalteten Trauerfeiern zumindest für die Donaumonarchie die Existenz eines „Juli-Erlebnisses“ nahelegen.

Die Theater-, Film- und Medienwissenschaftlerin EVA KRIVANEC (Berlin) bot einen Überblick über die Transformation der Theaterbühnen während der Kriegsjahre und zeigte, wie sich der historische Kriegsverlauf in den Spielplänen der Metropolen spiegelte. Auf eine erste Phase der Verhöhnung des jeweiligen Feindes auf der Bühne folgten das Rekurrenieren auf Klassiker des Biedermeier, lokal gefärbte Operetten (z.B. die Csárdásfürstin, 1916) und ein Anstieg leichter Unterhaltung. Unter dem Eindruck der Umbrüche des Jahres 1917 thematisierten auch die Theater zunehmend aktuelle Fragen, die schließlich im letzten Kriegsjahr im Kriegsspektakel und einer zunehmend zur Schau gestellten Friedenssehnsucht gipfelten. CLAIRE MORELON (Paris/Birmingham) stellte erste Ergebnisse ihrer Dissertation vor, in der sie sich mit Prag im Ersten Weltkrieg befasst. Anhand verschiedener Beispiele aus dem städtischen Alltag thematisierte sie Fragen nach einer spezifisch tschechischen Kriegserfahrung, die sie im Spannungsfeld zwischen Nationalismus und habsburgischem Patriotismus verortete. Konkret erscheint es laut Morelon unmöglich, zwischen dem Patriotismus der Deutschen und Tschechen vor dem Winter 1916/17 zu unterscheiden. Die zweite Sektion beschloss der Vortrag von CHRISTINE BEIL (Eppenheim), die sich mit den in vielen deutschen Städten gezeigten Kriegsausstellungen auseinandersetzte. Die dort verbreiteten stereotypen Feindbilder und die der deutschen Waffentechnik als unterlegenen dargestellten erbeuteten Waffen sollten – mit allerdings schwindendem Erfolg – der mit Fortdauer des Krieges größer werdenden Kriegsmüdigkeit an der „Heimatfront“ entgegenwirken. In Karlsruhe beispielsweise lockte die zu Beginn des Jahres 1916 gezeigte Kriegsausstellung noch rund 100.000 Besucher an.

ALFRED PFOSER (Wien) präsentierte die Kernstücke der kürzlich in Wien eröffneten Ausstellung „Im Epizentrum des Zusammenbruchs“, in der die ehemalige k.u.k. Reichshaupt- und Residenzstadt während der Kriegsjahre dargestellt wird. Er legte eindrücklich dar, wie sich, bedingt durch die Ausnahmesituation des Weltkriegs, die Stimmung in Wien entwickelte: Je länger der Krieg andauerte, desto mehr versanken die Einwohner in einer Art „Belagerungszustand ohne Belagerung“, der schließlich 1918/19 in zunehmenden Spannungen, Streiks und dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns kulminierte. Daran anschließend skizzierte ELISE JULIEN (Lille/Paris) die Erinnerung an die Toten des Ersten Weltkriegs in den beiden Hauptstädten Berlin und Paris, indem sie die Verschmelzung lokaler und nationaler Ebenen analysierte. Neben dem Arc de Triomphe und der nach

1918 umgestalteten Neuen Wache in Berlin existieren eine Vielzahl weiterer Mahnmale, die mehrheitlich einen lokalen Charakter aufweisen und außerhalb der Stadtzentren lokalisiert sind. Den Abschluss bildete der Beitrag von ALEXANDRA KAISER (Karlsruhe), die die Problematik der Karlsruher Fliegertoten und deren Andenken thematisierte. Sie beschrieb die Schwierigkeit, dieser Toten öffentlich zu gedenken und ihr Sterben in die zeitgenössischen Deutungsmuster vom „ehrenhaften“ Kriegstod einzuordnen.

Der Bericht ist am 6. März 2014 auch in H-Soz-Kult erschienen.

**Stephan Sander-Faes, Historisches Seminar, Universität Zürich,
stephan.sander@hist.uzh.ch**

**Tagungsbericht :
(Re)constructing communities in Europe,
1918–1968. A Venture into the discursive
practices of community building,
vom 18. bis 20. Dezember 2013
in Ravenstein, Niederlande**

Since the seminal work by Benedict Anderson (1983) on *Imagined Communities*, a wide range of studies in historical and social sciences have analyzed the discursive construction of national communities. The international conference convened by STEFAN COUPERUS (Universiteit Utrecht) and HARM KAAL (Radboud University Nijmegen) to discuss the discursive practices of community building, and the phenomenon of (re)constructing communities in Europe in the interwar and postwar period, set out to broaden this perspective. Nations as discursive constructions were viewed side by side with other levels of community building ranging from local neighbourhoods to transnational expert communities, and when viewed more thematically, from political and social to cultural and moral communities. This approach allowed for fruitful comparisons across the various scales, and in the continuum of the two World Wars. The conference presentations demonstrated the high importance given to the notion of community in the discourses and practices of inter- and postwar reconstruction. Reviving and readjusting the idea of community on the basis of its late-nineteenth and early-twentieth century origins was considered urgent in the midst of war-torn landscapes and societies.

As noted by HARM KAAL (Nijmegen) in his opening speech, and made explicit in several presentations, the processes of producing inter- and postwar communities were “high modernist in nature”. The efforts to build communities were unwavering in their belief in progress, and reliant on the growing body of technocratic experts – planners, architects, social scientists – utilizing tools such as community interviews, statistics, and visualization of sociological knowledge. With regard to electoral propaganda in the postwar Netherlands, Kaal argued that whilst sharing a common vision of political community based on the notion of being a

'people's party', most Dutch parties relied on the persistent social determinist views on class relations and political behaviour on which knowledge was provided by burgeoning institutions of sociology and political science.

The notion of community was a product of a truly transnational discourse, and one that was accepted across very different kinds of political systems. LIESBETH VAN DE GRIFT (Nijmegen) pointed to reconstructing communities through inner colonization as a common practice in interwar Europe both in democratic and non-democratic countries. The "trans-political" nature of community was also illustrated by DAVID KUCHENBUCH (Giessen) in his account of the re-establishment of the metaphor of 'human scale' in urban planning during the 1930s and 1940s. Community building was a notion that travelled from one locality to another. When relocating, that notion nevertheless needed to be readjusted to fit the new and different sociopolitical contexts. This was demonstrated by ANDREAS JOCH (Washington) with regard to architect-planners Walter Curt Behrendt (1884–1945) and Oscar Stonorov (1905–1970).

As argued by STEFAN COUPERUS (Utrecht), in the immediate postwar period there were many intertwined discourses of community at play. They all came together in the planning of neighbourhoods. The neighbourhood unit was promoted as an ideal socio-spatial entity, but also as a body political, aiming to forge decentralization and regeneration of urban democracy. The short-lived postwar experiment of neighbourhood councils (*wijkraden*) in Rotterdam, however, shows the difficulty of turning the all-encompassing community enthusiasm into feasible policy schemes. While in the vocabulary of architects and urban planners 'neighbourhood unit' often equaled 'community', there were those who contested this mindset. One such person, introduced by KENNY CUPERS (Urbana-Champaign), was sociologist Ruth Glass, to whom living in a neighbourhood unit was no automatic route to a true community. All in all, women would have deserved more attention amongst the constructors of community discussed at the conference. Cupers also pointed out the ambiguous nature of community idealism in the postwar city: the ideal inner-city neighbourhoods were 'discovered' by sociologists and planners as an ideal-community-like social fabric at the very same time as they were cleared on the way of new communities to be built. Another ambiguity, between the idea of community and the reality of community, was addressed by JON LAWRENCE (Cambridge) in reference to the traditional working class neighbourhood Bermondsey in London, which during the 1940s and 1950s became an object of a wide ethnographic study. While it became apparent that in the postwar period the old Bermondsey was changing along with its rapidly altering tenant population, the local Labour party politicians continued to cultivate an understanding of Bermondsey as

an unchangeable community. Expert knowledge and politics became intertwined at all levels of community construction.

However, as emphasized especially by ROSEMARY WAKEMAN (Fordham), constructing communities in the postwar era should not merely be seen as a result of a top-down modernizing force of the State and the experts. People had an active role to play in the performances of community and in successful postwar reconstruction, even though the community they cultivated was not necessarily the same as advocated by the authorities. Wakeman also elaborated on the nature of community as “a phantasmic utopian concept”, something that only existed somewhere other than in the present – community, as such, never really ‘was’. This nature of community “just out of reach” was prominent in several presentations focusing on the construction of transnational communities. The analysis of MARLEEN RENSEN (Amsterdam) focused on the efforts of pacifist circles of European intellectuals in the interwar period to overcome the antagonisms of war-time by restoring the notion of the ‘Republic of Letters’. Sustaining this supra-national community in the world of ideological divides proved difficult. A similar “paradox of transnationalism” was pointed out by ANNE-ISABELLE RICHARD (Leiden) in relation to Europeanist organizations in the interwar period. In these organizations, whose aims and membership were transnational, national considerations continued to play a determining role. Two presentations took the International Federation for Housing and Town Planning, founded in 1913, as their point of departure. Whilst MICHEL GEERTSE (Architectuur Lokaal) used the Federation as a case study to explain the evolution of the transnational planning dialogue over the two World Wars as a cyclical rather than a linear trajectory, PHILIP WAGNER (Berlin) showed how, instead of simply adapting to new Cold War geopolitical realities, transnational expert networks with their ideas of transboundary community continued to be sites for the discussion of post-war international order.

After the Second World War the concept of national community as a primary level of identification lost some of its appeal, especially in West Germany, and was replaced by local and regional sentiments, as discussed by JEREMY DEWAAL (Vanderbilt) and SEBASTIAN HÖSCH (Stuttgart). Still, despite the competing trends of localism and transnationalism, in the interwar and postwar periods the language of community often equaled the language of nation. STEFAN BERGER (Bochum) offered a broad treatment of national history writing in Europe from the end of the First World War to the 1960s, and showed the enduring use of the languages of community by historians. MATE ZOMBORY (Budapest) noted that in the immediate post-Second World War Hungary the idea of nation remained valid, albeit compromised by the politics of earlier authoritarian regimes. In this context reconstruc-

tion was seen as a national task, for which, during a short period of time, the discourse regarding democracy was the key issue. With the example of anti-communist rhetoric, MATTHEW GRANT (Essex) argued how in Britain, after 1945, the national community, unity and citizenship, no less discursively constructed than elsewhere, formed a central cultural narrative, largely uncontested in the public discourse.

Along with 'identity', 'community' is a concept that is constantly used, and sometimes abused, in research literature. The presentations at the Ravenstein conference did not abuse the term in an empty fashion. Rather, they illustrated how important it is to analyze how contemporaries at each moment in history have used, and abused, the concept for their own purposes.

The review will also be published in *H-Soz-Kult* and has been published in *Historici* on 27 February 2014.

Dr. Tanja Vahtikari, School of Social Sciences and Humanities, University of Tampere, Finland, tanja.vahtikari@uta.fi

**Tagungsbericht:
Planung und Aneignung urbaner Freiräume
im deutsch-deutschen Vergleich (1945-1990)
am 29. November 2013 veranstaltet von der
Historischen Forschungsstelle des Leibniz-
Instituts für Regionalentwicklung und
Strukturplanung (IRS) Erkner im Center for
Metropolitan Studies (CMS) an der
Technischen Universität Berlin**

Diese interdisziplinäre Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, Wechselwirkungen und Zusammenhängen zwischen Planung, Umbau, Nutzung und Aneignung öffentlicher Freiräume – wie etwa großen Stadtplätzen oder Fußgängerzonen – in ost- und westdeutschen Städten nachzugehen. Neben der Wirkmächtigkeit und Wandlung planerischer Leitbilder und Nutzungsvorstellungen für urbane Freiräume standen dementsprechend auch Fragen nach den ihre Gestaltung und Nutzung prägenden Interessengruppen beziehungsweise Akteursnetzwerken und nach der Manifestation von gesellschaftlichen Konflikten, Macht- und Herrschaftsansprüchen im öffentlichen Raum auf dem Programm. Die Veranstaltung war als kompakter Experten-Workshop angelegt: Zum einen waren Vortragende und Kommentierende aus den Planungs- und Geschichtswissenschaften sowie aus der Europäischen Ethnologie zu Berichten und Empfehlungen aus ihrer Forschungspraxis eingeladen, zum anderen wurden Zwischenergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt am IRS Erkner zur Freiraumgestaltung als Urbanisierungsstrategie zwischen Herrschaft und Öffentlichkeit im deutsch-deutschen Vergleich zur Diskussion gestellt.

Nach begrüßenden Worten und einleitenden Überlegungen zur Untersuchung öffentlicher Freiräume durch CHRISTOPH BERNHARDT (IRS Erkner/TU Berlin) gab der Architektursoziologe GERD KUHN (Universität Stuttgart) einen Überblick über den Bedeutungswandel städtischer Freiräume, indem er sowohl über lange Jahre

prägende sozialwissenschaftliche Deutungsansätze (von Paul Bahrtdt über Jürgen Habermas bis hin zu Richard Sennett) als auch planerische Konzepte und Gestaltungsansätze bis in die Gegenwart beleuchtete. Kuhn plädierte für städtische Freiräume, die sich durch öffentlichen Besitz, freie Zugänglichkeit und das Recht auf unbeschränkten Aufenthalt und Bewegungsfreiheit auszeichnen und damit nicht nur Begegnungs-, sondern auch Konflikträume bilden können, und forderte dazu auf, mehr auf die Geschehens- als auf die Gestaltqualität öffentlicher Räume zu fokussieren.

Die beiden folgenden Vorträge aus konkreten Forschungsprojekten lieferten dazu anschaulichen Diskussionsstoff. SYLVIA NECKER (IRS Erkner), die die Gestaltung von Fußgängerzonen im deutsch-deutschen Vergleich untersucht, schilderte, wie sich an Stadträumen wie der Zeil in Frankfurt am Main oder dem Brühl Boulevard in Chemnitz idealtypisch die Veränderungen in Planungslogiken und städtebaulichen Leitbildern für den „Konsum als räumliches Erlebnis“ ablesen lassen. In ihrer anregenden Replik betonte ADELHEID VON SALTERN (Universität Hannover) die hohe Relevanz dieses Forschungsfeldes, drang jedoch auf eine differenzierte Verwendung des Begriffs „Konsumgesellschaft“. Sie unterstrich die transnationale Dimension der städtebaulichen Trendwende von der funktionalistischen Raumaufteilung der 1950er und 1960er Jahre zur „Re-Urbanisierung“ der 1970er und 1980er Jahre und regte für deren Erforschung zu einer offen gestalteten Relationsanalyse an, die sowohl die geplante Funktion von Fußgängerzonen als „attraktive Repräsentationsräume“ als auch die zeitlich und räumlich vielschichtige Raumproduktion durch alltägliche Nutzungen in den Blick nimmt. SANDRA HUNING (TU Dortmund) referierte über politische Funktionen öffentlicher Stadträume und zeigte am Beispiel des Augustusplatzes in Leipzig, der vom Ort staatlich gesteuerter politischer Aufmärsche zum Ort der revolutionären Montagsdemonstrationen wurde, wie durch politisches Handeln im Sinne Hannah Arendts "agonale Räume" entstehen können. Ein derartiger politischer öffentlicher Raum sei jedoch nicht allein auf die Raumfiguren „Platz“ und „Straße“ zu verkürzen, sondern entstehe in einer tiefer gestaffelten, nicht zwingend in geographischer Nähe verankerten, sozialräumlichen Konstellation.

Im zweiten Teil des Workshops stellte HARALD ENGLER (IRS Erkner) seine ebenfalls im Rahmen des IRS-Forschungsprojekts entstehende Studie „Zwischen 'Alexverbot' und 'Wasserklops'“ vor, in der er die Gestaltung und die subkulturelle Aneignung von Alexanderplatz und Breitscheidplatz in der urbanen Systemkonkurrenz zwischen Ost- und Westberlin untersucht. Engler geht es um die Analyse der „eigensinnigen Aneignung der Stadtplätze im Spannungsfeld der staatlichen Herrschaft und Kontrolle“ in Ost- und Westberlin. In seinem Kommentar hob

SEBASTIAN HAUMANN (TU Darmstadt) die Vorteile dieses Ansatzes hervor, da die Beschäftigung mit dem Thema Aneignung einen neuen Blick auf die Planung werfen könne. In Bezug auf die Untersuchung der Nutzung der beiden Plätze schlug er vor, den Begriff „Praktiken“ stärker in den Analyserahmen der Studie einzubinden. Den Abschluss des Workshops bildete der Vortrag von EMMANUEL DROIT (Universität Rennes) zu „Peer Groups im öffentlichen Raum der DDR“. Droit beschrieb die DDR als sicherheitsorientierte Gesellschaft, in der der öffentliche Raum als „oktrozierter Raum für erwartetes soziales Verhalten“ fungierte. Gleichwohl versuchten sich Jugendliche den öffentlichen Raum anzueignen, allerdings reagierte die SED in den 1960er Jahren mit Stigmatisierung, Kriminalisierung und Überwachung, bis dann schließlich seit den 1970er Jahren ein neuer Expertendiskurs einsetzte, der um die Integration der Praktiken der Jugendlichen bemüht war – jedoch keinen politischen Einfluss geltend machen konnte.

Gerade der Beitrag Droits schärfte in der Schlussdiskussion noch einmal den Blick auf die Unterschiede in der Konzeption und Herstellung von Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und der DDR, insbesondere in Bezug auf staatliche Interventionen und Restriktionen der Nutzung öffentlicher Räume. Mehrfach wurde deshalb eingefordert, Aneignungen, Nutzungen und Praktiken im Hinblick auf Interaktionen von Akteuren und Institutionen in Ost und West sowie in der Aushandlung zwischen symbolischem und physischem Raum als Raumproduktion in Anlehnung an *spacing theories* (u.a. Martina Löw) präziser zu untersuchen. Ebenso wichtig sei, den einzelnen Raum in seiner Einbettung in übergreifende Raumgefüge zu analysieren und die sozialkulturellen Profile von Orten genau herauszuarbeiten.

**Elke Beyer, IRS Erkner, beyer@irs-net.de,
Sylvia Necker, IRS Erkner, necker@arch-hist.de**

**Tagungsbericht: Werkstattgespräch
zur DDR-Planungsgeschichte
am 16. und 17. Januar 2014
in der Historischen Forschungsstelle des
Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung
und Strukturplanung (IRS) in Erkner**

Bereits zum 13. Mal fand in Erkner, organisiert von der Historischen Forschungsstelle des dort ansässigen Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Kooperation mit der GSU, das Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR statt. Die Zahl von über 100 Teilnehmern machte deutlich, dass es sich dabei um eine feste Größe im Tagungsgeschehen handelt. CHRISTOPH BERNHARDT unterstrich in seinen einleitenden Bemerkungen, dass mittlerweile differenzierter über die architektonische Nachkriegsmoderne in Ostdeutschland geurteilt werde, und verwies auf verschiedene Initiativen zu ihrer Erforschung und Würdigung. Das thematisch breite und interdisziplinär ausgerichtete Werkstattgespräch solle, entsprechend dem Profil der historischen Forschungen am IRS, den DDR-Städtebau in deutsch-deutsche wie internationale Bezüge sowie in übergreifende Entwicklungslinien des 20. Jahrhunderts einordnen. Als inzwischen etablierte Besonderheit begrüßte Bernhardt Zeitzeugen und ermunterte sie ausdrücklich, sich einzubringen, was diese auch taten.

Die erste Sektion befasste sich mit den Biographien dreier ostdeutscher Architekten vor dem Hintergrund großer politischer Umbrüche. UTA KARIN SCHMITT (Berlin) trug über Carl Fieger vor. Eng mit dem Bauhaus verbunden und ab 1933 mit Berufsverbot belegt, profitierte er in der DDR von alten persönlichen Verbindungen und knüpfte erfolgreich an seine Pionierarbeiten zum industriellen Wohnungsbau an, sorgte aber dafür, dass die von ihm geplanten Plattenbauten äußerlich nicht von traditionell errichteten Häusern zu unterscheiden waren. Manche Ähnlichkeiten zeigt die von Ambivalenzen geprägte Lebensgeschichte des Architekten und Möbeldesigners Franz Ehrlich, die TANJA SCHEFFLER (Dresden) beleuchtete. Ebenfalls Mitglied des Bauhaus-Netzwerks, befand sich Ehrlich als Kommunist während

der NS-Zeit überwiegend in Zuchthaus- und KZ-Haft (wo er entscheidende Kontakte für seine spätere Karriere knüpfte) und war zeitweise für die SS als Architekt zwangsverpflichtet; wie tief seine Verstrickung reichte, wurde im Anschluss kontrovers diskutiert. Wie Fieger machte Ehrlich in der Stalin-Ära Zugeständnisse an die antiformalistischen Vorgaben, konnte aber aufgrund seiner guten Verbindungen weiterhin interessante Projekte verwirklichen. SUSANN BUTTOLO (Dresden) behandelte in ihrem Vortrag über Walter Henn den wenig erforschten Bereich der Industriearchitektur. Der Ingenieur und Architekt Henn, seit 1945 Ordinarius in Dresden, fand auch im Westen viel Beachtung, weshalb ihm der Wechsel an die TH Braunschweig 1953 und die Einwerbung lukrativer Aufträge für sein Baubüro leicht fiel. Dabei brach er die Brücken in den Osten jedoch nicht ab: Wie bei Fieger und Ehrlich waren für Henn gute Kontakte elementar.

Mit zwei Vorträgen zum Thema Fußgängerzonen wurde anschließend ein seit den 1970er Jahren zusehends wichtiger Raumtypus behandelt, der im IRS derzeit im größeren Zusammenhang der Freiraumplanung erforscht wird. LINDA GROSSKOPF (Dresden) stellte ihr Promotionsprojekt zur landschaftsarchitektonischen Gestaltung von Fußgängerzonen in der DDR vor. Anhand verschiedener Beispiele zeigte sie, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen Architekten, Landschaftsarchitekten und Planern gegeben hatte, die auch von zeitgenössischen westdeutschen Beobachtern positiv vermerkt wurde und mitunter vergleichsweise aufwändige und individuelle Lösungen hervorbrachte. Welch hohen Erkenntnisgewinn die Erforschung von Fußgängerzonen im Rahmen einer deutsch-deutschen Planungs- sowie Alltagsgeschichte bietet, machte SYLVIA NECKER (Erkner) deutlich, indem sie die Frankfurter Zeil mit dem Brühl im damaligen Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) für die 1970er und 1980er Jahre verglich. Wenn sich auch teilweise Ähnlichkeiten in den Entwicklungen zeigten, so überwögen doch klar die Unterschiede in Planungsweisen wie Aneignungsformen infolge der politischen Rahmenbedingungen.

Mit dem Beispiel Leipzigs wurden in der dritten Sektion die Verhältnisse für eine der wichtigsten Städte der DDR näher betrachtet. THOMAS HOSCISLAWSKI (Leipzig) behandelte die verschiedenen Typenserien aus der Anfangszeit des industriellen Wohnungsbaus um 1960, die in der Messestadt infolge der Anordnungen von zentraler Stelle in relativ schneller Folge zum Einsatz kamen. CHRISTIAN RAU (Leipzig) nahm das Verhältnis von Politik und Planung im Leipzig der 1960er Jahre in den Blick. Bei allem Zentralismus hätten regionale und lokale Akteure oft Spielräume gehabt, wobei sich formelle und informelle Strukturen überlagerten.

Es folgten drei theoretisch ausgerichtete Vorträge. HARALD KEGLER (Kassel) schlug eine Periodisierung der Planungstheoriegeschichte der DDR vor. Seien die

1960er Jahre unter modernisierungstheoretischen Vorzeichen von einer Planbarkeitseuphorie geprägt gewesen, habe um 1975 eine Hinwendung zur Lösung praktischer Bedürfnisse beim Wohnungsbau stattgefunden. In den 1980er Jahren dann sei eine stark reflektierte Bewahrung schon bestehender städtischer Strukturen zentral gewesen, teils in Differenz zur Politik. Einen modellförmigen „Charakter“ der DDR-Architektur herauszuarbeiten war Ziel der Ausführungen von ROMAN HILLMANN (Berlin). Die politische Vorgabe einer Ökonomisierung des Bauwesens zwecks allgemeiner sozialer Fürsorge hätte Theorie wie Praxis des Bauens geprägt. Im Ergebnis sei die DDR-Architektur recht gleichförmig, doch gestalterisch von hoher Qualität gewesen, weshalb ihr heute regelmäßig ein hoher Denkmalwert zukomme. Der selbst in Halle-Neustadt aufgewachsene PEER PASTERNAK (Halle/Wittenberg) referierte anhand vieler, auch literarischer Beispiele darüber, wie die Stadt seit ihrer Gründung vor genau 50 Jahren von innen und außen wahrgenommen wurde. Falsch sei die Einschätzung, bis 1989 habe es vor allem Zustimmung, danach Ablehnung gegeben: Kritik an den städtebaulichen Resultaten sei nicht nur von Heiner Müller („Fickzellen mit Fernheizung“) geübt worden, und nach der Wende sei durchaus eine Würdigung zumindest gewisser städtebaulicher Entscheidungen zu verzeichnen.

Als Abschluss des ersten Tages wurde im Pavillon der Historischen Forschungsstelle mit einem gut besuchten Empfang eine Ausstellung mit Bildern des Architekten und Malers Gerd Wessel zum Thema „Mensch und Architektur“ eröffnet.

Der zweite Tagungstag stand im Zeichen einer transnationalen Blickerweiterung und trug so dem Umstand Rechnung, dass der grenzüberschreitende Architekturtransfer in der historischen Forschung, auch am IRS, zusehends an Gewicht gewinnt. In einer Sektion zu Industriestädten sprach zunächst THOMAS FLIERL (Berlin) über das Wirken Ernst Mays in der Sowjetunion Anfang der 1930er Jahre. Der Frankfurter Stadtbaurat May ging damals, einen Skandal hervorrufend, mit 17 seiner Mitarbeiter in die UdSSR, um dort als Leiter eines Großbetriebs etliche Standardstädte zu projektieren. In der Planungsrealität wurden die mitgebrachten modernistischen Ideen schon vor der stalinistischen Wende im Städtebau öfters aufgeweicht und avantgardistische Bauten später regelmäßig bis zur Unkenntlichkeit verändert. Die tschechoslowakische Industriestadt Zlín als eines der wichtigsten Zentren des modernen Städtebaus stellte ONDREJ ŠEVECEK (Prag) in ihrer Entwicklung von den 1920er bis in die 1980er Jahre vor. Vom die Stadt dominierenden Bat'a-Konzern unter fordistischen und paternalistischen Vorzeichen anfänglich geplant und stark von US-Vorbildern und vom Konzept der Gartenstadt beeinflusst, zeigen sich in Zlín bei allen politischen Umbrüchen im Grundsatz bemerkenswerte Kontinuitäten bis in die Hochphase des sozialistischen Wohnungsbaus, was die Leitlinien

für das industrialisierte Bauen betrifft. Einen interessanten Kontrast stellt das Beispiel der slowakischen Provinzstadt Považská Bystrica dar, über das LENKA ABAFFYOVÁ (Bratislava) berichtete. Im Zuge einer forcierten Urbanisierungspolitik innerhalb der CSSR für die im Gegensatz zum westlichen Landesteil weit weniger verstädterte Slowakei wuchs der zur Stadt aufgestiegene Industriestandort nach 1945 rasch und das historische Stadtzentrum wurde abgerissen. Die zunächst unangefochtene Zukunftsorientierung wich seit Ende der 1980er Jahre zunehmend einem Bedauern über den Verlust alter Bausubstanz.

Auch für den in den sozialistischen Staaten gesellschaftspolitisch so wichtigen Bereich der Ferienarchitektur lohnt die Betrachtung von Vergleichs- und Transfer-elementen, wie die folgende Sektion zeigte. DANIELA SPIEGEL (Weimar/Berlin) stellte die Situation in der DDR vor und machte deutlich, wie sinnvoll eine Verknüpfung raumplanungs-, architektur- und kulturgeschichtlicher Fragestellungen ist. Von besonderem Interesse sei, Wechselwirkungen zwischen Nutzern und Bauherren nachzugehen. Auffällig ist insbesondere die stilistische Bandbreite beim Bau von Heimen, Hotels und Bungalows, da Lokalkolorit erwünscht war. ANKE HAGEMANN (Berlin) berichtete über die starke touristische Erschließung der bulgarischen Schwarzmeerküste seit den 1950er Jahren, die stets auch an Urlauber aus Westeuropa adressiert war. War die Ferienarchitektur anfangs ein Experimentierfeld für radikales modernes Bauen, habe sich die zunehmende Professionalisierung und Ausdifferenzierung des kontinuierlich ausgebauten touristischen Angebots in einer stärkeren architektonischen Vielfalt widerspiegelt, wobei teilweise Ähnlichkeiten mit französischen Beispielen festzustellen seien. Es passte daher gut, dass anschließend ELKE BEYER (Erkner) über eines der größten europäischen Planungsprojekte der Nachkriegszeit vortrug: die zentralstaatliche Großplanung einer Tourismusregion für eine Million Urlauber an Frankreichs westlicher Mittelmeerküste in den 1960er Jahren. Trotz der Unterschiede zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsweise gebe es Ansatzpunkte für einen Vergleich mit ähnlichen Planungsbeispielen aus den Ostblockstaaten: Auch in Frankreich hätten sozialpolitische und -technologische Aspekte eine wesentliche Rolle gespielt.

In der letzten Tagungssektion wurde der Bogen noch einmal zurück in die DDR geschlagen. KAY RICHTER (Perleberg) entwickelte einige Thesen zur Planung von Stadtzentren. In der DDR habe es ein eigenständiges Bild der sozialistischen Stadt gegeben, das nicht nur mit den Verhältnissen in westlichen Ländern, sondern auch mit denen in den „Bruderstaaten“ schwer vergleichbar sei. Insbesondere Stadtzentren sollten der Entfaltung und Repräsentation der sozialistischen Gesellschaft dienen. Die vor allem anfangs weitreichenden Pläne für die Umgestaltung städtischer Zentren wurden wegen des Vorrangs des Wohnungsbaus jedoch nur ansatzweise

ausgeführt. PAUL ZALEWSKI (Frankfurt/Oder) stellte die Große Scharnnstraße in der Frankfurter Innenstadt als interessantes Beispiel für einen Ort vor, dessen Nachkriegsbebauung aufgrund ihrer gestalterischen Qualität und historischen Bedeutung denkmalwürdig sei. Die heutigen starken Vorbehalte gegen die Plattenbauweise stellten jedoch eine große Herausforderung für die Denkmalpflege dar. Zuletzt referierte CHRISTIAN KLUSEMANN (Marburg) über ein noch wenig erforschtes Kapitel der Potsdamer Baugeschichte aus der Spätphase der DDR: den Versuch, die historische Innenstadt mit einer Mischung aus Renovierungen und historisierenden Ersatzneubauten in Großblockweise (beispielsweise in der Gutenbergstraße) zu erhalten. Oft wurde dabei noch vorhandener Altbaubestand abgerissen und durch industriell errichtete Häuser ersetzt, die sich äußerlich an barocke Elemente anlehnten. Verläufe und Hintergründe der widersprüchlich erscheinenden Planungen müssten noch näher erforscht werden.

Die Bau- und Planungsgeschichte der DDR, dies machten auch die engagierten Diskussionen deutlich, ist und bleibt ein für Historiker, Kunst-, Architektur- und Bauhistoriker und Denkmalpfleger gleichermaßen lohnendes und lebendiges Forschungsfeld. Besonders anspruchsvoll und erkenntnisfördernd sind daher Forschungen, die Impulse aus verschiedenen Disziplinen aufgreifen und ihren Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Ein großer Gewinn des Werkstattgesprächs war, dass der geographische und zeitliche Rahmen immer wieder überschritten wurde, auch in Richtung Westdeutschland und -europa. Ebenfalls fruchtbar war, dass sich in der DDR tätige Architekten und Planer mit ihren Erinnerungen und Ansichten, so subjektiv sie sein mögen, einbringen konnten. Damit boten sie wertvolle Ergänzungen angesichts der im Fall der DDR-Geschichte oft so komplizierten Verhältnisse jenseits der offiziellen Zuständigkeiten, Sprachregelungen und Überlieferungen. Die Vorträge sollen in Auswahl publiziert werden.

Dr. Kai Drewes, Historische Forschungsstelle des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) Erkner, drewes@irs-net.de

Tagungsbericht: Gemischt Wohnen? Integration oder Segregation der Stadt, Podiumsveranstaltung am 5. Februar 2014 im Kesselhaus HafenCity Hamburg

Soziale Mischung steht ganz oben auf der Agenda vieler Stadtentwicklungsprogramme. Dabei geht es um die Frage, mit welchen Instrumenten der Stadtpolitik dem steigenden Druck auf Mieten und der damit verbundenen Verdrängung der Wohnbevölkerung in Aufwertungsgebieten begegnet werden kann. In Hamburg beispielsweise werden gegenwärtig auch in prominenten innerstädtischen Entwicklungsgebieten wie der HafenCity vielfältige und neue Instrumente zur Sicherung sozialer Mischung erprobt. Eine von Tilman Harlander, Gerd Kuhn und der Wüstenrotstiftung 2012 herausgegebene internationale Studie befasst sich umfassend mit Facetten und der historischen Dimension des Themas.¹ Im Berichtsjahr der IBA Hamburg nahmen dies Celina Kress, 2013 Gastprofessorin an der HafenCity Universität Hamburg, und Marcus Menzl, HafenCity Hamburg gmbH, zum Anlass, die Studie gemeinsam mit den Herausgebern öffentlich vorzustellen und mit Experten der Hamburger Stadtentwicklung zu diskutieren. Zu Beginn der Veranstaltung gab STEFAN KRÄMER (Stuttgart) einen Überblick zur allgemeinen Bedeutung des Themas und den Zielen der Stiftung, die das Projekt gesteuert und gefördert hat. In seinem Überblick zu international unterschiedlichen Erfahrungen mit jüngeren Wohnungsbauprojekten in zentralen Lagen richtete GERD KUHN (Universität Stuttgart) den Blick einerseits auf teilweise krasse Beispiele für Segregation und Abschottung in *Gated Communities* etwa in Polen, sowie andererseits auf gelungene Projekte sozialer Mischung und Integration in den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. TILMAN HARLANDER (Universität Stuttgart) fokussierte auf den historischen und sozialen Gehalt des Themas und diskutierte Fallbeispiele in Deutschland auf den

¹ Tilman Harlander; Gerd Kuhn; Wüstenrot Stiftung (Hg.), Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse, Stuttgart 2012. Vgl dazu die Leitzensur von Sebastian Haumann in IMS H. 1/2013, S. 92–94.

drei Maßstabsebenen Quartier, Block und Wohnhaus. Alle Aspekte wurden anschließend in der von CELINA KRESS moderierten Podiumsdiskussion mit der Projektkoordinatorin der IBA, GERTI THEIS, und dem Staatsrat für Stadtentwicklung und Wohnungsbau, MICHAEL SACHS, auf ihre Relevanz für Hamburg hin erweitert. MARCUS MENZL konnte zeigen, dass die Grundstücksvergabe in der Hafencity inzwischen an sozial integrierte Nutzungskonzepte geknüpft wird. In der Schlussrunde nutzte das zahlreich erschienene Hamburger Publikum die Gelegenheit, um konkrete Problemfelder der Hamburger Wohnungspolitik, wie die Anzahl der gebauten Wohnungen, die Ausprägung von Projekten und die Vergabepolitik, anzusprechen.

Vor dem Hintergrund von Vorzeigeprojekten wie dem IBA-Gelände in Wilhelmsburg, der Hafencity oder privat und genossenschaftlich organisierten Einzelinitiativen gerät die Tatsache leicht aus dem Blick, dass Preise für innerstädtische Wohnlagen in Städten allgemein inzwischen in einem Maße steigen, dass es auch mit Steuerungsinstrumenten der Stadtpolitik schwierig wird, Verdrängung zu verhindern. Es zeichnet sich ab, dass sozial gemischtes Wohnen dann eher in zentralen Randlagen und Stadtregionen realisiert werden kann. Wenngleich peripheren städtischen Lagen bei der Podiumsveranstaltung in Hamburg noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde – die Hamburger Stadtpolitik kann auf einen überdurchschnittlich großen Bestand an zentral gelegenen, genossenschaftlich und sozial gebundenen Wohnangeboten verweisen (MICHAEL SACHS) – so wurde in der Hansestadt gerade der kreative Ausnahmezustand der IBA dafür genutzt, bisher übersehene innerstädtische Peripherien, die sogenannten „Metrozonen“, auch für Wohnprojekte zu aktivieren, die explizit auf sozial gemischtes Zusammenwohnen zielen (GERTI THEIS).

Dr.-Ing. Celina Kress, Vertretungsprofessorin für Planungstheorie und Stadtbaugeschichte an der Fachhochschule Erfurt, University of Applied Sciences, celina.kress@fh-erfurt.de

**Tagungsbericht:
Herrschaft vor Ort – Kommunalverwaltungen
im 19. und 20. Jahrhundert
an der LMU München
vom 27. bis 28. März 2014**

Der Workshop *Herrschaft vor Ort – Kommunalverwaltungen im 19. und 20. Jahrhundert* widmete sich der Praxis der Verwaltung aus lokal(geschichtlich)er Perspektive. Wie in der Ankündigung bereits angedeutet, wurde der Versuch unternommen, Kommunen als „komplexe Schaltstellen im politischen Mehrebenensystem“ sichtbar zu machen. Besondere Aufmerksamkeit galt Konflikten und Dynamiken, die sich aus dem historisch wirkmächtigen Spannungsfeld von Lokalismus und Zentralismus ergeben. Erklärtes Ziel war es, Kommunalverwaltungen als „Interaktionspartner“ von Bürgern, Zentralstaat, anderen Kommunen und externen Körperschaften – und damit als Teil eines relationalen Gefüges – zu konturieren. ANETTE SCHLIMM (München) machte in ihrem Einführungsvortrag zum Wandel historischer Problematisierungen von kommunaler Selbstverwaltung deutlich, dass der Dualismus von Staat und Kommune nicht einfach als Strukturprinzip vorausgesetzt, sondern selbst zum Gegenstand der Forschung gemacht werden sollte. Gerade die Tendenz, diesen Dualismus als Gegensatz von Herrschaft und Selbstverwaltung zu fassen, verstelle eher den Blick auf lokale Herrschaftspraktiken als dass sie das historische Verständnis von Kommunalverwaltungen vertiefe.

Das erste Panel, „Verwaltungsebenen im Wechselspiel“, thematisierte administrative Mittelinstanzen, die in der letzten Zeit stärker in den Vordergrund gerückt sind. RÜDIGER VON KROSIGKS (Speyer) Ausführungen zu den badischen Bezirksräten im 19. Jahrhundert, JONAS GRYGIERS (Frankfurt/Oder) Diskussion der polnischen Lokalverwaltung im Kontext sozialistischer Staatlichkeit, DOMINIK SCHOLZ' (Berlin) Projekt zur Stadtbildkonstruktion in Brüssel und Lyon seit den 1950er Jahren und PAUL-MORITZ RABES (München) Forschungen zur kommunalen Finanzpolitik Münchens im Nationalsozialismus wiesen alle in eine ähnliche Richtung: die Relativierung des traditionellen Bilds von Verwaltung als einer homogenen In-

stanz sowie als ‚neutrales‘ Instrument für die mehr oder weniger lineare ‚Umsetzung‘ politischer Entscheidungen – zugunsten einer pluralistischen Akteurs- und Netzwerkperspektive.

Das zweite Panel, „Interkommunale Verhältnisse“, verfolgte, eingeleitet durch JOCHEN FRANZKES (Potsdam) Vortrag, die Vernetzung kommunalen Verwaltungshandelns. Diskutiert wurde, ob sich im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit bestimmte Muster herausbilden. KATRIN DÖNGES (Düsseldorf) diskutierte am Beispiel der Oberhausener Stadtverwaltung Initiativen zur kommunalen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die in einer Situation entstanden, in der Kommunen sich gegenseitig beobachteten und ihre Strategien auch im Rahmen des Städte- und Gemeindetags aneinander ausrichteten, ohne dass eine übergreifende, koordinierte erinnerungskulturelle Arbeit forciert worden wäre. FELIZITAS SCHAUBS (Berlin) Projekt zu Mobilität und Migration in Berlin und Prag um 1900 lenkte die Aufmerksamkeit auf (inter-)kommunale Lernprozesse, die als prekärer Versuch interpretiert werden könnten, überkommunale Problemkonstellationen und kommunale Besonderheiten in Einklang zu bringen. LENA KUHLS (Erkner) Forschungen zu den Bezirksverwaltungen in der DDR rückten die Frage zentral ‚orchestrierter‘ Konkurrenz und Kooperation verschiedener (Verwaltungs-)Regionen in den Mittelpunkt. Im Panel wurde sichtbar, dass interkommunale Verhältnisse asymmetrisch und polyzentrisch sind. Eindeutige (Richtungs-)Muster für politische Initiativen finden sich kaum.

Das dritte Panel, „Interaktion mit nicht-staatlichen Akteuren“, nahm Beziehungen von Kommunalverwaltungen mit sehr unterschiedlichen Akteuren in den Blick. Als Kooperationspartner thematisiert wurden die Banken (MARTIN JUNKERNHEINRICH, Kaiserslautern), die jüdische Gemeinde am Krakauer Beispiel (HANNA KOZINSKA-WITT, Rostock) sowie die katholischen Wohlfahrtsverbände im Kontext der nationalsozialistischen (kommunalen) Sozialpolitik (FLORIAN WIMMER, München). Kooperationsbeziehungen reflektierten entweder neue Aufgaben – etwa die Notwendigkeit einer Vermittlung nationaler Bürgeridentität mit lokalen, kulturell-religiösen Identitäten im Habsburger Vielvölkerstaat – und wurden mittels Neuschaffung von Instanzen bewerkstelligt, die – wie die Abteilung für jüdische Angelegenheiten im Krakauer Stadtrat – administrativen *und* zivilgesellschaftlichen Zuschnitts waren; oder aber sie funktionierten als Umdeutung bereits etablierter Kooperationspraxen, wie etwa die Einbindung kirchlicher Wohlfahrtseinrichtungen in die Münchener Kommunalpolitik.

Das vierte Panel, „Verwaltete Bevölkerung“, zielte darauf, wie SABINE MECKINGS (Duisburg/Düsseldorf) Einführungsvortrag verdeutlichte, Verwaltungsgeschichte als „ambivalente Beziehungsgeschichte“ zu umreißen, die sich in histo-

risch wandelbaren Settings konkretisiert. Die Projektvorstellungen spielten verschiedene Beziehungsmodi von Verwaltung und Verwalteten durch: mittels politischer und geheimer Polizei im napoleonischen Königreich Westfalen (MAIKE BARTSCH, Kassel), ständisch-korporativer Selbstverwaltungsorgane in Schweizer Städten der Neuzeit (DANIEL SCHLÄPPI, Bern) sowie mittels kommunaler Infrastrukturpolitik am Beispiel Münchens im Nationalsozialismus (MATHIAS IRLINGER, München).

Im Zentrum des Workshops standen weniger einzelne Projektdiskussionen, sondern eine übergreifende Verständigung über Zuschnitte kommunal- und verwaltungsgeschichtlicher Forschungen. Dabei ist es durchweg gelungen, panelübergreifend produktiv zu diskutieren. Unterfüttert durch differenziertes Material und (Zwischen-)Ergebnisse thematisch vielfältiger Forschungsprojekte wurden konzeptionelle Herausforderungen einer Verwaltungsgeschichte verhandelt, die ihren Ausgangspunkt in Kommunalverwaltungen und lokaler Herrschaftspraxis nimmt.

Erstens fiel auf, dass jüngere Forschungen inzwischen einen deutlichen Paradigmenwechsel vollzogen haben. An die Stelle früherer Ansätze, die Verwaltungsgeschichte tendenziell als eine homogenisierende Behördengeschichte konzipierten, treten Arbeiten, die im weitesten Sinn einem *governance*-Ansatz zuzuordnen wären, denen an der Rekonstruktion konkreter *decision makings* gelegen ist und die auf personelle Verflechtungen und Akteursnetzwerke blicken. Im Mittelpunkt vieler vorgestellter Projekte stehen (personelle) Interaktionen und Allianzen, denen hohe Erklärungskraft für Behördenhandeln, aber vor allem auch für die Verzahnung verschiedener Verwaltungsebenen, etwa mittels Ämterhäufung, zugeschrieben wird. Gegenüber dem älteren, institutionengeschichtlichen Paradigma kann diese Perspektive wesentliche neue Erkenntnisse zutage fördern. Allerdings wurden in den Diskussionen auch mögliche Schwierigkeiten eines solchen Perspektivwechsels verhandelt. Zur Debatte stand, ob nicht wichtige Dimensionen lokaler Herrschaftspraxis aus dem Blick geraten, wenn Verwaltung auf personelle Netzwerke und Klientelbeziehungen reduziert wird. Dabei ging es um die Angemessenheit und Tragfähigkeit einer Perspektive, in deren Zentrum die Annahme ausschließlich nutzenmaximierender, Eigeninteressen verfolgender Akteure steht. Es bleibt eine Herausforderung für aktuelle und zukünftige Forschungen, die Frage zu klären, wie aus den vielfältigen Interaktionen derartig konzipierter Akteure ‚Verwaltungshandeln‘ entsteht.

Zweitens wurde der Frage nachgegangen, wie personelle Interaktionen zu kontextualisieren sind. Dabei wurde die Notwendigkeit deutlich, Fallstudien zur konkreten Verwaltungspraxis in abgegrenzten Zeiträumen mit hoher personeller Kontinuität mit längerfristigen Entwicklungstrends zu verbinden. Die Frage, ob und in-

wieweit konkretes Verwaltungshandeln lokalen Konstellationen geschuldet oder durch andere Faktoren determiniert ist, muss immer wieder neu beantwortet werden. Dass und wie das möglich ist, haben nicht zuletzt die Projekte zur Münchener Stadtverwaltung im Nationalsozialismus gezeigt. Die Kontextualisierung von Verwaltungshandeln beinhaltet zudem Fragen nach der Formierung bestimmter Akteurstypen und Rationalitäten, nach einem möglicherweise wirksamen ‚administrativen Habitus‘ sowie vor allem – das kam in den Diskussionen immer wieder zur Sprache – nach dem Stellenwert je spezifischer Verwaltungskulturen oder lokaler politischer Kulturen für die alltägliche Verwaltungspraxis. Hier liegt im Übrigen auch eine zentrale Herausforderung für die auf dem Workshop vorgeführte Verschränkung von Kommunal- bzw. Stadtgeschichte mit Verwaltungsgeschichte.

Diese beiden Diskussionsstränge unterstrichen wie auch die einzelnen Projektvorstellungen eindrucksvoll, was die Veranstalterinnen und Veranstalter programmatisch angelegt hatten: dass Verwaltung längst nicht mehr ausschließlich als ‚Behörde‘ verstanden werden kann, sondern als soziale (Herrschafts-)Praxis zu akzentuieren ist.

**Dr. Timo Luks, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der TU Chemnitz,
timo.luks@phil.tu-chemnitz.de**

**Tagungsbericht:
„Urbanization of Nature“, Exploratory
Workshop der European Science Foundation
vom 20. bis 22. März 2014
an der TU-Darmstadt**

“The Urbanization of Nature. Environmental narratives, technologies and power in the city (1500-2000)” lautete das Thema eines von der European Science Foundation geförderten *Exploratory Workshops*, zu dem 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der TU Darmstadt zusammen kamen. Wie DIETER SCHOTT (Darmstadt) seitens der Veranstalter einleitend erläuterte, sollten Übergangszeiten und Kontingenzen im Stadt-Umwelt-Verhältnis vom Mittelalter bis zur jüngsten Vergangenheit genauso diskutiert werden wie Verknüpfungen von Stadtgesellschaft, Technologie und Natur und die Rolle der Stadt als „agent of change“, also als Vorreiterin und Knotenpunkt in den vielfältigen Infrastrukturen, welche die Stadt und ihr näheres und weiteres Umland verbinden. Dabei sollte auch die „Machtfrage“ gestellt werden, da – wie TIM SOENS (Antwerpen) in seiner Vorstellung des den Workshop initiiierenden „Urban Agency“-Projektes der Universität Antwerpen feststellte – Städte zwar zweifellos Schauplätze der Naturaneignung sind, damit aber keineswegs gesagt ist, dass nicht doch allgemeingesellschaftliche Prozesse und insbesondere die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Produktion von Natur als einer knappen Ressource bedingten.

Inwiefern die Ausweitung der Betrachtungsperspektive auch einer konzeptionellen und methodischen Erweiterung bedarf, war Thema des ersten Panels des Workshops, das sich der Suche nach einer gemeinsamen Sprache für die Untersuchung der Urbanisierung der Natur und der politischen Ökologie der Stadt widmete. Während DOROTHEE RIPP MANN (Zürich) Wasser als anthropologische und überzeitliche Konstante der Stadt-Umwelt-Beziehungen deutete und MATTHEW GANDY (London) städtische Freiflächen als ökologische und ästhetische Laboratorien einer zukünftigen „StadtNatur“ präsentierte, betonte MARTIN SCHMID (Wien) den Cha-

rakter der Stadt als eines hybriden „sozionaturalen“ Schauplatzes. Bei der Untersuchung der permanenten Transformation dieses Schauplatzes sei es unabdingbar, die „natürlichen“ Eigenschaften von Technik in den Blick zu nehmen, zugleich aber „Natur“ als eine menschengemachte Entität zu verstehen. Der Nachfrage in der Diskussion, ob nicht doch in erster Linie Gesellschaft als Verbindungsglied von Natur und Kultur in der Stadt in den Blick zu nehmen sei (so DOROTHEE BRANTZ, Berlin), begegnete er mit dem Verweis auf den Charakter der von ihm als zentrale Bewegkräfte der Transformation herausgearbeiteten Praktiken als kulturelle Emanationen.

Einen engen Zusammenhang mit der Sicht auf die Stadt als „sozionaturalen“ Schauplatz weist das seit einigen Jahren in der Stadt-Umwelt-Forschung vielfach angewandte Konzept des „städtischen Metabolismus“ auf. Diese bildhafte Verdeutlichung der Stadt-Umland-Beziehungen stand auch Pate für die vier Beiträge des zweiten Panels. Der Bogen spannte sich dabei von den unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen und Nutzungsformen stadtnaher Wälder in Städten des mittelalterlichen Brabant (CHLOÉ DELIGNE, Brüssel) über die wesentlich mittels Torfabbau gesicherte Energieversorgung schottischer Städte in der Frühen Neuzeit (RICHARD ORAM, Stirling) und die Bedeutung der Wasserwege als politisch geprägte Infrastrukturen zur Holzversorgung bayrischer Donaustädte vom 17. bis zum 19. Jahrhundert (MARTIN KNOLL, Darmstadt) bis zur sozio-ökologischen Transformation der französischen Hauptstadt im Übergang zur Industriemoderne (SABINE BARLES, Paris). Neben der großen Bedeutung übergreifender Sichtweisen auf Stadt und Umland, die sich in Begrifflichkeiten wie den von Martin Knoll beschriebenen „Energieeregionen“ oder dem von Sabine Barles in die Diskussion eingebrachten Begriff der „Parisian Extraterritorialities“ niederschlug, wurde in der anschließenden Diskussion insbesondere der Aspekt der „Ent-Zeitlichung“ der Versorgung hervorgehoben.

Abfall und Recycling, Luftverschmutzung und die vielfältige Wasserlandschaft der Stadt als Themen des historischen Stadt-Umwelt-Verhältnisses standen im Mittelpunkt der Darstellungen und Diskussionen des zweiten Workshoptages. Wie stark der Einsatz von Steinkohle zur Energiegewinnung und die Weiterverwendung der Reststoffe dieser Produktion die Stadt in der frühen Industrialisierung veränderte, unterstrich ISABELLE PARMENTIER (Namur). Mit Mechanismen der Weitergabe und Weiterverwendung gebrauchter Produkte beschäftigte sich GEORG STÖGER (Salzburg), dieweil HEIKE WEBER (Wuppertal) städtische Abfalldeponien und die Unvorhersehbarkeit der damit verbundenen Umweltbelastungen analysierte. Ihr Bild von der Deponie als „wild agent“ war auch ein Thema der anschließenden Diskussion, in welcher die „Agency“ des Abfalls als materieller Hinterlassenschaft städ-

tischen Lebens ausdrücklich betont wurde. Diskutiert wurde auch, inwiefern die Lösung der städtischen Abfallproblematik tatsächlich als langfristige Transition zu sehen ist oder ob nicht doch eher zyklische Zäsuren das Interesse einer stadtbezogenen Umweltgeschichte hervorrufen sollten.

Hier wie auch in der folgenden Sektion, die sich mit der städtischen Rauchverschmutzung (STEPHEN MOSLEY, Leeds, und STÉPHANE FRIOUX, Lyon, zu Großbritannien und Frankreich) zunächst vertrautem umwelthistorischem Terrain zuwandte und im weiteren Verlauf am Beispiel der Helsinki respektive Stockholm vorgelagerten Insellandschaften die Frage nach Land als städtischer Ressource stellte (MARJAANA NIEMI, Tampere), standen immer wieder Fragen nach der Wahrnehmung und der daraus resultierenden politischen Steuerung der städtischen Umweltbeziehungen im Mittelpunkt. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts ein Wahrnehmungswandel abzeichnet, der auch Verschmutzung als integralen Bestandteil der natürlichen Umwelt der Stadt und nicht mehr in erster Linie als Kollateralschaden der Industrialisierung rezipiert. Inwieweit in diesen Verhandlungen über die städtische Umwelt die im Beitrag von TIM COOPER (Exeter) in den Vordergrund gerückte soziale Reproduktion der Gesellschaft ausschlaggebend ist, blieb in der Debatte strittig. Zudem spielten erneut Fragen der Periodisierung und der Bestimmung der Schnittpunkte zwischen „natürlichen“ Entwicklungen und den durch menschliche Eingriffe in die städtische Ökologie verursachten Zäsuren eine wichtige Rolle.

Wasser als bestimmender Faktor städtischer Planung und Gestaltung stand im letzten, den städtischen Umweltmedien gewidmeten Panels im Zentrum. In fünf Beiträgen wurde erneut ein weites thematisches und chronologisches Netz aufgespannt, vom Wasser als Allmendegut in mittelalterlichen Städten (Tim Soens) über die Wasserlandschaften von Stockholm und Göteborg (EVA JAKOBSSON, Stavanger) sowie baltischer Städte (SIMO LAAKKONEN, Helsinki) bis zur Sehnsucht nach wasserverbundener „Natur“ in mitteleuropäischen Städten des 19. Jahrhunderts (CHRISTIAN ROHR, Bern) und Prozessen der Renaturalisierung des stadtbestimmenden Sankt-Lorenz-Stroms im modernen Montreal (MICHÈLE DAGENAIS, Montreal). Gemeinsame Fragestellungen in diesen ‚Wasser-Geschichten‘ zielten unabhängig von Raum und Zeit auf Risikobewusstsein und Resilienz, auf (Erfahrungs)Wissen und die wiederkehrende Ignoranz gegenüber diesem Wissen, die nicht nur GENÈVIEVE MASSARD-GUILBAUD (Paris) in ihrem Kommentar als Konstante des menschlich geprägten Stadt-Umwelt-Verhältnisses charakterisierte. Auch der Trend eines geistesgeschichtlich fragwürdigen und stadtplanerisch häufig katastrophale Folgen zeitigenden „Zurück zur Natur“ spielte in diesem Panel nicht

zum ersten Mal auf dem Workshop eine große Rolle in den weiterführenden Überlegungen.

Mit dem Blick über die Grenzen der westlichen Stadt hinaus auf die koloniale Stadt, auf Prozesse der Zirkulation von Wissen und Kenntnissen und deren Anpassung an völlig anders geartete städtische Ökologien leitete das abschließende Panel über zum Schlussvortrag von CHRIS OTTER (Ohio) über „Urbanization and the Anthropocene. A History of the Technosphere“. Otters Feststellung von der Urbanisierung als historischem Ort vielfältiger ökologischer Transformationsprozesse hätten die meisten Teilnehmenden sicherlich zugestimmt, dennoch blieb die globale Sicht des Vortrags ebenso umstritten wie die vorhergehenden Annäherungen an die Umwelterfahrungen der kolonialen Stadt in den Beiträgen von KAREL DAVIDS (Amsterdam) und MICHAEL TOYKA-SEID (Darmstadt). Die Frage nach dem „richtigen“ historischen Vokabular für die historiographische Auseinandersetzung mit der Ökologie der Stadt, die sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung gezogen hatte, geriet mit besonderer Emphase noch einmal auf die Tagesordnung mit der Debatte über die Berechtigung der Begrifflichkeit der „colonial city“. Diese Auseinandersetzung wird ebenso weiterzuführen sein wie die Diskussion der in den abschließenden Kommentaren von Dieter Schott und BERT DE MUNCK (Antwerpen) aufgeworfenen Fragen nach Kausalitäten, Bewegungskräften und Agency im Stadt-Natur-Verhältnis, nach der Bedeutung von Wissen und Risikobewusstsein, von lokaler Eigenart und Narrativen der Transformation im Umgang der Stadt mit ihrer belebten Umwelt. Ein weiterer Workshop im Frühjahr 2015 sowie eine gemeinsame Publikation werden die Thematik vertiefen.

**Dr. Michael Toyka-Seid, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt „Nachhaltige Entwicklung von Städten“, TU Darmstadt,
toyka-seid@stadtforschung.tu-darmstadt.de**

MITTEILUNGEN

Termine

1. Halbjahr 2014

7. Juni Workshop: *Between imperial and proto-national: conflicted cities 1880-1930*
Trinity College Dublin
Dublin, Ireland
<http://conflictedcities.wordpress.com>
10. – 14. Juni Summer School: *The European City in Transformation: From the Early Modern Period to the Present*
Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)
GRAINES (Graduate Interdisciplinary Network for European Studies), Universität Wien
Wien, Österreich
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/mar2014/vienna-summer-school>
16. – 20. Juni Summer School: *CityLAB II – Suburbanism*
Centre for Urban History, Universität Antwerpen
Antwerpen, Belgien
<https://www.uantwerpen.be/en/rg/csg/events/citylab-2/>

2. Halbjahr 2014

18. Juli Symposium: *The English Urban Renaissance Revisited*
Centre for Urban History, University of Leicester
Leicester, Großbritannien
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/nov2013/english-urban-renaissance-25>
20. – 23. Juli Konferenz: *Past as Guide to Sustainable Futures*
16th International Planning History Society conference
University of Florida
St Augustine, Florida, USA
<http://iphs2014.dcp.ufl.edu>
3. – 6. September Konferenz: *12th International Conference on Urban History: Cities in Europe, Cities in the World*
European Association of Urban History
Lissabon, Portugal
<http://www.eauh2014.fcsh.unl.pt/index.php?conference=conference&schedConf=eauh2014>
23. – 26. September 50. Deutscher Historikertag
Göttingen
(Mitgliederversammlung der GSU, 24.9.)
<http://www.historikerverband.de/historikertag/50-deutscher-historikertag-2014.html>
7. – 8. Oktober Konferenz: *Coping with immeasurable losses. Population of the European Cities and World War I*
Institute of History, Academy of Sciences of the Czech Republic / Faculty of Humanities, Charles University
Prague / The Prague City Archives
Prag, Tschechien
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/feb2014/coping-with-immeasurable-losses>

9. – 12. Oktober Konferenz: *Metropolitics*
 Seventh Biennial Conference of the Urban History
 Association
 Philadelphia, Pennsylvania, USA
[http://uha.udayton.edu/2014Conf/CALL%20FOR%20PA
 PERS.htm](http://uha.udayton.edu/2014Conf/CALL%20FOR%20PA

 PERS.htm)
15. – 16. Oktober CfP: *Victorian Cities Revisited: Heritage and History
 Conference*
 Tees Transporter Bridge Visitor Experience, University of
 Huddersfield
 Middlesborough, Großbritannien
 Deadline: 30. Juni 2014
<http://events.history.ac.uk/event/show/12899>
16. – 17. Oktober Konferenz: *Der Erste Weltkrieg als Zäsur? Kontinuitäten
 und Brüche in der deutschen Architektur, Stadt- und
 Freiraumplanung*
 Universität Kassel
[http://www.uni-kassel.de/fb06/fachbereich/fachgebiete/
 landschaftsarchitektur-und-planung/freiraumplanung/
 forschung/der-erste-weltkrieg-als-zaesur.html](http://www.uni-kassel.de/fb06/fachbereich/fachgebiete/

 landschaftsarchitektur-und-planung/freiraumplanung/

 forschung/der-erste-weltkrieg-als-zaesur.html)
6. – 8. November Tagung: *Architektur und Stadtplanung in der DDR*
 5. Tagung des Arbeitskreises Kunst in der DDR
 Berlin
<http://arthist.net/archive/7229>
21. – 23. November CfP: *Space Oddities: Urbanity, American Identity, and
 Cultural Exchange*
 41st AAAS Conference
 Graz, Österreich
 Deadline: 26. Mai 2014
<http://www.h-net.org/announce/show.cgi?ID=212095>

1. Halbjahr 2015

20. – 21. März
CfP: *London and the First World War*
Centre for Metropolitan History / Imperial War Museums
London, Großbritannien
Deadline: 30. Mai 2014
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/april2014/london-and-the-first-world-war>
16. – 17. April
CfP: *(Re)Creating Historical Towns and Cities. Nation, Politics, Society in Post 1914 Urban Restorations*
Faculty of Pedagogy and Fine Arts Adam Mickiewicz
University in Poznan / Kalisz Society of Friends of
Sciences
Kalisz, Polen
Deadline: 30. Juni 2014
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=24266&count=62&recno=8&sort=datum&order=down¤t=1&search=city>
27. – 29. Mai
CfP: *Urban Planning and Social Mobilization from the Middle Ages to the Present (Europe and the Colonial World)*
EHESS
Paris and Marne-la-Vallée, France
Deadline: 15. Mai 2014
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/mar2014/urban-planning>